

gewohnten Wohnung, wo man glaubt, noch im Leben stehenbleiben zu sollen, während man andererseits doch schon auf eine gewisse Unterstützung angewiesen ist.

Ich möchte sprechen von dem neuen Apartementhaus in der Riesstraße. Es soll dort alternden Menschen die Möglichkeit gegeben werden, selbständig zu leben, sich selbst das Zimmer einzurichten, wobei aber für diese Menschen gesorgt wird. Es gibt dort eine Zentralheizung, Lift, Bad und Krankenschwestern. Dieser Weg ist ein vielversprechender. Er wird dazu dienen, im Bedarfsfall einerseits alternden Menschen zu helfen, andererseits aber auch bewirken, daß größere Wohnungen aufgegeben werden können, die dann die Wohnbauwirtschaft entlasten. Dieses Haus wird errichtet mit Hilfe von Mitteln der Wohnbauförderung des Landes. Hiefür gebührt aufrichtiger Dank dem zuständigen Referat und dem Land Steiermark.

Ich glaube abschließend, daß wir diesen Weg weiter verfolgen sollen, damit alten Menschen geholfen werde und damit wir gleichzeitig wirtschaftlich gesund vorgehen. (Beifall.)

Abg. **Vinzenz Lackner:** Gestatten Sie mir, von der Wohnung heraus zurück auf die Straße zu kommen und hier noch einige Anregungen zu geben. Mir ist das „Gelbbuch für bessere Straßen“ zugesandt worden. Darin befindet sich eine Ziffer, die besagt, daß mit Stichtag 30. April 1960 in Österreich 3.097.809 motorisierte Fahrzeuge zugelassen waren, und zwar einschließlich aller Motorfahrzeuganhänger, Mopeds und Motorräder. Das beweist, daß sich der Verkehr von der Schiene auf die Straße verlegt hat. Zur gleichen Zeit wurden 158.000.000 Fahrgäste auf der Bundesbahn verzeichnet, während auf den Straßen 265.014.000 Fahrgäste befördert wurden. Dies zeigt die enorme Entwicklung des Straßenverkehrs. Es zeigt aber auch, daß wir trotz aller Mühe und allen Fleißes mit dem Ausbau der Straßen, die diesen Verkehr aufnehmen sollen, nicht nachkommen können. Wenn auch eine Autobahn gebaut wird, die zum Teil quer durch Österreich, zum Teil am Rande herumgeführt wird, wird sich trotzdem der Nahverkehr auf diesen alten Straßen, wenn auch etwas entlastet, abwickeln. Dabei befürchten wir aber in der Obersteiermark, daß wir in eine Sackgasse geraten, bezogen auf den Bezirk Murau. Der Verkehr von Wien wird sich gewiß zum Teil über den Neumarktersattel abwickeln, wenn aber die Turracherhöhe im schönen Gebiet der Radstädtertauern auch zugleich ausgebaut wird, dann wird diese Straße gemieden werden, das heißt, daß der Bezirk Murau noch verlassener und ärmer wird, als er es heute schon ist. Ein Beamter des Landes hat zwar einmal von seiner Kanzlei hinuntergeschaut auf den Hauptplatz von Murau und gemeint: „Bei uns merkt man nichts von einem Notstandsgebiet, denn es stehen so viele Mercedes unten.“ Das sind jedoch nur einige wenige, während die übrige Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wird, weil dieses Gebiet nicht erschlossen ist.

Die Statistik beweist, daß die Steuerkraft in diesem Gebiet die geringste in der Steiermark überhaupt ist. Von den 42 Gemeinden in Murau haben 7 ein Steueraufkommen von unter 300 S, 24 liegen

zwischen 300 und 400 S, 7 zwischen 400 und 500 S, 2 über 500 S und weitere 2 über 600 S. Das ist die Steuerkraft in diesem Gebiet. Nachdem von den Sägewerken, die als landwirtschaftliche Nebenbetriebe kein großes Steueraufkommen haben, eines nach dem andern aufhört zu bestehen, wird es notwendig sein, dieses Gebiet durch den Fremdenverkehr zu beleben. Und es wäre auch zu beleben, wenn auch eine Autobahn oder eine Randstraße durch Österreich führt. Dann wäre es eben notwendig, auch durch dieses Gebiet zusätzlich eine neue Straße zu führen, und dabei komme ich wieder auf die Glattjochstraße zu sprechen. Es freut mich, daß es heute keine Lacher gibt zu diesem Projekt. Es liegt ein gemeinsamer Antrag vor, dem alle Parteien nach langem Drängen zugestimmt haben und der bezweckt, daß doch gebaut werde und daß man endlich mit der Planung beginne. Die Durchfahrung von Murau ist soweit in Ordnung, aber der weitere Ausbau der Turracher Landesstraße läßt noch auf sich warten. Würde man diese Zahl von Autos, die ich früher genannt habe, auf der Straße in Sechserreihen aufstellen, dann würde diese Kolonne vom Neusiedlersee bis zum Bodensee reichen, und daraus ist ersichtlich, wie groß die Motorisierung geworden und wie notwendig es ist, daß weitere Straßen gebaut werden.

Ich möchte im besonderen noch darauf hinweisen, daß es die Katschbachtalstraße ist, verehrter Herr Landeshauptmann, die zwar ihrer Vollendung entgegengeht, aber nicht in der Geschwindigkeit, wie sie erwünscht wäre. Es sollte auch diese Straße endlich zweckentsprechend hergerichtet werden, damit die Bewohner dieses Gebietes nicht unnötig mit Mehrkosten für die Instandhaltung ihrer Fahrzeuge belastet werden. Ich möchte noch darauf verweisen, daß vor allem der Krankentransport aus diesem Gebiet den Patienten unsagbare Qualen bereitet, wenn diese Straßen nicht bald besser werden.

Zu den Uferschutzbauten möchte ich bitten, die 60 m des Tiefenbachs in Ordnung zu bringen, damit die Besitzer an seinen Ufern bei einem eventuellen Hochwasser nicht gefährdet werden. Ebenso wäre der Rattenbergbach in Ordnung zu bringen. Die Straße von Rattenberg ist soweit fertig, aber der Bach mit seinem Geschiebe gefährdet weiterhin das ganze Gebiet.

Das wären meine Wünsche zu dieser Gruppe 6, und ich bitte Sie, wenn irgendwie möglich, sie zu berücksichtigen. (Beifall.)

Abg. **Schabes:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zur Gruppe 6, Abschnitt 66 gestatte ich mir einige Bemerkungen zu machen. Ich möchte es mir ersparen, neuerlich auf den ausgesprochenen Notstandscharakter des Bezirkes Deutschlandsberg hinzuweisen, weil darüber zwar schon sehr viel gesprochen und geschrieben, aber eine wirklich ernsthafte Maßnahme bisher nicht unternommen wurde. Insbesondere wären notwendig Betriebsgründungen, die eine spürbare Entlastung des Notstandes in unseren Bezirk bringen würden. Bisher sind alle Bemühungen im Sande verlaufen, wenn ich auch nicht den ernstesten Willen in Abrede stellen möchte. Nach wie vor müssen etwa 2000 Pendler ihre Frei-

zeit zwischen Graz, der Obersteiermark und anderen Bundesländern täglich, wöchentlich oder monatlich auf dem Weg zwischen ihrem Arbeitsplatz und ihrem Wohnsitz verbringen.

Ich darf in Verbindung damit darauf verweisen, daß neuerlich 170 Bergarbeiter gekündigt wurden vom Bergbau Habisch, von denen zirka 40 Arbeiter die Möglichkeit haben werden, ein Unterkommen in den Betrieben in Eibiswald zu finden. Ich gebe zu, daß man sich ernstlich bemüht, vor allem auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs, um hier dadurch eine wirtschaftliche Belebung zu ermöglichen. Gerade auf dem Gebiet des Straßenbaues müßte die Steiermärkische Landesregierung große Mittel bereitstellen, wenn man es mit der Hilfe in diesem Notstandsgebiet ernst meint. Für den Fremdenverkehr spielen bei uns in Deutschlandsberg einige Verbindungsstraßen nach Kärnten eine große Rolle, umso mehr, als die Frequenz ständig im Steigen begriffen ist. Über die Sobotherstraße erspare ich mir zu reden, da der Ausbau dieser Straße infolge Übernahme durch den Bund ziemlich gesichert ist. Ich will hier besonders in Verbindung mit meinen Ausführungen die Landesstraße 180, Deutschlandsberg—Kloster—Hebalpe sowie die Landesstraße 181, Trahütten—Glashütten—Weinebene, hervorheben, welche beide in Kärntner Landesstraßen einmünden und eine wesentliche Fahrzeitverkürzung gegenüber der Packerstraße bedeuten, so daß viele Kraftfahrer diese Straße trotz des besonders schlechten Zustandes benützen. Dieser Straße kommt auch eine Bedeutung in wirtschaftlicher Hinsicht als Holzabfuhrweg der dortigen Waldbesitzer zu.

Worum es mir aber in dieser Frage eigentlich geht, wäre das Ersuchen, daß Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier eine Entschärfung einiger besonders steiler Stellen auf dieser Straße durch eine andere Trassierung erreichen möge. Wer von Ihnen, Hohes Haus, kennt nicht aus eigener Erfahrung, aus eigenem Erleben diese 24<sup>o</sup>ige Steigung beim Ruß-Bauer, gleich nach Deutschlandsberg, und besonders die Schmuckenhöhe vor Trahütten mit 33<sup>o</sup>, so daß unzählige Kraftfahrer meist nach schlechter Witterung umkehren und es sich überlegen, dort hinaufzufahren. Das trifft auch auf die Hebalpestraße in Oberlaufenegg, das sogenannte Hundsreith, zu, wo auch eine 24<sup>o</sup>ige Steigung besteht. Allerdings ist diese Steigung nicht allzu lang, nur einige Hundert Meter. Seit Jahren werden dort schon Trassierungen besprochen und geplant, aber es bleibt immer bei dem Zustand, weil hier nicht mit einigen 100.000, sondern nur mit Millionen geholfen werden kann. Das ist absolut kein unbilliges Verlangen, wenn unter Beachtung des Notstandes ein Opfer von seiten des Landes gebracht wird. Oder hat der Bezirk Deutschlandsberg keinen Anspruch auf die Grenzlandförderung? Es ist hier nicht der Ort und die Zeit, über die Trassierung zu sprechen, es ist dies Aufgabe des Landesbauamtes. Ich darf darauf verweisen, daß sich alle Stellen bemühen, hier Abhilfe zu schaffen, die Stadtgemeinde Deutschlandsberg, der Bezirkshauptmann, der Fremdenverkehrsverein, die Bauernkammer, um endlich eine andere Trassierung zu erreichen. Die betreffenden Gemeinden und die ganze Bevölkerung rechnen mit der Möglichkeit, daß die sogenannten Ver-

bindungsstraßen nach Kärnten beim derzeitigen Bautempo erst nach 6 oder 8 Jahren fertiggestellt werden, denn bei der Flüssigstellung dieser Mittel würde das unbedingt diese Bauzeit benötigen. Ich anerkenne, daß der gute Wille vorhanden ist, daß man heuer wesentlich mehr eingesetzt hat. Für Trahütten sind es statt 300.000 S im Vorjahr heuer 600.000 S und statt 300.000 S 500.000 S für die Hebalpestraße. Aber es wäre im großen Interesse der dortigen Bevölkerung notwendig, sich ernstlich zu bemühen, daß der Ausbau dieser Straßen, zumindest die Durchführung der Entschärfung dieser beiden Straßen, vorgenommen wird.

Ich stelle daher das Ersuchen, im nächsten Jahresvoranschlag entsprechende Beträge bereit zu stellen, sofern hiezu die Möglichkeit besteht. Dies wäre eine echte und wirkliche Hilfe für das Notstandsgebiet. (Beifall.)

**Abg. Hofbauer:** Hoher Landtag! Eigentlich hätte ich mich am liebsten nicht mehr zu dieser Gruppe zu Wort gemeldet, weil sich der Steirische Landtag vor 2 Jahren eingehend mit dem Problem St. Gallen befaßt hat. Der Hohe Landtag weiß ganz genau, daß praktisch ab dem Jahre 1952 nicht nur in Weibenbach nichts mehr investiert wurde, sondern auch an sämtlichen Landes- und Bundesstraßen, die die schlechtesten des Landes Steiermark sind, nichts geändert wurde. Ich glaube, nachdem sich der Hohe Landtag vor 2 Jahren eingehend mit dieser Materie befaßt hat und anlässlich dieses Naturschutzparagraphen sich der Gemeinde- und Verfassungsausschuß damit befaßt, sollte man dem Bezirk Sankt Gallen behilflich sein. Wenn auch eine Reihe von Abgeordneten einen großen Kranz von Wünschen bezüglich Bundesstraßen ausgesprochen hat — ich spreche keinem der Abgeordneten die Berechtigung ab —, wenn nicht alles, was man vor 2 Jahren diesem Gebiet zugesagt hat, eitler Wahn war, müßte sich eigentlich der Steirische Landtag ausgerechnet mit diesem Bezirk St. Gallen, der damals einstimmig als zurückgebliebener Bezirk erklärt wurde, befassen. Es ist das die Landesstraße 275, Weng bei Admont bis zur steirischen Grenze, ungefähr 144 km, wo die eine Hälfte staubfrei gemacht wurde, die andere jedoch nicht.

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier weiß genau, daß die Straße in Richtung Altenmarkt dringend entschärft werden müßte. Die Landesstraße 280 von Großreifling nach St. Gallen, insgesamt 11 km, wäre ebenfalls zu verbreitern, zu begradigen und zu asphaltieren. Sie alle wissen, daß man damals diese Resolution einstimmig gefaßt hat und ich frage die Referenten: Was ist seit 2 Jahren in dieser Hinsicht unternommen worden? Falls nichts geschehen ist, möchte ich den Hohen Landtag bitten, daß im Jahre 1961 für diesen zurückgebliebenen Bezirk etwas geschieht. Es hieß damals nach den Beratungen im Gemeinde- und Verfassungsausschuß, der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die Projektierung des Ausbaues und die Instandsetzung der steirischen Eisenbundesstraße im Raume Hieflau—Landesgrenze sofort durchführen zu lassen und durch Verhandlungen mit der Bundesregierung zu gewährleisten, daß diese Straße ehe-

stens instandgesetzt und den heutigen Bedürfnissen des Verkehrs entsprechend ausgebaut wird, und daß weiters die Bahnstrecke zwischen Selzthal und Amstätten ehestens elektrifiziert und den modernen Erfordernissen entsprechend im Rahmen der bisherigen Trasse ausgebaut wird, 2. darauf hinzuwirken, daß die Voraussetzungen zum ehesten Baubeginn des Ennskraftwerkes Altenmarkt der Steweag durchgeführt werden." (Zwischenruf: „Das liefert ja schon Strom, das ist ja schon längst fertig!“)

Ich glaube, ich kann mir ersparen, den ganzen Antrag vorzulesen. Aber ich bitte, daß man sich dieses Resolutionsantrages entsinnt und den Gerichtsbezirk St. Gallen entsprechend behandelt. (Beifall.)

**Abg. Wurm:** Auch ich hätte einige Wünsche zur Herstellung von Straßenstücken vorzubringen. Die Radegunder Straße ist ein langes Stück überhaupt nicht befahrbar. Weiters möchte ich ersuchen, daß die Straße Krems—Stallhofen mit einem staubfreien Belag versehen werden möge. Es wird ja teilweise an dieser Straße gearbeitet, aber es sind erst 6 km staubfrei gemacht worden, und im Sommer, wenn es längere Zeit nicht geregnet hat, staubt die Straße derart, daß man sie kaum befahren kann.

Außerdem möchte ich anfragen, ob die Unglückskurve der Straße Sulz—Edling bereits entfernt wurde. Vor vier Jahren wurde diese Straße gebaut und seither sind bei der Unglückskurve schon vier Unfälle passiert. Man hat zwar zwei Tafeln für eine 40-km-Geschwindigkeitsbeschränkung aufgestellt und gehofft, dadurch die Unfälle zu vermeiden.

Weiters möchte ich ersuchen, daß das Land mehr Pflasterungsarbeiten vergeben möge. Die Pflasterermeister erklären, daß die Straßen weitaus besser wären, wenn sie mit Stöckelpflaster versehen werden würden, doch das Land vergibt praktisch keine Pflasterungsarbeiten mehr.

Ich habe noch einige Wünsche, die die Baumeister und Bauarbeiter betreffen. Von den Baumeistern wird uns mitgeteilt, daß bei den öffentlichen Ausschreibungen der Termindruck so stark ist, daß sie dadurch höhere Preise einsetzen müssen, wenn sie nicht termingerecht ihre Arbeiten fertigstellen können. Da die Fristen sehr kurz bemessen sind, werden die Firmen höhere Pönale vorgeschrieben und dadurch verteuert sich die Arbeit. Außerdem sind die Baumeister der Meinung, daß man die Ausschreibung vereinfachen könne. Man müsse auch den Baumeistern Zeit geben, daß sie richtig kalkulieren und die Baustellen zeitgerecht einrichten können.

Viele Firmen beschwerten sich auch über die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand. (LHSt. Dipl. Ing. U d i e r : „Die Zahlungsmoral ist schon lange hergestellt.“) Ich mußte zuerst die langen Zahlungsrückstände als übertrieben ansehen. Erst aus dem Bericht des Kontrollausschusses konnte ich entnehmen, daß Bauabrechnungen bis auf das Jahr 1952 zurückreichen. Aus dem Bericht des Baubezirksamtes in Graz vom 25. April 1960 wurde festgestellt, daß sieben Abrechnungen von Bauten aus dem Jahre 1952, siebenundzwanzig Bauabrechnungen aus dem Jahre 1953, siebzehn Bauabrechnungen aus dem Jahre 1954, fünfzehn Bauabrechnungen

aus dem Jahre 1955 und elf Bauabrechnungen aus dem Jahre 1956 noch nicht abgeschlossen waren. (LH. K r a i n e r : „Das waren ja nur die Schlußabrechnungen, die Firmen haben rechtzeitig ihr Geld erhalten.“) Diese verspäteten Abrechnungen verteuern neuerlich die Arbeiten, weil die Baumeister schon einen Aufschlag für ihren Zinsendienst einbringen müssen. (LHSt. Dipl. Ing. U d i e r : „Keine gute Ausrede!“)

Außerdem möchte ich noch erwähnen, daß es zweckmäßig wäre, eine Bauplanung einzuführen. Wir sind der Meinung, daß es unwirtschaftlich ist, im Sommer 3% arbeitslose Arbeiter zu haben, wogegen aber im Winter 33% aller Bauarbeiter arbeitslos sind. In absoluten Zahlen ausgedrückt, haben wir im Sommer 7000 Arbeitslose, die ihren Arbeitsplatz wechseln und dadurch beim Arbeitsamt aufscheinen, wogegen aber im Winter 37.000 die Arbeitslosenunterstützung beziehen. Es sind bei dieser Zahl Arbeitslose vom Gastgewerbe und von den Land- und Forstarbeitern inbegriffen, aber immerhin bleiben 24.000 Bauarbeiter übrig. Bei einer Bauplanung, die mit dem Land und den Gemeinden abgestimmt wird, könnte diese Winterarbeitslosigkeit unterbleiben. Die Stadtgemeinde Wien führt Rohbauarbeiten durch und in den Wintermonaten können die Bauarbeiter im Innern des Rohbaues beschäftigt werden. In Norwegen und Schweden, wo der Winter wesentlich strenger ist, sind auch über die Wintermonate die Bauarbeiter beschäftigt, weil dort eine Planung auf längere Sicht eingeführt ist.

Volkswirtschaftlich gesehen wäre es auch bei uns notwendig, einen Terminplan für längere Zeit zu erstellen. Dieser Terminplan käme nicht nur dem zuständigen Referat zugute, sondern wäre auch für die Unternehmer von Vorteil. Die Unternehmer selbst erklären, sie könnten auch in den Wintermonaten die Maschinen einsetzen, die ansonsten auf dem Lagerplatz stehen und nur Zinszahlungen kosten. Es wäre vielleicht notwendig, einen kleinen Ausschuß hiefür einzusetzen, der aus Fachkräften besteht und einen Terminplan für Bauarbeiten zu erstellen hätte. (Beifall bei SPO.) (LH. K r a i n e r : „Schon wieder ein Ausschuß!“)

LHSt. Dipl. Ing. U d i e r : Hohes Haus! Es ist leider spät geworden. Ich nehme aber an, nachdem Sie so viele Wünsche angehört haben, daß Sie auch mir ein paar Minuten Gehör schenken. Ich will der Reihe nach die Wünsche aufzählen und bei unseren Landesstraßen beginnen.

Sie wissen, ich erzähle nun schon 15- oder 16mal in diesem Hohen Haus, wie die Dinge ungefähr im Lande liegen. Viel Geld wird ausgegeben und zu wenig ist es auf alle Fälle. Die Entwicklung der Zeit eilt uns weit voraus. Und bei aller Erkenntnis, die Sie, meine Damen und Herren des Landtages haben, daß es notwendig wäre, den Ausbau der Straßen rascher zu gestalten, müssen wir immer feststellen, daß es zwar eine gewisse Anerkennung gibt, aber daß diese auch zu gering ist. Denn wir müßten viel, viel mehr Mittel zur Verfügung haben, um den Notwendigkeiten des Verkehrs gerecht werden zu können. Das alles, was hier vor-

gebracht wurde, sind berechtigte Detailwünsche aus den einzelnen Gebieten, wo die Abgeordneten daheim sind, und ich bin glücklich, sagen zu können, daß diese Wünsche Gott sei Dank keine Neuigkeit für mich sind, was immer ich von der Ober-, West-, Ost- und Südsteiermark gehört habe. Es gibt überall maßgebliche Gründe, was am dringendsten wäre und überall sind die Gründe dieselben. Der Verkehr ist zu stark geworden, der Fahrzeuge sind zu viele und die Straßen sind nicht im entsprechenden Zustand, zumindest zum größten Teil nicht.

So darf ich mich auf diese Gründe stützen und Ihnen einige Ziffern sagen über die Staubfreimachung. Im Jahre 1945 wurde ein Straßennetz von 3354 km übernommen, von dem 121 km staubfrei waren, also 3'8%. Im Jahre 1955 waren weniger Landesstraßen, weil inzwischen einige dem Bund übertragen worden sind, es waren nur 2870 km, davon 724 km, d. s. 27'4%, staubfrei. Im Jahre 1960, nachdem im Vorjahr 107 km in das Landesstraßennetz übernommen worden waren, waren 3008 km Landesstraßen, davon 1385 km staubfrei, also 46%. Ich glaube, wenn Sie die 6 Ziffern verfolgen, so müssen Sie zugeben, daß bei der wenn auch anerkannten bescheidenen Dotierung des Straßensektors sehr viel geschehen ist. Wenn ich sage bescheidene Dotierung, so stütze ich mich auf eine Umfrage in den Bundesländern. Wir rangieren unter den letzten 3 Ländern bezüglich des Anteiles der Mittel für den Straßenbau. In der Steiermark geben wir 8'4% des Gesamtbudgets für die Straßen aus. Wir rangieren da gleich mit Tirol, und gleich hinter uns ist nur noch Kärnten. Alle übrigen Bundesländer geben mehr aus, und zwar 12'14 und 18%. Wir müssen zugeben, daß mit dieser geringen Beteiligung am Landesbudget sicherlich einiges geschehen ist, und Sie werden begreifen, daß es mir selber auch Freude macht, wenn es gelungen ist, bisher wenigstens 46% unserer Straßen staubfrei zu machen.

Wir sind in den letzten Jahren dazu übergegangen, unsere Erhaltungskredite zu verstärken. 6000 S pro km waren zu wenig. Wir waren bestrebt, jährlich diese Ziffern zu erhöhen. Wir haben Gelegenheit gehabt, das Budget aufzubessern, zu 7'5 Millionen wurde eine Million für die Erhaltung dazugegeben, so daß 155 km auf diese Art staubfrei gemacht wurden. Wenn wir hier auf dem Sektor der Erhaltungskredite vorwärtskommen, werden wir die Staubfreimachung rascher durchführen können. Wobei ich sagen möchte, daß das Verkehrsproblem an sich dadurch noch nicht gelöst ist, denn wir müssen von der optischen Täuschung in vielen Fällen abgehen, daß die Staubfreimachung für den heutigen Verkehr genügt.

Die Landesstraße von Graz über Weiz—Pfaffenstättel ist über 100 km lang. An ihr wird seit 1946 immer wieder gearbeitet und trotzdem sind wir erst bei km 70. Wenn wir wahrnehmen, wie es in Maria-trost aussieht, muß man feststellen, daß das, was Abg. Wurm von der Straße nach Radegund sagt, stimmt, nämlich, daß sie stellenweise schon wieder instandsetzungsbedürftig ist, weil die Straße in den Jahren 1946, 1947 und 1948 nicht für den Verkehr 1960 gebaut wurde. Sie wurde seinerzeit staubfrei

gemacht, ohne wesentliche Kurvenkorrekturen, die notwendig sind, wenn eine Straße dem heutigen Verkehr gerecht werden soll.

Wir werden noch reichlich Arbeit haben. Wir werden die wichtigen Landesstraßen zielbewußt ausbauen als Verkehrsstraßen und auf den weniger belasteten Straßen die Staubfreimachung durchführen, um dadurch auf längere Zeit dem Verkehr zweckmäßiger dienen zu können. In diesem Zusammenhang darf ich die Straße Stallhofen—Krems erwähnen. Aus diesem Bezirk hat eine große Deputation vorgesprochen, der Bezirkshauptmann und Landtagsabgeordnete. Ich mußte die Entscheidung der Deputation überlassen, ob wir mit der Geisttalstraße fortfahren oder das Stück nach Krems machen sollen. Die Entscheidung der Herren ist sehr schnell für die Geisttalstraße gefallen, also für die Bergstrecke, die nicht besiedelt ist. Das Stück Ortsende Krems bis Stallhofen soll vorläufig bei der ungenügenden Situation belassen werden. Aber solche unangenehme Situationen haben wir auch auf noch wichtigeren Verkehrsstraßen. Ich habe mich selbst davon überzeugt auf Grund der Vorsprache einer Deputation mit dem Herrn Bezirkshauptmann von Radkersburg, daß wir unsere Bemühungen, von Feldbach über St. Anna die Grenzlandstraße auch nach Radkersburg rascher vorwärts zu treiben, fortsetzen müßten. Aber ebenso dringend, wie wir diese Grenzlandstraße brauchen, um den Durchzugsverkehr zu ermöglichen, müßten wir unsere Sorge der Müritzalstraße auf der anderen Seite zuwenden.

Auch im Deutschlandsberger Bezirk, der ja ein Grenzlandbezirk ist, sind mir die Straßenprobleme nicht unbekannt. Ich hoffte, daß es 1961 möglich sein würde, größere Summen für die Hebalmsstraße und Glashüttenstraße hineinzubringen. Leider wurde ich gerade bezüglich der Straße nach Trahütten und ihrer Entschärfung in den letzten Tagen enttäuscht, als der derzeitige Bürgermeister von Deutschlandsberg mir einen Brief geschrieben hat, der sich nicht mit dem deckt, was wir seinerzeit mit ihm abgesprochen hatten. Es war vereinbart, daß dieses 1. Teilstück von der Gemeinde und von Interessenten gebaut wird und erst, wenn es fertig ist, wird es im Tauschweg übernommen und dieser Forstaus-schließungsweg als Landesstraße ausgebaut. Der Bürgermeister teilt nun mit, das sei unmöglich, und ich müßte trachten, diese Steigung in einer anderen Form zu beseitigen. Mir als Referent ist es nicht recht, so ad hoc auf geänderte Situationen einzugehen. So schaut oft ein Problem aus. Ich bemühe mich, mit den Gemeinden und Interessenten den bestmöglichen Weg zu finden, um Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, aber nicht immer läßt es sich so lösen. Auch die Angelegenheit der Schmuckenhöhe ist nicht unbekannt. Dort hoffe ich in Kürze eine sehr günstige Trasse in Zusammenarbeit mit dem Fürsten Liechtenstein in die Wege leiten zu können. Gerade wegen der Wichtigkeit des Wegebauens in diesem weststeirischen Zipfel bin ich bemüht, den Problemen dort abzu helfen, weil diese Gegend nicht gerade mit Industrieorten gesegnet ist und daher anders aufgeschlossen werden muß.

Wenn ich mich nun der Obersteiermark zuwende, so darf ich zu dem, was der Herr Abg. Hofbauer



ausgeführt hat, folgendes sagen: Ohne Zweifel besteht dieser Beschluß bezüglich St. Gallen und so weiter, aber gerade die Tatsache, daß in diesem Beschluß auch von einem raschen Ausbau von Altenmarkt die Rede ist und daß dieses Kraftwerk bereits Strom erzeugt, zeigt, daß ich diesen Beschluß sehr ernst genommen habe und daß, soweit die Möglichkeiten vorhanden sind, überall Abhilfe geschaffen wird. Der weitere Ausbau der Landesstraßen in diesem Gebiet hängt auch zusammen mit der Frage des Kraftwerkes Kastenreith, wobei wir die Meinung vertreten, daß wir im Widerstreitverfahren zwischen den Ennskraftwerken und der Steweg in Kastenreith wahrscheinlich obsiegen werden. Nach gesundem Menschenverstand müssen wir obsiegen, und dann sind alle diese Fragen sowieso geklärt. Es wäre wahnsinnig, zu sagen, ich baue die Ennstalstraße, wenn dann morgen oder übermorgen die Entscheidung kommt, daß das Kraftwerk Kastenreith zum Bau kommt. Ich glaube, Sie nehmen meine Überlegungen ernst und ich bin auch überzeugt davon, daß Sie die Sachlage ebenso sehen. Ich bin auch bereit, dem Problem der Buchauerstraße im Gebiet von Admont entgegenzukommen, und ich hoffe auch, daß der Römerberg, dieses Haupthindernis von Admont nach Altenmarkt, im nächsten Jahr in Angriff genommen werden kann, denn aus den Plänen geht hervor, daß man eine Trasse nunmehr gefunden hat und man im übernächsten Jahr dieses Projekt ausführen kann.

Es gebe hier noch viel zu sagen, ich kann aber nicht alles dartun und Ihnen gerade nur die paar Ziffern nennen, die zeigen, daß wir bemüht sind, überall vorwärts zu kommen. Es gibt ja nichts schöneres als sagen zu können, hier sind prächtige Straßen, und jeder, der darauf fährt, ist zufrieden. Ich darf nun sagen — und Sie haben ja auch mitgeholfen und auch Vertreter anderer Bundesländer haben das offen und ehrlich festgestellt —, daß in der Steiermark auf dem Landesstraßensektor Beachtliches geschehen ist. Wir gehören zu den 3 Bundesländern, bei denen der Straßenbau einen großen Anteil des Budgets ausmacht, und ich kann versichern, daß wir vom Amt aus bemüht sind, mit den vorhandenen Mitteln das Bestmögliche zu tun.

Ich muß nun ein bißchen auf die Bundesstraßen abschwenken. Sie wissen ja, wie die Dinge hier liegen. Hier gibt es Fragen, die berechtigterweise vorgebracht werden. Dazu gehört der Prebichl, die Ortsdurchfahrt von Leoben, die Drei-Märker-Bundesstraße, die Ausseer Bundesstraße bis Trautenfels, und was soll ich Ihnen noch aufzählen? Mein Gedanke war, daß auch beim Ausbau des Bundesstraßennetzes das Wichtigste ist, die Haupteinfahrtsstraßen vom Westen her in Ordnung zu bringen, damit wir den Verkehr vom Westen her in unser Land bringen. Ich glaube, auf diesem Gebiet sind wir zielbewußt vorgegangen. Die Murtalstraße von der Landesgrenze weg ist noch nicht in Ordnung und wird noch entschärft, es kommt die Umfahrung Tiefenbach im nächsten Jahr an die Reihe, nachdem wir jetzt die Brücken errichtet haben. Diese bereiteten mehr Schwierigkeiten als die Straße selbst. Die Ennstal-Bundesstraße ist in einem zufriedenstellenden Ausbaustadium. Sie brauchen diese Strecke nur einmal zu befahren von Graz

nach Schladming und Vergleiche zu ziehen mit dem Jahr 1946, dann ist alles klar. Das ist jetzt ein schöner, schneller Weg. Wenn auch Baustellen da und dort den Autofahrer irritieren, so ist letzten Endes doch der Erfolg das Entscheidende. Auch die Schoberpaß-Bundesstraße ist jetzt gut und schön und entlastet unser Verkehrsnetz. Dazu gehört ferner die Semmeringstraße, die auch in raschem Tempo fortschreitet. Wir werden auch die Landeshauptstadt nicht vernachlässigen, wir werden uns bei der Strecke Bruck—Graz miteinschalten, und ich kann melden, daß es gelungen ist, das vorgesehene Stück um die Umfahrung Kirchdorf zu erweitern. Wir werden nicht stehen bleiben und hoffen, auch das übrige Straßenstück in der nächsten Zeit beginnen zu können. Dasselbe gilt auch für die Wechsel-Bundesstraße. Sie ist eine wichtige Entlastungsstraße für die Straße Nr. 17 über den Semmering. Wir müssen diese Straße, die zwischen Gleisdorf und Hartberg schon abgeschlossen ist, weiter ausbauen, damit sie ihre Fortsetzung über Hartberg—Grafendorf, Friedberg bis Mönichkirchen findet.

Daß wir auch dabei unsere Steiermark im Westen, im Süden und im Osten nicht vergessen dürfen und dort, wo die Bauten fortgesetzt werden, noch offene Stücke in den nächsten Jahren in Angriff nehmen werden, wie etwa im Bereich der Bezirkshauptmannschaften Leibnitz und Deutschlandsberg, ist selbstverständlich. In den letzten Tagen dieses Jahres wird der Nationalrat den Beschluß über die Übernahme der Sobotherstraße fassen, so daß wir zum Ausbau im nächsten Jahr schreiten können. Auf diesem Sektor glaube ich, ist also vieles geschehen, und, wie ich wohl annehmen darf, auch zur Zufriedenheit der Abgeordneten. Es ist selbstverständlich, daß Sie hier Ihre Wünsche dargetan haben und daß ich diese Wünsche aufzunehmen bemüht bin.

Über das Problem der Prebichlstraße, das Abg. Krempf aufgezeigt hat, will ich kurz sprechen. Ich bin selbst oft genug über den Prebichl gefahren, zu einer Zeit, als die Schwierigkeiten noch größer waren als heute. Ich bedauere es, daß es mir trotz des Verständnisses dafür, trotz Wissens über die Notwendigkeiten nicht möglich war, mehr zu tun als getan wurde. Es hat den Anschein gehabt, als ob wir schon zum Ausbau kämen. Aber für den Ausbau war nur ein kleines Teilstück projektiert, das zur Ausschreibung gelangen könnte. Wir müssen die Prebichlstraße vom Nordhang zum Südhang verlegen. Nach dem einstigen Plan hätte die Trasse viele Kunstbauten erfordert, die in der heutigen Zeit nicht mehr verantwortet werden können. Das hatte zur Folge, daß eine neue Planung und eine neue Trassierung vorgenommen werden mußten, welche die vielen Kunstbauten ausschaltet. Diese Planung ist in vollem Gang. Es ist natürlich schwer, den Eisenerzern das alles verständlich zu machen. Es muß durch die Alpine eine Ersatzstraße gebaut werden, um der Kurve auszuweichen, die durch die Ablagerung des Abraumes gefährdet wird. Warum dies nicht in Verbindung mit dem Ausbau der Bundesstraße auf den Prebichl geschieht? Es geschieht dies deshalb, weil diese Ersatzstraße Bruchteile der Kosten verursacht, die für die Prebichlstraße nach

der neuen Trassierung notwendig sind. Das kostet rund 100 Millionen Schilling, und Sie werden zugeben, daß es nicht so leicht möglich ist, diesen Betrag in ein 5-Jahres-Programm einzuarbeiten, ohne andere wesentliche Aufgaben zurückzustellen. Die Prebichlstraße ist letzten Endes auch eine Zubringerstraße für den Fremdenverkehr. Die Ursache, warum wir bisher noch nicht zur Vergabe der Straße gelangen konnten: Wir sind dabei, die Projektierung fertigzustellen, um sagen zu können, wieviel die ganze Straße kostet und diese Kosten in ein laufendes Programm einzubauen. Es wäre sicherlich schwierig, die Straße zunächst entlang der neuen Trassierung zu führen und sie dann vorübergehend wieder in die alte Straße einmünden zu lassen. Das sind gewisse Schwierigkeiten und ich kann in diesem Zusammenhang nur sagen, daß wir das Problem kennen und bemüht sind, so rasch wie möglich diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Es ist jedoch nicht möglich, dieses Problem im Zusammenhang mit der Alpine zu lösen, weil diese Notstraße sofort errichtet werden muß, um von der berüchtigten Radiokurve wegzukommen. (Abg. Krempel: „Die Teilstücke der Prebichlstraße sind erst nach dem Teilstück der Notstraße und werden durch die Notstraße nicht beseitigt.“) Die Notstraße beseitigt keine wesentlichen Teilstücke, lediglich die Radiokurve.

Die Straßen nehmen sicherlich den wichtigsten Teil unserer Gesamtaufgaben ein. Wir sehen dies auch aus der nachstehenden Aufstellung. Über das Bauamt wurden ins Bauen gebracht, ähnlich wie im Vorjahr, 592 Millionen Schilling:

Straßenbau	272,000.000 S	45'9%
Brückenbau	23,000.000 S	3'9%
Wasserbau	58,000.000 S	9'8%
Meliorationen	10,000.000 S	1'7%
Hochbau	139,000.000 S	23'5%
Wohnhauswiederaufbau	90,000.000 S	15'2%

Der Straßenbau steht mit 45'9% an der Spitze. Es ist begreiflich, daß man darüber mehr Worte zu verlieren hat.

Ich darf aber sagen, daß für uns das Kapitel Wasserbau nicht weniger interessant ist als der Straßenbau. Leider jedoch nicht mit dem gleichen ziffernmäßigen Erfolg und nicht mit dem tatsächlichen Erfolg, der notwendig wäre. Ich kenne die Misere der alljährlich vom Hochwasser heimgesuchten Gebiete und es wirft sich immer wieder die Frage auf, warum werden die Wildbäche nicht gleich in ihrer gesamten Länge verbaut, um zu verhindern, daß Hochwasser eindringt. Alle Bemühungen führen deshalb nicht zu dem erwünschten Erfolg, weil auch die Mittel von seiten des Bundes zu gering sind. Es wäre begrüßenswert, daß der Hochwasserfonds höher dotiert wäre. Seine Mittel sind nicht ausreichend. In diesem Jahre wurden 58 Millionen Schilling für den Wasserbau ausgegeben, für den Flußbau 30 Millionen und davon 7 Millionen Landesmittel. Ein beachtlicher Betrag gegenüber den Mitteln, die im Vorjahr zur Verfügung gestanden sind. Aber auch im Flußbau wäre es notwendig und richtig, genau wie im Straßenbau, einen Fluß in seiner ganzen Länge zu verbauen und andere Maßnahmen

zurückzustellen. Das geht nur, wenn genügend Mittel vorhanden sind.

Zur Wasserversorgung gehören auch Wasserleitungen in unseren Siedlungsgebieten. Und hier kennen Sie das Leidwesen mit diesem Wasserbaufonds und ich brauche mich heute nicht zu wiederholen. Wir könnten aus diesem Fonds mehr Mittel als im Vorjahr in Wirksamkeit bringen, aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir dabei vor allem beachtliche Mittel der Gemeinden binden. Das möchte ich betonen. Die Gemeinden sind unerhört belastet, trotzdem ist diese Frage sehr wichtig. Mir tut es leid, daß wir vom Land her nicht die Mittel zur Verfügung haben, um die Abwasseranlagen entsprechend dotieren zu können. Würden wir 20% dieser Vorhaben decken wollen, dann hätten wir für 1959 und 1960 bei den Vorhaben, die vom Bund gefördert wurden, einen Rückstand von 24 Millionen Schilling. 12 Millionen Schilling haben wir flüssig gestellt für 1959/60, aber die in Förderung stehenden Vorhaben machen bei 20%igem Beitrag 36 Millionen Schilling aus. Das ist ein Betrag, der ohne Zweifel enorm ist. Ich muß daher an das Hohe Haus appellieren, im nächsten Voranschlag Verständnis dafür zu haben, daß diese Post verstärkt werden muß. Wir sind nicht in der Lage, den vielen Wünschen der Gemeinden Rechnung zu tragen und auch nur einen bescheidenen Teil der Kosten wirklich zu decken, die hier gedeckt werden sollten. Es ist, um es rundheraus zu sagen, so, daß die Mittel nicht ausreichen. In diesem Jahr ist allein für 420 Ansuchen ein Betrag von 220 Millionen Schilling als Subvention und ein Betrag von 680 Millionen Schilling als Darlehen angefordert worden. Was konnte gegeben werden? 174 Millionen an Förderungsmitteln und 295 Millionen als Darlehen und diese noch hinüberreichend in viele Jahre nach 1960. 5% der Bundesmittel werden noch für Wohnbauförderungsmittel abgezweigt und Sie sehen nun, wie der Wasserbauförderungsfonds dotiert wird. Das ist natürlich zu wenig, wenn man weiß, wie wichtig das Wasser ist, daß die Wasserversorgung für alle Menschen da ist, wie wesentlich sie für die Erhaltung der Volksgesundheit ist und daß man dazu beitragen sollte, das Wasserproblem überhaupt und mit der Wasserversorgung auch die Frage der Abwässer zu regeln.

Nun noch ein offenes Wort zur Forderung nach einem Schutzgesetz. Ich habe nichts dagegen. Aber eines ist klar, wenn es auch kommt, das Gesetz allein reinigt die Gewässer nicht, hiezu gehört der Wille, das Wasser nicht in der Form, wie es jetzt geschieht, der Öffentlichkeit zurückzugeben und entsprechend mitzuhelfen, um die Mängel zu beseitigen. Ich darf in diesem Zusammenhang Graz als einen der kritischsten Punkte herausgreifen. Um diese Abwässerfrage in der Landeshauptstadt restlos zu beseitigen, kostet dies nach einer Absprache mit den verantwortlichen Herren des Kanalbauamtes und der Stadtverwaltung 165 Millionen Schilling. Natürlich notwendigst für Graz, weil es wichtig ist, die Abwässer nicht gleich in die Mur, sondern zuerst einer Kläranlage zuzuführen und dann erst in die Mur zu entlassen, wie man das heute biologisch normalerweise tun müßte. Das ist eine dringende Forderung und ich bitte alle Verantwort-

lichen, dafür zu sorgen, daß das möglich wird. Voraussetzung sind 2 Sammelkanäle links und rechts der Mur und eine Kläranlage. Das muß her und das kostet rund 90 Millionen Schilling! Leider fehlen noch die Unterlagen dazu, um das Projekt stärker forcieren zu können. Ich hoffe, daß die Gemeindeväter daran denken werden.

Die Reinigung der übrigen Industrierwässer ist auch eine wichtige Forderung. Es ist bedauerlich, daß in früheren Jahrzehnten die Industrie nur darauf bedacht war, ihre Produktion aufzunehmen, dabei aber der Abwässerfrage zu wenig Bedeutung zugewendet hat. Das im Moment abzustellen ist natürlich praktisch fast unmöglich. Wenn wir die Mur verfolgen hinunter bis zur Einmündung der Pöls, so fängt dort das Übel an. Man darf sich nicht wundern, daß die Mur nicht mehr grün ist, sondern manchmal einer Kloake gleicht. Hier muß ein Ausweg gesucht werden und ich glaube, er kann auch gefunden werden. Im Rahmen des Wasserbauförderungsfonds werden wir versuchen, einen Weg aufzuzeigen und die Industrien müssen selbst auch dazu bewegt werden, ihre Abwässer zu klären. Wenn die Industrie uns da entgegenkommt, ist das nicht ein Geschenk der Industrie, sondern sie muß selbst auch dazu beitragen, der Allgemeinheit ein halbwegs normales Wasser sicherzustellen.

Über den Hochbau will ich nicht allzuviel sprechen. Der Landeshochbau hat im ganzen 43,7 Millionen Schilling verbaut. Daran beteiligt sind vor allem die Landeskrankenhäuser, die Landesackerbauschule Grottenhof-Hafendorf und da und dort auch noch unsere Amtshäuser, die ich im einzelnen nicht aufzählen will. Wir wissen, daß es auf diesem Gebiet noch große Forderungen und Wünsche gibt. Wenn wir allein den a.-o. Haushaltsplan durchschauen, was da noch an unbedeckten Posten vorhanden ist, und an das denken, was gar nicht im Haushaltsplan aufscheint, aber auch schon als Wunsch ausgesprochen wurde, dann erkennt man, daß es noch lange, lange Zeit dauern wird, um auf diesem Sektor zu Ende zu kommen. Es wird aber niemand sagen, daß das Land nicht genug auf dem Hochbausektor tut. Ich erinnere nur an die dringenden Spitalsbauten und an die Amtshäuser, die da und dort noch notwendig sind.

Vom Bundeshochbau, der insgesamt mit 94,8 Millionen auftritt, entfallen 33 Millionen auf Instandsetzungen und Modernisierungen und 56,8 Millionen auf Neubauten. Von den größeren Neubauten sind hervorzuheben das Chemieinstitut der Technischen Hochschule in Graz, die Heiz- und Kraftanlage der Technischen Hochschule, das 2. Bundesrealgymnasium in der Theodor-Körner-Straße, das Bundesrealgymnasium in Leoben, das Bundesrealgymnasium in Gleisdorf, die höhere Bundeslehranstalt für hauswirtschaftliche Frauenberufe auf der Marienwiese in Graz, das Amtsgebäude in Judenburg samt Wohnhaus, das Amtsgebäude in Bruck samt Wohnhaus und Gendarmerieunterkunft und das Amtsgebäude in Leoben. Hier gäbe es im Detail noch viel zu sagen, doch muß man es sich ersparen, damit nicht zuviel Zeit in Anspruch genommen wird.

Ich möchte noch ein sehr ernstes Kapitel anschneiden. Das ist die Frage der Raum- und Bau-

ordnung. Ich habe schon im Finanzausschuß darauf geantwortet. Die Bauordnung war vom Land aus fertig im Entwurf, sie wurde aber noch nicht vorgelegt, weil es sich inzwischen herausgestellt hat, daß es zweckmäßig ist, in diesen Belangen zu einer Absprache zwischen den einzelnen Bundesländern zu kommen, damit hier einheitlich vorgegangen werden kann. Man hat sich entschlossen, eine Musterbauordnung auszuarbeiten, die dann für alle Länder zur Verfügung stehen soll, damit sie ihre Bauordnungen in den wesentlichsten technischen Belangen einheitlich ausrichten. Daher ist diese Bauordnung dem Hause und der Regierung noch nicht vorgelegt worden.

Mit der Raumplanung verhält es sich so, daß hier eine Änderung des seinerzeitigen Flächennutzungsplan-Gesetzes insofern stattgefunden hat, als wir versuchten, einen Weg zu finden, diese Bestimmungen gleich als Eingangsbestimmungen für die Bauordnung zu formulieren, so daß dieses neue Planungsgesetz als Einleitung zur neuen Bauordnung Verwendung finden kann. Diese Vorlage wird in Kürze dem Hause zugehen können.

Und nun noch einmal zu der wichtigen Frage der Bauplanung, die Abg. Wurm nicht zum ersten Mal in diesem Hohen Hause aufgeworfen hat. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter ist ohne Zweifel nur in den Wintermonaten eine große. Alle Bemühungen sowohl der Ämter als auch jener Stellen, die mit dem Bau zu tun haben, der Arbeitsämter wie auch der Bauunternehmungen, gehen dahin, eine Vollbeschäftigung auch dieser Gruppe von Arbeitern zu erreichen. Aber hier gibt es unendlich viele Schwierigkeiten und mit einem Rahmenprogramm und einem Terminkalender, wie dies vom Arbeitsamt vorgesehen wird, ist hier nichts zu machen. Ich will einiges schildern, was auch gesagt werden muß, gerade in diesem Zusammenhang, aber es muß gesagt sein, weil es zum Verständnis des Problems beiträgt. Es gibt nicht wenig Bauarbeiter, die sich gerade deshalb, weil sie das ganze Jahr über entsprechend stark angespannt sind und vielfach fern von ihrem Heim arbeiten, im Winter auf den Standpunkt stellen: Und jetzt habe ich einen verdienten Urlaub, jetzt will ich eine Zeit lang meine Arbeitslosenunterstützung beziehen und nach 5 bis 6 Wochen wieder zur Baustelle zurückkehren. Ich weiß einen großen Bauunternehmer, der Baustellen in einer Gebirgsgegend zu betreuen hat und der seine Bauarbeiter gern von dort in eine Gegend versetzt hätte, wo er große Arbeiten durchzuführen hatte. Er hat das nicht zuwege gebracht, weil die Bauarbeiter es abgelehnt haben, dorthin zu gehen. Der Unternehmer mußte sich an der Baustelle mit anderen minderwertigen Kräften abfinden. So liegen die Dinge. Wenn man mit den Bauunternehmern diese Probleme erörtert und man kommt bei den Vergaben darauf zu sprechen, sagen sie, jawohl, wir haben Arbeiter über den Winter. Aber wir müssen feststellen, wenn wir die Leute nicht freigeben, dann läßt die Leistung so rasch nach, daß uns lieber ist, der Mann geht fort und wir können den Bau einstellen, weil uns dies billiger kommt. Es ist sicherlich möglich, im Winter verschiedene Arbeiten durchzuführen. Ein Vergleich mit der Stadt Wien ist nicht am Platz. Diese hat andere klimatische

Verhältnisse, ist nicht so differenziert. Außerdem werden in der Stadt in erster Linie Hochbauten aufgeführt. Die Stadt Wien ist ein so großer Arbeitgeber und Bauherr, daß sie alles etwas leichter regeln kann, als das bei uns der Fall ist. Was würden Sie denn sagen, wenn ich plötzlich eingreifen und verlangen würde, daß wir die Kinderklinik, ein Amtshaus und die Ackerbauschule nicht jetzt, sondern erst in 5 Monaten ausschreiben würden? Das möchte ich gern hören, was mir dann da entgehen gehalten würde.

Aber Sie müssen mir glauben, es ist so, wie ich es jetzt angedeutet habe. Jeder Referent wartet ja schon ein paar Jahre, bis der Bau überhaupt eine Dotierung bekommt. Wenn dann die Dotierung sichergestellt ist, kann nicht schon am 2. Jänner mit dem Bau begonnen werden. Notwendig wäre eine längere Bauplanung, damit der Bauherr in der Lage wäre, auch längere Finanzierungspläne zu geben. Jetzt muß ich an Sie appellieren, an der Erstellung dieser langjährigen Finanzierungspläne mitzuhelfen. Vielleicht ist es dann möglich, wenn Sie im nächsten Budget sagen werden, ab nun werden im ao. Haushalt 70 Millionen Schilling für Hochbauten zur Verfügung gestellt. Dann wird es möglich sein, auch schon zu sagen, wir können diesen oder jenen Bau beginnen. Das müßten wir doch hier mitberücksichtigen. Nur auf diese Weise ist an einen großzügigen Ausbau unserer Bundesstraßen, der Autobahnen und der Automatisierung des Telefonnetzes zu denken.

Im Jahre 1957 wurde ein 15-Jahresprogramm für die Bundesstraßen aufgestellt. Wir müssen heute feststellen, daß es leider doch nicht ganz erfüllt werden konnte, weil die Mittel nicht ausgereicht haben. Es hilft hier die Planung allein nichts. Entscheidend ist, daß die Mittel da sind, dann wird ja auch gebaut. In der Steiermark mit einem Bauvolumen von 592 Millionen Schilling laufen nicht weniger als 370 Millionen Schilling über die Jahresgrenze hinüber. Allein auf dem Straßensektor sind es 32 Bauvorhaben von Landes- und Bundesstraßen im Betrage von 170 Millionen Schilling, die über den Winter laufen. Aber, meine Damen und Herren, Sie wissen doch selber, man kann den Straßenbau nicht weiterführen, wenn alles gefroren ist und überall Schnee liegt. Schwarzdeckenarbeiten können überhaupt nicht durchgeführt werden, ebensowenig Betonarbeiten. Wir sind aus diesem Grunde im Landesstraßenbau dazu übergegangen, zwei- und dreijährige Baulose zu vergeben, weil die Unternehmungen so in der Lage sind, sich arbeitsmäßig dementsprechend einzurichten. Sie sind froh, die Arbeiter halten zu können, wir sorgen dafür, daß auf dem Sektor genügend getan werden kann.

Ich muß noch einmal sagen, ich glaube, daß man am grünen Tisch Pläne dieser Art und Terminkalender aufstellen kann und daß es eine Reihe von Beamten gibt, die darauf warten, sie durchführen zu können. Die sitzen aber nicht im Bauamt, sondern im Arbeitsamt und wollen auch ihre Arbeit haben und möchten mitsprechen bei dieser notwendigen Regelung. Aber diese Pläne verwirklichen müssen wir mit den Menschen, die uns hier im Bauamt zur Verfügung stehen, und zwar nicht nur als Beamte, sondern auch als ausführende Techniker. Ich muß

sagen, wir haben ein Volumen von 592 Millionen Schilling im Jahre 1960 zu verarbeiten gehabt, das selbe gilt für 1959. Dabei habe ich im Vorjahr noch 165 Diplomingenieure gehabt und im Jahre 1960 nur mehr 157, also 8 Ingenieure weniger und eine Reihe von Technikern weniger, als ich benötigen würde. Hier hilft keine Planung und kein Terminkalender, wir müssen die Menschen haben, die diese Arbeiten vollbringen können. Die Planung, die Vorbereitung und die Abrechnung.

Nun noch etwas zur Abrechnung: Auch die Unternehmungen liefern nie rechtzeitig ihre Schlußabrechnungen. Den größten Brocken haben sie schon einkassiert und wegen der paar letzten Schilling tun sie sich nichts mehr an. Auch wir sind natürlich etwas zurückgeblieben, weil das eine Riesenarbeit ist und wir mit unserem Personal nicht mehr tun können. Mehr zu verlangen, als bisher, geht über die Grenzen des Möglichen. Unsere Beamten sind sehr angestrengt, ja sie sind ausgelastet bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit und es wäre verantwortungslos, würde man noch mehr von ihnen verlangen und Gefahr laufen, daß dann aus Krankheitsgründen allenfalls wichtige Posten leer würden. Dazu kommt noch, daß jeder Techniker im öffentlichen Dienst das Weite sucht, wenn er eine günstige Gelegenheit dazu findet, und es gibt viele Wege dorthin.

Ich möchte Sie nun nicht weiter belästigen und nur noch allen jenen, die mit Aufopferung aller Kräfte dazu beigetragen haben, das mögliche Maß — und es ist kein geringes, denn es wurden 600 Millionen Schilling von der Bauausführung bis zur Fertigstellung verarbeitet — zu vollbringen, meinen herzlichen Dank sagen. Ich glaube, daß ich das auch in Ihrem Namen tun darf, wobei dieser Dank dem letzten Straßenwärter und Hilfsarbeiter genau so gilt, wie dem Herrn Hofrat und dem Herrn Baudirektor. Ich muß ihnen allen den Dank aussprechen, weil sie es vollbracht haben, diese vielen, vielen Millionen, die vom Hohen Haus und vom Bund zur Verfügung gestellt wurden, zu verarbeiten, und alles am letzten Ende zum Wohle unserer Heimat. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Ich unterbreche jetzt die Sitzung und teile mit, daß sie morgen um 8.30 Uhr wieder beginnt.

(Unterbrechung 11.45 Uhr, Wiederaufnahme am 17. Dezember um 8.40 Uhr.)

**Präsident:** Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Das Wort hat Herr Landesrat Prirsch.

**Landesrat Prirsch:** Hoher Landtag! Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udjer hat uns gestern ein ausführliches Straßenbaureferat um die mitternächtliche Stunde gehalten. Wir sind alle beeindruckt von den großen Leistungen des Bauamtes auf den verschiedenen Sektoren. Es ist nur eine nach meiner Auffassung sehr wesentliche Baumaßnahme auf dem Gebiet der Landesstraßen noch keiner Aufmerksamkeit und Würdigung unterzogen worden.

Im Laufe dieses Jahres hat sich der Herr Landesstraßenbaureferent mit dem Landesbauamt bemüht, die Landesstraßendurchfahrten staubfrei zu machen.

Es ist dies eine Maßnahme, die vor allem den ländlichen Gebieten, den Dörfern und Märkten zugute kommt. Ich hoffe, daß diese Aktion, die ja überaus begrüßenswert und lobenswert ist, in den nächsten Monaten, im nächsten Jahr, ihren Abschluß findet. Natürlich sieht man jetzt auch in den Dörfern und kleinen Gemeinden durch das Staubfreimachen der Durchfahrten, wie eine Straße aussehen kann und nun regt sich der Wunsch, daß auch zwischen den einzelnen Orten die Straßen ebenso schön wie die Durchfahrten werden. Dieser Wunsch ist natürlich inzwischen nicht kleiner geworden. Wir hoffen, daß es der Landesregierung möglich ist, diesem sicherlich gerechtfertigten Wunsch möglichst bald Rechnung zu tragen. Ich habe mit großer Freude vernommen, daß im Landesdurchschnitt 46% der Landesstraßen staubfrei gemacht sind. Ich will ja nicht sagen, daß die Oststeiermark zu den Vergessenen und Verlorenen des Landes gehört, aber gerade weil oft der Eindruck entsteht, als ob Mandatare allzusehr Lokalpatriotismus betreiben würden, muß ich feststellen, daß z. B. der Bezirk Feldbach, ein sehr dicht besiedelter Bezirk, erst 36% seiner Landesstraßen staubfrei hat. Ich möchte daher in aller Freundschaft, aber mit Entschiedenheit den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier auf diesen Nachholbedarf in Feldbach und überhaupt in der Oststeiermark mit Zustimmung des Hohen Landtages freundlichst aufmerksam machen. Freilich muß ich sagen, daß hier wie überall die Mittel zu kurz und die Strecken zu lang sind.

Ich darf auch aufmerksam machen, daß gerade durch die Erhöhung des Wasserbaufonds es möglich sein wird, in Bezug auf die Flußverbauung und Wildbachverbauung doch raschere Fortschritte zu machen. Wir kennen alle gerade auf dem Gebiet der Flußverbauung die sehr dringenden und notwendigen Vorhaben in der Weststeiermark. Ich darf aber meiner Freude Ausdruck verleihen, daß auch in der Oststeiermark bei der Lafnitz, die auf weite Strecken ein Grenzfluß ist, bei der Safen und bei der Witschein im Laufe dieses Jahres entsprechende Arbeiten durchgeführt wurden und ich hoffe nur, daß diese begonnenen Vorhaben — weil wir von den Flüssen reden — möglichst „flüssig“ fortgesetzt werden.

Hoher Landtag! In der Gruppe 6 befindet sich auch die Wohnbauförderung, soweit sie vom Land durchgeführt wird. Ich habe in den verflossenen Tagen, wie die Meinungen und Auffassungen aufeinander gestoßen sind, daran gedacht, daß wir sicherlich in Österreich in den letzten 15 Jahren große und schwierige Probleme erfolgreich lösen konnten. Wir hatten nach 1945 nicht nur Verzweiflung im Land, es fehlte uns an Nahrung, an Kleidung und an den alltäglichen Bedarfsartikeln. Diese Mangel- und Noterscheinungen sind Gott sei Dank völlig überholt. Es reicht die Nahrung, die Auslagen sind gefüllt mit Kleidern und Bedarfsgegenständen, mit Nutz- und Luxusgegenständen, aber ein Problem, und zwar das Wohnungsproblem, ist noch keiner Endlösung zugeführt. Es ist sicherlich vieles geschehen im Wiederaufbau, bei der Schaffung neuen und zusätzlichen Wohnraumes. Doch sind die Auswirkungen dieser gutgemeinten Maßnahmen

noch nicht völlig zum Tragen gekommen. Dies ist auf viele Ursachen zurückzuführen. Ich möchte sie nicht alle hier aufzählen. Jedenfalls hat das Land Steiermark, der Landtag und seine Regierung sich mit dieser Frage und mit diesen Problemen schon im Jahre 1948 beschäftigt. Wir haben damals den Landeswohnbauförderungsfonds geschaffen. Ich darf feststellen, er ist auf ÖVP-Initiative in dem Landesbudget zum Ausdruck gekommen. Ich sage gern, daß es im Laufe der Zeit ein allgemeines Anliegen der Regierung und dieses Landtages geworden ist. Wir haben mit dem Landeswohnbauförderungsfonds eine ureigene steirische Maßnahme geschaffen, von der Abg. Bämmer sagt, daß sie in den anderen Bundesländern selten ein Beispiel findet. Die ersten Mittel wurden im Budget 1949 mit einer Million Schilling veranschlagt. Wir haben im Laufe dieser 11 Jahre fast 10.000 Eigenheime und Siedlerstellen mit diesem Landeswohnbauförderungsfonds errichten helfen. 10.000 Eigenheime stehen also auf Grund dieser Maßnahme im Land. Wir haben in den letzten Jahren vom Referat und Referenten aus immer wieder versucht, diese Mittel auszuweiten. Wir konnten bei diesen unseren Versuchen nicht immer die echte Liebe finden; ich möchte das nicht kritisieren, ich darf das mehr auf die Sorge der Finanzabteilung zurückführen. Wir haben aber doch durchgesetzt, daß wir einmal ein Darlehen von 10 Millionen Schilling aufnehmen. Wir leiden ja noch daran; wie Sie im Budget sehen, müssen wir alle Darlehen an das Land zurückzahlen. Die Verhältnisse haben sich hier leider nicht so gewandelt wie unsere Hoffnungen, daß es im Landesbudget möglich sein würde, diese 10 Millionen Schilling zusätzlich aufzunehmen oder im Budget einzusetzen und abzubauen. Wir haben bei einer Gelegenheit, wo Angenehmeres und sicherlich auch Nützlicheres zur Debatte stand, 4 Millionen Schilling zusätzlich als innere Anleihe für den Landeswohnbauförderungsfonds erreicht.

Wir haben im Vorjahr dem Hohen Landtag angekündigt, daß die Absicht besteht, aus Mitteln dieses Landeswohnbauförderungsfonds nicht nur Darlehen, sondern auch Zinsenzuschüsse zu vergeben und die Regierung hat für diesen Zweck einen jährlichen Zinsenzuschuß von 2 Millionen Schilling vorgesehen. Durch erfolgreiche Verhandlungen mit steirischen Sparkassen und der Landes-Hypothekenanstalt ist es uns gelungen, daß diese Geldinstitute für die Bewerber um Mittel aus dem Landeswohnbauförderungsfonds Darlehen auf 10, 15 und 20 Jahre zu 7 bzw. 7,5% zur Verfügung stellen. Wir konnten durch diese Maßnahme im heurigen Jahr immerhin zusätzlich rund 640 Bewerbern durch Zinsenzuschüsse den Bau ihres Eigenheimes ermöglichen. Ich darf diese Gegebenheiten deshalb anführen, weil doch in gewissen Kreisen die Meinung besteht, daß nicht alles versucht und unternommen wird, um den Ansuchenden auf diesem Gebiete der Wohnbauförderung zu dienen und gerecht zu werden.

Das Land hat ab 1955 die Wohnbauförderung auf Grund des Bundesgesetzes von 1954 übernommen und übertragen erhalten. Aus dieser Wohnbauförderung 1954 sind uns leider heuer nicht jene Mittel zugeflossen, die wir im Voranschlag veranschlagt

und die wir erwartet haben. Wir haben oder wir gehen deshalb in das nächste Jahr zwangsläufig mit einem gewissen Überhang hinein. Die Mittel für die Wohnbauförderung 1954 werden bekanntlich so aufgebracht: einen Teil bringt das Land auf und zwei Teile der Bund. Die Notwendigkeit, daß das Land zu dieser Wohnbauförderung 1954 auch erhebliche Mittel beitragen muß, Sie sehen es aus dem Voranschlag, haben zwangsläufig dazu geführt, daß die Dotierung des Landeswohnbauförderungsfonds leider eine geringere sein muß. Wir möchten zur Wohnbauförderung 1954 nur eines bemerken, daß das Gesetz, und das spüren wir alle, auch der Beirat, zu sehr von dem Gesetz über den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds abgeschrieben wurde, und daß es nach unserer Auffassung in der Praxis umständlich, kompliziert und bis zu einem gewissen Grad, wenn man bei einem Gesetz von Graduierung sprechen kann, wirklichkeitsfremd ist. Das Wohnbauförderungsgesetz 1954 schließt praktisch jeden Siedler aus, der vor der Zusage mit seinem Bau begonnen hat. Das mag im Hinblick auf die drei übrigen Sektoren, die Bauten der Genossenschaften und Gemeinden richtig sein, im Hinblick auf den Einzelsiedler ist es ungerecht und sozial fast untragbar. Ich darf daher dem Hohen Landtag berichten, daß wir hier von einem gewissen Ermessensrecht oder einer Ermessensgrenze und Ermessensmöglichkeit in einzelnen Fällen Gebrauch gemacht haben, vor allem dann, wenn es sich, wie schon gestern gesagt wurde, um kinderreiche Familien oder Bewerber mit geringem Einkommen gehandelt hat. Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, daß es in weiten Kreisen der steirischen Bevölkerung und vor allem der Bauwerber als ungerecht empfunden wird, daß das Gesetz über den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, also über jene Mittel, die in Wien vergeben werden, den Begriff der Eigentumswohnung nicht kennt, so daß die Auswirkung die ist, daß alle jene Vorhaben, die als Eigentumswohnungsvorhaben gedacht sind, zwangsläufig bei der Bauförderung 1954, also beim Land eingebracht und dort behandelt werden.

Meine Damen und Herren, der Herr Abg. Bammer hat gestern einige Zahlen genannt. Vielleicht beleuchtet es die Situation auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaues auch, daß meine Zahlen, von denen ich annehme, daß sie amtlich sind, von denen des Herrn Kollegen Bammer bedeutend abweichen. Wir haben im Jahre 1960 aus dem Landes-Wohnbauförderungsfonds 1320 Wohnungen gefördert, aus der Bundes-Wohnbauförderung 1954 1825 Wohnungen, und der Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds hat uns als Zahl der geförderten Wohnungen in der Steiermark die Summe von 1902 Wohnungen genannt. Wenn wir diese drei Förderungsaktionen zusammenzählen — ausdrücklich ohne den Wiederaufbaufonds —, so sind in der Steiermark rund 5050 Wohnungen gefördert worden im Jahre 1960.

Ich möchte nun dem Hohen Landtag auch heuer wieder über die berufsmäßige Aufgliederung — d. i. ja auch ein Spiegelbild nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der sozialen Struktur — be-

richten. Die berufsmäßige Aufgliederung der einzelnen Siedler ist folgende:

Arbeiter . . . . .	50½%
öffentliche Angestellte . . . . .	17 %
Privatangestellte . . . . .	12½%
Rentner und Pensionisten rund . . . . .	4 %
Gewerbetreibende und freie Berufe . . . . .	10½%
Landwirte . . . . .	5½%

Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil der unselbständig Erwerbstätigen von 76% auf 84%, der Anteil der Arbeiter von 45% auf 50½% gestiegen. Ich glaube, daß diese Entwicklung besagt und bestätigt, wie wichtig gerade der Eigenheimbau nicht nur zur Bekämpfung des Wohnbauproblems überhaupt, sondern auch im Hinblick auf die allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten ist.

Hoher Landtag! Natürlich treffen uns immer wieder neue Anforderungen. Ich kann Ihnen sagen, daß es in diesen Wochen, wo man erwartet, daß die Mittel für das nächste Jahr zur Verteilung gelangen, nicht allzu leicht ist, die Fülle der Vorsprachen und der Anforderungen zu bewältigen. Ich weiß nicht, ob es gelingt, heuer wieder auf den Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds, also auf die Vergabe der sozialen Wohnbaumittel in Wien von der Steiermark aus Einfluß zu gewinnen. Diese Maßnahme hat sich sicherlich für das Jahr 1960 gut bewährt. Wir werden so oder so in den nächsten Wochen beginnen müssen, uns über die Aufteilung der Landesmittel klar zu werden. Ich hoffe, daß es bis dahin möglich ist, über die Absichten in Wien ein klares Bild zu bekommen.

Ich sagte schon, es treffen uns immer wieder im Laufe des Jahres zusätzliche und dringende Wünsche. So ist man heuer plötzlich an die Landesregierung herangetreten, sie möge sich an der Barackenumsiedlung, vor allem für Flüchtlinge, beteiligen. Wir haben nach gründlichen Absprachen mit dem Bundesministerium für Inneres folgende Lösung gefunden: es werden im Laufe des nächsten Jahres — zum Teil wurde schon damit begonnen — für die Auflösung der Baracken in der Steiermark 19 Häuser mit 255 Wohnungen errichtet, und zwar in Graz 2 Häuser mit 36, in Judenburg 2 Häuser mit 36, in Eisenerz 1 Haus mit 16, in Wagner 4 Häuser mit 39 und in Kapfenberg 10 Häuser mit 128 Wohnungen. Die Kosten für diese 255 Wohnungen werden vom Innenministerium zu 40% und vom Land zu 60% getragen. Es wird eine Gesamtförderung von rund 15 Millionen Schilling erwartet und sie ist auch bereits zugesagt. Wir werden diese rund 15 Millionen im Laufe von 4 Jahren zu tragen haben und die Rate von 4 Millionen jährlich aus der Quote für Barackenumsiedlung wegnehmen. Ich bedauere — ich möchte das nicht politisch aufgefaßt haben — außerordentlich, daß vor allem eines dieser Vorhaben noch nicht begonnen werden konnte, und zwar in Wagner. Man baut in Kapfenberg sehr fleißig, man baut in anderen Orten. Aber in Wagner scheinen wirklich etwas besondere Verhältnisse zu sein. Dort hat man mit dem Bauvorhaben für 39 Wohnungen leider noch nicht beginnen können, und doch könnte dort schon der Rohbau stehen. Aber die Gemeinde konnte sich bis jetzt nicht entschließen, den Bauplatz der Wohnbaugenossenschaft



zu übergeben, obwohl das Land dieses Grundstück der Gemeinde Wagna vor allem im Hinblick auf die Berücksichtigung von Umsiedlern seinerzeit verkauft hat. Ich glaube, daß man auf die Gemeinde Wagna einwirken müßte, daß sie die Möglichkeit schafft, mit dem Bau dieser 39 Wohnungen zu beginnen. Hier wäre vielleicht auch ein Stück Winterarbeit möglich gewesen. Ich bedauere das nicht nur im Hinblick auf die Winterarbeitslosigkeit, sondern weil wir wissen, wie schwer . . . . (Zwischenruf bei SPO: „Die Häuser der Wohnbaugenossenschaft sind im Bau!“) . . . . Für diese 39 Wohnungen hat die Wohnbaugenossenschaft noch keinen Bauplatz. Sie ist an die Abteilung 8 herangetreten, daß aus dem Landesgut Wagna für diese Flüchtlingsbauten ein Bauplatz verkauft wird. (Zwischenruf bei SPO: „Die Wohnbaugenossenschaft besitzt unverbaute Grundstücke!“) Die Wohnbaugenossenschaft hat diesen Grund durch Gemeinderatsbeschluß schon zugesprochen erhalten, man hat diesen Beschluß dann geändert. Jedenfalls würde ich wünschen, daß es endlich zum Bau kommt. Wir möchten nicht Gelder binden, die nicht auf dem Bausektor wirksam werden.

Hohes Haus! Zur Gruppe 6 sind 3 Resolutionsanträge gestellt worden. Der Redner der SPO hat diese Anträge schon zum Teil erwähnt. Wir freuen uns, daß vor allem bei 2 Anträgen die übrigen Parteien unserer Meinung gern beigetreten sind. Wir sind wirklich der Auffassung, daß die Art des sozialen Wohnbaues, wie er sich in den letzten Jahren entwickelt hat, den heutigen Ansprüchen und Anforderungen nicht mehr gerecht wird. Wir werden gern vom Referat aus überprüfen, inwieweit die Landesregierung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften einen sogenannten „sozialen Schlüssel“ finden kann. Natürlich könnte eine solche Umstellung, wenn sie nur ein Land durchführt, zu erheblichen Schwierigkeiten führen. Deshalb sind wir der Meinung, daß man sich in Wien mit den Ländern über diese Frage aussprechen müßte. Denn eines steht fest: Es ist unser aller aufrichtiger Wunsch, daß die Wohnungen, die aus sozialen Wohnbaumitteln gebaut werden, vor allem den bedürftigen und kinderreichen Familien zugute kommen. Es ist kein gesunder Zustand, wenn nicht nur Genossenschaften, sondern auch die Gemeinden gezwungen sind, die bedürftigen, oft kinderreichen Familien wieder in eine alte schlechte Wohnung zu geben, weil die sozial besser Gestellten in das neuerbaute Gemeindewohnhaus kommen, obwohl vielleicht der „Umsiedler“ die Möglichkeit hätte, aus eigener Kraft sich eine echte Wohnverbesserung zu leisten. Hier diesem Übelstand abzuhelfen und entgegenzuwirken, glaube ich, soll dieser Resolutionsantrag vorsehen, der ja nichts verlangt, als daß durch geeignete Einzelförderungsmaßnahmen diesen sozial Bedürftigen Rechnung getragen wird.

Ich darf in diesem Zusammenhang begrüßen, daß der Hohe Landtag voraussichtlich auch den zweiten Resolutionsantrag beschließen wird, wonach alle Wohnbauförderungsmittel, soweit sie in Wien zur Verteilung gelangen, den Ländern zur Verteilung übertragen werden. Ich glaube, hier ließe sich eine echte Verwaltungsvereinfachung und eine echte Sparmaßnahme ohne besondere Schwierigkeiten er-

zielen. Wir würden ohne weiteres die 80 Millionen Schilling, die im Sozialministerium vergeben werden, arbeitsmäßig bewältigen. Wir würden ohne weiteres auch die vom Handelsministerium verwalteten Fondsmittel übernehmen. Ich weiß jetzt nur nicht den Betrag. Ich bin mehr für das „stückweise“, da ich der Auffassung bin, wer zuviel verlangt, erhält meistens nichts. Ich bin für diese Forderung. Aber nichts desto weniger hoffe ich, daß wir, wenn wir schon keinen hundertprozentigen Erfolg haben, uns vorerst mit 50% zufrieden geben sollen. Wir könnten im nächsten Jahr mit einem neuen Resolutionsantrag kommen. (Abg. Dr. Hueber: „Sie sind ein ausgesprochener Kompromißler!“)

Es ist hier so wie bei der sozialen Wohnbauförderung. Je weniger man zu verteilen hat, desto mehr Arbeit hat man. Denn hier ist das wenige viel schwerer zu verteilen, als wenn man mehrere berechtigter Wünsche erfüllen kann. Der Antrag der Frau Abg. Egger, der dem Landtag vorgelegt werden wird, wird vor allem bei den sogenannten „natürlichen Personen“, also den Einzelbewerbern, einen verbesserten „Kinderschlüssel“ zur Anmeldung bringen. Wir stehen vor der Frage, mehr zu geben pro Wohnungseinheit und dadurch in der Zahl der Förderungsfälle herunterzusinken oder bei unserem derzeitigen Schlüssel zu bleiben und dadurch die Zahl zu halten oder zu vergrößern.

Hoher Landtag! Gestern ist es gegangen um die Renten, um die soziale Lage und um die Verteilung des zusätzlichen Volkseinkommens. Aber nicht nur darum ging es, sondern letzten Endes hat nach meiner Auffassung immer wieder, ob hüben oder drüben, doch trotz der verschiedenen Meinungen die Sorge mitgeklungen, das Erreichte zu erhalten und auf dem wirtschaftlichen Weg nach aufwärts weiterhin gehen zu können, damit auf Grund der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung weitere soziale Ziele erreicht werden können. Der soziale Wohnungsbau und das Wohnbauproblem überhaupt sind nicht nur ein soziales Problem, sondern sind vor allem auch ein wirtschaftliches Problem. Und ich glaube, wir alle wünschen, daß die Wirtschaft dieses Landes und dieses Staates es ermöglichen, immer mehr und mehr für die Wohnraumbeschaffung zu tun. Es hat gestern und vorgestern auch die Kultur in diesem Hohen Hause erfreulicherweise einen breiten Raum eingenommen. Ich glaube, Sie werden es nicht als ketzerisch empfinden, wenn ich sage, jedes Siedlerhaus, jedes Eigenheim, jede Wohnung, jede moderne Wohnung ist auch ein wertvolles Stück Kultur. Es ist darüber hinaus für viele Familien, die oft jahrelang unter schwierigen und ungunstigen Verhältnissen leben und hausen mußten, wirklich ein neues Heim, ein Stück Heimat und ein Stück Zukunft. Wir sagen — und haben es in diesem Hohen Landtag immer wieder gesagt — neuerlich ein freudiges Ja zu allen Anträgen in diesem Haus, aber ich glaube, in Ihrem Einvernehmen zu handeln, wenn ich darüber von der Notwendigkeit spreche, daß vor allem die Wohnraumbeschaffung vorangehen muß.

Hoher Landtag! Im letzten Jahr haben wir hier ausgeführt, daß nach unserer Auffassung auf dem Gebiet der Wohnungspolitik neue Wege zu gehen

seien. Es sind sicherlich hier ernst zu nehmende Versuche unternommen worden, und ich weiß, daß sich fast alle Parteien mit diesem dringenden und notwendigen Problem beschäftigen. Es hat auch die OVP in den letzten Wochen in Wien eine Tagung abgehalten, wo fünf prominente Redner aus anderen Staaten ihre Erfahrungen zur Lösung der Wohnraumfrage in Vorträgen dargelegt haben. Wir konnten daraus entnehmen, daß man in Deutschland, England, Holland, Belgien und Luxemburg diese neuen Wege auf Grund der wirtschaftlichen Gegebenheiten und der sozialen Bedürfnisse schon weitestgehend beschritten hat. Wir konnten des Eindruckes nicht Herr werden, daß wir in Österreich hier etwas erstarrt und zurückgeblieben sind. Es wird notwendig sein, Mut, Entschlußfreude, soziales und wirtschaftliches Verantwortungsbewußtsein zu wecken. Es sei auch nicht verschwiegen, das wird Zeit brauchen. Wir werden diese Frage nicht von heute auf morgen lösen können, wir werden vorsichtig und verantwortungsbewußt an sie herangehen müssen, aber daß es Zeit ist, diese Frage zu behandeln, daran kann kein Zweifel bestehen.

Ich möchte nicht schließen, ohne auch den Beamten des Wohnungs- und Siedlungsamtes, vor allem Herrn Hofrat Dr. Banholzer für diese jahrzehntelange Arbeit Dank und Anerkennung auszusprechen. Das Wohnungs- und Siedlungsamt der Steiermärkischen Landesregierung hat mit verhältnismäßig bescheidenen Mitteln eine große und verantwortungsvolle Arbeit zu leisten, und ich darf sagen, daß diese reichhaltige Aufgabe zur Zufriedenheit der Regierung in den letzten Jahren immer wieder gelöst wurde. (Allgemein lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, ich bitte den Berichterstatter um das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Ing. Koch:** Es haben bereits 13 Redner zu dieser Gruppe Stellung genommen und keine Einwendungen erhoben. Ich darf daher namens des Finanzausschusses meinen Antrag wiederholen und das Hohe Haus bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

**Präsident:** Ich bitte die Abgeordneten, die der Gruppe 6 ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Die Gruppe 6 ist damit angenommen.

Wir kommen zur

#### Gruppe 7

#### Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung.

Berichterstatter ist Abg. Ertl. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Gottfried Ertl:** Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Gruppe 7 beinhaltet unter anderem den Unterabschnitt 716, das Feuerwehrwesen. Hier haben wir eine Erhöhung von 271.100 S. Wir freuen uns über diese Erhöhung umso mehr, als wir die Feststellung machen können, daß trotz des materialistischen Zeitgeistes sich immer mehr Menschen und besonders junge Leute finden, die sich selbstlos in den Dienst der Näch-

stenhilfe und der Allgemeinheit stellen. Deshalb gebührt ihnen der Dank des Hohen Hauses und der gesamten steirischen Bevölkerung.

Der Unterabschnitt 731 beinhaltet die allgemeine Förderung der Land- und Forstwirtschaft. Hier darf ich betonen, daß es den Mitgliedern des Hohen Hauses nicht unbekannt sein wird, daß auch die steirische Bauernschaft unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen einen schwierigen Existenzkampf zu führen hat. Ich verweise in der Untersteiermark auf den Kleinst- und Kleinbesitz, der dort um seine nackte Existenz ringt, und in der Obersteiermark in den entlegenen Tälern und Gräben, auf den steilen Berghängen, oft 30 bis 40 km vom nächsten Bahnanschluß entfernt, haust der steirische Bergbauer. Die Bauernschaft ist genötigt, durch eine bescheidene Lebenshaltung und durch den unermüdligen Fleiß im täglichen Arbeitseinsatz die von Jahr zu Jahr immer höher steigenden Ausgaben für die landwirtschaftlichen Bedarfsartikel in der Mehrproduktion auszugleichen.

Meine Verehrten, ich darf kurz zur Begründung dieses Unterabschnittes die strukturelle Zusammensetzung der steirischen Bauernschaft vorausschicken. Wir haben in der Steiermark 79.207 bäuerliche Betriebe. Hievon sind in der Besitzgröße mit unter 2 ha 14.297, das sind 18%. Von 2 bis 5 ha 20.898 Betriebe, das sind 26%, von 5 bis 20 ha 31.809, das sind 40%, und von 20 bis 100 ha 10.829 Betriebe, das sind 14%. Über 100 ha sind 1374 Betriebe, das sind 2%. Es ist daraus ersichtlich, daß Besitzungen bis 5 ha, also der klein- und kleinstbäuerliche Betrieb, 44% der steirischen Bauernschaft ausmacht. Bis 20 ha, dem sogenannten Mittelbetrieb, gibt es 54%, und wie gesagt, über 100 ha 2%. Hiezu möchte ich betonen, daß ich genau weiß, daß viele bäuerliche Betriebe, die ein größeres Ausmaß an Berglehnen haben, auch zu diesen Betrieben über 100 ha zählen, aber unter den verschiedensten Verhältnissen hier ihr Auslangen finden müssen.

Ich möchte anschließend betonen, daß das Institut für Wirtschaftsforschung auch mitteilt, daß seit dem Jahre 1959 die Löhne um 7% gestiegen sind, die industriellen und gewerblichen Erzeugnisse um 6% und daß das Einkommen der Bauernschaft seit 1959 um  $\frac{1}{2}$ % zurückgegangen ist. Ich wiederhole, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse die Bauernschaft gezwungen haben, unter den verschiedensten Verhältnissen und unter dem größten Familieneinsatz ihr Auslangen zu sichern.

Auch ist noch zu betonen, daß eine große und ernste Sorge für die Bauernschaft die katastrophale Abwanderung der Arbeitskräfte bedeutet. Seit 1950 sind in der Steiermark allein 1200 landwirtschaftliche Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in die Industrie und in die Städte abgewandert. Diese Sorge erregt gerade unsere Jungbauern, weil diese in der Landwirtschaft kein Auskommen mehr finden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Land und die Landesregierung in Steiermark haben sich aufrichtig bemüht, diesen, ich möchte fast sagen, traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen in der Landwirtschaft durch namhafte Beträge eine Linderung und Besserung zu bringen. Diese Beträge kommen über die Landwirtschaftskammer und

über die Kammer für Land- und Forstwirtschaft der Bauernschaft zur Ausschüttung. Im Vordergrund der allgemeinen Förderung steht wohl die wegmäßige Erschließung, die Elektrifizierung und die Besitzfestigung der kleinen bäuerlichen Betriebe. Ich möchte noch hervorheben die kulturtechnischen Maßnahmen, die Tierzuchtförderung, die Förderung der Almwirtschaft und als besonders wichtig die Förderung der Aufbaugebiete. Im gesamten werden der Landwirtschaft rund 56,5 Millionen Schilling für diese Belange zugeteilt. Hievon sind 13,2 Millionen Schilling zur Förderung des bäuerlichen Nachwuchses, für die bäuerlichen Fortbildungsschulen und Versuchsanstalten. Auch die Beträge für das Hochwasserschadenprogramm, 14,2 Millionen Schilling, sind zum großen Teil für Meliorationen, Flußregulierung und Wildbachverbauung bestimmt.

In die Gruppe 7 fällt noch der Abschnitt 75, Förderung der gewerblichen Wirtschaft und Förderung des Fremdenverkehrs. Wir alle wissen, welche große Bedeutung dem Fremdenverkehr zukommt. Dieser belebt unser ganzes wirtschaftliches Leben und bringt auch Devisen ins Haus. Wir haben hier erfreuliche Mehransätze, und zwar für die allgemeine Förderung 1,130.200 S, um eine Million höher als im Vorjahr. An Förderungsbeiträgen für Maßnahmen, die dem Fremdenverkehr dienen, 600.000 S. Noch 195.000 S wurden bewilligt für den Ausbau und die Instandsetzung der Schutzhütten, 50.000 S sind für Liftanlagen und Seilbahnen bestimmt. Zusammen ein Mehr von 190.000 S. Die Gesamtauslagen im Abschnitt 75 sind 6,421.400 S, das sind um 627.900 S mehr als im Vorjahr.

Meine Damen und Herren, der Finanzausschuß hat sich mit der Gruppe 7 eingehend befaßt und die im Voranschlag beschlossenen Mehransätze einstimmig genehmigt. Ich bitte auch die Mitglieder des Hohen Hauses, dieser Gruppe die Zustimmung zu geben.

Abg. **Hegenbarth**: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Die Gruppe 7 wird sicherlich eine Reihe von Rednern auf den Plan rufen. Gestatten Sie, daß ich gewissermaßen den Startschuß dazu abfeue. Über die Bedeutung der Landwirtschaft kann in diesem Hohen Haus kein Zweifel mehr bestehen. Wohl aber über die Art und Weise, wie man Landwirtschaft zu betrachten hat und welche Maßnahmen anzuwenden sind, um ihr beizustehen und ihr zu ermöglichen, ihre volkswirtschaftliche Rolle voll und ganz zu spielen.

Wir haben gestern gehört, daß im landwirtschaftlichen Sektor auf dem Gebiet des Bildungswesens ein großer Nachholbedarf herrscht. Ich kann Ihnen sagen, daß zu keiner Zeit die Landwirtschaftsschulen so frequentiert worden sind wie in diesen letzten Jahren. Wir haben seit 2 Jahren auch eine landwirtschaftliche Mittelschule im Ennstal und ich kann mit Stolz sagen, es gehört fast eine Protektion dazu, seinen Buben dort unterzubringen. Es besteht eine große Nachfrage nach Plätzen in dieser Schule. Die Bauernschaft hat erkannt, daß Wissen und Können Trumpf sind. Sie hat erkannt, daß sie nur dann mitkommt im Konzert der gesamten Volkswirtschaft, wenn sie auch von sich aus alles tut, um ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Hohes Haus! Es hat vor einigen Tagen erhebliches Aufsehen erregt, als die steirische Nationalratsabgeordnete Frau Dr. Bayer bei der Behandlung der Gruppe Landwirtschaft darauf hingewiesen hat, welchen Gefahren der österreichische Konsument ausgesetzt ist durch importierte ausländische Lebensmittel. Frau Dr. Bayer hat festgestellt, daß die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchungen bei Untersuchungen der importierten ausländischen Lebensmittel bisher über 500 Chemikalien und Färbemittel festgestellt hat, die verwendet wurden, um diese Importwaren schöner, ansehnlicher oder haltbarer zu machen.

Wir haben im Laufe der letzten Monate ja auch durch die Presse einiges erfahren. Eine Grazer Zeitung, die beileibe nicht von der ÖVP beeinflusst wird, hat berichtet, daß bei der Untersuchung von importierten Bananen von Fachleuten festgestellt wurde, daß rund 40% dieser Bananen mit Milben befallen sind und daß heute, wenn irgendwo sporadisch Paratyphus festgestellt wird, der Amtsarzt zuerst fragt: „Haben Sie vielleicht ein Eipulver verwendet, das aus China kommt?“ Dieses Eipulver aus Ostasien ist geradezu der klassische Träger von Paratyphusbazillen. Wir haben vom Grazer Marktamt gehört, daß von dem in Graz verkauften Reis ein großer Prozentsatz mit Talkumpulver gefärbt ist, um ihm eine schöne weiße Farbe zu geben. Es wird auch den Hausfrauen empfohlen, den Reis zu waschen, bevor man ihn zum Kochen verbraucht. Ich könnte da noch weitergehen und Ihnen erzählen, daß, wie einwandfrei festgestellt worden ist, importiertes ostasiatisches Speiseöl mit menschlichen Fäkalien verschmutzt war. Das ist zwar unappetitlich, aber ich muß es doch feststellen. In der ganzen westeuropäischen Presse hat es vor einigen Monaten Aufsehen erregt, daß in westeuropäischen Ländern nach dem Genuß von hormonisiertem Geflügel bei der Männerwelt Funktionsstörungen aufgetreten sind. Ich will ja nicht anstößig werden, Hohes Haus, aber vielleicht wird manche Grazer Hausfrau, besonders wenn sie noch einem jüngeren Jahrgang angehört, aus Furcht vor der Schädigung ihrer ehelichen Rechte in Zukunft ihrem Herrn und Gebieter nur mehr inländisches Geflügel servieren.

Hohes Haus! Es hat in den Kreisen der Bauernschaft im heurigen Sommer Empörung hervorgeufen, daß ein Wiener Wochenblatt, das gestern schon zitiert wurde, ein Blatt, das man als die „Rote Furche“ bezeichnet, nämlich die Wochenzeitschrift „Heute“ in ihrer Nummer vom 30. Juli d. J. einen Leitartikel gebracht hat mit der Schlagzeile „Steuern mästen Bauern“ mit dem Untertitel „Der echte Weizenpreis wäre 50 g statt 2 S 50“. Ich möchte Ihnen aus diesem Artikel nur aus dem 1. Abschnitt einige Zeilen vorlesen. Sie lauten: „Die Bevölkerung weiß nicht, wie ihr geschieht. Im Handumdrehen hat das Parlament knapp vor den Ferien das seit Jahren umstrittene Landwirtschaftsgesetz auch mit den Stimmen der Sozialisten beschlossen. Doch wer von den Staatsbürgern weiß schon, was dieses Gesetz bedeutet? Es stellt eine Sanierung der Bauernschaft auf Kosten der Steuerzahler dar.“ Es geht dann weiter: „Der Landwirtschaft werden Subventionen, feste Abnahmepreise

und Schutz vor der ausländischen Konkurrenz gesichert. Um den Bauernstand wird eine hohe Mauer des Protektionismus gezogen, hinter der er sich aus den Steuergeldern, mit denen die Subventionen an die Landwirtschaft bezahlt werden, mästen darf.“ So geht es drei Spalten weit fort. Hohes Haus! Die sozialistischen Mitglieder des Landtages haben bisher bei jeder Budgetdebatte mit treuherzigem Augenaufschlag erklärt, daß die Förderung der Landwirtschaft auch ihre Herzensangelegenheit ist. Sie haben bloß so nebenbei zu verstehen gegeben, daß ihr Herz halt nur den ganz Kleinen gehört und nicht den Großen. Aber schauen Sie, meine Herren Sozialisten, Ihr Intelligenzblatt trifft diese Unterscheidung nicht mehr, hier spricht man nicht mehr von Subventionierung des Großgrundbesitzes, nicht mehr davon, daß man die Großgrundbesitzer auf das Faulbett der Zölle legen will, hier spricht man nur noch von der gesamten Bauernschaft. (LR. Sebastian: „Wieviele Bergbauern erzeugen denn Weizen!“) Ich bin Ihnen sehr dankbar für diesen Zwischenruf. Es besteht ein sehr enges Verhältnis zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Preisgruppen. Denn wenn der Bauer in der Ebene für sein Getreide nicht einen Preis erhält, bei dem er existieren kann, verlegt er sich auf Futterbau und Viehhaltung, wobei er wesentlich rationeller arbeiten kann als der Bergbauer, der sich nicht voll mechanisieren kann, und wird so zum tödlichen Konkurrenten seines Berufskollegen im Gebirge. Das ist auch der Grund, warum wir nicht nur jene Gruppe der Landwirtschaft allein fördern, die vielleicht die Schwierigkeiten am stärksten spürt, denn wir wollen so auch verhindern, daß in der Produktion eine Richtung oder eine Wendung eintritt, die volkswirtschaftlich unerwünscht ist.

Wir haben es vor einigen Jahren, als der Koreakrieg tobte, erlebt, auf wie schwachen Füßen die Versorgung unserer Bevölkerung mit Lebensmitteln steht, wenn es einmal zu einer ernsthaften Krise kommt irgendwo in der Welt. Es braucht gar nicht in Europa zu sein. Es hat damals ein maßgeblicher Wiener Politiker gesagt, wenn in Korea ein Ziegel vom Dach fällt, dann fällt er bestimmt uns Österreichern auf den Kopf. Wir haben es damals erlebt, daß Österreich in Argentinien und in Nordamerika riesige Mengen an Brotgetreide gekauft hatte, aber es lag in den Lagerhäusern in Baltimore und konnte nicht nach Europa verfrachtet werden, weil das amerikanische Kriegsministerium 6 Millionen Tonnen Schiffsraum beschlagnahmt hatte, um nach Korea Truppen zu schaffen. Es ist daher im Interesse des österreichischen Verbrauchers, daß eine Landwirtschaft in Österreich besteht, die imstande ist, im Notfalle die österreichische Konsumentenschaft vor dem Hunger zu schützen. (Rufe: „Sehr richtig!“ bei ÖVP.) Wenn ein solcher Artikel im sozialistischen Intelligenzblatt, noch dazu als Leitartikel gebracht wird, fällt es uns wirklich sehr schwer, an ein echtes Verständnis der Sozialisten für die Bauernschaft zu glauben. (1. Landeshauptmannstellvertreter Matzner: „Das ‚Heute‘ ist ja kein Parteiorgan, Herr Kollege.“) Offiziell nicht, Herr Landeshauptmannstellvertreter, aber wenn man sich die Mitarbeiter anschaut, angefangen vom

Gewerkschaftspräsidenten Olah bis zum Dr. Nenning, dann sind das alles Leute, die mit zur Führungsprominenz der SPÖ zählen. Es genügt also schon, wenn man sich die Mitarbeiterschaft der Zeitung ansieht, um zu wissen, aus welcher Richtung der Schuß abgefeuert wird.

Wir haben im heurigen Jahr das Landwirtschaftsgesetz bekommen und es wird sicherlich darüber von meinen Kollegen noch ausführlich gesprochen werden. Ein Bundesgesetz, das gerade die Bauernschaft der Steiermark mit allem Nachdruck urgirt hat, und wenn ich auch zusammen mit meinen Kollegen der Auffassung bin, daß es mit dem Gesetz allein nicht getan ist und daß es keineswegs ein Faulbett für die Landwirtschaft ist, das die Landwirtschaft in Zukunft aller Sorgen und allen Fleißes enthebt, bekennen wir uns zu dem Landwirtschaftsgesetz aus dem einfachen Grund, weil es eine wirksame Handhabe darstellt, um in das Gefüge der landwirtschaftlichen Produktion und des Absatzes einige Ordnung und Regelung hineinzubringen.

Die Landwirtschaft leidet ja vor allem darunter, daß man in Zeiten der Schwierigkeiten, in Zeiten wirtschaftlicher Krisen, vor allem in Krisen nach dem Krieg wohl von der Landwirtschaft verlangt, daß sie das Letzte abliefern, von der Landwirtschaft verlangt, daß mit Rücksicht auf die minderbemittelten Bevölkerungsschichten die Produkte weit unter dem Weltmarktpreis abgeliefert werden. Sie hat es getan. Unrühmliche Ausnahmen bestätigen die Regel. Aber andererseits verwundert es uns, wenn dann die gleichen Leute, die es als selbstverständlich angesehen haben, daß seinerzeit der offizielle Weltmarktpreis für Weizen 14 Dollar, das sind S 3'64 pro Kilogramm, betrug, sich heute darüber aufhalten, daß bei uns der Weizen S 2'50 kostet, während der offizielle Weltmarktpreis um 20 bis 25 Groschen niedriger liegt. Ich glaube, es ist im Interesse des österreichischen Verbrauchers, wenn es auf diesem Gebiet keine schwankenden Preise gibt. Es ist der Brotpreis, der auch im Arbeiterhaushalt eine entscheidende Rolle spielt, der im Blickfeld der Öffentlichkeit steht und gewissermaßen als Preisbarometer angesehen wird.

Wir haben im heurigen Jahr auch noch etwas anderes erlebt, kein Gesetz, aber eine höchst interessante Regelung. Es haben sich im Laufe der letzten Jahre, zum Teil schon seit Jahrzehnten, das sei offen zugegeben, gewisse Reibungen ergeben zwischen landwirtschaftlichen Genossenschaften auf der einen Seite und der privaten Kaufmannschaft auf der anderen Seite. Diese Schwierigkeiten haben sich ergeben aus dem Wachstum und dem Ausdehnungsbedürfnis beider Gruppen. Die Kaufmannschaft hat bis zu einem gewissen Grad nicht mit Unrecht gesagt, die Genossenschaften seien schon weit über das hinausgewachsen, was sich Vater Raiffeisen unter der Genossenschaft vorgestellt hat. Das ist die allgemeine Entwicklung, daß sich kleine Genossenschaften zu Verbänden zusammengeschlossen haben, um im Großeinkauf die landwirtschaftlichen Bedarfsartikel billiger zu bekommen. Man braucht nicht Doktor der Volkswirtschaft zu sein, um zu wissen, daß ein Genossenschaftsverband z. B. 5000 Tonnen Thomasmehl zu ganz anderen Liefe-

rungsbedingungen erhält als 100 Genossenschaften, die je 5 Waggon kaufen. Das ist die Ursache für diese Zusammenschlüsse gewesen. Es ist oft zu gewissen Reibungen gekommen. Es ist heuer ein Schlußpunkt unter die Reibungen gesetzt worden. Es haben die berufenen Vertreter des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ein sehr faires Abkommen, ein „gentleman's agreement“ mit der Kaufmannschaft abgeschlossen, wodurch die bisher bestandenen Reibungen und Meinungsverschiedenheiten beseitigt worden sind. Meine Damen und Herren Sozialisten, ich hätte eine Anregung für Sie. Die Konsumvereine, die auch weit über das hinausgewachsen sind, was einmal ihre Gründer sich darunter vorgestellt haben. Sicherlich haben die braven alten Sozialisten vor 60 Jahren Kronen und Kreuzer zusammengesteuert, um die Gründung dieser Konsumvereine zu ermöglichen. Sie haben sich nicht vorgestellt, daß diese im Jahre 1960 Artikel führen, die weit über das hinausgehen, was eigentlich in ihrem Aufgabenkreis steht. Es gehört eine Dialektik dazu, um verständlich zu machen, daß die Konsumvereine eine eigene Autoverkaufsabteilung haben, daß sie Champagner führen. Man wird sagen, das bringt die Entwicklung mit sich, aber, meine Herren Sozialisten, einige von Ihnen haben im Konsumverein ein maßgebliches Wort mitzureden, und Ihnen möchte ich wirklich ans Herz legen, versuchen auch Sie Ihrerseits, mit der Kaufmannschaft übereinzukommen. Sind doch viele tausende kleine Greißler durch die Konsumverbände am stärksten betroffen. Tun Sie von sich aus einen Schritt, um diesen Ubelstand zu beseitigen. (LR. Sebastian: „Welche kleine Greißler verkaufen Autos?“)

Im heurigen Jahr wurde harte Kritik an der österreichischen Forstwirtschaft geübt. Man hat mit Ziffern und Zahlen, deren Richtigkeit zu überprüfen wäre, nachzuweisen versucht, daß unsere Bauernschaft nicht genügend gewissenhaft umginge mit dem „grünen Gold“ unseres Landes, womit man den Wald bezeichnet. Man arbeitet mit Prozenten, Ziffern und Zahlen, um zu beweisen, daß die Steiermark unaufhörlich einer Verkarstung entgegengeht, daß die Bauernschaft und Forstwirtschaft zu wenig Verantwortungsbewußtsein habe, um hier ihre Aufgabe zu erfüllen. Hiezu sei gesagt, daß nach den offiziellen Ziffern des Landwirtschaftsministers Dipl. Ing. Hartmann, des Regierungsforstinspektors Hofrat Elsässer für die Steiermark sicherlich in einzelnen Gebieten, in einzelnen Gemeinden und da wiederum in verschiedenen Betrieben tatsächlich mehr Holz geschlagert worden ist, als nach den Vergleichsziffern dazugewachsen ist. Aber Sie dürfen nicht vergessen, daß diese Überschlägerung fast durchwegs nur in kleinen Bauernwaldbeständen festzustellen war. In kleinbäuerlichen Betrieben hat der Wald eine ganz andere Funktion als in einem großen Forstbetrieb. Der Forstwirtschaftsplan eines Gutsbetriebes in der Obersteiermark sieht aus wie ein Schachbrett. Es sind viele Quadrate darauf. Der Herr Forstmeister kann Ihnen sagen, welches Planquadrat im Jahre 1978 geschlagen wird. Man spricht von der sogenannten nachhaltigen Nutzung. Und interessanterweise kann man in den größten Waldbesitzungen kaum von einer Überschlägerung

sprechen. (LH. Krainer: „Im Gegenteil! Es wurde noch zu keiner Zeit so viel aufgeforstet.“) Im kleinbäuerlichen Betrieb spielt der Wald eine andere Rolle. Er ist die Reserve des Bauern und ermöglicht ihm die notwendigen Investitionen, die er in der Landwirtschaft durchführen muß. Angefangen von der Mechanisierung bis zur Tbc-Freimachung. Die Klein- und Mittelbetriebe können diese Erfordernisse unmöglich aus dem normalen Wirtschaftsertrag herauswirtschaften. Der Bauer muß seine Reserve angreifen, er muß Vorgriffe machen in diese grüne Reserve. Hat er seinen Hof mechanisiert, so wird er konkurrenzfähig sein, aber er wird dafür auf Jahrzehnte sparen müssen. Es ist richtig, was hier in einem Zwischenruf gesagt wurde, daß noch zu keiner Zeit so viel aufgeforstet wurde wie in den letzten Jahren. Es sind im Jahre 1959 — und für dieses Jahr haben wir erst den vollkommenen Abschluß — 2'2mal soviel Waldpflanzen in Steiermark angepflanzt worden als in den Jahren 1937/1938 vor dem zweiten Weltkrieg. Man sieht, daß die Bauernschaft nicht nur Holz erntet, sondern alles tut, daß auch künftige Generationen diesen wertvollen Rohstoff zur Verfügung haben werden.

Hohes Haus, ich habe mich bemüht, Ihnen aus der großen Fülle der landwirtschaftlichen Probleme einen ganz kurzen kaleidoskopartigen Ausschnitt zu geben. Meine Berufskollegen werden das Bescheidene, das ich Ihnen gebracht habe, sicherlich noch in weitestem Maße ergänzen. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß unsere Bauernschaft sich ihrer Verantwortung der gesamten Bevölkerung und der Volkswirtschaft gegenüber voll und ganz bewußt ist. Nehmen Sie aber auch zur Kenntnis, daß diese Bauernschaft ihre Aufgabe als Lebensmittelversorger unserer Bevölkerung desto besser und nachhaltiger, ihre volkswirtschaftliche Aufgabe desto umfassender erfüllen kann, je größer das Verständnis ist, das ihr auch von der Gegenseite entgegengebracht wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Hans Brandl:** Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Unter der allgemeinen Post „Förderung für die Land- und Forstwirtschaft“ ist unter Post 731,702 auch ein Betrag zur Förderung des Ausbaues von Kleinwasserkraftanlagen und Elektrifizierungen in der Höhe von 1,750.000 S vorgesehen.

Wir alle wissen zur Genüge, daß die Bedeutung des elektrischen Stromes in unserem Wirtschaftsleben in den letzten Jahren einen ungeheuren Aufschwung genommen hat. Trotz gewaltiger Anstrengungen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen sind dieselben fast nicht imstande, dem Strombedarf nachzukommen. Wenn man den Stromverbrauch in Österreich vom Jahre 1951 bis 1959 in der statistischen und sehr übersichtlichen Aufstellung des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs vergleicht, so kann man sehr interessante Feststellungen machen. So wurden z. B. für den Haushalt im Jahre 1951 558 Millionen kWh, 1959 1516 Millionen kWh verbraucht, das ergibt also fast eine dreifache Steigerung. Im Gewerbe wurden 1951 451 Millionen kWh und 1959 1130 Millionen kWh

verbraucht, also eine Steigerung um das 2½fache. Die Landwirtschaft benötigte 1951 108 Millionen kWh, 1959 277 Millionen kWh, ebenfalls eine Steigerung auf das 2½fache. Die Industrie verbrauchte 1951 2380 Millionen kWh und 1959 4686 Millionen kWh, also fast genau eine Verdoppelung. Die Bemühungen des Landes Steiermark und seiner Landesgesellschaft um den Ausbau seiner Wasserkräfte und um die Errichtung von Dampfkraftwerken sind bestimmt nennenswert, und man kann aus der Anlagenübersicht der Stewag vom Jahre 1959 erfreulicherweise entnehmen, daß die Erzeugung von 407 Millionen kW im Jahre 1959 auf 716 Millionen kW im Jahre 1959 gesteigert werden konnte, während der Bezug von Strom aus fremden Kraftwerken im gleichen Zeitraum von 371 Millionen kW auf 329 Millionen kW, also um 42 Millionen kW zurückgegangen ist. Im gesamten gesehen, gehen wir auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft bestimmt einer aufstrebenden Entwicklung entgegen. Fachexperten nehmen sogar an, daß sich der Bedarf an dieser größten, modernsten, aber auch leicht übertragbaren Kraftquelle im Laufe der nächsten 10 Jahre verdoppeln wird, was allerdings den Bund und die Länder und im besonderen die Elektrizitätsversorgungsunternehmen sowohl in technischer als auch finanzieller Hinsicht vor gewaltige Probleme stellen wird.

Wenn ich nun mit dieser Einleitung die positiven Seiten aufgezeigt habe, dann erlauben Sie mir auch, darauf hinzuweisen, daß bei der Elektrifizierung für weite Teile unseres Landes lange Zeit hindurch das Prinzip der Rentabilität im Vordergrund gestanden ist und dadurch naturgemäß abgeschiedene Täler und Streusiedlungen wenig oder gar nicht berücksichtigt wurden. Wir können daher heute feststellen, daß die Elektrifizierungsprojekte, die wir noch durchzuführen haben, nur mehr mit der Unterstützung öffentlicher Mittel zustandekommen können. Wenn außer der Abgeschiedenheit, der Unrentabilität auch noch die Landesgrenze dazu kommt, ist für die Elektrifizierung solcher Gebiete so ziemlich der höchste Schwierigkeitsgrad erreicht. Ich möchte auf zwei solcher Projekte hinweisen, die im Mariazeller Gebiet liegen und von der Bevölkerung schon sehr lange diskutiert werden.

Zuerst zur Elektrifizierung des Salztales. Hier müßte eine Hochspannungsleitung, von Gußwerk ausgehend über den Weichselboden nach Schöder in einer Länge von 35 km gebaut werden, die auf dieser langen Strecke allerdings nur 87 Objekte mit insgesamt 146 bis 150 Haushaltsanschlüssen betreffen würde. Schon im Jahre 1952 wurde versucht, dieses Salzatal zu elektrifizieren, es ist dies allerdings an der Finanzierung und am Widerstand der Österreichischen Bundesforste gescheitert. Neue Bemühungen wurden in den letzten Monaten aufgenommen und eine Besprechung darüber hat am 16. September d. J. in Weichselboden stattgefunden, wo es um die grundsätzliche Frage ging, ob man den Anschluß von der Gemeinde Wien her über Wildalpen oder von der anderen einzigen Möglichkeit, vom Elektrizitätswerk Mariazell aus durchführen soll. Soweit ich erfahren habe, wurde eine Kommission eigens mit dieser Frage beschäftigt. Meiner persönlichen Meinung nach kann eine zu-

friedenstellende Lösung nur dann gefunden werden, wenn man die Elektrifizierung vom E-Werk Mariazell aus, das bereits jetzt rund drei Fünftel seines Strombedarfes von der NEWAG bezieht, durchführt. Es handelt sich um ein Projekt, das 3 bis 4 Millionen Schilling kosten wird.

Das zweite Elektrifizierungsprojekt ist Terz, Lahnsattel, Neuwald-Frein. Hier wurden sehr gründliche Erhebungen durchgeführt, und es war die ursprüngliche Absicht, diese Elektrifizierung ebenfalls vom E-Werk Mariazell, als nächstgelegenes E-Werk, in Angriff zu nehmen. In der Zwischenzeit hat die NEWAG ein Elektrifizierungsprojekt, das im großen im Plan ausgearbeitet ist, übernommen und durch das von St. Ägyd aus, von der niederösterreichischen Seite aus, zum Teil steirisches Gebiet erschlossen werden soll. Auch diese Leitung hat eine Länge von 24 km, und rund die Hälfte der Anschlußwerber, rund 150, liegen auf steirischem Gebiet. Wir betrachten es hier als eine Aufgabe der Steiermärkischen Landesregierung, daß dafür gesorgt wird, daß die steirischen Interessenten in Verhandlungen mit der niederösterreichischen Landesregierung entsprechend abgesichert werden, daß auch sie in den Anschluß einbezogen werden sollen. Ich habe daher im Finanzausschuß einen Resolutionsantrag eingebracht, dem sich die Abgeordneten der ÖVP und FPÖ angeschlossen haben und der folgenden Wortlaut hat:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die Elektrifizierung folgender Gebiete sichergestellt und durchgeführt wird:

1. Salzatal von Gußwerk über Greith-Dürradmer nach Weichselboden (Länge der Leitung 35 km; 87 Objekte; 146 Anschlüsse). Es wären die notwendigen Verhandlungen mit der Gemeinde Mariazell, deren E-Werk die Elektrifizierung durchführen soll, aufzunehmen.

2. Terz—Lahnsattel—Frein (Länge der Leitung ca. 24 km; 146 Anschlüsse). Es wären Verhandlungen mit der NEWAG einzuleiten, damit diese auch die notwendigen Anschlüsse der steirischen Interessenten von den von ihr entlang der Landesgrenze errichteten Leitungen herstellt.“

Meine Damen und Herren, sowohl das Salzatal wie auch Terz—Lahnsattel—Frein liegen hart an der niederösterreichischen Grenze und dieses Gebiet wird von Forstarbeitern und einigen Bauern besiedelt; der Großteil der Objekte findet sich im Besitz der Österreichischen Bundesforste. Die Menschen aber, die dort wohnen, die brav und pflichtbewußt ohne viel Aufhebens ihre schwere Arbeit verrichten, sie können jetzt beim trüben Schein der Petroleumlampe über die ungeheuren technischen Errungenschaften und Erfindungen menschlichen Geistes lesen und können für sich ihre Betrachtungen anstellen und können ihre Vergleiche ziehen. Sie sind nicht nur ausgeschlossen vom elektrischen Licht, das heute eine Selbstverständlichkeit bedeutet, sondern sie müssen auch in ihrem Haushalt und in ihrer Familie auf alle Arbeitererleichterungen, auf die Geräte, die uns der elektrische Strom ermöglicht, verzichten.



Ich darf daher abschließend die Abgeordneten dieses Hohen Hauses bitten, dem gemeinsamen Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben und darüber hinaus die Landesregierung bitten, alle Kräfte einzusetzen, um denen zu helfen, die bisher noch im Schatten stehen, aber am Wiederaufbau unserer Heimat und unserer Wirtschaft ebenso ehrlich mitgearbeitet haben und daher einen Anteil an diesem Fortschritt unseres Landes haben sollten. (Lebhafter Beifall.)

**Abg. Karl Lackner:** Hoher Landtag! Wenn ich mich an die Budgetberatungen der letzten drei Jahre erinnere, so haben bei der Gruppe 7 die Landwirtschaftsvertreter sehr deutlich und energisch die berechtigten Wünsche und Forderungen der Landwirtschaft zum Ausdruck gebracht. Und wenn man dann nach den Ergebnissen sieht, so muß man feststellen, daß davon sehr wenig übrig geblieben ist, daß viele berechnete Wünsche und Worte irgendwo verhallt sind. Wenn man die Ansätze der Gruppe 7 durchsieht, kann man feststellen, daß eine Reihe von Posten erhöht wurde und daß z. B. für die Beseitigung von Hochwasserschäden eine neue Post erstmalig aufscheint. Die Posten für Besitzfestigung und Güterwegbau sind in vollem Umfang gleichgeblieben.

In den Jahren 1957 bis 1960 wurden an 1646 Betrieben 13,405.000 S an Beihilfen gewährt, aber zur gleichen Zeit wurden auch an 4406 Betrieben zirka 109,900.000 S Kredite gegeben. Aus diesen Ziffern geht sehr deutlich hervor, daß die Landwirtschaft nicht, wie behauptet wird, von Subventionen lebt, sondern daß sie für alle diese Förderungen fast zu 90% Kredite in Anspruch nehmen muß, die sie, wenn auch mit einem verbilligten Zinsfuß, zurückzahlt. Es muß hervorgehoben werden, daß die Landwirte, die diese Kredite in Anspruch nehmen, sich für 10 Jahre Schulden auflasten, um damit ihre Existenz zu sichern. Durch diese Darlehensaufnahmen wird auch die ganze Wirtschaft belebt, denn diese Förderungen sind ja meistens bauliche Natur, und davon lebt nicht nur der Schmied, der Kaufmann, sondern auch der letzte Hilfsarbeiter irgendeiner Baufirma. Für die Darlehen für den Güterwegbau gilt dasselbe. Durch den Güterwegbau werden in der Hauptsache Höfe erschlossen. In 2509 Baulosen wurden 63 Millionen Schilling aus Bedarfszuweisungen verbaut, dazu kommen noch 50% der Eigenleistungen der Besitzer. Dadurch haben viele Menschen Arbeit und Brot gefunden. Diese kleinen Beihilfen, die nur ein kleines Pflaster auf das große Loch sind, kommen letzten Endes auch wieder der allgemeinen Wirtschaft zugute, und der Staat bringt sie zehnfach oder mehr wieder herein. Es muß zugegeben werden, daß in der Landwirtschaft, von der Vergangenheit aus gesehen, gewaltiges geleistet wurde. Arbeitsgeräte, Arbeitsmethoden, die seit Hunderten von Jahren ihre Geltung hatten, sind durch den technischen Aufschwung und den Fortschritt über Nacht verschwunden. Aber von der allgemeinen Entwicklung aus gesehen bleibt unser Stand wirtschaftlich immer mehr zurück, während auf allen anderen Sparten stete Preissteigerungen und Erhöhungen vor sich gehen, ist

man nicht bereit, auf die primitivsten Forderungen der Landwirtschaft einzugehen.

Ich möchte ganz kurz darauf hinweisen, die Milch braucht nicht aufgefettet werden, sondern es müßte die Abfettung eingestellt werden. Es handelt sich doch um ein hochwertiges Nahrungsmittel, um ein Naturprodukt, das durch den Entzug von wertvollen Fettstoffen verfälscht wird. Außerdem werden durch den Entzug von Fettstoffen der Milch noch andere Aufbaustoffe entzogen, die für die Gesundheit überaus notwendig sind. Es ist sicher nicht allgemein bekannt, daß gerade in der Milch alle Aufbaustoffe enthalten sind, die der Mensch braucht, wie z. B. die E-Vitamine, die Fortpflanzungsvitamine sind, auf die die Menschheit nicht verzichten kann. Eine solche Maßnahme mag in Notzeiten vorübergehend sicherlich erforderlich sein, aber in normalen Zeiten müßte eine solche Verfälschung nach dem Lebensmittelgesetz bestraft werden. Jedenfalls ist dies eine echte Forderung und ein echter Wunsch der Konsumenten, endlich eine vollwertige Milch zu bekommen und wir könnten dadurch den großen Butterüberschuß wesentlich verringern. Bedauerlicherweise ist diese Forderung der Landwirtschaft von den Sozialisten in Wien immer verhindert worden mit der Begründung, daß eine neue Preissteigerung nicht zu verantworten sei. Ich möchte hiezu sagen, wir fordern keine Milchpreiserhöhung, sondern nur einen Preisausgleich für die Qualitätsverbesserung. Die Überproduktion in der Milch ist keine reine Überproduktion. Sie ist nur scheinbar. Der Abg. Hegenbarth hat schon darauf hingewiesen. Wenn man die Einfuhr von ausländischen Fetten und Ölen, die zur Herstellung von Margarine notwendig sind, einstellen würde, dann würde die ganze Butter-Affäre beseitigt sein.

Der Herr Abg. Dr. Stepantschitz hat in seinem ausgezeichneten Referat gesagt, „noch führen wir in Österreich ein gesundes Leben“. Ich darf aber auch sagen, seit man von einem bekannten Arzt gehört hat, daß die Ärzteschaft besorgt ist um die Gesundheit der Menschen, nimmt die Sabotierung künstlich hergestellter Lebensmittel immer mehr zu. Und es sagt sehr viel. Wir dürfen daher, und mit Recht, von allen Berufsschichten und von den Vertretern der sozialistischen Partei mehr Verständnis für die Landwirtschaft verlangen, denn unser Stand ist es, der noch die gesunden und echten Lebensmittel produziert, die zur Gesunderhaltung der Menschheit notwendig sind. Es hat ja auch die Landwirtschaft in Notzeiten für alle anderen Berufsstände das nötige Verständnis gehabt, und dort, wo es gefehlt hat, wurde es einfach erzwungen. Der Herr Landesrat Sebastian hat gesagt, das Bundesheer müßte verstärkt werden. Wollen wir nur für den Kriegsfall hoffen, daß wir in der Lage sind, dieses Heer mit landeseigenen Lebensmitteln zu versorgen. Heute scheint es oft so, daß die Landwirtschaft durch die niedrigen Preise ihrer Produkte den hohen Lebensstandard der nicht bäuerlichen Kreise nicht erreichen kann. Alle neuen Preiserhöhungen, die ab 1. Jänner 1961 in Kraft treten, bedeuten für die Landwirtschaft eine neuerliche Belastung, der gegenüber wir keine einzige Ausgleichsmöglichkeit haben. Ich möchte daher mit aller Entschiedenheit feststellen, die Landwirtschaft verträgt keine neue

Belastung mehr. Wenn das so weiter geht, werden wir gezwungen sein, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen. Und jetzt kommen noch Forderungen, und zwar ist das in Zukunft die Bereitstellung von Mitteln zur Errichtung von Aufbaugebieten in der Obersteiermark. Es gibt auch im Ennstal sehr viele Täler, die heute noch nicht elektrifiziert sind. Der Herr Abg. Brandl hat ja schon darauf hingewiesen. Es gibt noch sehr viele Seitentäler im Ennstal, die nur zum Teil durch Güterwege aufgeschlossen sind.

Eine der dringendsten Forderungen ist die nach verstärkten Mitteln für die so wichtigen Vorhaben der Entwässerung, der Wildbachverbauung und der Flußregulierung. Es ist für uns unverständlich, wie es möglich ist, daß so wenig Verständnis dafür herrscht, Ersatzland zu beschaffen für die vielen Hektar Grund, die auf anderer Seite durch Bauten usw. der Landwirtschaft verloren gehen. Wie soll denn der Bauer in Zukunft seiner Aufgabe gerecht werden, den Boden zu bebauen und zu bearbeiten, wenn man ihm diesen Boden für alle möglichen technischen Maßnahmen wegnimmt und kein Ersatzland dafür gibt?

Ebenso sind verstärkte Mittel für die Bekämpfung der Rinderseuchen notwendig. Wir werden in Zukunft nur seuchenfreie Rinder im In- und Ausland abverkaufen können. Außerdem ist es, wenn wir ein Fremdenverkehrsland sein wollen, auch notwendig, ein seuchenfreies Land zu sein.

Zu all den materiellen Sorgen kommt aber noch ein sehr ernstes Problem, das ist unsere schwer arbeitende und ausgeschundene Bergbäuerin, die neben der vielen Haus- und Stallarbeit oft noch die einzige Mitarbeiterin des Bauern am Felde ist und die noch dazu die Aufgabe hat, uns neues Leben zu schenken und eine Kinderschar zu erziehen. Es müssen daher dringende Maßnahmen ergriffen werden, um durch die Rationalisierung des bäuerlichen Haushaltes wenigstens zum Teil dieser Pionierin unseres Standes die Arbeit zu erleichtern. Wenn es uns nicht gelingt, diese Menschen gesund und leistungsfähig zu erhalten, dann sind nicht nur alle Förderungsmittel umsonst, dann geben wir uns auch selbst auf. (Starker Beifall.)

**Abg. Koller:** Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Fast 26 Millionen Schilling hat der Steiermärkische Landtag in den letzten 4 Jahren für die steirischen Feuerwehren und ihre Organisationen ausgegeben. 755 steirische Feuerwehren haben auch wieder im kommenden Jahr etwas über 7½ Millionen Schilling zu erwarten. Damit haben die 27.500 steirischen Feuerwehrmänner jene technischen Voraussetzungen erhalten, die sie bei ihren Brand- und technischen Einsätzen — etwa 3½ Millionen pro Jahr — brauchen. Ich stelle dies mit besonderer Genugtuung fest, weil ich der Meinung bin, daß dies nur eine bescheidene Abgeltung für den selbstlosen Einsatz unserer Feuerwehrmänner ist. Es sind unsere Feuerwehren mehr als bloß Vereine oder Selbstschutzorganisationen. Gerade in einer Zeit, in der das materielle Denken fast zum alleinigen Begriff geworden ist, sind sie ein Beispiel wahrer und selbstverständlicher Hilfsbereitschaft dem Nächsten gegenüber. Was sonst könnte die Tau-

sende braver Männer landauf und landab bewegen, so viele freie Stunden für die Erhaltung der Schlagkraft der Feuerwehren durch Übungen usw. zu opfern und im Notfall nicht nur Zeit und Kraft, sondern auch Leben und Gesundheit einzusetzen in nachbarlicher und menschlicher Hilfsbereitschaft? Diese menschlichen Werte kann man nicht in Ziffern festhalten, sondern nur dankbar anerkennen. Diese Eigenschaften, die unsere steirischen Feuerwehren besonders auszeichnen, machen sie auch zu einer wichtigen erzieherischen Einrichtung für unsere jungen Menschen, vor allem in ländlichen Gemeinden, in denen diese jungen Menschen ihre Gemeinschaftsgesinnung durch die Tat bezeugen können. So darf ich dankbar den Einsatz der steirischen Feuerwehrmänner anerkennen, die in Brand- und technischen Katastropheneinsätzen schon Millionenwerte erhalten haben. Aber auch dem Landesfeuerwehrreferat und der steirischen Landesregierung möchte ich danken und sie ersuchen, soviel Verständnis wie bisher auch künftighin für unsere Feuerwehren und ihre Männer aufzubringen.

Meine Damen und Herren, die Abgeordneten der OVP haben in echter Sorge um die Entwicklung der Landwirtschaft zum Abschnitt 73 „Förderung der Land- und Forstwirtschaft“ einen Resolutionsantrag eingebracht. Der Herr Abg. Scheer hat sich auch diesem Resolutionsantrag angeschlossen. Die Sorge um die Landwirtschaft geht schon aus der Einleitung zu diesem Resolutionsantrag hervor, die lautet: „Das Land Steiermark ist mit dem Schicksal seiner Bauern auf das stärkste verbunden. Die Lage der Landwirtschaft, vor allem der Gebirgs- und Kleinbauern, gibt nicht nur zu ernstlicher Besorgnis Anlaß, sondern verlangt sofortige Maßnahmen, um deren Existenz zu erhalten. Es wird daher die Bundesregierung aufgefordert, u. a. dafür zu sorgen, daß verschiedene Maßnahmen getroffen werden.“

Es ist aus den Ausführungen meiner Vorredner schon hervorgegangen, daß sich das Preisniveau in der Landwirtschaft in den letzten 8 Jahren kaum verändert hat, d. h. soweit es die Einnahmenseite betrifft. Wohl aber sind — und Sie brauchen sich nur die Indexzahlen anzusehen — die Preise der industriellen Erzeugnisse, also aller jener Dinge, die der bäuerliche Mensch als industrieller und gewerblicher Konsument braucht, gestiegen. „Die offenkundige Disparität“, heißt es weiter in dieser Resolution, „soll nach besten Möglichkeiten behoben und dem Bauernstand keine neue Belastungen aufgebürdet werden. Sollten solche neuerlichen Belastungen nicht zu vermeiden sein, so sind sie der Landwirtschaft entsprechend abzugelten.“ Wir sind der Meinung und Überzeugung auf Grund der Tatsachen und genauer Kenntnis der Situation, daß jetzt die Möglichkeiten, die die Landwirtschaft bisher noch einigermaßen gehabt hat, nämlich die zusätzlichen Belastungen in Form von Produktionssteigerungen abzudecken, nicht mehr vorhanden sind, und zwar deshalb nicht mehr vorhanden, weil wir auf dem Absatzsektor schon ernstliche Schwierigkeiten in verschiedenen Sparten haben. Dazu kommt noch oft eine Handelspolitik in Fragen der Importe, die unverständlich ist. Man hört da und dort, daß bei diesen Importverhandlungen der verschiedenen Kammern und Körperschaften Meinun-

gen und Anschauungen zutage treten, daß einem als Bauer und Landwirt oft ein komisches Gruseln über den Rücken läuft. Meine sehr Verehrten, es wäre das eine oder andere nicht unbedingt notwendig. Wenn sich doch die Verantwortlichen mehr einer agrarischen Gesinnung bewußt wären, daß letzten Endes ein gesunder und kräftiger Bauernstand keine Angelegenheit des bäuerlichen Menschen allein, sondern eine Angelegenheit des ganzen Volkes sein muß. Aber auch durch gesetzliche Maßnahmen die Arbeitsbelastung des bäuerlichen Menschen bzw. seiner Familie abzugelten, ist leider auch — dies stelle ich mit Nachdruck fest — nicht mehr möglich. Was unsere bäuerlichen Familien und Bäuerinnen heute fast Tag und Nacht leisten müssen, kann gar nicht mehr gesteigert werden. Man muß sich darüber klar sein, daß unsere Bäuerinnen nicht nur die ersten und besten Arbeitskräfte auf dem Hof, in Feld und Stall sind, sondern daß sie noch dazu die Aufgabe haben, Mutter und Hüterin, der Familie zu sein. Dazu kommt noch, das ist aus den Worten des Berichterstatters hervorgegangen, daß ein Ersatz oder Ausgleich durch fremde Arbeitskräfte kaum zu erwarten ist.

Der zweite Punkt unserer Resolution lautet: „Der einheitliche Milchpreis muß gewahrt bleiben und für den Absatz von Milch- und Molkereiprodukten ist zu sorgen.“ Sie wissen alle, daß die Milch zu jenen steten und monatlichen Einnahmen unserer bäuerlichen Bevölkerung geworden ist, die gerade eine Säule der bäuerlichen Wirtschaft ist. Daß sie sehr wachsam alle Experimente und alle Verschiebungen, mögen sie noch so schön getarnt und bemäntelt sein, verfolgt, ist wohl klar. Denn eines steht fest, die bäuerlichen Betriebe haben sich im Verlaufe der letzten Jahrzehnte von dem früheren Typ der Selbstversorgung auf die Marktwirtschaft umgestellt. Das bedingt natürlich auch einen kontinuierlichen Zufluß von Barmitteln in jeden bäuerlichen Betrieb. Das ist nicht allein eine Angelegenheit der bäuerlichen Familie, sondern muß eine Angelegenheit der ganzen Bevölkerung sein. Denn wenn sie sich die Mühe nehmen würden und die Statistik ansehen, in welchem großem Ausmaß die Landwirtschaft heute gewerblicher und industrieller Konsument ist, dann glaube ich, müßte man Verständnis dafür aufbringen, daß eine gesunde und kaufkräftige Landwirtschaft in hohem Maße wichtiger Verbraucher für Gewerbe- und Industriegüter ist.

Der dritte Punkt unserer Resolution lautet: „Durch Verstärkung der landwirtschaftlichen Förderungsmittel auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes ist im besonderen auch auf die Meliorationen und landwirtschaftlichen Wege Bedacht zu nehmen.“ Ich glaube, daß auch diejenigen, die normalerweise in den Städten und Märkten wohnen und durch das Ruhe- und Erholungsbedürfnis — nicht allein nur durch Grenzlandfahrten — auf das Land kommen und dort auch die Wege gesehen haben. Wir haben etwa 26.000 km Gemeindefelder in der Steiermark, die sich oft in einem mehr als trostlosen Zustand befinden. Es ist daher ferner verständlich, daß wir alles daran setzen müssen, in irgendeiner Form diese Wege auszubauen. Denn versetzen Sie sich in die Lage eines landwirtschaftlichen Betriebes, der 1, 2 oder 3 km Zufahrtsweg zu befahren

hat, und in der Zeit, wo alles schnell und mit Tempo geht, kann kein Traktor oder Lastkraftwagen seine agrarischen Produkte, sei es Obst oder Vieh, abholen, weil er nicht zu diesem Hof fahren kann. Aber genauso wenig kann ein Motorfahrzeug mit Gebrauchsgütern und Baumaterialien, die im täglichen Bedarf gebraucht werden, zu diesem Betrieb hinfahren. Die Wege sind daher geradezu eine Voraussetzung, um in exponierten Lagen die Möglichkeit der Bewirtschaftung dieser Betriebe aufrecht zu erhalten. Aber auch die Meliorationen und Entwässerungen sind in der Zeit der zunehmenden Mechanisierung eine Voraussetzung. Sicher haben sie mit den Kühen, Ochsen und Pferden in sumpfige oder nasse Grundstücke fahren können, aber mit dem Traktor und den verschiedenen Erntemaschinen, die leider Gottes eine Voraussetzung sind, geht das nicht mehr, denn die Zeit, in der die menschlichen Arbeitskräfte ausreichend waren, gehört der Vergangenheit an. Es muß alles möglichst rationell gemacht werden. Mit allen diesen Maschinen können sie auf den feuchten und nassen Grundstücken nichts anfangen. Daher also ist es auch eine berechtigte Forderung, besondere Mittel und mehr Mittel nicht nur für die Wege, sondern auch für die Meliorationen und Entwässerungen bereitzustellen.

4. Punkt: „Der Treibstoff für die landwirtschaftlichen Maschinen ist von der Mineralölsteuer zu befreien.“ Das ist keine neue Erfindung. Es war schon einmal so und wird in verschiedenen Ländern auch heute noch gehandhabt und hat auch seinen Sinn, denn das ist eine zusätzliche Belastung. Wir sind der Meinung, daß sich die Landwirtschaft am meisten von allen Berufsgruppen mit dem Problem der schlechten Wege und Zufahrtsstraßen befassen muß und daher auch am ehesten ein Anrecht hat, in dieser Hinsicht berücksichtigt zu werden. Das ist eigentlich eine bescheidene Forderung, wenn man bedenkt, daß man nach dem letzten mir zugekommenen Bericht in Westdeutschland sogar die Umsatzsteuer für die Landwirtschaft nicht mehr einhebt.

5. Punkt: „Die Befristung der Gesetze über Marktordnung und die Befristung des Landwirtschaftsgesetzes wird als eine Ungerechtigkeit empfunden. Es entsteht der Eindruck, als ob man in Österreich eine Landwirtschaft auf Zeit und die bäuerliche Sicherheit im sogenannten Wohlfahrtsstaat auf Raten statuieren wollte.“ Hiezu eine Feststellung: Es würde wohl niemandem einfallen und es würde auch wenig Verständnis finden, wenn man fordern würde, das wichtigste Sozialgesetz, das ASVG, oder ein anderes Gesetz auf Raten, auf Zeit zu befristen. Man findet aber wenig daran, daß so entscheidende Gesetze für die Landwirtschaft, wie das Marktordnungsgesetz und das Landwirtschaftsgesetz, auf Zeit statuiert werden. Ich glaube, dazu die Feststellung treffen zu können, daß es beschämend für die Landwirtschaft ist, von Jahr zu Jahr gerade in dieser Richtung zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen gemacht zu werden.

Die Bedeutung des Bauernstandes, die Aufgaben, die ihm seit Jahrtausenden von der Schöpfung her gegeben sind, immer mehr unter viel Mühe und

Schweiß das tägliche Brot aus der Mutter Erde zu schaffen, dieser Bauernstand, der neben dieser Aufgabe auch biologische Aufgaben zu erfüllen hat, verdient es nicht, in Fragen, die seine Existenz bedeuten, zum politischen Handelsobjekt gemacht zu werden. Es ist heute mit Recht ausgeführt worden, daß der gesunde Bauernstand ein Anliegen für alle, für die ganze österreichische Bevölkerung ist und daß dieser Bauernstand ein wichtiger industrieller und gewerblicher Konsument ist und sein muß.

Ich darf daher, meine Damen und Herren, um die Zustimmung zu dieser Resolution ersuchen. (Starker Beifall bei ÖVP.)

**Abg. Edlinger:** Hoher Landtag! Der Herr Kollege Koller hat über die Feuerwehren berichtet und ich möchte seinen Bericht noch ergänzen. Er hat bereits mitgeteilt, daß die Einnahmen aus der Feuerchutzsteuer größer geworden sind um 136.000 S und seit dem Jahre 1958 um über eine Million Schilling. Es ist erfreulich, daß die Feuerwehr aus der Feuerschutzsteuer derartige Beträge zur Verfügung hat und vor allem das Inspektorat wird sich bemühen, diese Beträge nützlich und effektbringend zu verwenden. Besonders in der Landesfeuerwehrschule wird getrachtet, die Feuerwehren und ihre Funktionäre gut auszubilden, hat sie doch im Lande Steiermark 693 Ortsfeuerwehren zu betreuen. 60 Betriebsfeuerwehren werden ebenfalls dort geschult. 78 Fahrzeuge wurden im Jahre 1960 aus diesen Mitteln neu zugeteilt. Hierbei besteht allerdings die Bedingung, daß ein Drittel der Kosten die Gemeinde zu leisten hat, ein Drittel ist Eigenleistung und erst das letzte Drittel wird vom Verband beigestellt. Circa alle 3 Jahre ist eine Ortsfeuerwehr zuteilungsberechtigt.

In der Landesfeuerwehrschule selbst wurden 37 Kurse abgehalten mit einer Teilnehmerzahl von 1275 Personen. Es sind bereits über 8000 geprüfte Maschinisten vorhanden. Weiters wurden noch in der Steiermark abgehalten Gerätewartekurse und Atmungsschutzkurse, ferner Hauptleutlehrgänge, Informationslehrgänge. Eine neue Schulungsabteilung, die bereits sehr ausgedehnt ist, befaßt sich mit Katastrophenschutz und Luftschutz.

Wie schon erwähnt, sind unsere Feuerwehren diejenigen, die ohne Entgelt freiwillig zu jeder Tages- und Nachtzeit bereit sind, Hilfe zu leisten und in den Einsatz zu gehen. Als alter Feuerwehrmann, der über 30 Jahre Dienst gemacht und in einem abgelegenen Winkel der Steiermark seinen Wohnsitz hat, möchte ich den zuständigen Referenten auf einige Mängel aufmerksam machen. Woran es vor allem uns Streusiedlern, Berg- und Hügellandbauern mangelt, sind die sogenannten Wasserbezugsstellen, die Feuerlöschteiche. In letzter Zeit, es ist kaum 1 Jahr her, sind in unserem Gerichtsbezirk 3 Brände ausgebrochen, die nur deshalb zu einem Totalschaden geführt haben, weil eben kein Wasser vorhanden war. Ein Fall war besonders tragisch, weil nicht ganz 100 m von der Brandstelle entfernt auf gleicher Ebene eine starke Quelle vorhanden ist, in deren Nähe bei einiger Vorplanung leicht ein sogenannter Feuerlöschteich hätte errichtet werden können. Dann wäre wenigstens ein Teil des Ob-

jektes gerettet worden. 5 größere Bauernhöfe könnten aus diesem einen Löschteich bei eventuellen Bränden mit Wasser versorgt werden. Deswegen möchte ich dem Herrn Referenten die Anregung geben, man möge die Feuerwehren nicht nur mit Fahrzeugen und Funkgeräten ausstatten, sondern auch Wasserbezugsstellen errichten und Zufahrten zu den Löschteichen herstellen. Das ist alles sehr notwendig und sinnvoll.

Es wurde vom Landesverband auch bereits im Oktober ein Schreiben an die Steiermärkische Landesregierung gerichtet, worin um eine Erhöhung des Landesverbandsbeitrages von 7 S auf 10 S gebeten wird. Ich möchte bitten, daß dieses Schreiben aufrecht erledigt wird.

Nun zur Förderung der Landwirtschaft! Der Herr Generaldebattenredner hat das Kapitel Landwirtschaft nicht allzu sehr berührt, aber trotz dieser kurzen Bemerkungen zum Kapitel 7 ist ihm einiges unterlaufen, was ich richtigstellen möchte. Er sagte, die Mechanisierung der Mittel- und Kleinbauern müßte durch Kredite gefördert werden. Grundsätzlich ist dagegen nichts einzuwenden. Wie schaut das aber in der Praxis aus? Das Geld ist bald aufgebraucht und der Zinsendienst ist nicht allzu groß, aber das Rückzahlen ist schwierig. Der Bauer braucht nur 1 Jahr eine Mißernte haben, einen Krankheitsfall in der Familie oder ein Unglück im Stall, und er ist auf 1 bis 2 Jahre zurückgeworfen und kann diese Rückzahlungsraten nicht mehr leisten. Er kommt dann in Not und aus seiner Verschuldung nicht mehr heraus. Ich glaube, das ist bedenklich, besonders beim Einkauf von Maschinen und Geräten. Wir wissen alle, daß Maschinen sehr schwer anzuschaffen sind, weil sie vor allem einmal sehr teuer sind und die Ausnützung der Maschinen oft nicht gegeben ist. Deshalb haben wir schon im Jahre 1954 die sogenannten Gemeindemaschinenhöfe gefordert und im Hohen Haus ist eine lange Diskussion dafür und dagegen entstanden. Wir sind damals allein geblieben mit unserem Antrag, die ÖVP konnte sich nicht dazu entschließen und auch die Freiheitlichen nur bedingt. Die Maschinenhöfe, die inzwischen errichtet wurden, konnten leider nur in den sozialistisch verwalteten Gemeinden errichtet werden. Und ich muß ehrlich sagen, sie haben sich durchwegs bewährt, trotz kleiner Fehler dort und da. Ein Zeichen dafür, daß sie sich bewährt haben, ist, daß die Zahl der Benützer ständig steigt. Wir haben in der Steiermark bereits 41 Maschinenhöfe. (LH. Krainer: „Ist nicht viel!“) Wir hätten aus Landesmitteln gerne noch etwas mehr gehabt und deshalb über unsere Partei gebeten, man möge diese Post um 100.000 S für das heurige Jahr erhöhen. Das ist bestimmt eine ganz bescheidene Forderung. Diese 100.000 S sind uns nicht bewilligt worden. Sie sind nach den Erläuterungen für kommunale Maschinenhöfe zu verwenden. Herr Landesrat Pirisch, Sie wissen, daß die Maschinenhöfe immer mein Anliegen waren. Nur eine kleine Kritik, und zwar deshalb, weil Gemeinden aus der Steiermark beteiligt wurden . . . . (LR. Pirisch: „Wann denn?“) . . . . aus den 100.000 S, die gar keine Maschinenhöfe haben, und das ist wohl nicht in Ordnung. (LR. Pirisch: „Das wäre ich doch neugierig!“) Fürstenfeld! (LR.

Prirsch: „Die Stadt Fürstenfeld hat keinen Maschinenhof.“) Sie hat 98.000 S für sich inkammeriert. Fürstenfeld hat 500 ha Waldbesitz und könnte sich selber einen Traktor kaufen. Ich hätte das nicht gesagt, aber Sie wollten einen Namen haben.

Von diesen 600.000 S wurden nur 272.000 S für die kommunalen Maschinenhöfe ausgegeben, und das ist wenig, wenn man bedenkt, daß die Gemeinden selbst sich bemühen, durch eigene Leistungen immer noch diese Maschinenhöfe zu erweitern und zu ergänzen. Abg. Hegenbarth hat gesagt, die Sozialisten haben nicht viel übrig für die Landwirtschaft und die Maschinenhöfe sind eine sozialistische Angelegenheit, da tun wir nicht mit. (Abg. Hegenbarth: „Bei jeder guten Sache tun wir mit.“) Wozu würden diese 100.000 S benötigt? Man hätte manchem Maschinenhof Zusatzgeräte verhelfen können. Die Herren von der Bauernschaft wissen, wozu diese Zusatzgeräte benötigt werden. Man kann diese gerade auf breiter Basis benutzen und die Rentabilität ist gegeben. Die Bürgermeister sind sicherlich gern bereit, zusätzliche Mittel aufzubringen, sofern Landesmittel freigegeben werden.

Der Berichterstatter bzw. der Referent zur Generaldebatte hat erklärt, die Sozialisten sind gegen die Grenzlandhilfe gewesen. Ich muß als Grenzlandbauer und als zuständiger Abgeordneter des Grenzlandes dagegen protestieren. Sie können sich erinnern, wie die erste Post von 2 Millionen für die Grenzlandhilfe in den Voranschlag hineingekommen ist. Ich glaube, im Jahre 1957 habe ich mich im Hohen Hause öffentlich bedankt: erstens beim Präsident Wallner, dessen Name heute noch nie genannt worden ist, der es verstanden hat, durch eine Führung unseren Regierungsmitgliedern in den Aufbau- und Grenzlandgebieten zu zeigen, welches Elend und welche Not dort herrscht. Unser damaliger Finanzreferent Horvatek hat von Amts wegen 2 Millionen für die Grenzlandhilfe eingesetzt. Da kann Dr. Rainer doch hier nicht behaupten, die Sozialisten wären gegen die Grenzlandhilfe. Ich selbst weiß, wie unser damaliger Finanzreferent einem privaten Unternehmer zu einem billigen Investitionskredit von 300.000 S verholfen hat. Man kann deshalb nicht behaupten, die Sozialisten wären gegen die Grenzlandhilfe.

Unter den Aufbaugebieten, die wir in der Steiermark haben, wurde für das letzte Aufbaugebiet am 24. November 1960 eine Gründerversammlung in Leutschach abgehalten, das Aufbaugebiet heißt Kreuzberg. Das ist der nordwestliche Zipfel der seinerzeitigen Windischen Büheln, als das südsteirische Gebiet noch nicht abgetrennt war. In der Monarchie war das ein Begriff für Obst- und Weinbau bis hinunter nach Pettau, Friedau, Luttenberg und nördlich bis nach Leibnitz. Dieses Gebiet ist das ärmste von der Steiermark. Nur Karrenwege haben durch dieses Gebiet geführt. Bis vor 5 Jahren hat es keinen einzigen fahrbaren Gemeindegeweg gegeben. Es gibt dort keine geschlossene Siedlung, nur Streusiedlungen. Bis vor 5 Jahren war das ganze Gebiet noch nicht elektrifiziert, und jetzt hat man das als Aufbaugebiet durch Bereitstellung finanzieller Mittel betreut. Ich bin sehr dankbar, daß man dieses Gebiet zum Aufbaugebiet erklärt hat.

Es sind auch Wünsche aus der Obersteiermark im Raum von Murau und Schöder berücksichtigt worden. Die Gebirgsbauern sind es würdig, daß man sie unterstützt, ich glaube, auch aus dem Grunde sind diese 2 Millionen-Ansätze erhöht worden auf 3,5 Millionen. Ich darf auch dafür Dank sagen, daß für Spezialkulturen Geldmittel zur Verfügung gestellt wurden. Diese Mittel verzinsen sich, sie sind nicht nutzlos angewendet. Für die Errichtung von Spezialkulturen im Grenzgebiet sind schon viele Millionen hineingepumpt worden. Auch kleinere, mittlere Bauern sind die Nutznießer dieser Spezialkulturen. Ich denke an den Tabak und den Hopfen, aber ich denke auch an unsere Ferkelmärkte, die sich wunderbar entwickelt haben. Auch dafür bin ich sehr dankbar, daß das Land Geld zur Errichtung der Markthalle gegeben hat. Natürlich hat es manchesmal Mängel gegeben.

Besonders im Radkersburger Gebiet sind seinerzeit schon große Einnahmen erzielt worden mit dem Anbau von Kren. Die Einfuhren aus Ungarn haben jedoch den Preis sehr gedrückt. Ich glaube, 3 S oder S 3'50 kostet der Kren und ist nicht anzubringen. So liegen noch 120 Tonnen Kren bei den Produzenten. Diese Mengen werden wahrscheinlich verderben. Ich glaube so ist es auch bei Kamillen und Fenchel. Obwohl das Spezialkulturen für die Kleinbetriebe sind, hat man für den Absatz nicht richtig vorgesorgt.

Beim Tabakbau hat es auch einen Haken. Wer sich dafür interessiert hat, wird wissen, daß Parasiten um sich gegriffen haben und der Tabakbau deswegen schon manche Verluste erlitten hat. (LR. Prirsch: „In der Steiermark noch nicht!“) Doch, auch schon! Das ist natürlich auch eine gefährliche Sache und ich weiß nicht, ob man diese Spezialkultur noch weiß Gott wie erweitern soll. Es muß wirklich alles Kopf und Fuß haben und geplant sein.

Nicht nur die Produktion muß gefördert werden, sondern auch für den Absatz muß gesorgt werden. Und weil der Herr Kollege Koller so scheel auf mich herschaut, muß ich ihm sagen, daß die Sache mit der Hühnermast, die ich mir angeschaut habe, ganz schön und sauber ist, aber mit dem Absatz hat es auch hier seine Schwierigkeiten. Wenn man nicht in der Lage ist, diese Hühner zeitgerecht abzugeben, dann hat man gleich einen Schaden. Es muß eben alles gut durchdacht werden. (Abg. Koller: „Es wäre eine dankbare Aufgabe für Sie, zu sorgen, daß bei den Kammer-Ausschußsitzungen der Konsum nicht immer Sonderangebote verlangt.“) Ich könnte Ihnen jetzt auch Dinge von den Pfirsichbauern sagen, die doch eine Ware erzeugen, wie sie das Ausland nicht besser liefern kann. Was war heuer damit? Ausgerechnet zu der Zeit, als bei uns die Pfirsichernte im Gange war, hat man noch Einfuhren bewilligt, obwohl genug Ware am Markt war. Nachdem der Pfirsich nicht lange haltbar und daher nicht lagerfähig ist, haben die Pfirsichbauern schwer darunter gelitten. Man müßte halt solche Sachen von oben herunter abstoppen und den Produzenten im eigenen Land in erster Linie die Ware abnehmen.

Ich möchte danken, daß wir gefördert werden, weil wir wirklich auf der anderen Seite auch selbst unseren Teil dazu beitragen. Der Sinn dieser Förderung ist ja, daß wir unser Grenzland wirtschaftlich stark und lebensfähig erhalten. (Lebhafter Beifall bei SPO.)

Abg. Lafer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Abg. Lackner und Koller haben in ihren Ausführungen bereits angeführt, daß die Bodenflächen, die in Steiermark und überall in Österreich für den Bau von Straßen, Wegen, Häusern usw. in Anspruch genommen werden, nur durch Aufschließung neuer Flächen wettgemacht werden können. Ich möchte nun näher auf die Meliorationen des Landes Steiermark eingehen.

Wir haben in der Steiermark nach Erhebung der letzten Jahre noch 40.000 ha versumpfter Flächen. Diese liegen zum größten Teil auf Ebenen und nur zum kleinsten Teil auf Hängen. Diese Flächen wären, wenn sie entwässert würden, einwandfrei mit modernen landwirtschaftlichen Maschinen bearbeitbar. Die Dotierung an Bundesmitteln für den landwirtschaftlichen Wasserbau hat einen derartigen Tiefpunkt erreicht, daß er ohne Übertreibung als katastrophal zu bezeichnen ist. Und hiezu kurz einige Zahlen: Die Entwässerung dieser Flächen würde ungefähr einen Betrag von 500 bis 600 Millionen Schilling in Anspruch nehmen. Wenn die Mittel vom Bund nicht stärker fließen als bisher, würde man ein Menschenleben brauchen, bis diese Flächen der Nutzung zugeführt werden können. Der jährliche Ernteertrag, sorgfältig berechnet, beläuft sich hier auf rund 80 bis 100 Millionen Schilling dadurch, daß auf diesen Flächen nur minderwertiges Heu, das kaum für Streuzwecke geeignet ist, wächst, wenn überhaupt etwas gedeiht. Die Bundesmittel betragen für diesen Zweck im Jahre 1954 etwa 3,7 Millionen Schilling. Diese Mittel sind laufend abgesunken und betragen im Jahr 1960 nur etwa 1,8 bis 2 Millionen Schilling. Dazu kommt noch, daß der Bauwert mit Rücksicht auf die Lohn erhöhungen seit dem Jahr 1954 ebenfalls im ständigen Absinken begriffen ist. Der Lohn für qualifizierte Hilfsarbeiter im Baugewerbe, Lohngebiet II, betrug im Februar 1954 S 6'15 gegenüber S 8'15 am 1. Mai 1960.

Hohes Haus! Diese Ausgaben, die hier bei der Entwässerung der Landwirtschaft entstehen würden, kann die Landwirtschaft nicht auf sich nehmen, weil sie nicht in der Lage ist, die großen Kosten der Vorfluter zu tragen. Mit der Entwässerung und vor der Entwässerung müssen ja auch große Bach- und Flußregulierungen durchgeführt werden. Ich denke dabei an das Gebiet, welches von Gnas bis Mureck reicht. Der Gnasbach würde einen Kostenaufwand von zirka 15 Millionen Schilling ohne die dazugehörigen Entwässerungen der Flächen beanspruchen und ist zurzeit Gegenstand der Beratungen. Aber die Mittel konnten noch nicht gefunden werden, um dieses Projekt voranzutreiben. Und ähnliche Fälle haben wir verstreut über das ganze Land.

Unser besonderes Augenmerk im Zusammenhang mit der Entwässerung gilt der Beseitigung der Streulagen durch Grundzusammenlegungen. Das ist mit

der Entwässerung eng verbunden. Viele Grundzusammenlegungen konnten deshalb nicht durchgeführt werden, weil die entsprechenden Mittel für die Entwässerungen in diesen Gebieten nicht vorhanden waren. Die Grundzusammenlegungen sind eine wichtige Vorbedingung, um überhaupt dem Bauernstand ein Wirtschaften mit Maschinen zu ermöglichen.

Eine weitere wichtige Sache ist die Versorgung der ländlichen Haushalte mit Wasser. Ich komme aus einem Bezirk mit überwiegend kleinbäuerlichen Betrieben. Unsere fast 10.000 Betriebe haben zu 78% eine Grundfläche von weniger als 10 ha. Die Durchschnittsgröße beträgt 7,1 ha. Die Wasserversorgung der ländlichen Haushalte können wir heute nach vorsichtiger Schätzung mit kaum 50% annehmen, das heißt, die am meisten geplagte Person, die Bäuerin, muß immer noch das Wasser mit der Hand aus dem Brunnen pumpen und mit Kübeln ins Haus und in den Hof bringen. Ich muß erwähnen, daß allerdings für das Jahr 1961 etwas mehr Mittel für diesen Zweck bereitgestellt wurden.

Zu einem wichtigen Teil der Förderung gehört auch noch der Güterwegbau. Wieder einige Zahlen aus einem steirischen Bezirk, der wohl ein Schotterwerk besitzt, aber dessen Wege vollkommen unzureichend sind. Die meisten aller Betriebe unseres Bezirkes haben noch keinen mit Lastwagen befahrbaren Zufahrtsweg. Hier sehen wir wieder die schwierige Lage der Landwirtschaft. Das Um und Auf der Landwirtschaft und das Bleiben auf dem Hof ist bedingt durch den Weg zum Hof, denn sonst wird niemand von der Landwirtschaft erwarten können, daß ein junger Bauer überhaupt am Hof verbleibt. Für diesen Wegbau hat das Land Steiermark dankenswerterweise entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt. Aber auch hier sind die Bundesmittel nicht in dem Ausmaß geflossen, wie wir Steirer es erwartet hätten. Wenn wir in Feldbach von 2400 km Gemeindewegen feststellen müssen, daß derzeit erst 170 km, das sind 7,5%, neuzeitlich ausgebaut sind, so glaube ich, daß dies „Alarmstufe 1“ bedeutet. Und ähnlich sieht es auch in anderen Gebieten aus.

Ich möchte hier noch auf ein anderes Kapitel zu sprechen kommen, das mit der Landwirtschaft zusammenhängt, das ist die Räumung der Materialgräben bzw. der an den Bahnlinien gelegenen Gräben. Die Bundesbahn oder auch teilweise die Landesbahn, die schon im vorigen Jahrhundert gebaut wurden, durchschneiden oft die Täler und sperren die Wasserläufe ab. Links und rechts an den Bahnlinien wurde zur damaligen Zeit das Material, das zum Bau gebraucht wurde, aufgehoben. Hier bilden sich am Fuß der Dämme Wassertümpel und diese bedeuten eine Seuchengefahr für das Vieh. Von Zeit zu Zeit können die an der Bahn liegenden Bauern feststellen, daß ihre am Damm gelegenen Grundstücke immer mehr sauer werden. Hier wäre es am Platz, wenn die Landesregierung bei der Bundesregierung erwirken würde, daß diese Gräben als Wasserabläufe von Seiten der Bundesbahn irgendwie freigemacht und gereinigt werden.

Ich möchte die Landesregierung endlich ersuchen, alles daran zu setzen und bei der Bundesregierung



vorstellig zu werden, damit für die Förderung der Landwirtschaft mehr Mittel als bisher zur Verfügung gestellt werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Gottfried Brandl**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Beratungen des Landesvoranschlages lösen alljährlich eine lebhaft Diskussions aus, wieviel das Land ausgeben soll für die allgemeine Verwaltung, für das Kulturwesen, für das Sozialwesen, für Straßenbauten, für die Landwirtschaft usw. Die Herren Abgeordneten und die Vertreter der einzelnen Berufsgruppen bemühen sich bei dieser Gelegenheit, die Wünsche und Sorgen der ihnen anvertrauten Berufszugehörigen vorzutragen. Daß es dabei zu politischen Zusammenstößen kommt, ist begreiflich, weil das wirtschaftliche Leben in unserem Land eng mit dem politischen Leben verbunden ist.

Bei diesem Kapitel 7 möchte ich einiges über die Mitarbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer, sprechen, jene Arbeiter, die mithelfen, daß der Tisch für unsere tägliche Nahrung gedeckt wird und die mit ihrer Arbeit dazu beitragen, daß das Holz, das „grüne Gold“, von den Bergen zu Tal gebracht wird. Jene Menschen, die im Vergleich zu den Arbeitern in Industrie und Gewerbe benachteiligt sind, weil sie für ihre Tätigkeit und Arbeit nicht die gleiche Entlohnung finden. Diese Tätigkeit, die für die Land- und Forstwirtschaft so wichtig ist, wird von immer weniger Menschen in unserem Land Steiermark durchgeführt. Die ungünstige Entlohnung, verbunden mit der Arbeitszeitverkürzung in den gewerblichen Betrieben und Industrien, die bei den gegebenen Verhältnissen in der Landwirtschaft durchzuführen unmöglich ist, sind weitere Ursachen, die die Landflucht immer stärker werden lassen.

Es ist am Platze, bei dieser Gelegenheit einige Zahlen der Landwirtschaftskrankenkasse für Steiermark zu erwähnen. Im Jahre 1955 waren noch 41.506 Arbeiter in Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. 1956 nur mehr 38.714, 1957 37.850, 1958 34.202 und 1959 nur mehr 32.522. Die Zahlen für das Jahr 1960 liegen noch nicht vor. Wir haben innerhalb von 5 Jahren einen Verlust von 8984 Arbeitskräften in der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark zu verzeichnen. Dazu muß gesagt werden, daß der größte Verlust die Sparte der Landarbeiter betrifft. Auch die Zahl der versicherten Forstarbeiter zeigt einen Rückgang, während die Angestellten eine leichte Zunahme aufweisen. Genau so groß wie die Zahl des Abganges der unselbständig Erwerbstätigen, vielleicht noch größer ist die Zahl der Bauernkinder, die alljährlich der Landarbeit den Rücken kehren. Und so ist innerhalb von 50 Jahren dieser Bevölkerungsanteil in der Landwirtschaft von einem Drittel auf ein Fünftel herabgesunken, und jenes Fünftel, das noch in und von der Landwirtschaft lebt, verfügt nur über rund 15% des Nationalproduktes, und dieser bescheidene Anteil sinkt beharrlich ab und bleibt von Jahr zu Jahr hinter dem Wachstum des Wertanteiles anderer Wirtschaftszweige zurück.

Ein Sprichwort sagt: „Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert.“ Für die Landwirtschaft scheint dies nicht zuzutreffen. Solange die Preise für Getreide, Milch

und Fleisch, zu sogenannten sozialen Preisen gestempelt, nicht erhöht werden dürfen, solange man der Landwirtschaft für diese Produkte nicht mehr gibt, weil sie auch für die wirtschaftlich schwächste Bevölkerungsgruppe leicht erschwinglich sein sollen, so lange die Landwirtschaft Fürsorgeaufgaben für die Allgemeinheit tragen muß, solange wird die Abkehr von der Landarbeit andauern.

Wenn wir aus dem „grünen Bericht“, der heuer auf Grund des § 9 des Landwirtschaftsgesetzes zum erstenmal dem Parlament und der Regierung vorgelegt wurde, entnehmen, daß die Löhne der Arbeiter in der Landwirtschaft um 35% gehoben wurden, während die der nicht landwirtschaftlichen Arbeitskräfte um rund 20% gestiegen sind, mag dieser Bericht auf den ersten Blick auf eine günstige Lohnentwicklung in der Landwirtschaft hinzeigen. In Wirklichkeit ist das nicht der Fall. Wenn man die prozentuellen Lohnerhöhungen in den Vordergrund stellt, so muß man feststellen, daß die Berechnung in Prozenten zu falschen Vorstellungen führt. Wenn ein Landarbeiter bei einem Lohn von 715 S — d. i. im allgemeinen der Lohn für Haus-, Hof- und Feldarbeiter über 18 Jahre — eine Lohnerhöhung von 35% erhält, so macht das S 250'25 aus. Wenn ein Industriearbeiter bei einem Durchschnittslohn von 1400 S eine Lohnerhöhung von 250 S beantragen würde, so sind dies nicht einmal 18%. Über Prozente läßt sich also streiten. Man kann mit geschickten Prozenten alles mögliche beweisen. Tatsache ist, daß das monatliche Durchschnittseinkommen eines bei der Gebietskrankenkasse versicherten Arbeiters 1518 S beträgt, während die landwirtschaftliche Krankenkasse für die Land- und Forstarbeiter einen Durchschnittsverdienst von 1163 S nachweist. Die Lohndifferenz in diesen beiden Arbeitergruppen beträgt demnach durchschnittlich 355 S monatlich. Bei 32.522 Arbeitern in der Land- und Forstwirtschaft ergibt dies eine monatliche Minderentlohnung oder einen Lohnausfall von 11,545.310 S, oder im Jahr die phantastische Summe von 138,543.720 S.

Krasser noch würde sich eine Gegenüberstellung der reinen Landarbeiterlöhne mit den Durchschnittslöhnen der Industrie auswirken. Diese Unterentlohnung in der Landwirtschaft bestätigt auch die Land- und forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt, wenn sie, wie vor kurzem, bekanntgab, daß von 82.000 Rentnern dieser Anstalt auf Grund der 7. Novelle zum ASVG 60.000 eine Ausgleichszulage erhalten und daß die durchschnittliche Alters- und Invalidenrente unter dem Richtsatz von 680 S liegt. Das besagt aber auch, daß die Landarbeiter und Landarbeiterinnen letzten Endes als Bettler vor der Öffentlichkeit stehen, weil sie Zuschüsse aus der Fürsorge erhalten müssen, um ihr Existenzminimum zu erreichen.

Trotz der Tatsache der immer weniger werdenden Arbeitskräfte hat die Landwirtschaft den Umfang, das Volumen ihrer Produktion gewaltig steigern können und vor allem die Mechanisierung weitestgehend vorangetrieben. Aber mit dieser Mechanisierung, die den Ausfall an Arbeitskräften bisher nur teilweise wettmachen konnte, ist diese großzügige Leistung der Landwirtschaft allein nicht zu erklären. Der Mechanisierung, Rationalisierung

und Technisierung sind auf dem Bauernhof Grenzen gesetzt, vor allem von der Natur. Die Milch wird auch im Atomzeitalter aus dem Euter der Kuh gewonnen. Das kann man zwar mit Hilfe von Melkmaschinen rationeller gestalten als mit bloßen Händen, aber gegen den Einbau eines Ventiles, das sich bei erhöhtem Milchdruck von selbst öffnet und die Kuh vermittle eines Gummischlauches gleich mit der Molkerei verbindet, werden sich die Kühe mit Vehemenz wehren. Es gibt keinen zweiten Beruf, der gleich dem Bauernstande in Gottes freier Natur oder im Stall mit lebendigen Dingen zu tun und dabei die gleichen Risiken zu tragen hätte. Die 85.000 Traktoren und die Summe aller anderen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte sind kein Beweis für das Wohlergehen der Landwirtschaft. Sie beweisen nur den gewaltigen Ausgleichsbedarf der Landwirtschaft für die fehlende Arbeitskraft. Die Mechanisierung in der Landwirtschaft ist daher sehr teuer erkauft. Die Leistungen in der Landwirtschaft gehen weiter auf Kosten der Substanz der in der Landwirtschaft noch verbliebenen Arbeitskräfte.

Wenn das Land Steiermark auch für das Jahr 1961 wieder im bisherigen Umfang Mittel zur Errichtung von Eigenheimen, zur Sefthaftmachung landwirtschaftlicher Arbeitnehmer, zur Förderung der Familiengründung, zur Unterstützung in besonderen Notstandsfällen und für die Berufsausbildung der ländlichen Jugend im Voranschlag eingesetzt hat, so ist dies nicht zuletzt die Übernahme wenigstens eines Teiles des Verlustes, den dieser Stand gegenüber anderen Berufsgruppen erlitten hat. Wir sind dem Land dankbar, daß durch diese Beihilfen besonders krassen Notfällen gesteuert werden kann, weil vielen Arbeitnehmern durch die Errichtung eines Eigenheimes bei der Gründung des Ehestandes wirklich geholfen werden kann. Im Jahre 1959 konnten durch die Förderung des Landes 26 Landarbeiter in bäuerlichen Betrieben insgesamt 281.600 S, 10 Landarbeiter in Gutsbetrieben 94.000 S, 9 Angestellte in der Landwirtschaft 64.000 S, 17 Forstarbeiter in Privatbetrieben 331.000 S, 8 Forstarbeiter in Betrieben der Österreichischen Bundesforste 69.500 S, 10 Angestellte in der Forstwirtschaft 8000 S, 1 Arbeiter in einem Genossenschaftsbetrieb 9000 S, 2 Angestellte in Genossenschaftsbetrieben 8000 S als Beihilfen aus Mitteln des Landes zur Errichtung von Eigenheimen erhalten.

Zur Förderung der Familiengründung konnten 54 Landarbeiter in bäuerlichen Betrieben 60.400 S, 35 Landarbeiter in Gutsbetrieben 37.600 S, 132 Forstarbeiter in Privatbetrieben 112.200 S, 43 Forstarbeiter in Bundes- und Landesforsten 36.200 S, 26 Angestellte in Forst- und Gutsbetrieben 31.000 S und 17 Angestellte in Genossenschaften, Kammern und Gebietskörperschaften 22.600 S erhalten.

Ich erwähne die Förderung des Eigenheimbaues und der Familiengründung deshalb, weil die Praxis der letzten Jahre gezeigt hat, daß der Besitz eines Eigenheimes und die Gewährung einer Beihilfe im Zeitpunkt der Familiengründung wirksame Mittel sind, die Landflucht zu steuern. So dankbar die Arbeitnehmerschaft in der Steiermark für diese Bei-

hilfen und für diese Bereitschaft zur Besserstellung ihres Lebens ist, so muß doch mit Nachdruck gefordert werden: Gebt der Landwirtschaft für ihre Produkte gerechte Preise, gebt den Landarbeitern für ihre Arbeit den gerechten Lohn (Applaus bei ÖVP), dann werden auch diese Menschen in der Lage sein, sich das Leben so zu gestalten, daß sie bei der Landarbeit als Helfer bei der Erzeugung unserer Ernährungsgüter verbleiben können. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Zagler:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bei allem Verständnis, das wir der Landwirtschaft und auch den Ausführungen meiner Vordredner und den Bemühungen um die Gesundung der Landwirtschaft entgegenbringen, muß ich mich doch in dieser Gruppe, zu Abschnitt 78, Förderung der Industrie, zum Wort melden.

Wir haben auch in der Industrie einen Zweig, der praktisch in Not geraten ist: das ist die Kohle. Wenn ich da etwas weiter ausholen darf, müssen wir auf das Jahr 1945 zurückgehen. Als im Jahre 1945 die österreichische Wirtschaft durch den Krieg total zerstört war, waren es in erster Linie die Bergarbeiter, die unter größten Opfern und bei schlechter Ernährung in die Gruben einfuhren, um dem österreichischen Staat und seiner Wirtschaft das Urprodukt zu schaffen: Die Kohle. Durch diese Leistung, die die Bergarbeiter in diesen schwierigen Zeiten vollbracht haben, konnte sich die übrige Industrie entwickeln, so daß die Industrien Österreichs am Weltmarkt anerkannt und leistungsfähig wurden. Durch diese Aufwärtsentwicklung der Industrien und dieses Aufwärtstreben sind auch andere Energieträger immer mehr zum Vorschein gekommen und die Kohle wurde allmählich in den Hintergrund gedrängt, so daß die Arbeitsplätze der Bergarbeiter heute ernstlich gefährdet sind.

Im weststeirischen Revier liegen rund 1 Million Tonnen Feinkohle auf Lager. Die Grobkohle ist bisher absetzbar und wird es auch in Zukunft bleiben, wenn nicht durch unbedachte Handelsverträge zuviel Kohle in unser Land importiert wird. Am Hausbrandsektor ist die Lage angespannt. Die ganze Kohlenkrise wirkt sich hauptsächlich auf dem Sektor der Industriekohle aus und ist auf keine Weise mehr auf natürlichem Wege zu bereinigen. Durch die Erdgasleitung, durch die Einfuhr des schweren Heizöls stellen sehr viele Betriebe ihre Anlagen auf Erdgas oder Heizöl um. Und bei der ausreichenden Wasserführung unserer Flüsse stehen auch großteils unsere kalorischen Werke außer Betrieb. Die Halden der gelagerten Feinkohle vergrößern sich von Tag zu Tag. Es ist so weit, daß am Lagerplatz in Bärnbach im weststeirischen Revier die Aufschüttung der Kohle eine Höhe von 36 m erreicht hat. Ebenfalls ist auch der Lagerplatz der Draukraftwerke bis zum letzten Platz ausgefüllt. Wie schon vorher erwähnt, liegen allein in diesem Revier eine Million Tonnen auf Lager, die, umgerechnet auf Geld, einen Wert von rund 100 Millionen Schilling darstellen. Dadurch ist der Bergbau in große finanzielle Schwierigkeiten geraten. Und wenn ich mich jetzt daran erinnere, daß in den schweren Zeiten den Bergarbeitern alles versprochen und immer wieder appelliert wurde, man würde den Bergmann nie vergessen,

so muß ich feststellen, daß sich bis heute keine einzige Stelle fand, die für die angespannte Lage der Bergarbeiter eine Erleichterung gebracht hat. Der Belegschaftsstand hat sich im weststeirischen Revier seit 1957 bis heute um 1044 Mann vermindert. Durch Verhandlungen mit der Sektion IV des Bundeskanzleramtes, mit Dr. Pittermann und den Vertrauensleuten, ist es gelungen, daß praktisch kein einziger Kollege ohne Arbeit dastand. Es mußten Überstellungen vorgenommen werden in andere Betriebe, in anderen Fällen wurden vorzeitige Berentungen der Bergarbeiterversicherung durchgeführt, und die Leute sind in den wohlverdienten Ruhestand geführt worden. Obwohl es gelungen ist, für die Kollegen ihre sozialen Rechte zu sichern und für sie eine Trennungszulage zu erreichen, ist es für den einzelnen noch immer eine Härte, wenn sie, von ihren Familien und ihrem Wohnort, wo sie sich eine Eigentumswohnung oder ein Eigenheim geschaffen haben, getrennt, auf einem anderen Arbeitsplatz ihre Arbeit aufnehmen müssen.

Unter diesen Umständen wird durch das Abwandern der jungen Arbeitskräfte das weststeirische Revier in absehbarer Zeit ein echtes Notstandsgebiet werden. Der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann hat am 10. Mai d. J. dem Ministerrat den Antrag gestellt, daß der Bezirk Voitsberg im Sinne des Artikels 3 des Finanzausgleichsgesetzes zum Notstandsgebiet erklärt werden soll. Dieser Antrag wurde jedoch vom damaligen Finanzminister Dr. Kamitz auf das schärfste abgelehnt. So war es immer nur den verstaatlichten Betrieben unter der Leitung der Sektion IV im Bundeskanzleramt überlassen, die in Not geratenen Bergbaue etwas zu festigen und für die Belegschaft Arbeitsplätze wenigstens auf vorübergehende Zeit zu sichern. Die einzelnen Betriebe wurden an große Konzernbetriebe angehängt, so daß tatsächlich heute die eisen-erzeugende Industrie der verstaatlichten Betriebe derjenige Faktor ist, der die Bergleute und die Arbeitsplätze der Belegschaft wenigstens vorübergehend absichert. Für die Dauer wird auch das nicht die Lösung sein, weil unter solchen Umständen wahrscheinlich sämtliche verstaatlichte Betriebe, wenn sie nicht von irgendeiner Stelle von Bund und Land Hilfe erhalten, in finanzielle Schwierigkeiten geraten werden. Es hat nach dem Kriege auch die Fertigwaren- und Metallwarenindustrie durch die zur Verfügung gestellte Kohle ihren Betrieb ausbauen können, und so wird es auch heute notwendig sein, daß auch die privaten Industrien herangezogen werden, um in dieser Krise ernstlich Abhilfe zu schaffen.

Es bleibt den Vertrauensleuten auch in Ratten überlassen, für die soziale Sicherung einen weiteren Arbeitsplatz der Belegschaft im Einvernehmen mit dem Alpinkonzern und der Sektion IV zu suchen. Ich kann mich nicht erinnern, daß tatsächlich Betriebe geschlossen werden mußten außer durch Auskühlung schwer zu gewinnender Kohle in Ratten oder daß die steirische ÖVP oder der Landeshauptmann diesen Kollegen geholfen haben. Erfreulich ist jedoch, daß durch die Verhandlungen der Vertrauensleute und durch die Zustimmung der Alpine und der Sektion IV in Eisenerz der Bau von rund 300 Wohnungen gesichert ist. Der Spatenstich zur Er-

bauung dieser wurde bereits durchgeführt, so daß die Bergarbeiter in absehbarer Zeit mit ihren Familien diese zur Verfügung gestellten Wohnungen beziehen können. (LR. Prirsch: „Hoffentlich kommen auch diese hinein, wir werden das prüfen.“) Herr Landesrat, wir werden dafür als Vertrauensleute schon sorgen. Wir werden sorgen, daß die Bergleute da hineinkommen. (LR. Prirsch: „Wir werden scharf nachschauen.“)

Ich darf eines noch als einen kleinen Lichtblick bezeichnen, und zwar die Tatsache, daß in Graz ein Fernheizwerk gebaut wird, weil dann unsere Feinkohle zur Verbrennung kommt, ein kleiner Teil davon wenigstens. Es wäre auch zu erwägen, ob nicht doch noch im Leibnitzer Gebiet ein kalorisches Kraftwerk erbaut werden könnte, dessen Pläne ja schon fertig sind, um dort die Pöfingbrunner Kohle abzusetzen. (LH. Krainer: „Die Pöfingbrunner Kohle kommt ins Heizwerk nach Graz, dafür habe ich gesorgt.“) Die Pöfingbrunner Kohle ist ja zu wenig für das Heizwerk in Graz, außerdem habe ich gehört, daß sie viel zu viel Schwefelgehalt hat, um sie im Heizwerk verfeuern zu können.

Ich glaube, ich habe wirklich sachlich diese Dinge aufgezeigt, wie es uns Bergleuten geht. Und es wäre bestimmt eine Möglichkeit vorhanden, die Feinkohle zu verwerten. Es ist z. B. viel Geld hinausgepulvert worden bei Versuchen, diese Feinkohle zu brikettieren. Aber das ist unmöglich. (Abg. Wegart: „Warum unmöglich?“) Weil zuviel Bindemittel zugesetzt werden müßten, damit sie haltbar ist, dann würde sie aber so teuer kommen, daß kein heimischer Haushalt sie bezahlen kann; auch zuviel rußen würde sie, und jede Hausfrau müßte tagtäglich ihren Herd kehren. (Abg. Wegart: „Das ist ja keine Kohle mehr.“) Man hat versucht, unsere Feinkohle mit mitteldeutscher Kohle zu verbinden, aber auch das ist mißlungen. Nach 10 Tagen zerfielen die gepreßten Briketts wieder zu Staub. Sie verfällt also wieder. Es gibt daher nur eine Möglichkeit, um die Krise zu überwinden und die Arbeitsplätze zu erhalten, diese Haldenbestände von Feinkohle müssen von kalorischen Werken verfeuert werden, man kann ja dann Strom exportieren, was auf diesem Sektor ja auch bereits geschieht. Unsere Nachbarländer würden diesen Strom notwendig brauchen.

Ich möchte daher hier bei diesem Kapitel die Landesregierung ersuchen, an die Bundesregierung heranzutreten, damit auf dem Sektor der Bergarbeiter bald etwas geschieht, damit ihnen unter die Arme gegriffen wird, und zwar mehr als bisher. (Beifall bei SPO.)

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Auf der Suche nach den Gründen der Unterbewertung der Landwirtschaft, die wir nun schon jahrelang beobachten müssen, gelangt man zweifellos auch zu jenen, die heute schon unter dem Begriff einer mangelnden Agrargesinnung festgestellt worden sind. Es ist wirklich so, daß wir es scheinbar nicht verstanden haben, unser Volk aufzuklären über die Wichtigkeit des Bauernstandes und die Notwendigkeit herauszustreichen, auch diesem Stand das zu geben, was ihm gebührt. Das ist

uns bisher nicht gelungen. Ich übertreibe nicht, meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen, um dieses mangelnde Verständnis zu demonstrieren, erzähle, daß es heute noch Leute gibt, die den Ertrag einer Kuh mit 365 mal so und soviel Liter multiplizieren, sagen wir 20 mal 365 mal Milchpreis, den sie im kleinen Milchhandelsgeschäft bezahlen müssen, und dies dann als Reingewinn des Bauern ausweisen. Solche Leute gibt es noch, und es ist erschütternd, auf allen Sparten der Landwirtschaft so mangelndes Verständnis von seiten breitester Konsumentenkreise feststellen zu müssen.

Ich habe mir deshalb heute vorgenommen, einen Beitrag zu liefern, der vielleicht geeignet wäre, hier propagandistisch und aufklärend zu wirken, wenn er richtig verstanden wird. Der grüne Bericht des so heiß umkämpften Landwirtschaftsgesetzes gibt einen willkommenen und absolut sicheren statistischen Hintergrund über die Stellung der Landwirtschaft, die nicht nur der Träger unserer Ernährung, nicht nur ein wichtiger Faktor unseres Außenhandels ist, sondern auch für — und das ist das Entscheidende — unsere Binnenwirtschaft eine ganz gewaltige Bedeutung hat. Wenn ich hier aus dem grünen Bericht Ihnen einige Zahlen vorlese, welche Summen die Landwirtschaft im Jahre 1959 der österreichischen Wirtschaft samt und sonders zugeführt hat, so kommt per Saldo eine Summe für das Jahr 1959 von rund 17 Milliarden Schilling heraus. Um das im kleinen zu präzisieren, hat die Landwirtschaft im Jahre 1959 allein für Saatgut einen Umsatz von 83 Millionen Schilling zu verzeichnen gehabt, die Düngemittelindustrie einen solchen von 457 Millionen, der Umsatz an Pflanzenschutzmitteln betrug 100 Millionen Schilling, die Ausgaben für Brenn-, Treibstoffe und Strom betragen 655 Millionen, und die Beträge, die unser Gewerbe und der Handel für Maschinen und Geräte erhielten, belaufen sich für 1959 auf 900 Millionen Schilling. An das Bauhandwerk wurden Aufträge von einer halben Milliarde vergeben. Der Wert für Investitionen für Traktoren beträgt 564 Millionen, für Landmaschinen 993 Millionen. Für die Mechanisierung wurde ein Mehrfaches dieser Summe, für Meliorationen 2 Milliarden ausgegeben; für den Haushalt, Hohes Haus, das sind die kleineren Ausgaben, von der Reibbürste, Kaffeehäferln sozusagen angefangen, wurden der österreichischen Industrie 5 Milliarden gezahlt. Zusammen sind das 17 Milliarden, die die österreichische Landwirtschaft der Industrie gegeben hat. Das ist in Zahlen ausgedrückt. Man vergesse aber nicht, daß hinter diesen 17 Milliarden erzeugter Waren so und so viele Arbeitsplätze stehen, weil diese Waren erzeugt, umgesetzt und verwaltet werden müssen, bis sie der Bauer vom Detailhändler kauft.

Es wäre doch notwendig, daß diese Hinweise in den Wandelgängen des Parlaments, in den Gewerkschaftskanzleien, in den Redaktionen, auf den Aulen unserer Universitäten, auch in den Finanzämtern und den Kantinen und Vorräumen unserer Schwerindustrie mit Lettern entsprechend angegeben würden, um der arbeitenden Bevölkerung zu zeigen, daß sie der Landwirtschaft auch Dank schuldig ist und sie unterstützen bzw. ihr das geben muß, was sie gerechterweise verlangen muß, weil

man sich damit praktisch einen Spargroschen für seinen eigenen Arbeitsplatz hinterlegt. Das wären positive Aufgaben, und ich bin überzeugt, daß manches agrarpolitische Problem, das heute ausschließlich aus Gesichtspunkten der Tagespolitik nach allen Richtungen zerpfückt und zerredet wird, besser und günstiger behandelt werden könnte; hier Aufklärungen zu unternehmen, wäre im Interesse unserer Landwirtschaft, und es würde manches Problem einer besseren Lösung zugeführt werden können. (Lebhafter Beifall.)

**Abg. Berger:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben im Jahre 1960 rund 5250 Waggon Apfel produziert. Wir hatten auch im heurigen sehr hohe Gesteungskosten dadurch, weil durch das wechselvolle Wetter eine oftmalige Spritzung notwendig war. Trotzdem sind Apfel heuer billiger als im Jahre 1958. Ich war heute in der Früh auf dem Jakominiplatz und habe gesehen, daß z. B. Kronprinz-Äpfel um 4 S als Qualitätsware abgesetzt werden. Das ist billig, wenn man die Gesteungskosten berücksichtigt. Aber, Hohes Haus, obwohl sie billig sind, sind noch über 4000 Waggon eingelagert in Kellern und Lagerhäusern. Und warum? Weil immer Südfrüchte von unseren Konsumenten, von unseren Hausfrauen bevorzugt werden. Ich bin überzeugt, wenn man heute in Kaffeehäusern, Gasthäusern und Hotels Nachschau hält, so sieht man, daß als Obst zum Großteil Südfrüchte aufgetischt werden. Es ist daher nicht verwunderlich, daß im Jahre 1958, wo doch eine ausgesprochen reiche Ernte zu verzeichnen war, vom Ausland folgende Obst- und Südfruchtmengen eingeführt wurden: 1586 Waggons Apfel, 6000 Waggons Orangen und Mandarinen, 1500 Waggons Bananen.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe schon voriges Jahr gebeten, helfen wir doch alle zusammen! Besonders die Konsumentenvertreter würde ich bitten sowie die Presse, darauf einzuwirken, daß unser Obstabsatz etwas besser floriert. Gerade in meinem Bezirk sind kleine Besitzer, die ihre Existenz von Obsteinnahmen sichern müssen. Eßt steirisches Obst! Eßt inländisches Obst! (Allgemeine Zustimmung.)

**Abg. Scheer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In der Gruppe 7 finden wir auch neben den notwendigen und wirklich begründeten und bewegenden Klagen der Landwirtschaft auch den Titel Fremdenverkehrswerbung.

Ich darf von unserer Seite immer wieder darauf verweisen, daß schon vor 3 Jahren der Steiermärkische Landtag eine Resolutionsentschließung gefaßt hat, wonach die Landesregierung aufgefordert wurde, ein steirisches Fremdenverkehrsgesetz im Landtag zu beraten und zur Beschlußfassung vorzulegen. Es hat sich eben im Laufe der Zeit eine Übung im Steiermärkischen Landtag eingebürgert, wonach Resolutionen einstimmig beschlossen werden, um nach einer gewissen Zeit, wenn es keine Urgenz gibt, wieder sanft zu entschlafen. Wir haben uns daher heuer erlaubt, die gleiche Resolution, die vor 3 Jahren die Zustimmung des gesamten Hauses gefunden hat, abermals einzubringen. Wir sind der

Auffassung, daß das Fremdenverkehrsgesetz eine Notwendigkeit ist. Nicht nur für Steiermark, sondern auch für andere Länder, wo solche bereits wirksam sind.

Und worum handelt es sich? Durch dieses Gesetz sollen alle jene Kreise, die direkt oder indirekt am Fremdenverkehr verdienen, herangezogen werden, um wiederum in einer Wechselwirkung dem Fremdenverkehr einen Auftrieb zu geben. Wer heute ins Ausland kommt, weiß, daß unsere Betriebsstätten schon lange nicht mehr dem Weltdurchschnitt des Fremdenverkehrs entsprechen, insbesondere wenn wir die entsprechenden Preiskategorien ansehen. Um fremdenverkehrskonkurrenzfähig zu bleiben, müssen wir die entsprechenden Mittel zur Verfügung haben, auf der einen Seite für die Investitionen, auf der anderen Seite für die Werbung.

Sehen wir uns die Ziffern für den Fremdenverkehr an. Die allgemeinen Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs haben sich gegenüber den Ansätzen des Vorjahres kaum wesentlich erhöht, obwohl im Nachtrag einige 100.000 S dazugekommen sind. Aber das alles ist zu wenig. Wir dürfen hinweisen, daß Tirol schon vor 30 Jahren, als im steirischen Budget noch um einige 1000 Schilling gehandelt wurde, schon mit Millionenbeträgen für den Fremdenverkehr aufgewartet hat, und der Erfolg ist der, daß in Amerika kein Mensch Österreich kennt, wohl aber Tirol. Sie wissen, wo das ist, und daß es vielleicht zu Österreich gehört. Das ist der Grund dafür, warum Tirol auf der ganzen Welt bekannt ist. Tirol hat es eben verstanden, auf der ganzen Welt für sich zu werben, und es ist auch darauf zurückzuführen, daß es heute so stark bekannt ist. Gewiß hat unser Land Österreich, insbesondere die Steiermark, mit genügend fremdenverkehrsmäßigen Attraktionen, gerade was das landschaftliche Bild anbelangt, aufzuwarten, aber das braucht schon eine gewisse Vorbereitung. Wir müssen über entsprechende Einrichtungen für den Fremdenverkehr verfügen, um eine genügende Anzahl von Menschen unterzubringen. Ich habe in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die zwei Bankinstitute in Bad Aussee im Jahre 1960 Devisen im Werte von 34 Millionen Schilling umgewechselt haben. Wenn nun in einem Ort allein 34 Millionen Schilling an Devisen eingebracht werden, so läßt dies erkennen, daß die für die Fremdenverkehrswerbung aufbrachten Gelder keineswegs hinausgeworfen sind, sondern daß das Geld wieder hereinkommt.

Ich darf mich noch einmal besonders an die Adresse des Herrn Landesrates Brunner wenden. Der Herr Landesrat hat bei der Urgenz im Ausschuß erklärt, warum das Fremdenverkehrsgesetz nicht gekommen sei. Und er meinte: „Schauen Sie, die Bürgermeister wollen halt nicht.“ Wir sind überzeugt, daß es Widerstände geben wird, aber bei welchem Gesetz, wo es darum geht, irgendeinem etwas anzulasten, wird es keinen Widerstand geben? Wir erinnern uns an die Widerstände beim Fremdenverkehrs-Investitionsgesetz, und trotzdem ist es dann Wirklichkeit geworden und hat sich inzwischen segensreich ausgewirkt. Daher nehmen wir es mit den Widerständen auf, packen wir doch den

Stier bei den Hörnern und machen wir ein entsprechendes Fremdenverkehrsgesetz zum Wohle der Steiermark, genau so, wie es die Bauern machen, wenn es um ein richtiges und wirksames Landwirtschaftsgesetz geht. Machen wir auch in der Steiermark — wenn auch als Österreichs letztes Land — ein wirksames Fremdenverkehrsgesetz, dann wird es nicht vorkommen, daß Titel, wie z. B. „Werbung für Heilbäder“, nur mit 10.000 S in unserem Budget stehen. Ich frage: was wollen Sie denn mit 10.000 S Werbung für die Heilbäder anfangen? Da können Sie kaum ein paar Briefe schreiben. Der kleinste Prospekt in einer Auflage von 30.000 bis 50.000 Stück kostet rund 60.000 S. Was wollen Sie denn da mit 10.000 S machen? Ich glaube ja, daß Sie zwar mehr beansprucht haben, die Ziffer aber zusammengestrichen wurde. Aber Sie kommen jetzt in die Lage, mit solch kümmerlichen Beträgen heranzuarbeiten, nur deshalb, weil für den Fremdenverkehr nicht die Mittel zur Verfügung stehen, die er füglich verlangen kann. (Beifall.)

Abg. **Oswald Ebner**: Ich muß zunächst meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß Herr Abgeordneter Edlinger so sachlich zum Budget Stellung genommen hat. Ich wünschte nur, er hätte in seiner Partei mehr zu reden und würde mehr gehört, dann hätten wir schon längst die Milchabfettung eingestellt und hätten beim Schlachtviehexport nicht solche Schwierigkeiten gehabt. Denn wenn er mehr zu reden hätte, dann hätte er dies bei seiner Partei schon durchgesetzt.

Nun meine Meinung zum Budget selbst. Es wurde schon vielfach die Disparität der Preise besprochen. Ich will hiezu einige Ziffern nennen, wie diese Disparität zu untermauern ist. Ich habe die Preise sowohl der agrarischen Erzeugnisse als auch der Bedarfsartikel aus dem Jahre 1948 verglichen mit dem Jahr 1960. Zuerst die Milch: Im Jahre 1948 bekamen wir für 1 Liter Milch 1 S, heute S 1'90 bzw. S 1'88 nach Abzug der zwei Groschen Krisenfondsbeitrag, und wir laufen heute bereits Gefahr, daß der Krisenfondsbeitrag noch erhöht werden muß wegen der starren Haltung bei der ganzen Milchwirtschaftsregelung seitens der SPÖ-Führung in Wien. Das ist die Ursache. Somit ergibt sich ein Index von 188 für Milch, bei Schlachtrindern ein solcher von 277, bei den Schlachtschweinen ein Index von 213, bei Eiern von 200, bei den Kartoffeln von 125, bei der Zuckerrübe von 181 und bei Rot- und Weißkraut ein solcher von 100. Also hat im Jahr 1948, vor 12 Jahren, unser steirischer Gemüsebauer für das Kraut genau soviel bekommen wie heute.

Aber um wieviel sind die Preise für seine notwendigen Bedarfsartikel gestiegen? Bei den Äpfeln z. B. besteht ein Index von 130, das ist sehr wenig gegenüber den Indizes für Betriebsmittel und sonstige Bedarfsartikel. So beträgt z. B. der Index für Kraftfutter und Kraftfutterkuchen 444, für Erdnußkuchen 433, für Fischmehl 516, für Weizenkleie 875. Für Handelsdünger — trotz der Stützung seitens des Staates — ist noch eine weitaus höhere Indexziffer vorhanden. Soweit die Indexziffern für agrarische Produkte. Die Indexziffer für Thomasmehl beträgt 299, für Super-Phosphat 311, für Kalisalz 301.

Der Aufwand für Löhne und Soziallasten ist katastrophal. Der Herr Abg. Gottfried Brandl hat schon in seinem Referat zum Ausdruck gebracht, wie es hier aussieht. Er hat Ihnen auch Lohnsätze genannt. Er hat Ihnen mitgeteilt, daß ein landwirtschaftlicher Arbeiter ohne Verpflegung rund 560 S monatlich bekommt. Aus der Praxis ist mir aber bekannt, daß samt freier Station um 600 S niemand mehr zu haben ist. Es ist klar, daß in anderen Berufen mehr verdient werden kann, und ich freue mich, daß der Arbeiter mehr verdient. Ich würde als Bauer meinen Landarbeitern auch gerne 2000 S zahlen, nur muß ich es irgendwo wieder hereinbekommen. Bei den Budgetberatungen der Bundesregierung erfährt man, daß man Anleihen machen muß, „wenn keine Bedeckung da ist“, sagte der Vizekanzler, „nehmen wir eben eine Anleihe auf“. Wenn ich als Bauer auch so wirtschaftete, dann ginge ich pleite und könnte nicht mehr länger Bauer sein. Dieser Index errechnet sich mit 467, ist aber derzeit bereits auf 700 oder 800. Dasselbe gilt für Tagelöhnerschichten mit einer Indexziffer von 495. Für die Maurerstunde beträgt der Index angeblich 348. Ich habe nicht Gelegenheit gehabt, das nachzurechnen, aber ich glaube, daß diese Ziffer nicht stimmt. Die anderen Ziffern dürften ziemlich stimmen. Bei der Sozialversicherung beträgt die Indexziffer 1157. Ich weiß, die Notwendigkeit dafür ist vorhanden, aber es fragt sich nur, woher nehmen? Nun sonstiges. Für den Herrschnitt beim Friseur beträgt die Indexziffer 444, beim Briefporto und Fernspreverkehr 375. Ein Bahnkilometer ist verhältnismäßig billig, hier beträgt die Indexziffer 208. Aber wir werden sehen, wie es hier nach dem 1. Jänner 1961 ausschauen wird. Nun, und das alles bei einer Arbeitszeit und bei diesen sozialen Errungenschaften, welche der landwirtschaftlichen Bevölkerung heute zur Verfügung stehen. Es ist wirklich kein Wunder, wenn der Mut und die Freude zur Arbeit von Tag zu Tag sinken und es ist auch zum Ausdruck gebracht, daß wir sehr befürchten müssen, daß der Tisch unseres Konsumenten nicht mehr gedeckt werden kann. Daher mein Ersuchen an alle, welche dazu beitragen können, dafür zu sorgen, daß man die Arbeitsfreude in unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung, die Berufsfreude für die Zukunft erhalten kann.

Nun ein paar Hinweise auf die Tierzuchtförderung, weil gerade aus dieser Produktionssparte der Landwirtschaft die meisten Gelder zufließen und diese Bevölkerungsgruppe hiervon ihr Leben fristet. Die Tierzuchtförderung hat im Land Steiermark ziemlich Fortschritte zu verzeichnen. Es konnte sehr viel Zuchtvieh exportiert werden. Wir konnten in der Schweineproduktion eine Verbesserung erzielen, die sich auch dem Gaumen des Konsumenten anpaßt. Wir werden in den nächsten Jahren daran gehen müssen, auch auf dem Rindersektor eine Mast- und Fleischleistungsprüfung durchzuführen, denn die übrigen europäischen Staaten befassen sich bereits damit. Wenn wir nicht diesen Erfordernissen nachkommen, wird unser Zuchtvieh weniger wert sein und der Export umso weniger durchzuführen sein. Die ganze Viehproduktion und das gesunde Vieh, das wir züchten, hat zur Voraussetzung, daß es nicht nur gut aufgezogen, sondern

auch hart aufgezogen wird. Es klingt vielleicht ein Widerspruch heraus. Dem ist aber nicht so. Hart aufgezogen soll heißen, daß es abgehärtet wird auf unseren Almen. In unserer Almausnützung ist ein ziemliches Übel zu verzeichnen, weil sich wegen des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften fast niemand mehr dazu hergibt, auf die Almen zu gehen und Vieh zu hüten, es sei denn ein gutgesinnter Pensionist. Aber wenn er dazuverdient, wird ihm das wieder von der Rente abgezogen. Das müßte hintangehalten werden. Jedenfalls ist dadurch die Notwendigkeit gegeben, daß die Almen, da sie vielfach vom Heimbetrieb aus beaufsichtigt werden müssen, auch die notwendige Förderung erfahren. Es ist wohl zusätzlich zur Voranschlagspost 1 Million Schilling für Güter- und Almwege im a.-o. Voranschlag, leider aber unbedeckt. Das ist eine Erinnerungspost, aber nicht mehr. Ich möchte hoffen, daß die Gesamtwirtschaft einen solchen Verlauf nimmt, daß eine Bedeckung möglich wird, und möchte den zuständigen Referenten ersuchen, daß diese Post, wenn irgendeine Möglichkeit ist, in erster Linie bedeckt wird.

Die Seuchenbekämpfung macht gute Fortschritte, und zwar in der Tbc- und Bangbekämpfung. Nur sind hier wieder zu wenig Mittel vorhanden, und wir haben einen kolossalen Nachholbedarf in der Steiermark deshalb, weil von den Rinderbeständen in Gesamtösterreich bereits 76% in die Bekämpfung einbezogen wurden, und in der Steiermark verzeichnet man einen Bekämpfungsprozentsatz von 49%. Das liegt im Interesse unserer steirischen Bevölkerung, des Fremdenverkehrs und im Interesse des Viehabsatzes und des Exportes. Daher ist es für diese Post eine Notwendigkeit, daß sie erhöht wird, zumindest im nächsten Jahr.

Ich möchte noch bedauern, daß in den letzten zehn Jahren die Einkommen in der Landwirtschaft in Österreich eine Steigerung von 40%, die Einnahmen der übrigen Berufsstände jedoch von 80% aufzuweisen haben. Es ist daher nicht wahr, was der Herr Landesrat Sebastian im Rahmen der Generalrede zum Ausdruck gebracht hat. Er hat dort gesagt: „Wir fordern den gerechten Anteil für die arbeitenden Menschen.“ Wo ist der gerechte Anteil, wenn wir, die landwirtschaftliche Bevölkerung, 20% der Gesamtbevölkerung verkörpern und vom Sozialprodukt, das wir alle zusammen erarbeiten, einen Anteil von nur 12% haben? Wo ist da der gerechte Anteil? Ich kann Landesrat Sebastian nicht zumuten, daß er derart berufsfremd der Landwirtschaft gegenüber ist, daß er sie nicht zu den arbeitenden Menschen zählt.

Abg. Gruber, der zur Zeit nicht anwesend ist, hat gestern zum Ausdruck gebracht, daß in den verstaatlichten Betrieben ein Gesinnungsterror nicht vorhanden ist. Ich muß ihn einladen, mit auf der Eisenbahn zu fahren. Ich bin kein glücklicher Autobesitzer. Ich komme mit den Arbeitern aus Kapfenberg, Aumühl und Hönigsberg zusammen, und von allen diesen Leuten höre ich, daß der Gesinnungsterror eine ganz katastrophale Rolle spielt. Es traut sich keiner heraus mit seiner Meinung, weil er Angst hat, den Arbeitsplatz zu verlieren. Die Leute sind derart eingeschüchtert worden, daß sie nicht



einmal eine Meinung äußern. (Abg. Hofbauer: „Und trotzdem haben wir immer mehr Stimmen?“)

Nun noch ein paar Worte zum Fremdenverkehr! Es ist ja schon darauf hingewiesen worden, und ich möchte das nicht wiederholen. Ich will nur darauf hinweisen, daß sich der Fremdenverkehr heute in erster Linie dort abspielt, wo Seen sind. Schauen wir einmal in der Steiermark herum, wieviel Bademöglichkeiten es heute schon gibt, aber leider noch nicht überall. Zur Zeit Erzherzog Johanns wurde der See vor dem Seeberg in der Gegend von Mariazell abgelassen, weil man damals für den Pferdevorspann das Heu brauchte, das dann auf diesem Seegrund wuchs. Ich muß schon sagen, wirtschaftlich war der Mann. Aber heute ist diese Zeit vorüber, heute wollen die Leute wieder einen See dort haben. Das würde auch gar nicht sonderlich viel kosten, und ich hätte gedacht, schon heuer eine Post dafür im Budget vorzufinden. Ich kenne mich da nicht genau aus, vielleicht steckt schon etwas drin. Ich möchte nur das Fremdenverkehrsreferat fragen, ob es nicht möglich wäre, der Bevölkerung von Seewiesen, die ja, mit Ausnahme von ein paar Forstarbeitern, fast ausschließlich vom Fremdenverkehr leben muß, den Wunsch zu erfüllen. Würde man das ernstlich in Aussicht nehmen, so glaube ich, könnte um etliche 100.000 S hier ein schöner See entstehen. Das wäre für das Gebiet Mariazell sehr interessant. Nicht nur die Fremden, sondern auch die Arbeiter von Mariazell könnten sich daran ergötzen.

Ich möchte noch darauf hinweisen, wie dringlich es ist, zur Förderung des Fremdenverkehrs, aber nicht zuletzt auch zur besseren Aufschließung unserer Bergbauernwirtschaften dem Wegebau in der mittleren Gebirgslage mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Schauen Sie einmal, wenn Sie ins Ausland kommen, was Sie da in einer Höhe von rund 600 m alles vorfinden. 1400 m ist ja auch noch kein hoher Berg, und wenn unsere Fremden da hinauffahren könnten, wäre das schon großartig und der gesamten Bevölkerung und dem Fremdenverkehr von Nutzen. (Beifall.)

Abg. Hans Brandl: Wenn ich mich zur Gruppe 7 noch einmal zu Wort gemeldet habe, dann deshalb, weil ich so wie alle Jahre zu den allgemeinen Problemen der Land- und Forstarbeiter und vielleicht auch zu besonderen Problemen in der gesetzlichen Interessenvertretung in der Landarbeiterkammer Stellung nehmen möchte. Dabei bin ich mir von vornherein bewußt, daß meine Ausführungen nicht die ungeteilte Zustimmung des ganzen Hohen Hauses erhalten werden.

Wir haben im Budget 1960 erstmals 80.000 S Landesmittel für Personalkosten bei der Landarbeiterkammer beschlossen, und dieser Betrag wurde für 1961 um 20.000 S erhöht. Als die Landarbeiterkammer für Steiermark im Jahre 1950 provisorisch gegründet wurde, waren noch rund 50.000 beschäftigte Dienstnehmer kammerzugehörig. Ein verhältnismäßig großer Kammerapparat wurde aufgezogen, und gewisse Kreise erhofften sich davon entsprechende politische Auswirkungen. Nach 10jähriger Tätigkeit dieser Interessenvertretung ist durch

die katastrophale Abwanderung von mehr als einem Drittel der kammerzugehörigen landwirtschaftlichen Arbeiter auch in der Landarbeiterkammer eine schwierige Situation entstanden: Ich habe nicht die Absicht, meine Damen und Herren, hier auf Einzelheiten einzugehen, es muß mit aller Offenheit und Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß es die ureigenste Aufgabe jeder Kammer sein muß, aus ihren Umlagen heraus die entsprechenden gesetzlichen Verpflichtungen für ihre Kammerzugehörigen zu erfüllen. Eine Entwicklung, daß immer mehr Landesmittel zur Verfügung gestellt werden müssen, weil die Kammerumlagen sinken und weil diese Körperschaft aus politischen Gründen aufrechterhalten bleiben muß, lehnen wir als Sozialisten ab. Auch die Landarbeiterkammer hat sich nach der Decke zu strecken und in ihrem eigenen Wirkungskreis entsprechende Einsparungen zu machen. Wenn zum Vergleich die Arbeiterkammer rund 20% ihres Budgets als Personalkosten aufweist, so ist es alarmierend, wenn die Landarbeiterkammer für 1961 schon rund 50% ihrer Kammerumlagen für ihr Personal benötigt. Von dem Aufwand, den die Landwirtschaftskammer dazu braucht, will ich gar nicht sprechen, weil bekannterweise die Personalkosten mehr betragen als an Kammerumlage dort eingeht.

In diesem Zusammenhang ist es vor diesem Hohen Haus vielleicht auch notwendig, darauf hinzuweisen, welcher grundsätzlicher Unterschied zwischen Arbeiterkammer und Landarbeiterkammer besteht und daß von Seiten der ÖVP immer wieder versucht wird, zu bemängeln, welche gewaltige Summen und Mittel die Landarbeiterkammer für ihre Dienstnehmer verteilt. Vorausgeschickt muß werden, daß die Arbeiterkammer keinen einzigen Groschen an Unterstützungen und Subventionen erhält, sondern aus ihrer Umlage heraus ihre Verpflichtungen zu erfüllen hat. Die Landarbeiterkammer für Steiermark hat im Jahr 1959 rund 3,270.000 S für Wohnbauhilfe, Notstandsunterstützung, Familiengründungsbeihilfe und dergleichen ausgegeben, die gar nicht ihre Mittel sind, sondern die sie aus der öffentlichen Hand vom Land und Bund erhalten hat. Dazu hat sie noch verschiedene Mittel aus ihrem eigenen Wirkungskreis dazugegeben, die allerdings hauptsächlich in der Form aufgebracht worden sind — zumindest in letzter Zeit —, daß die Kammerumlage über die normale Grenze von ½% hinaus auf 0,6% erhöht wurde.

Wenn in diesem Hohen Haus schon sehr oft über das Landwirtschaftsgesetz gesprochen worden ist, das nach rund 8jähriger Auseinandersetzung heuer im Parlament beschlossen wurde, so muß ich wieder feststellen, daß unser Wunsch, die Kompetenz genau wie beim Landarbeitsrecht zu ändern, nicht zur Kenntnis genommen wurde und nach wie vor die Grundsatzgesetzgebung beim Bund und die Ausführungsgesetzgebung bei den Ländern liegt. Ich möchte feststellen, daß das Landarbeitsrecht und auch die Landarbeitsrechtsnovelle seit 1949 in der Steiermark mit Ausnahme geringfügiger Veränderungen in ihrem ursprünglichen Text verblieben sind, obwohl inzwischen einige günstige Entwicklungen vor sich gegangen sind. Und ich stehe auf dem Standpunkt, wenn man nun schon glaubt, daß man die Grundsatzgesetzgebung belassen muß und

daß man in den Ländern Ausführungsgesetze beschließen soll, dann muß man sich selbstverständlich in den zuständigen Landtagen darüber ernste Sorgen machen, wie man auch die Landarbeitsordnung an die Entwicklung angleichen kann, und ich möchte hier vorausschicken, daß unserer Meinung nach die Landarbeitsordnung in vielen Punkten reformbedürftig ist und daß meiner Meinung nach drei Gründe es notwendig erscheinen lassen, unsere Landarbeitsordnung, die gesetzliche Basis für Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft, abzuändern: 1. Eine gewisse Angleichung an die Bestimmungen, wie sie in anderen Bundesländern durchgeführt wurden, weil absolut nicht einzusehen ist, daß z. B. in der Steiermark ein Dienstnehmer nach rund vierzigjähriger Dienstzeit rund 50 Prozent seines Jahresverdienstes erhält, während einer in anderen Ländern 100 Prozent oder noch mehr erhält. 2. In weiterer Folge die Klarstellung einiger Begriffe, die sich mit der Zeit als notwendig erwiesen hat. 3. Geht es meiner Meinung nach und nach der Meinung der SPO überhaupt um gewisse Verbesserungen, die sich in der jetzigen Zeit ohne weiteres durchführen lassen.

Wenn wir erfreulicherweise feststellen müssen, daß auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes die Landwirtschaft rund 200 Millionen mehr bekommt für 1961, und wenn ich nebenbei bemerke, daß von diesen rund 200 Millionen für die Belange der Dienstnehmer nur 7% entfallen, so glauben wir, daß wir doch als Dienstnehmer ein gewisses Recht darauf hätten, unsere Bestimmungen den allgemeinen Bestimmungen anzupassen. (Abg. L a c k n e r : „Es ist nur so, daß von den 200 Millionen wieder weggenommen wird.“) Wir haben uns daher seit längerer Zeit schon sehr ausführlich mit einer Novellierung der Landarbeiterordnung beschäftigt und wir haben den Standpunkt vertreten, daß zuerst sich auch die gesetzlichen Interessenvertreter, das ist die Landarbeiterkammer, alle Dienstnehmer, gleich welcher politischen Partei, sich nun zusammensetzen und beraten müssen, wo man Verbesserungen machen kann, wo man voraussichtlich durchkommt und welchen Weg man überhaupt für diese Verbesserung einschlagen will. Dessen ungeachtet hat die ÖVP aus rein politischen Gründen am 15. Juni einen Antrag eingebracht, wonach in der Landarbeitsordnung eine Verbesserung eingeführt werden soll, und zwar, daß ein Dienstnehmer, der in das Arbeitsrentenalter kommt, nun auch die Abfertigung bekommt. Wir freuen uns darüber, glauben aber, daß das viel zu wenig ist, weil letzten Endes aus unserer Erfahrung diese Novellierung verhältnismäßig wenig Bedeutung hat, weil wir wissen, daß in größeren Betrieben auch heute schon bei der Ausscheidung infolge der Erreichung der Altersgrenze die Abfertigungen ausbezahlt werden sollen. Es ist dann in der Zwischenzeit eine Regierungsvorlage im Landeskulturausschuß aufgelegt worden, woraus wir entnehmen können, daß das zuständige Referat der Landesregierung diesen Entwurf den interessierten Stellen übermitteln muß und erst nach deren Anhören die entsprechende Novellierung im Landtag eingebracht wird. Wir werden voraussichtlich noch am heutigen Tage diese Abänderung der Landarbeitsordnung beschließen.

Aber ich glaube, daß darüber hinaus der neue Landtag sehr ernst sich mit einer wirklichen Verbesserung, auch für die Dienstnehmer auswirkbaren Verbesserung, beschäftigen wird müssen, weil dies eine unbedingte Notwendigkeit ist. Aus unserer Erfahrung heraus können wir immer wieder feststellen, daß letzten Endes die Initiative dazu von den Sozialisten ausgehen muß und daß es verhältnismäßig schwierig ist und daß es leicht zu begreifen ist, daß die Dienstnehmervertreter in der ÖVP einen wesentlich schwierigeren Standpunkt haben, um überhaupt mit den Forderungen ihrer Arbeitgeber vor die Öffentlichkeit zu treten, obwohl man aus verschiedenen Reden einzelner Abgeordneter entnehmen muß, daß die ÖVP heute mindestens ebensoviel Anteil an der gesamten sozialpolitischen Entwicklung hat wie die SPO. Ich glaube, wer die Entwicklung auf diesem Gebiet aufmerksam verfolgt hat, der muß zustimmen und muß zur Kenntnis nehmen, daß durch den ununterbrochenen Kampf der Gewerkschaften und durch die Unterstützung der SPO gerade die sozialpolitischen Errungenschaften vorangetrieben worden sind, wobei letzten Endes verständlicherweise auch die ÖVP sich diesen Argumenten nicht entziehen konnte und, nachdem sie sehr viele Schwierigkeiten gemacht hat, dann ihre Zustimmung gab. (LH. K r a i n e r : „Ich komme in Lohnverhandlungen mit Herren aus Ihren Kreisen zusammen und kann nicht viel Initiative, wenn es um die Dienstnehmer in der Landwirtschaft geht, vermerken.“)

Es ist ja auch von Präsident Brandl heute schon sehr ausführlich über die Löhne in der Land- und Forstwirtschaft gesprochen worden. Auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes ist ja dem Parlament ein grüner Bericht und dann in weiterer Folge ein grüner Plan vorgelegt worden. Aus diesem grünen Bericht kann man eine interessante Mitteilung herauslesen. Zuerst möchte ich feststellen, daß von rund 80 Seiten dieses grünen Berichtes nur eine Seite den Belangen der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft gewidmet ist, woraus jeder seine Schlüsse ziehen kann. Diese eine Seite ist sehr aufschlußreich, und wenn man in diesem Hohen Haus immer wieder davon sprach, daß die Eigenart des Landes aufrecht erhalten werden soll und daß es in jedem Bundesland bei der Landesgesetzgebung gewisse Probleme gibt, auf die entsprechender Einfluß genommen werden soll, bejahen wir dies und anerkennen dies. Wir glauben, jedoch, daß es in einer solchen Frage wie in der Lohnfrage der Land- und Forstarbeiter keine so wesentlichen Unterscheidungen zwischen den einzelnen Bundesländern geben soll. Ich darf Ihnen hier die Löhne der Landarbeiter zur Kenntnis bringen, die als Durchschnittslöhne aus diesem grünen Bericht herauszulesen sind. Interessanterweise steht Tirol an der Spitze mit 1135 S, Vorarlberg mit 1090 S, Kärnten 960 S, Niederösterreich 950 S, Salzburg 942 S, Oberösterreich 895 S und in weitem Abstand die Steiermark mit 779 S. Unsere Landarbeiterlöhne stehen demnach an letzter Stelle. Wir dürfen uns unter diesen Umständen nicht wundern, wenn die Landarbeiter ihrem Berufsstand den Rücken kehren und besonders in der Zeit der Hochkonjunktur ihre Verhältnisse zu verbessern trachten.

Dazu kommt noch, daß wir in steigendem Ausmaß auch in der Land- und Forstwirtschaft mit der Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben und daß ich hier mitteilen kann, daß für ganz Österreich die Arbeitslosigkeit von 1957 bei 25.000 arbeitslosen Dienstnehmern in der Land- und Forstwirtschaft bis 1959 auf 31.000 angestiegen ist. Diese Entwicklung drückt außerdem das Durchschnittseinkommen der Land- und Forstarbeiter, und man müßte die angeführte Zahl umrechnen und würde dann zu noch schlechteren Ergebnissen kommen.

Es ist auch in diesem Hohen Haus davon gesprochen worden, daß die niedrigen Löhne selbstverständlich auch niedrigere Renten nach sich ziehen und daß der Großteil der Rentner in der Land- und Forstwirtschaft die Ausgleichszulage beziehen muß. Dieser Kreis ist letzten Endes auch Nutznießer von den Staatszuschüssen. Ich möchte ausdrücklich die Meinung des Herrn Abg. Wegart zurückweisen, der behauptet hat, daß es im Sinne der ÖVP liege, diese Zuschüsse abzubauen oder überhaupt für die Rentner wegzubringen. (LR. Pri r s c h: „Wann hat er das gesagt?“) Ich möchte noch feststellen, daß Wegart gesagt hat, daß die Sozialpolitik kein Monopol für die Sozialisten sei, sondern der gesamte Landtag und überhaupt das Parlament dafür zuständig seien. Wir bejahen das. Das ist selbstverständlich. Aber darüber hinaus muß ich feststellen, daß auch die Förderung der Landwirtschaft ebenso kein Monopol der ÖVP ist, sondern daß die Förderungsmaßnahmen, die hier im Steiermärkischen Landtag beschlossen werden, eine gesamte Angelegenheit des Steiermärkischen Landtages sind.

Zum Abschluß möchte ich noch folgendes sagen. Wenn zumindest nach außen hin und im allgemeinen gesehen die Ausnutzung der Arbeitskraft heute nicht mehr so wie einst vor sich geht, so bestehen doch gerade in der Land- und Forstwirtschaft noch Verhältnisse, mit denen viele unzufrieden sind. Diese Unzufriedenheit erstreckt sich aber über alle Teile der Land- und Forstwirtschaft. Der Bauer ist unzufrieden, weil er glaubt, zu wenig für seine Produkte zu bekommen, der Arbeitgeber ist unzufrieden, weil er glaubt, gemessen an seinen Einnahmen, zu hohe Löhne bezahlen zu müssen, und der Landarbeiter ist unzufrieden, weil er bedauerlicherweise feststellen muß, daß er gegenüber anderen Berufen weit, weit zurückliegt und keine Möglichkeit besteht, zu einer Verbesserung zu kommen.

Dies alles zusammen sind volkswirtschaftliche und sozialpolitische Probleme, die uns schon so oft beschäftigt haben und uns auch in Zukunft immer wieder beschäftigen werden. Sie sind nicht mit politischen Schlagworten und politischen Parolen, aber auch nicht mit demagogischen Erklärungen und Pauschalverdächtigungen des politischen Gegners, sondern in unserem Land nur durch sachliche Beratungen in der Erkenntnis zu lösen, daß das Wohl des einzelnen vom Wohl des gesamten Volkes abhängt und wiederum das Gesamtwohl aller Österreicher sowohl in schlechten als auch in guten Zeiten nur durch die Zusammenarbeit der beiden großen politischen Parteien am besten gesichert ist. (Lebhafter Beifall bei SPO.)

3. Präs. **Dr. Stephan:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist heute schon so viel über Probleme der Landwirtschaft gesprochen worden, daß ich offene Türen einrennen würde, wenn ich all das, was auch unsere Fraktion zu diesen Dingen zu sagen hat, hier vor Ihnen noch lange ausbreiten würde.

Wenn 22% der Bevölkerung einen Anteil von 11% am Nationaleinkommen haben, dann sagt das ja schon alles. Dieser Zustand und Umstand hat uns dazu veranlaßt, dieses Problem nicht mehr als ein wirtschaftliches, sondern als ein soziales Problem zu betrachten. Die Lage der Bauernschaft in Österreich ist trotz des Landwirtschaftsgesetzes, von dem übrigens auffällig wenig bei dieser Budgetdebatte gesprochen wurde, und zwar mit Recht —, so daß er als Stand zu den sozial Bedürftigsten gehört. Ich habe mir ebenso wie der Herr Kollege Ebner den Satz des Herrn Landesrates Sebastian aufgeschrieben gehabt, der ganz richtig einen gerechten Anteil jedes einzelnen am Sozialprodukt fordert. Er fordert den gerechten Anteil des arbeitenden Menschen am Sozialprodukt. Und trotzdem wird er einem großen Teil unseres Volkes verweigert. Der Kampf um den Milchpreis, nachgerade zum eisernen Bestand jeder Landtags- und Nationalratssitzung gehörend, mutet einen — die Sache liegt wohl auf etwas höherer Ebene — an, als ob man sich an bestimmten Orten gerne für bestimmte Zeiten ein bestimmtes Geschenk aufheben wollte. Es könnte der Fall sein, daß man in die Lage versetzt würde, den Bauern zu zeigen, daß es nun anders ginge und da wäre die Herstellung eines gerechten Milchpreises vielleicht dann leichter, wenn man ihn bis dahin recht weit unten hält. Es ist vielleicht gar nicht notwendig, ich möchte es aber trotzdem erwähnen, daß die Auffassung, daß das landwirtschaftliche Problem ein soziales Problem geworden ist, daß man wieder einmal darauf hinweist, was gerade die Bäuerin auf dem Land mitzumachen hat, was sie leisten muß und was sie dafür bekommt. Wir haben während des Kapitels 4 allerhand schöne Zahlen und schöne Worte gehört. Wir haben selbstverständlich nicht nur nichts dagegen, sondern sind dafür, daß jedem bedürftigen Menschen in Österreich das gegeben wird, was er auf Grund seiner Leistung und Stellung in der Gesellschaft verlangen kann. Wir sind aber absolut auch dafür, und nicht nur aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen, sondern auch aus Gründen der Volkserhaltung und der Erhaltung der Volksgesundheit, daß der Bauersfrau nun endlich die Stellung im Volke eingeräumt wird, die sie als Erhalterin oder wenigstens als Miterhalterin unseres Volkes einfach fordern kann.

Ich darf des weiteren auf den Irrtum verweisen, der immer wieder dadurch begangen wird, daß man sagt, die Verhältnisse in der Landwirtschaft haben sich geändert, die Landwirtschaft wird mechanisiert, es sind weniger Arbeiter vorhanden und die mechanisierte Landwirtschaft wird sich ja mit weniger Arbeitskräften behelfen. Tatsache ist, daß ein weit geringerer Bevölkerungsteil als ehemals eine weit höhere Anzahl von Produkten auf den Markt bringt, daß also die Produktivität in der Landwirtschaft so gestiegen ist wie kaum auf einer anderen Sparte unserer Wirtschaft. Aber wir dür-

fen eines nicht vergessen, wenn Sie sich landauf und landab umsehen und mechanisierte Bauernhöfe betrachten, so gehen Sie bitte nachher, wenn Sie die Maschinen angeschaut haben, in den Wald und Sie werden sehen, daß die 1. Mechanisierungswelle zu einem guten Teil aus dem Wald finanziert wurde. Da eine landwirtschaftliche Maschine eine Lebensdauer von 10 bis 15 Jahren hat, der Wald aber zum Nachwachsen mindestens 70 Jahre braucht, so geht sich das nicht aus. Die 2., 3. und 4. Mechanisierung, weil diese noch notwendiger sein werden als die erste, werden aus den Erträgen und den Verdiensten aus der Landwirtschaft zu zahlen sein. Wenn man das rein geschäftsmäßig betrachtet, so kann man nicht sagen, auf den Bauernwald wird nicht geschaut, wenn der Bauer keine andere Möglichkeit hat, den notwendigen Bedürfnissen in bezug auf die Mechanisierung nachzukommen.

Es ist sehr schade, was ich in den Ausschüssen habe hören müssen, daß der Besuch der Fortbildungsschulen anzahlmäßig nachläßt, daß z. B., wie der Berichterstatter aus seiner Gegend berichtet hat, nur mehr ein Teil der Fortbildungsschulen aufgezogen werden kann, die noch vor einigen Jahren vorhanden waren. Das liegt nicht daran, daß die bäuerliche Jugend sich nicht fortbilden wollte, das tut sie eifriger denn je, das liegt daran, daß diese gar nicht mehr da ist, und daran, daß sie keine Zeit hat, sich fortzubilden. Es ist heute auf dem Lande so, daß einer nicht eine Stunde im Tag, geschweige denn auf 14 Tage oder mehr ohne Schaden vom Hof wegbleiben kann, und darum müssen die Leute, ohne Fortbildungskurse besuchen zu können, weiterarbeiten, und das wird letzten Endes auch zum Schaden der Landwirtschaft ausschlagen.

Darf ich die weitere Bitte hier kurz anbringen, die Grenzlandförderung nicht nur auf die bescheidenen Maßnahmen zu beschränken, die heute schon vielfach erwähnt wurden und gestern einen größeren Raum in der Debatte eingenommen haben. Die Meliorationen sind, wie auch aus den Zahlen ersichtlich ist, die bereits angegeben wurden, nicht sehr gut dotiert, insbesondere nicht im Grenzland. Dem Bezirk Radkersburg wäre ein besonderes Augenmerk zu schenken. Leider sind die Prozentsätze, die das Land für die Entwässerung geben kann, sehr gefallen und es ist sehr fraglich, ob die bäuerlichen Betriebe in der Lage sein werden, die notwendigen 60 bis 80 Prozent an Kosten aufzubringen, da das Land nur 20 bis 40 Prozent geben kann.

Schließlich haben wir in langen Debatten der vergangenen Tage sehr viel darüber gesprochen, wie das österreichische Bundesbudget, wie das steirische Landesbudget ausschaut, darüber gesprochen, daß durch Preiserhöhungen und durch Erhöhung der Beiträge zu den Sozialversicherungen immer wieder Leistungen erbracht werden müssen, die allen in Österreich zugute kommen sollen. Das hört dann auf, wenn die Aufwendungen auch der Landwirtschaft zugute kommen. Man faßt den Bauern merkwürdigerweise in Österreich als einen Kapitalisten auf, man findet solche Witze auch in Zeitungen und wenn Sie aber tatsächlich seinen Arbeitsaufwand

mit seinem Einkommen vergleichen, muß jeder nur einigermaßen gerecht denkende Mensch sagen, daß der Lohn auch für den reichsten Bauern noch immer niedriger ist als für jeden anderen Schaffenden in Österreich. Er hat ja gar nicht die Zeit, das Geld, das er mit seiner Handarbeit verdient, zu verbrauchen. Ich wußte nicht, wann er einen Urlaub nehmen sollte, irgendwo anders als im Kuhstall. Es ist aber so, daß man nicht in der Lage ist, diese Dinge tatsächlich zu sehen, vielleicht sind sie nicht populär. Der Bauer ist als konstruktiv denkender Mensch nicht in der Lage, von sich aus seinen Anspruch so durchzusetzen wie die Menschengruppen, die eine Masse bilden und auf ein Kommando an- und abtreten. Der Bauer ist nicht in der Lage, von vornherein solche Schlußfolgerungen zu ziehen. Man spricht von der Vollbeschäftigung, und daß es notwendig ist, für die arbeitenden Massen diesen Zustand zu erhalten. Ich möchte nun auch hier einen Vergleich ziehen. Der Bauer, die Bäuerin und die Kinder ab 10 Jahren haben über Mangel an Vollbeschäftigung nicht zu klagen.

Ich darf diesen Ausführungen noch eine kleine Mahnung an die Herren Verantwortlichen anfügen. Gestern habe ich leider folgendes erfahren müssen: Erfreulicherweise wurden die gewählten Standesvertreter, das sind die Bezirkskammerräte, zu Schulungskursen nach St. Martin oder in den Raiffeisenhof eingeladen. Einer unserer Parteifreunde, der sich auch unter den Bezirkskammerräten befindet, hat für den 12. 12. eine solche Einladung bekommen. Sie hat gelaute auf Montag, den 12. 12., 15 Uhr, St. Martin. Der Mann ist hingefahren, wie es seine Pflicht war, und hat sich dort gemeldet um 15 Uhr. Es stand auf der Einladung eine Begrüßung um 17 Uhr. Ein Angestellter hat ihn empfangen und hat ihm bedeutet, daß für ihn diese Schulung nicht heute sondern erst morgen in der Früh um 9 Uhr anfängt. Andere mußten bereits dableiben. Ich weiß nicht, ob da ein politischer Unterschied sein sollte, ob für den blauen Bezirkskammerrat eine andere Einladung gilt wie für den grünen, um nicht andere Farben zu nennen. Aber es ist Tatsache. Ich möchte das deshalb wissen, weil, wie ich weiß, eine solche Schulung für nächsten Montag abermals einberufen ist und abermals ein Bezirkskammerrat von uns dabei ist und ich ihm sagen muß, ob er am Montag oder Dienstag hinfahren soll.

Ferner gibt es noch eines. Der Herr Landeshauptmann soll anlässlich der Zehnjahrfeier der steirischen Landjugend in liebenswürdigerweise dieser Landjugend in Aussicht gestellt haben, daß das landwirtschaftliche Berufsschulgesetz noch im Herbst des Jahres 1960 erlassen würde. Leider höre ich nach Erkundigungen, daß es erst jetzt am kommenden Dienstag in die Regierungssitzung kommen soll. Sollte bei dieser Ansetzung unmittelbar vor bevorstehenden Landtagswahlen dieses Gesetz am Ende nicht mehr in der laufenden Legislaturperiode erledigt werden können, so wird die Landjugend großzügig über die Verzögerung von sechs Monaten hinwegsehen müssen.

Abg. Stöffler: Wenn man nur den Zeitraum der letzten Jahrzehnte überblickt, so stellt man fest, daß durch die wirtschaftliche Entwicklung, die Tech-

nisierung, die Industrialisierung sich fast alle Lebensbereiche stark geändert haben. Der Mensch denkt anders, er lebt anders und seine Stellung zu seiner Umwelt, selbst zur kosmischen, hat sich in den letzten 50 Jahren in einem solchen Ausmaß und in einem solchen Tempo geändert, wie dies noch nie in der Menschengeschichte erfolgt ist. In dieser ökonomischen Zeit, in der wir heute leben, steht also auch die Willensmeinung, nach der die wirtschaftliche Entwicklung erfolgt, also die Wirtschaftspolitik, im Zentrum des menschlichen Interesses. Eine gute wirtschaftliche Lage, materiell gesehen, ist sicher nicht das Alleinseligmachende, doch steht sicher fest, daß eine gesunde Wirtschaft, die ja die Grundlage für eine gute wirtschaftliche Lage ist, zu den wesentlichen Voraussetzungen gehört für Art und Ausmaß der Sozialpolitik, der Kulturpolitik, der Sportförderung u. dgl. mehr. Sie kann bei ausreichender Klugheit die Menschen zu relativ großer Zufriedenheit führen und sie kann auch den Haß zwischen den Völkern oder den Bevölkerungsschichten beseitigen, der überall dort besteht, wo menschenunwürdige Besitzlosigkeit durch Knechtschaft entsteht, also dort, wo im Mittelpunkt der Willensmeinung für die Gestaltung der Wirtschaft nicht der Mensch, sondern die Macht steht.

Bei der Behandlung der Gruppe 7 ist sicherlich eine allgemeine wirtschaftspolitische Betrachtung angebracht, denn das Landesbudget steht ja nicht für sich allein da. Es steht in Beziehung zur gesamten ökonomischen Entwicklung und damit zu allen Geschehnissen, die auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Einfluß haben. Dabei möchte ich auch — ohne von den einzelnen Ziffern dieses Budgets reden zu müssen — doch von der Wirkung auf diese Ziffern und von der Wirkung, die von diesen Ziffern ausgeht, sprechen.

Eine solche wirtschaftliche Betrachtung oder besser gesagt Analyse hat, so glaube ich, in drei Teile zu zerfallen: 1. Wo stehen wir? 2. Welche Entwicklung führte uns hierher und 3. welche Entwicklung haben wir zu erwarten bzw. welche Entwicklung haben wir anzustreben?

Wenn wir unseren Standort feststellen, so möchte ich dies ganz kurz mit der Bekanntgabe einiger Daten unterstützen. Der Beschäftigtenstand hat im Jahre 1960 im August mit 2,346.253 eine Rekordhöhe erreicht. Er war in allen Monaten d. J. höher als in den Monaten des Vorjahres. Die Industrieproduktion liegt ebenfalls über dem Vorjahresstand. Sie betrug z. B. im September 1960 um 8 Prozent mehr als im Jahre vorher, sie betrug damit das dreifache der Vorkriegsproduktion.

Die Indizes der Lebenshaltungskosten und der Löhne — das ist sicher sehr interessant — haben sich seit 1953 im Verhältnis 115 : 133 zugunsten der Löhne entwickelt.

Die Spareinlagen haben im Oktober d. J. eine Höhe von 31.773 Millionen Schilling erreicht, d. s. um 5551 Millionen Schilling mehr als im Jahre vorher. Ein Blick auf die Gesamteinlagen ist interessant. Von rund 54 Milliarden Schilling entfallen mehr als 45,3 Milliarden Schilling auf private und Wirtschaftsunternehmungen, 2,5 Milliarden Schilling auf die Sozialversicherungsanstalten, 4,2 Milliarden

Schilling auf Bund, Länder und Gemeinden und der Rest von etwa 2 Milliarden Schilling auf sonstige öffentlich-rechtliche Kassen und Vertragsversicherungsanstalten. Weiters wurde festgestellt, daß das Sozialprodukt größer ist, der Lebensstandard ist höher und die Arbeitszeit ist kürzer.

Niemand geringerer als der Herr Außenminister Dr. Bruno Kreisky hat am 7. November in der englischen Wirtschaftszeitung „Financial Times“ darauf hingewiesen, daß das österreichische Sozialprodukt mehr als doppelt so hoch ist wie vor dem Krieg, die Exporte im Jahre 1959 das 2,7fache des Vorkriegsniveaus erreicht haben und der Schilling mit 111 Prozent gedeckt ist. Wir danken dem Herrn Außenminister für die Bestätigung der weihin sichtbaren Früchte des so geschmähten Raab-Kamitz-Kurses. Wir haben auf der anderen Seite jedoch zurzeit ein zu großes soziales Gefälle, und zwar sowohl territorial als auch strukturell. Unsere wirtschaftsgeographische Lage ist — da wir noch dazu ein Kleinstaat sind — ungünstig, unsere weltwirtschaftlichen Beziehungen sind auch noch dadurch gestört, daß sich die europäische Wirtschaft noch immer nicht auf einem Nenner gefunden hat, zwischen EWG und EFTA noch keine Brücke gebaut ist, wenngleich die Studiengruppe des sogenannten 21er-Ausschusses zum Zwecke der Erstellung der sogenannten europäischen Warenlisten weitgehende Annäherung erzielt haben.

Das ist also der Standort, den wir haben. Zur Entwicklung, die wir hinter uns haben, kann in kurzen Worten gesagt werden:

Nach der Periode der Lohn- und Preisabkommen kam im Jahre 1952 der Umschwung. Mit der Abkehr von der expansiven Budgetpolitik zu einer Budgetpolitik, die von den möglichen Einnahmen ausging, kamen wir zu einer Stabilisierung der Werte und damit zu einer Expansion der Wirtschaft auf allen Gebieten. Diese Entwicklung war gekennzeichnet durch eine rapide Steigerung der Mehreinnahmen des Staates bei gleichzeitiger Steuersenkung, durch ein ständiges Anwachsen des Sozialproduktes, eine Steigerung der Reallöhne, eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Gehälter und Pensionen. Wir erreichten den langersehten Staatsvertrag, und nach dem Abzug der Besatzungsmächte erfolgte eine Aufschließung des Landes, die uns einen blühenden Fremdenverkehr brachte. Wenn wir auch im Vergleich mit unseren Konkurrenten auf dem Weltmarkt mit verhältnismäßig hohen Belastungen der Produktionskosten beschwert waren und seit der Spaltung der europäischen Wirtschaft in EWG und EFTA für Österreich auch gewisse Schwierigkeiten entstanden, so hat sich der Außenhandel trotzdem ganz gut entwickelt und seine Ausweitung hat wesentlich und entscheidend dazu beigetragen, diesen Grad der Vollbeschäftigung zu erreichen. So entstand soviel Sicherheit und Zuversicht, daß wir zu einem Spareinlagenstand von fast 32 Milliarden Schilling, der sich auf mehrere Millionen Sparrer erstreckt, kamen. Die allgemeine Zufriedenheit stieg in einem Ausmaß, wie es nicht in jedes politische Konzept paßte.

Ende 1959 lauteten die Berichte des Wirtschaftsforschungsinstitutes, die Berichte der Österreichi-

schen Nationalbank zur Währungslage und die Berichte ähnlicher Institutionen, daß die österreichische Wirtschaft ein allgemein befriedigendes Bild zeigt. Wohl bestand noch eine Reihe ungelöster Probleme. So gab es in währungspolitischer Hinsicht einige Strukturschwächen. Es existierte wohl ein überaus flüssiger Geldmarkt, dagegen aber ein wenig entfalteter Kapitalmarkt. Es zeichnete sich auf der einen Seite eine gewisse Schwierigkeit im Kohlenabsatz ab, auf der anderen Seite eine Überhitzung, wie z. B. im Baugewerbe. Auch fehlte es noch am richtigen Leistungs- und Verdienstaugleich, aber es bestand gute Aussicht, daß der bis dahin herrschende Trend einer konjunkturellen Expansion und damit einer weiteren progressiven Steigerung des Lebensstandards bestehen bleiben würde. Es bestand damit auch gute Aussicht, eine Lösung der erwähnten Schwierigkeiten zu erreichen, wodurch die Wirtschaft auf eine gesündere Basis gekommen wäre und weitere Impulse für eine gedeihliche Entwicklung erhalten hätte.

Das Jahr 1960 war auf dem Lohn- und Preissektor verhältnismäßig ruhig, obgleich auch einige Lohnforderungen anhängig waren und andererseits die erhöhte Nachfrage im Konsumsektor und die stärkere Investitionstätigkeit verschiedene Anzeichen einer Überkonjunktur brachten, wie z. B. Arbeitskräftemangel, Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung, lange Lieferfristen und einiges mehr. Noch zu Beginn der Herbstsession zeigt die österreichische Wirtschaft ein zufriedenstellendes Bild.

Das Institut für Wirtschaftsforschung macht in dieser Zeit besonders darauf aufmerksam, daß äußerste Behutsamkeit bei der Budgeterstellung notwendig wäre, und man sollte unter diesen Umständen alle Pläne zur Schaffung zusätzlicher Einnahmequellen des Staates, die sich ja nur als neue Belastungen der Volkswirtschaft auswirken würden, sehr vorsichtig behandeln. Nichtsdestoweniger hat das Bundesbudget einen Umfang angenommen, der nicht mehr als real betrachtet werden kann und der den Keim von Wirtschaftsschädigungen in sich trägt. Man hat den Staat überfordert. Man steht nun vor dem Budget, beklagt es allenthalben, man weiß, daß bereits die verfügbaren Kapazitäten und Arbeitskräfte weitgehend ausgelastet sind und daß sich daher die Einnahmenansätze des Bundesbudgets höchstens hinsichtlich der Ziffern, aber nicht hinsichtlich ihres Wertes erfüllen werden. Als ob man das nicht früher gewußt hätte!

Die bis dahin herrschende allgemeine Zufriedenheit und Zuversicht sind nun einem allgemeinen Unbehagen und einer Unsicherheit gewichen. Nachdem die Bundesregierung infolge der Budgetschwierigkeiten zurückgetreten war, ist z. B. der Preis für einen Golddukaten von 114 S auf bis zu 145 S gestiegen. In diesem sprunghaften Ansteigen, in der gleichzeitig damals feststellbaren plötzlichen Steigerung des Geldumlaufes, der Geldausgabe, die förmlich einer Flucht in die Sachwerte gleichkam, lag doch eine bestimmte Angst, nämlich die Angst, das Geld könnte seinen Wert verlieren. Dieses Unbehagen ist ein allgemeines, es geht quer durch alle Schichten der Bevölkerung, und es geht auch quer durch alle Parteien.

Wenn der Herr Finanzreferent das dem Hause vorgelegte Budget als ein reales Budget bezeichnet, so wollte er damit sicher nicht zum Ausdruck bringen, daß dies eine Besonderheit sei. Das ist ja der Normalzustand. Damit sollte sicher gesagt sein, daß es sich im Gegensatz zum Bundesbudget befindet, und zwar deshalb, weil es die Einnahmenansätze realer, also geringer angesetzt hat und weil dadurch, wie der Herr Finanzreferent sagte, das Land einen Beitrag leistet zur erstrebten sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Diese Worte des Herrn Finanzreferenten stellen also eine Demonstration dar und sie besagen außerdem, daß eine Überforderung des Landes einen negativen Beitrag bedeutet hätte.

Dieses Landesbudget könnte meiner Ansicht nach für den Bund als Beispiel gelten. Es läßt keine Entwicklung zu, daß das politische Prestige der einen oder anderen Partei aus Steuergeldern finanziert wird, wie wir dies im Bund leider nicht ganz so sehen. Dieses Budget ist also Gott sei Dank keine Bahn für den Wettlauf um die Gunst potentieller Wählerschichten.

Ich anerkenne die Loyalität des Herrn Finanzreferenten, dieser Meinung der Regierung Ausdruck verliehen zu haben, obwohl im allgemeinen und bisher die sozialistischen Tendenzen — was die Bundespolitik betrifft — nicht immer so lauten. Ich würde es sehr begrüßen, wenn diese von einem Sozialisten, dem Herrn Finanzreferenten geäußerte Meinung und seine Feststellung, daß sich das Budget von der Einnahmenseite her zu entwickeln hat und nicht von der Ausgabenseite, sich auch bei den „Genossen“ in Wien durchsetzen würde. Dann würde auch der Bund durch ein reales Budget seinen Beitrag zur vorerwähnten Entwicklung des Vaterlandes leisten. Mein Appell richtet sich ja nicht an jemanden, der nicht die Möglichkeit hiezu hätte. Der Herr Finanzreferent ist ja der Landesparteiobmann der SPO, und die sozialistisch beeinflusste Presse ist ein mächtiges Propagandainstrument. Es ist anzunehmen, daß alle sozialistisch beeinflussten Publikationen, einschließlich der Gewerkschaftsblätter, über eine jährliche Gesamtauflage von etwa 200 Millionen Exemplaren verfügen. Da fällt auf die steirische Einflußnahme auch etwas. Über Fernsehen und Rundfunk verfügen sie außerdem über sehr wirkungsvolle Mittel, die österreichische Bevölkerung in einem gewünschten Sinn zu beeinflussen. Diese Beeinflussung sollte in realem Sinne geschehen. Hiebei möchte ich auch im allgemeinen an die Presse einen Appell richten, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Die Zukunft fordert Zeitungen, die den Mut zur Wahrheit haben. Dann werden auch die Leser mehr Mut zur Wahrheit bekommen.

Die Krise, in der wir uns befinden, die nicht nur eine währungspolitische Krise ist, sondern auch eine Vertrauenskrise, kommt nicht von den Verhältnissen, die von außen auf Österreich einwirken, sondern von den Verhältnissen, die im Innern Österreichs geschaffen wurden. Es muß daher auch im Innern Österreichs alles getan werden, um dieses Unbehagen zu beseitigen. Dieses Unbehagen, diese Angst vor dem Rutschen, vor dem Abgleiten, müs-



sen wir beseitigen, denn sie ist der größte Feind einer guten wirtschaftlichen Entwicklung.

Aus diesem Bundesbudget, das ein Produkt der österreichischen innerpolitischen Entwicklung ist, ergeben sich nun Zustände, die zu den bisherigen wirtschaftlichen Erfolgsmeldungen in krassem Widerspruch stehen. Mit anderen Worten, am Ende einer vielfach ausgezeichneten wirtschaftlichen Entwicklung steht ein Budget, das nur zu leicht der Ausgangspunkt für eine abgleitende Währungs- und Wirtschaftspolitik sein kann. Das ständige Ansteigen der Staatseinnahmen führt zu Steuererhöhungen. Ist das nicht paradox? Haben wir denn auf dem Steuersektor noch so große Reserven? Dazu ist festzustellen, daß die bisherigen Steuersenkungen deshalb gemacht wurden, weil die Steuern überhöht waren. Trotzdem bleibt Österreich in der Rangliste über die Steuerbelastung ziemlich an der Spitze aller europäischen Staaten.

Die UNO verlaublich eine Übersicht über die Belastung des Sozialproduktes durch Steuern und steuerähnliche Abgaben, aus der zu ersehen ist, daß neben Deutschland Österreich, gemessen am Bruttozialprodukt, die höchsten Steuern aufzubringen hat. Diese Steuerliste beträgt zum Beispiel in Schweden 29'7%, in England 28'3%, in Dänemark 24'2%, in Belgien 22'2% und in der Schweiz 16'1%. In Österreich beträgt sie hingegen 32'8%.

Infolge der progressiven Erwerbssteuern erfolgt ohnehin ständig eine Steuererhöhung. Das ergibt sich deutlich aus der Gegenüberstellung des Sozialproduktes zur einschlägigen Steuerleistung. (2. Präsident: „Wir haben die Generaldebatte nicht wieder eröffnet, wir befinden uns jetzt bei Kapitel 7.“) Dann hätten Sie auch gestern bei Ihren Rednern eingreifen sollen! Das Bruttozialprodukt hat sich seit 1952 von 76'8 Milliarden Schilling auf 134'6 Milliarden Schilling im Jahre 1959 erhöht. Das bedeutet eine Steigerung um 75%. Im Vergleich hiezu sei erwähnt, daß die Lohnsteuer in diesem Zeitraum um 26% gestiegen ist. Die drei Erwerbssteuern hingegen, Körperschaften, Einkommensteuer und Gewerbesteuer sind vom Jahr 1952 von 3'7 Milliarden Schilling auf 6'7 Milliarden Schilling im Jahre 1959 angestiegen, das sind 79%. Diese Steuern sind also um 4% stärker angestiegen als das Sozialprodukt und gegenüber der Lohnsteuer sogar im Verhältnis 1 : 3.

Es besteht also gar kein Grund, darüber zu klagen, daß die Steuerpolitik sich etwa zu Ungunsten der Arbeitnehmer entwickelt hat. Das Gegenteil ist der Fall. In dieser Lage ist es keine Förderung für die Volkswirtschaft, die Steuern zu erhöhen, denn die Erhöhung der Steuern bringt Rückgang bei Investitionen. Es ist daher wirtschaftsfremd, über Abschreibungen zu klagen. Wenn man im übrigen weiß, daß die Hauptnutznießer der sogenannten Bewertungsfreiheit die verstaatlichten Betriebe sind, dann fehlt mir, wenn ich das nicht mit Demagogie bezeichnen will, das Wort für die von Herrn Landesrat Sebastian erhobene Klage. Die Investitionen von heute sind aber die Konkurrenzfähigkeit und die Arbeitsplätze und die Lohnerhöhungen von morgen. Außerdem bringen erhöhte Steuern erhöhte Preise, diese wieder erhöhte Löhne.

Die Schraube dreht sich bereits. Ja, man redet sogar schon von einer Brotpreiserhöhung. Ich bin weit davon entfernt, in Pessimismus zu machen, aber ich halte es für notwendig, diese unvereinbaren Gegenstände, die unsere wirtschaftspolitische Situation kennzeichnen, aufzuzeigen.

Wir leiden an einer erschreckenden Wirtschaftsfremdheit weiter Kreise, die zum Teil bewußt erzeugt und gefördert wird und aus der das ständig steigende Streben entspringt, vom Staat immer mehr für sich zu verlangen. Es ist förmlich zur Psychose geworden, danach zu suchen, was noch verlangt werden könnte. Immer mehr soll der Staat zahlen, immer mehr Aufgaben werden ihm aufgelastet. Daher wird und muß der Staat immer mehr Rechte und Mittel an sich ziehen und immer weniger Mittel und Rechte werden dem Bürger verbleiben.

Solche Entwicklungen sind doch bereits erfolgt. Der ganze Osten hat sich so gestaltet. Es gibt aber auch anderswo solche Entwicklungen. Es wird Sie sicher interessieren, wenn ich Ihnen berichte, daß es in Israel, wo ich vor kurzem anlässlich des internationalen Städtetages weilte, Gemeinschaftsbetriebe gibt, die von der landwirtschaftlichen Bodennutzung und Bodenbearbeitung ausgingen, heute aber bereits Verarbeitungsbetriebe besitzen und eigene Vertriebsorganisationen ausbauen.

Man hat seinerzeit den Einzelnen völlig der Gemeinschaft untergeordnet, das hat damit begonnen, daß der Einzelne nichts mehr besitzt, sondern daß alles der Staat besitzt. Das Mehr an Sicherheit brachte also ein Weniger an Freiheit. Ein bekannter Sozialist, der sehr lange diesem Hohen Hause angehört hat, hat gesagt, „jede Regierung, die mächtig genug ist, alles zu geben, ist auch mächtig genug, alles zu nehmen, was man besitzt“. Das sagte Altbürgermeister Prof. Dr. Speck anlässlich seiner Ernennung zum Ehrenbürger im Grazer Gemeinderat.

Ich möchte aber die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft noch von einer anderen Seite beleuchten. Sie steht auch ganz im Zeichen der Konzentration, einer Konzentration in der Struktur und in der Lenkung. Diese wirtschaftliche Konzentration ergibt sich nicht nur aus den Rationalisierungsbestrebungen, sondern sie wird in Österreich auch noch über die Kreditpolitik und durch das bestehende Steuersystem gefördert. Damit ist die Wirkung der Wirtschaftspolitik auf die Gesellschaftsordnung berührt. In Österreich dominieren zwar derzeit der Zahl nach noch die Mittel- und Kleinbetriebe. Die Beschäftigtenzahlen teilen sich bereits je zur Hälfte, und zwar auf der einen Seite die Industrie und auf der anderen Seite der Handel und das Gewerbe. In der Kapitalkraft sind die kleinen Betriebe längst hinten geblieben. Die Entwicklung zeigt auch, daß, obwohl das Produkt ständig ansteigt, die Produktionsmöglichkeiten bei den Kleinen schwinden. Statt Einzelbetriebe gibt es immer mehr Filialen von Großbetrieben. Eine der wichtigsten Ursachen hierfür ist, daß die Umsatzsteuer nicht wettbewerbsneutral ist und die sogenannten Vertikalbetriebe dadurch sehr stark begünstigt werden. Daraus ergibt sich dann eine größere Kapitalkraft dieser Vertikalbetriebe, die den Kleinen niederkon-

kurrieren. Es werden immer weniger Steuerträger, es werden damit auch immer weniger Risikoträger, und ich glaube, daß gerade die Schmälerung dieser Basis volkswirtschaftlich nicht gesund ist. Auch rein fiskalisch ist eine breite Schicht von Steuerträgern zweckmäßiger, als wenn die unternehmerische Steuerleistung nur auf einige Betriebe zusammenschumpft.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch auf etwas hinweisen, und zwar auf die Konzentration der wirtschaftlichen Macht beim Staat. Sie nimmt ohnehin zu gegenüber der Obrigkeit als Gesetzgeber, als Brotgeber, als Kreditgeber und Bauherr, als Wohnungsgeber usw. Diese Macht- und Eigentumskonzentration stellt eine ernste Gefahr für die Freiheit des einzelnen Bürgers dar. Wenn wir also von der Volkspartei nach Eigentumsstreuung streben, dann tun wir dies nicht zuletzt zu dem Zweck, um eine Gesellschaftsordnung zu bewahren und auszubauen, in der die Freiheit des Einzelnen gesichert ist. Diese Bestrebungen müssen im Gegenteil noch verstärkt werden. Wohnungseigentum und Siedlungsbau müssen daher weiterhin unterstützt werden. Wir müssen mithelfen, daß Eigentumswohnungen leichter erreicht werden. Auch die Stabilität des Geldwertes ist ein wesentlicher Anreiz, sich Eigentum zu schaffen. Nur stabiles Geld läßt sich sparen, und jedes Sparkonto ist ein Stück stabiles Eigentum.

Außerdem sollte man noch eine Strukturänderung in anderer Hinsicht herbeiführen. Wir haben in Österreich ein System von Kammern, Gewerkschaften, Genossenschaften, Handelsketten usw. Diese Organisationen betrachten sich als reine Interessenvertretungen. Sie konzentrieren sich darauf, möglichst viel Macht zu erwerben, um ihren Mitgliedern möglichst viel bieten zu können. Wenn diese Bemühungen fortgesetzt werden, so kommen wir eines Tages zu einem chaotischen Pluralismus.

Solange der Staat selbst mit seinen Betrieben hier mitwirkt und Konkurrent ist, kann er nicht Schiedsrichter sein. Er sollte daher nicht selbst mitagieren, sondern er sollte in diesem Kampf in der Weise eingreifen, daß sich daraus mehr und mehr ein harmonisches Zusammenarbeiten entwickelt. Und vielleicht gilt für diese Bemühungen der uralte menschliche, christliche und, wenn Sie wollen, soziale Grundsatz, den der bekannte Volkswirtschaftler Prof. Tautscher in die Worte gekleidet hat: „Jedem das Seine!“, aber nicht: Jedem das Gleiche. Wir haben den Mut zu dieser Ordnung, weil wir glauben, damit dem Land und seiner Bevölkerung am besten zu dienen, denn nur aus der Ordnung kann der gerechte Ausgleich im Nehmen und im Geben kommen.

Betrachten Sie, bitte, meine Worte nicht nur als eine wirtschaftspolitische Analyse, sondern als einen Appell an alle Einsichtigen. Es ist der Ausdruck dessen, was wir erstreben in einer Wirtschaftspolitik, die jedem das Seine sichert, und zwar im Ausmaß seines Fleißes, seiner Hilfsbedürftigkeit und seiner Tüchtigkeit. (Starker Beifall bei ÖVP.)

**Präsident:** Ich unterbreche die Sitzung auf eine Stunde. Wir beginnen wieder um 14.30 Uhr.

Unterbrechung 13.30 Uhr bis 14.35 Uhr.

**Präsident:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zum Worte gemeldet hat sich Abgeordneter Wurm; ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wurm:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich will nicht in denselben Fehler verfallen wie mein Vorredner und neuerlich eine Generaldebatte beginnen. Ich will wirklich nur zu diesem Kapitel reden. Ich glaube, die Behandlung dieser Frage ist sehr ernst. Wie schlecht es mancher Bauernfamilie geht, will ich kurz schildern. Zweimal schrieb ich bereits an Herrn Landesrat Pirrsch und ersuchte ihn, einer Bauernfamilie zu helfen, die notleidend ist. Mit dem Mann war ich im letzten Krieg gemeinsam beim Militär, dort holte er sich ein Nierenleiden und ist dann gestorben. Seine Frau und sein jüngster Sohn, der derzeit 17 Jahre alt ist, bewohnen das Haus, welches beinahe zum Einstürzen ist. Der Stadl, das Stallgebäude wurden hergerichtet, aber für das Wohnhaus blieb nichts mehr übrig. Herr Landesrat Pirrsch teilte mir mit, daß von der Land- und Forstwirtschaftskammer Erhebungen eingeleitet werden und auf Grund dieser Erhebungen wird dann ein Zuschuß gewährt. Ich habe dies aus dem Grund vorausgeschickt, um zu zeigen, daß auch wir die Lage der Landwirtschaft kennen und uns bemühen, soweit es uns möglich ist, zu helfen. Im letzten Krieg bin ich mit vielen oststeirischen Bauern beisammen gewesen, die mich noch immer einladen; dabei kann ich sehen, wie tristlos die Verhältnisse bei den Kleinbauern sind. Die Frau meines verstorbenen Freundes hat während des ganzen Krieges die Wirtschaft in Ordnung gehalten und ist nur durch den Tod ihres Mannes in diese triste Lage geraten.

Ich möchte aber nun zu solchen Fragen Stellung nehmen, die die Konsumenten und nicht nur die Landwirtschaft betreffen. Vor allem wurde ich in Zwischenrufen gefragt, warum wir für die Genossenschaften und Konsumvereine sind. Wir sind für die Genossenschaften aus dem Grund, weil wir der Meinung sind, daß damit der Zwischenhandel unterbunden wird und die Konsumenten die Waren billiger erhalten können. Der Bericht, den wir seinerzeit von der Kammer für Land- und Forstwirtschaft erhielten, besagte, daß in Schweden die Bauern eine Genossenschaft bildeten. Das Vieh wird von der Genossenschaft übernommen, und der Bauer kann jederzeit, wenn er Geld benötigt, einen Vorschuß haben und das Vieh später zur Deckung des Darlehens abliefern. Die Fleischhauermeister bilden eine Genossenschaft, arbeiten das Vieh auf, und die Konsumvereine übernehmen die Verteilung des Fleisches. Die Kammer für Land- und Forstwirtschaft versuchte eine solche Regelung auch in der Steiermark einzuführen, jedoch die Fleischhauer vom Bezirk Leoben waren gegen eine solche Genossenschaft. Die Landwirtschaftskammer konnte sich gegen das Gewerbe und den Handel nicht durchsetzen, dadurch fiel auch das Projekt ins Wasser. Durch Schaffung einer solchen Genossenschaft wäre es möglich gewesen, daß der Bauer für sein Vieh einen höheren Ertrag erhalten hätte, und den Konsumenten hätte man das Fleisch billiger überlassen können.

Aber jetzt zu den Preisfragen! Der Abgeordnete Lackner hat erklärt, daß die Milchproduktion gleich hoch sei wie im Jahre 1937. Der Bauer hat damals seine Milch leicht anbringen können und viel mehr Waren für die verkaufte Milch einkaufen können als heute. Wenn wir aber diese Rechnung auf den Stundenlohn eines Maurers beziehen, dann sieht die Rechnung für den Konsumenten folgend aus: Ein Maurer hatte im Jahre 1937 einen Stundenlohn von S 1'48, für acht Stunden ist dies ein Tageslohn von S 12'—. Ein Liter Milch kostete S —'48, er konnte sich also um den Tageslohn 25 Liter Milch kaufen. Derzeit hat der Maurer einen Stundenlohn von S 8'—, das sind für acht Stunden Arbeitsleistung täglich S 64'—. Die Milch kostet pro Liter S 2'20, er kann sich daher mit einem Tageslohn 30 Liter kaufen, das heißt, er kann sich täglich um fünf Liter Milch mehr leisten als im Jahre 1937. Nun hat der Abgeordnete Lackner behauptet, daß die Milchproduktion gleich geblieben sei. Diese Annahme stimmt nur für ganz Österreich, aber nicht für das Land Steiermark. Im Jahre 1937 wurden im Land Steiermark 14.700 Tonnen Milch monatlich geliefert. Im September 1960 wurden aber 21.000 Tonnen Milch auf den Markt gebracht. Die Milchlieferung von ganz Österreich ist im Durchschnitt gegenüber dem Jahre 1937 gleich geblieben, jedoch hat sich die Butterproduktion mehr als verdoppelt. Im Jahre 1937 kostete ein Kilogramm Butter S 4'—. Mit einem Durchschnittstagesverdienst von S 12'— konnte sich der Maurer drei Kilogramm Butter kaufen. Jetzt kostet die Butter S 35'20, mit dem Verdienst von S 64'— kann sich der gleiche Maurer nur mehr 1 ½ Kilogramm Butter leisten. Aus diesem Beispiel kann man ersehen, daß nicht nur der Produzent, sondern auch der Konsument bei dieser Verteilung zu kurz kommt.

Das gleiche trifft auch beim Fleisch zu. In einem Neujahrsartikel der „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“ werden Beispiele angeführt, wieviel der Bauer früher an Milch oder Getreide hergeben mußte, um einen Tageslohn des Bauarbeiters zu bezahlen. Ich will ein gleiches Beispiel bringen und es vom Konsumenten aus sehen. Im Jahre 1937 kostete ein Kilogramm Schweinefleisch S 2'—. Bei einem Tagesverdienst von S 12'— konnte sich der Maurer 6 Kilogramm Schweinefleisch kaufen. Heute verdient der Maurer S 64'— pro Tag, ein Kilogramm Schweinefleisch kostet im Durchschnitt S 30'—. Er kann sich daher mit seinem Tagesverdienst nur mehr zwei Kilogramm Schweinefleisch leisten. So sieht der Konsument die Preisentwicklung, und Sie müssen nun verstehen, daß er jede Preiserhöhung, die die Landwirtschaft fordert, ablehnt, weil er ja für seinen Lohn schon wesentlich weniger kaufen kann als im Jahre 1937.

Im allgemeinen wird behauptet, die Subventionen kämen nicht den Produzenten, sondern nur den Konsumenten zugute. Dies stimmt auch nicht, denn auf einem freien Markt könnten wir jetzt das Getreide wesentlich billiger einkaufen als wir es von der eigenen Landwirtschaft beziehen. Der amerikanische Weizen kostet ab Grenze S 1'97 pro Kilogramm. Dieser hohe Preis kann in Amerika aber auch nur deshalb gehalten werden, weil der Staat die Weizenproduktion stützt. Wird viel Getreide

angeboten, kauft der Staat das Getreide auf, steigen die Preise, dann wirft er das Getreide auf den Markt. Dadurch ist ein Ausgleich des Preises für die Landwirtschaft gegeben. Den argentinischen Weizen bekommt man mit S 1'79 und den Roggen um S 1'64 geliefert. Die Russen haben uns Roggen mit S 1'50 an die Grenze gestellt angeboten. (LR. Prirsch: „Reden Sie nicht, die Russen sind wesentlich teurer als der Westen!“) Wir in Österreich bezahlen dem Bauern für ein Kilogramm Weizen S 2'50 und für ein Kilogramm Roggen S 2'30. Wir sind der Meinung, daß es notwendig ist, diesen Preis zu bezahlen, damit der Bauer sein Auslangen findet. Wir sind auch der Meinung, daß wir dem Bauern die Abnahme seiner Produkte garantieren müssen, damit er schon im Frühjahr über den Anbau und über den Absatz planen kann. Dabei sind noch immer Störungen zu befürchten, da durch Einsetzen des Schlechtwetters jede Planung zu nichte gemacht werden kann.

Mein Freund, Abgeordneter Edlinger, erklärte, daß er es nicht verstehen kann, daß man Pfirsiche und Marillen einführt, während die Bauern ihr Obst nicht anbringen können. Dazu ist zu sagen, daß hier die Landwirtschaft einen Fehler beging. Bei der Ernteschätzung wurde mitgeteilt, daß der Frost die Blüten der Pfirsiche und Marillen vernichtet habe und sehr wenig Steinobst auf den Markt gebracht werden kann. Es wurde daher rechtzeitig mit dem Ausland wegen Einfuhr von Marillen und Pfirsichen verhandelt, und als die Ware in das Land kam, mußte sie abgenommen und verkauft werden. Es sind daher nicht die Konsumenten schuld, daß zu der guten Ernte im eigenen Land noch Ware aus dem Ausland zusätzlich eingeführt wurde, sondern die irrtümliche Meldung von dem schlechten Blütenstand. Die gute Obsternte, die für den Herbst vorausgesagt wurde, veranlaßte den hierfür eingesetzten Ausschuß, daß vom September bis Februar kein Obst eingeführt werden soll, und wenn man trotzdem Obst einkauft, würde für 100 Kilogramm ein Zoll von S 110'— verlangt werden. Wir sind immer der Auffassung gewesen, daß es vor allem wichtig sei, daß der Bauer seine Produkte anbringt.

Herr Landesrat Prirsch hat ausgeführt, mit welchen Schwierigkeiten die Gebirgsbauern zu kämpfen haben. Seinerzeit konnten die Gebirgsbauern in den Wintermonaten verschiedene Arbeiten verrichten und hatten zusätzlich eine Einnahme. Bei dem großen Maschineneinsatz ist dies nicht mehr möglich. Der Bauer müßte Tag und Nacht arbeiten und könnte dennoch mit der Maschine nicht konkurrieren. Wir Sozialisten sind der Meinung, daß es auch einen Unterschied zwischen dem Bauern und dem Kleinbauern gibt und daß man vor allem den Kleinbauer unterstützen muß.

Die Industriearbeiter haben auf Grund ihrer Gewerkschaftsstärke einen Kinderbeihilfenfonds eingeführt. Von der Lohnsumme werden 6% an diesem Kinderbeihilfenfonds abgeführt. Die Arbeiter und Angestellten könnten um 6% mehr Lohn oder Gehalt beziehen, wenn man diesem Fonds den Betrag nicht zu geben hätte.

Wir Sozialisten waren der Meinung, daß diese Kinderbeihilfe allen, die Kinder aufzuziehen haben,

gewährt wird. Diese Kinderbeihilfe würde nach unserer Ansicht besonders den Kleinbauern helfen. Bei der Geburt eines Kindes wird jedem Osterreich eine Geburtenbeihilfe von S 500— gewährt. Für das erste Kind, ganz gleich ob eine Bauersfrau, die Frau eines Gewerbetreibenden oder die Frau eines Generaldirektors, wird die Kinderbeihilfe von S 115— bezahlt. Wenn eine Familie drei oder mehr Kinder zu erhalten hat, bekommt die Familie monatlich eine Familienbeihilfe von S 50— im Jahre 1961, im Jahre 1962 wird dieser Zuschlag auf S 75— erhöht, im Jahre 1963 auf S 100— und im Jahre 1964 auf S 150— monatlich und vierzehnmal im Jahr gewährt. Dadurch ist es auch verständlich, wenn ein Bauer einen Maurer aufnehmen muß, daß er hierfür dem Baumeister einen Zuschlag von 100% zum jeweiligen Stundenlohn zu leisten hat. Früher betrug der Baumeisterzuschlag 40%, jetzt aber mehr als 100%. Der Bauer muß daher den Stundenlohn von S 8— für den Bauarbeiter und für den Baumeister den Zuschlag von S 8— leisten, so daß für eine Maurerstunde S 16— zu bezahlen sind. Hier ist die Spanne, die wir alle gemeinsam zu tragen haben. Ich glaube, daß wir den Bauern am besten helfen können, wenn diese Kosten von der Gesamtheit getragen werden.

Wir haben schon einmal erlebt, daß die Bauern erklärten, die Arbeiter und Angestellten haben ein zu hohes Einkommen. Damals wurde dieses Einkommen gekürzt, doch der Bauer hatte noch viel weniger seine Produkte verkaufen können. Bis jetzt haben wir uns, wenn auch unter den schwierigsten Umständen, in Wirtschaftsfragen verständigen können. Sollte dies nicht mehr möglich sein, werden wir neuerlich politische Auseinandersetzungen bekommen, die letzten Endes nur zu einem großen Unheil führen können. Wir sind daher der Meinung, daß wir verpflichtet sind, gemeinsam die wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten zu meistern. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Abg. **Vinzenz Lackner**: Hoher Landtag! Verehrte Damen und Herren! Nur keine unnötige Vorschuaufregung. Ich möchte genauso wie mein Kollege Wurm zurückkommen auf die Gruppe 7. Ich möchte vorausschicken, daß ich die Rede des Herrn Abg. Stöffler durchaus nicht als eine Generalrede empfunden habe, sondern mir ist es eher so vorgekommen, daß er verspätet zur Gruppe 5 gesprochen hat, weil die Bocksprünge und Purzelbäume, die er dabei produziert hat, eigentlich zum Kapitel körperliche Ertüchtigung gehören. (Heiterkeit.) Aber Spaß beiseite! Ich möchte jetzt sagen: wenn ein Mann sich immer ausgibt, und er hatte namens der ÖVP schon mehrmals die Generalrede zum Budget gehalten und immer behauptet, er ist der Wirtschaftsfachmann, der von allem und jedem versteht, dann wundert es mich, daß er solche Reden hält, die ihren eigenen Widerspruch in sich tragen.

Es ist nicht so, wie er sagt, daß das Bundesbudget den Keim der Wirtschaftsschädigung in sich trägt, sondern seine Rede trägt den Keim in sich. Wenn der kleine Mann das hört und in der Zeitung liest, geht er morgen zur Sparkasse und wird das Geld herausholen und es so schnell wie möglich in Ware

anlegen. Oder war nicht die Rede des Abg. Stöffler schon darnach angetan, daß man einen Startschuß gibt für den Ausverkauf? So darf man nicht immer schwarzmalen, wenn man die Wirtschaft sicher und ruhig gleiten lassen will.

Der Vergleich mit der Schweiz ist auch nicht richtig. Der soziale Faktor in der Schweiz ist viel niedriger. Fragen sie den, der von der Schweiz zurückkommt, wieviel er zahlen muß, wenn er zum Arzt geht. Wenn man zurückdenkt an die Zeiten des Niederganges nach dem 2. Weltkrieg! Der Produzent, der Konsument, der Verteiler, der Verwaltungsbeamte, der Bauer und der Arbeiter sind zurückgekommen und haben von vorn anfangen müssen. Jede dieser Gruppen hat in der Hoffnung, daß die Heimat ihnen einmal Dank abstatten wird, das Beste hergegeben. Und daß natürlich die Hoffnung auf den Dank nicht so ausgeht, wie man sich das vorstellt, denn „Undank ist der Welten Lohn“, beweisen am besten die Klagen, die von allen Ständen geführt werden. Ich möchte kurz zum konkreten Beispiel kommen, zur Kohlenkrise.

Vor zwei Jahren um dieselbe Zeit hat der Herr Handelsminister in Fohnsdorf noch Bergarbeiter ausgezeichnet. Vor 14 Tagen waren die Barbarafeiern, wo die Spitzen der Behörden den Bergarbeitern dankten. Einige Wochen danach sind wir vor der Kohlenkrise gestanden und wußten nicht, wie wir sie lösen werden. Es sind damals Pläne entworfen worden und einer dieser Kohlenpläne wurde in der „Tagespost“ als ökonomische Quacksalberei bezeichnet. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier: „Schon wieder ein Plan daneben gegangen!“) Es ist noch etwas daneben gegangen. Vor der Gemeinderatswahl und der Nationalratswahl sind im Landtag von Ihrer Fraktion Anträge eingebracht worden zur Kohlenkrise, ein „Neun-Punkte-Programm“, aber geschehen ist auf diesem Sektor nichts. Es war nicht möglich. Sowie in der Weststeiermark liegen auch in Fohnsdorf 75.000 Tonnen Kohle unverkauft. Das ist die Förderung von zwei Monaten, also ein Sechstel der jährlichen Arbeitsleistung sieht der Bergmann auf den Halden liegen und fragt sich, ob das der Dank ist. Er muß sich mit der Wirklichkeit abfinden und diese Wirklichkeit hat der Handelsminister in die Worte gekleidet, damals als wir vorstellig wurden, indem er sagte, ihr müßt euch angewöhnen, von Dank kann man nicht leben. Wir leben in einer Zeit, die vergleichbar ist jener, wo die Eisenbahn die Postkutsche abgelöst hat. Eine nüchterne Feststellung. Das gilt auch für andere Berufe, wenn man von Dank spricht. Es heißt immer, die Kohlenkrise ist eine Krise der Feinkohle. Ich brauche nicht eingehen auf die Oildampfkraftwerke, die gebaut werden. Sie werden ihre Entstehung rechtfertigen und in der Volkswirtschaft nützlich verwendet. Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Vertreter des Landes, die in der STEWEAG sitzen, die Bitte richten, wenn für das Kraftwerk in Zeltweg oder in Voitsberg der dritte Maschinensatz errichtet wird, daß man nicht mit ausländischem Öl, sondern mit eigener Kohle arbeitet, und daß man die kalonischen Kraftwerke auf Kohlenbasis errichtet. (Landeshauptmann **Kraimer**: „Geschieht!“)

Bei einem gegenseitigen Verstehen wäre es nicht notwendig, daß wir dahin kommen. Alle Industrien, ob Privatwirtschaft, ob verstaatlichte oder andere Industrien waren Nutznießer des billigen Kohlenpreises in den Nachkriegsjahren. Wir hätten genauso wie bei den landwirtschaftlichen Produkten den Preis für die Wärmeeinheit auf eine höhere Basis stellen können. Wir hätten damit rechtzeitig Vorsorge treffen können für Investitionen im eigenen Wirkungsbereich. Wenn in der schlechten Zeit die Bundesbahn auch mit Braunkohle heizte, hatte der Heizer mehr zu schöpfen auf seiner Lokomotive. Es war nicht zu vermeiden, daß der Schwefelgehalt der Kohle die Kupferbüchsen angegriffen hat. Genauso war es auch mit dem höheren Aschegehalt unserer Kohle zum Unterschied von der Ruhrkohle. „Keine Kohle ohne Stein, kein Fleisch ohne Bein.“ Und so wie der Bauer noch keine Kuh und kein Rind herstellen kann ohne Knochen, die mitgekauft werden müssen, so ist es auch bei der Kohle. Nur besteht bei der Kohle die Möglichkeit, entsprechende Kesselanlagen zu bauen. Die heimischen Firmen, wie Simmering-Graz-Pauker, Waagner-Biéro, die bauen solche Kessel, die Kohle mit einem Aschegehalt bis 50 Prozent verfeuern können. Dem Wolfsegg-Trauntaler Kohlenbergbau ist es gelungen, Briketts zu erzeugen, aber auch nur mit einem gewissen Prozentsatz von Steinkohle aus Deutschland. Wenn die Halden weiter nicht verwendet werden, dann bleibt nichts anderes übrig, als damit ins Ausland zu gehen. Wir können nicht gehen nach Polen, CSR. Nur die Italiener stehen darauf an und die werden uns die Kohle zu einem Schleuderpreis abnehmen. Italien verfügt aber über Heizöl. Die Tonne Heizöl hat den dreifachen Heizwert unserer Kohle. Wenn Sie das bedenken, können Sie sich vorstellen, wie da der Kampf ausgehen kann. So liegen die Dinge wirklich und es hat jeder Stand seine Sorgen und Mühen, daß er recht und schlecht durchkommt.

In diesem Kampf kommt es vor, daß der eine mehr schlecht als recht durchkommt und daher immer nur Zaungast der Konjunktur bleibt. Er hat wohl mitgeholfen, das Werkel des Wirtschaftswunders in der Nachkriegszeit in Bewegung zu setzen, aber beim Aufspringen ist er zu kurz gekommen, der Zug fährt ohne ihn davon und er schaut nach. Vielfach ist es so, daß die Handelsverträge, die man einmal dem Bock und einmal dem Waldbrunner vorwirft, Kompensationsgeschäfte sind. Ich habe in der Zeitung für Bergbau- und Hüttenwesen gelesen, daß, wenn auch mit fünfjähriger Laufzeit, 3,5 Millionen Tonnen Braunkohlenbriketts aus der DDR eingeführt werden. Das wäre verständlich, wenn diese Kohle für Industriezwecke gebraucht würde, wie z. B. Steinkohle, aber das sind ja Braunkohlenbriketts für den Hausbrand.

Und so liegen die Dinge auf verschiedenen Gebieten. Wir sollten uns die Schuld am Versagen nicht immer nur gegenseitig in die Schuhe schieben, sondern aufzeigen, wie es wirklich ist. Es dürfte nie dazu kommen, daß so ein Tumult entsteht wie hier, wenn einer redet. Wenn ich zurückkomme auf den Generaldebattenredner der ÖVP, der mit einem Zitat von Wildgans geschlossen hat, dann möchte

ich feststellen, daß am Schluß unserer Generaldebattenrede die ÖVP wirklich „ganz wild“ war. (Heiterkeit.) (Beifall bei SPÖ.)

Abg. **Aßmann:** Hoher Landtag! Alljährlich einmal wird das Kohlenproblem im Hohen Haus erörtert und ich möchte mir gestatten, namens unserer Fraktion auch dazu zu sprechen. Vorher möchte ich noch ganz kurz zur Wirtschaftsrede des Herrn Abg. Stöffler Stellung nehmen. Wenn Sie das tun, bleibt uns dieses Recht auch nicht unbenommen und da muß ich sagen, daß es mich sehr gewundert hat, daß ein Großteil Ihrer Fraktion anlässlich der Ausführungen des Herrn Abg. Stöffler den Saal verlassen hat.

Das Problem der Wirtschaft ist bestimmt nicht sehr einfach und auch nicht leicht verständlich, aber es ist immerhin ein so weites Gebiet, daß man es nicht mit einigen Sätzen abtun kann. Deshalb glaube ich auch, daß es sogar sehr gut in das Kapitel 7 hineingepaßt hat. Im übrigen haben auch einige Ihrer Herren, vornehmlich Gewerkschafter, über entsprechendes wirtschaftliches Verständnis verfügt und besonders hat dies der Herr Abg. Wurm bekundet. Der Herr Abg. Lackner hat versucht darzulegen, daß die Ausführungen des Herrn Abg. Stöffler nicht in das Kapitel 7 hineingepaßt hätten. Ich glaube, daß gerade der Herr Abg. Lackner nicht das Recht hat, hier ein Urteil abzugeben. Denn er hat beim Kapitel 4 „Jugendhilfe und Fürsorge“ gesagt, daß in Österreich jeder Zaun und jedes Haus allen gehört. Und wenn jemand beim Kapitel 4 solche kommunistische Tendenzen verzapft, dann hat er nicht das Recht, irgendeinem anderen etwas vorzuwerfen.

Hohes Haus, nun möchte ich aber auf das Kohlenproblem zu sprechen kommen und versuchen, dieses Problem in sachlicher Art und Weise zu beleuchten. Wir wollen vor allem bei diesem Problem keine Demagogie sehen. Das Kohlenproblem ist eine sehr ernste Sache, die uns alle angeht, wesentlich mehr angeht, als man vielleicht im Augenblick in einer Zeit der Vollbeschäftigung glaubt. Denn es ist immerhin möglich, daß wir einmal im viel stärkeren Maße auf unsere heimische Kohle zurückgreifen werden müssen, als es uns jetzt scheint. Ich glaube, wir müssen beim Kohlenproblem grundsätzlich zwei Dinge unterscheiden: 1. das menschliche Problem und 2. das wirtschaftliche Problem.

Ich möchte mit dem menschlichen Problem beginnen, denn das berührt uns im Augenblick selbstverständlich am meisten und steht immer an erster Stelle. Es ist bekannt, daß in Österreich im Kohlenbergbau in den Jahren 1957/58 noch knapp über 17.000 Arbeiter beschäftigt waren und diese Zahl ist im Jahre 1959 bereits auf 15.300 zurückgegangen. Bis zum Ende des heurigen Jahres wird sich der Stand weiterhin verringert haben. In diesem Zusammenhang soll nicht unausgesprochen bleiben, daß trotzdem die allgemeine Vollbeschäftigung in Österreich im Augenblick so groß ist wie nie und daß wir auch in der Steiermark noch nie so wenig Arbeitslose gehabt haben, woraus der Schluß zu ziehen ist, daß auch die im Kohlenbergbau freierwerbenden Arbeitskräfte zum Glück eine andere Ar-

beit finden konnten. Ich weiß, daß sich die Alpine bemüht hat, die freierwerbenden Arbeitskräfte in ihren obersteirischen Betrieben und am Erzberg unterzubringen. Es ist aber auch bekannt, daß viele von diesen freierwerbenden Bergknappen in ihrer engeren Heimat in der West- oder Südoststeiermark einen anderen Arbeitsplatz finden konnten. Es ist also bisher zu keiner Krise nach dieser Richtung hin gekommen, wenngleich dies sicherlich für einzelne Bergknappen ein großes Opfer bedeutet hat, weil sie am neuen Arbeitsplatz weniger verdienen als bisher. Auch vom menschlichen Standpunkt aus ist es natürlich nicht angenehm, daß diese Leute anderswo ihrer Arbeit nachgehen müssen, entfernt von ihren Familien als Pendler oder wenn sie nur zum Wochenende oder zum Urlaub das Leben in ihrer Familie verbringen können. Wir wissen ganz genau, wie wenig angenehm ein solches Pendlerdasein ist, wenngleich heute in Österreich auch in anderen Berufssparten oft Arbeiter ihrer Beschäftigung in anderen Orten nachgehen müssen.

Was uns in diesem Zusammenhang besonders unangenehm ist, das ist, daß gerade im südweststeirischen Gebiet, das ein Grenzgebiet ist, die Bergknappen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen und in andere Bundesländer oder nach der Obersteiermark abzuwandern. Sie wissen ganz genau, daß die Steiermärkische Landesregierung für die Grenzlandförderung sehr viel getan hat. Man müßte auch in Wien dafür ein entsprechendes Verständnis haben und vor allem die Vorschläge akzeptieren, die wir im Hinblick auf die Grenzlandförderung im Zusammenhang mit dem Kohlenbergbau gemacht haben. Wir haben bekanntlich in einer Resolution vorgeschlagen, daß man bei Neugründungen von Industriebetrieben in diesem Kohlengebiet entsprechende Vorteile einräumen soll, wie z. B. Steuerermäßigungen und Steuerbefreiungen.

Bei Neugründungen ist es immer so, daß man zunächst nichts verdient, durch diese Zeit entgeht dem Staat sowieso nichts. Es wäre sehr zweckmäßig und da möchte ich an Sie von der SPÖ appellieren, mit Ihren Kollegen in Wien zu sprechen, um sie zu bewegen, daß sie unseren Vorschlägen die Zustimmung geben. Ich weiß, daß das für Sie selbst nicht leicht sein wird. Es geht um das allgemeine Interesse und das Interesse der Bergarbeiter, denen man Arbeitsplätze geben möchte. Wenn man heute in entfernt gelegene Gegenden, wie das die Süd-Weststeiermark oder auch die Weststeiermark ist, nur irgendwelche Betriebe bekommen und ihnen von Anfang an gewisse Erleichterungen bieten könnte! Sonst geht niemand hin. Gebiete wie das Burgenland, die wesentlich näher dem Konsumzentrum Österreichs, Wien, liegen, tun sich hier vergleichsweise leichter. Im übrigen glaube ich, die Alpine hätte selbst einmal versuchen können, einen Zweigbetrieb dorthin zu verlegen. Im Vorjahr hat Kollege Zagler erwähnt, daß man mit aller Vehemenz an die Bundesregierung heranzutreten hätte, um für die bedrohten Bergarbeiter Arbeitsplätze in den Notstandsgebieten zu schaffen. Von Notstandsgebieten können wir vorderhand nicht reden, aber immerhin ist es selbstverständlich, daß alle Vehemenz aufgewendet wer-

den muß, um diesen Plänen zum Durchbruch zu verhelfen.

Und nun, meine Damen und Herren, zum wirtschaftlichen Teil dieses Kohlenproblems. Sie wissen, daß ein Kohlenplan ausgearbeitet wurde, und zwar von der Sektion IV im Bundeskanzleramt, das ist jene Sektion, welche die verstaatlichten Unternehmen unter sich hat. Die Unterlagen habe ich selbstverständlich genau studiert. Ich möchte lediglich einige Zahlen herausgreifen. Sie sind interessant für das Verständnis.

Die Kohlenförderung betrug 1937 3,5 Millionen Tonnen, 1947 3 Millionen Tonnen. Sie ist angestiegen bis 1957 auf 7 Millionen Tonnen und betrug in Jahre 1959 nur noch 6,350.000 Tonnen und im heurigen Jahr ist mit voraussichtlich bereits weniger als 6 Millionen Tonnen zu rechnen. Die Absatzplanung nach diesem Kohlenplan sieht für die Jahre 1960 bis 1964 5,850.000 Tonnen Steinkohle und Braunkohle vor. Was sieht der Kohlenplan noch vor? Das sind Ideen, die es vorher schon anderswo gegeben hat, indem man den Entgang der Hausbrandkohle dadurch wettmacht, daß man Dampf- und Heizkraftwerke erbaut. Wenn nun die Verbrauchszahl, die bei der Einführung von neuen Dampf- und Heizkraftwerken auf etwa 2175 Tonnen bzw. 240.000 Tonnen bei den Heizkraftwerken gesteigert werden könnte, wäre es möglich, ungefähr eine Produktion von 5,5 Millionen Tonnen Braunkohle aufrecht zu erhalten. Das ist eine unbedingte Notwendigkeit für Österreich. Wenn irgendwo etwas passiert, daß auf die Kohle zurückgegriffen werden müssen, können wir sie nur dann entsprechend zur Verfügung haben, wenn der derzeitige Bergbau nicht zum Erliegen kommt, sondern in Betrieb gehalten wird.

Es hat sich die Steiermärkische Landesregierung mit einem Kohlenplan beschäftigt und eine Stellungnahme an die Sektion IV abgegeben. Die Landesregierung erklärte sich mit einer Reihe von Sanierungsmaßnahmen einverstanden, lehnte aber verschiedene Vorschläge ab. Es war nämlich vorgesehen, durch Belastungen von Öl, Gas und Strom den Kohlenbergbau zu subventionieren. Leider ist es in Österreich so, daß man immer wieder versucht, notleidende Dinge in der Form zu unterstützen, daß man von vornherein jemand die Last aufbürdet und die Gelder, die zur Subvention herangezogen werden sollen, vorher von der Allgemeinheit bezahlt werden müssen. Ich möchte wiederum darauf verweisen, daß es besser ist, wenn man jemand die Möglichkeit gibt, mit Betrieben in den Notstandsgebieten anzufangen und die Betriebsgründung zu erleichtern, als wenn man vielleicht versucht, sich von einer anderen Seite Geld für die Subventionierung zu verschaffen.

Ein weiterer Vorschlag des Kohlenplanes ist auch der, daß die Umsatzsteuer herabgesetzt werden soll. Dies wurde von der Landesregierung gebilligt, sofern die Kohle billiger werden würde. Aber Vorschläge, auf das Heizöl höheren Zoll zu legen, was bereits in der Zwischenzeit auch für Erdgas und Strom geschah, eine Bergbauförderungsumlage zu geben, das sind Wege, die selbstverständlich wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen würden. Wir



müssen doch froh sein, wenn unsere Wirtschaft sehr exportinteressiert weiterhin Arbeitsplätze erhalten kann. Die Kosten steigen ständig. Produktionskosten stiegen von Monat zu Monat. Wir wollen nicht auch noch nach dieser Richtung hin irgendwelche Verteuerungen auf uns nehmen.

Wir sehen im Betrieb von Fernheizwerken oder Dampfkraftwerken eine Möglichkeit, wie heute schon ausgeführt wurde, die Feinkohle, die leider in so großem Maße anfällt, zu verwerten. Sie wissen ganz genau, Herr Abg. Lackner, daß es nicht stimmt, wenn Sie sagen, daß eigentlich nichts geschehen ist in der ganzen Kohlensache und nur geredet wurde. Das Kraftwerk in Fohnsdorf ist letztlich darauf zurückzuführen, daß in Steiermark die Initiative ergriffen wurde. Außerdem ist in der Steiermark die Initiative ergriffen worden für das Fernheizkraftwerk, welches die STEWEAG mit der Stadtgemeinde Graz erbauen will. Schon in den nächsten Tagen werden die abschließenden Verhandlungen aufgenommen werden können. Wir hoffen, eine Einigung in Kürze zu erzielen, so daß in einigen Jahren der Betrieb aufgenommen werden kann. Also man sollte immer objektiv sein und nicht von vornherein erklären, es sei nur geredet worden und man habe nichts gemacht. Es ist richtig, daß da und dort nichts gemacht wurde, denn wenn man jetzt feststellt, daß Versuche gemacht werden für die Brikettierung der Kohle, so mutet es etwas komisch an, wenn man jetzt mit den Versuchen beginnt, obwohl man weiß, daß die Kohlenmisere ja nicht von einem Jahr aufs andere gekommen ist.

Wie schon Kollege Zagler erklärt hat, haben diese Versuche nicht funktioniert und man weiß jetzt nicht, ob man sie mit entsprechendem Nachdruck weiterführen wird. Nimmt man zuviel Bindemittel, dann rußt die Kohle, nimmt man zuwenig, ist die Kohle in Brikettform nicht verwendbar, weil sie zerbricht. Wenn jemand heute in Österreich erklärt, daß man keine Atombombe erzeugen kann, weil das zu kompliziert sei, dann leuchtet mir das ein, aber daß man beim heutigen Stand der Technik und der Chemie nicht imstande sein soll, aus dieser Staubkohle Briketts zu erzeugen, das leuchtet mir nicht ein. Man kann so eine Sache doch nicht mit einigen Sätzen abtun. Im übrigen ist im Zusammenhang mit der Kohlenverwertung folgendes interessant: Man konnte in den Zeitungen lesen, daß man unsere Kohle nach Ost-Deutschland geführt hat, wo eine Firma damit Versuche macht, die sich schon 30 Jahre mit diesem Problem beschäftigt. Wenngleich der Versuch fehlgeschlagen ist, so ist es immerhin reichlich spät, daß man ihn erst im Jahre 1960 unternommen hat.

Man hat leider das Gefühl, daß zuviel Zeit versäumt wurde. Schauen Sie, schon im Jahre 1955 hatte man die Absicht, auf Basis der Berglakhohle ein Dampfkraftwerk zu errichten. Man hat sich damals an die Alpine gewendet, ob man diese Kohle von Bergla bekommen könnte. Nachdem man dieses Problem sorgfältig geprüft hat, was sehr lange gedauert hat, wurde geantwortet, daß man diese Kohle nicht liefern könne und daß die Kohlenbasis dort nicht so groß sei, um ein solches Kraftwerk damit zu versorgen. Diese Sachlage wurde damals eingehend geprüft. Wir wollen nur hoffen, daß

andere Planungen nicht auch so ähnlich erfolgen, denn sonst könnten wir eines Tages wieder eine neue Überraschung erleben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird in einer Art und Weise, die wenig Sachkenntnis verrät, gesagt, Schuld an dieser Kohlenkrise sei daß Öl und das Erdgas. Wir wollen aber hier nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Es ist sicher richtig, daß man sich heute dieser modernen Energieträger wie Öl und Erdgas bedienen muß. Wir können unserer Industrie nicht zumuten, daß sie etwa auf das Öl oder daß die Stahl- und Eisenindustrie in der Obersteiermark auf das Erdgas verzichtet, denn es ist bekannt, daß die Wärmeinheit mit diesen Energieträgern wesentlich billiger kommt. Ferner ist bekannt, daß gerade das Erdgas wesentlich dazu beiträgt, um den metallurgischen Prozeß zu vereinfachen und zu verbessern. Wenn man sich heute entschließen würde, von Öl oder Erdgas wieder abzugehen, da wäre ich neugierig, was die Arbeiter bei Böhler oder bei der Alpine dazu sagen würden. Auch der Herr Abg. Gruber würde dann einen entsprechenden Kommentar dazu abgeben. Man soll daher die Leute aufklären und ihnen sagen wie die Dinge liegen. (1. Landeshauptmannstellvertreter a. D. Horvatek: „Kein Mensch hat das behauptet.“) Herr Landeshauptmann Horvatek, Sie müssen doch selbst zugeben, daß die Rede des Herrn Abg. Lackner, in der er die landwirtschaftliche Produktion mit der Kohle verglichen hat, rein demagogisch war. Wir erkennen an, daß für die Bergarbeiter eine Ausweichindustrie geschaffen werden muß, damit sie unterkommen. Wir können auf die Kohle verzichten, aber auf die landwirtschaftlichen Produkte können wir nicht verzichten. Ich wollte dazu nur sagen, daß man mit solchen Vergleichen nicht kommen kann, denn man kann nicht Dinge vergleichen, die nicht vergleichbar sind. (Abg. Lackner Vinzenz: „Der Vergleich ist von Ihnen mißverstanden worden, er hat sich nur bezogen auf den Dank und wie ihn der Handelsminister zum Ausdruck gebracht hat.“)

Es müssen allerdings Bemühungen gemacht werden, um dem Kohlenbergbau wirklich zu helfen. Ich könnte mir vorstellen, daß man den Kundendienst attraktiver gestaltet, daß man die Kohle besser anbietet, das ist eine Sache der Berufsorganisation, die allerdings nicht zentralistisch gemacht werden soll. (Abg. Zagler: „Die Feinkohle kauft niemand.“) Ich glaube, daß die Berufsorganisation, so wie sie sich bis jetzt in den letzten Jahren erwiesen hat, ohnedies zentralistisch genug war und man sollte lieber versuchen, jetzt einmal nach der Richtung einer „Verbesserung“ etwas zu machen. Wenn man hier Rationalisierungsmaßnahmen durchführt und daran denkt, hier noch verschiedenes zu tun, dann ist aber eines noch wichtig: man sollte zuerst versuchen, das mit eigenen Mitteln zu machen. In den österreichischen Kohlenbergbau wurden in den letzten vier Jahren 500 Millionen Schilling investiert. Das ist wahrlich ein sehr großer Betrag und der Erfolg davon ist, daß wir uns heute alle darüber Sorgen machen müssen, wie wir dem Kohlenbergbau weiterhelfen können. Der Kohlenbergbau soll daher aus eigenen Mitteln die verschiedenen Rationalisierungsmaßnahmen durchführen. Denn wenn der

Bergbau genau weiß, daß durch Umlagen auf Öl und Erdgas so und soviel hereinkommt, dann würde die Art und Weise der Investitionen eine wesentlich andere sein, als wenn man das eigene Geld investiert. Man muß also diesbezüglich etwas vorsichtiger wirtschaften.

Hohes Haus, ich habe nun versucht, über das Kohlenproblem eine objektive Darstellung zu geben. Ich glaube, daß man über dieses Problem wirklich nur objektiv sprechen kann. Schließlich sind wir das den Bergarbeitern schuldig, die seit 1945 wesentlich zum wirtschaftlichen Wiederaufbau in unserem Land beigetragen haben. Mit demagogischen Reden, mit Wahlreden an Sonntagen von Männern, die die eigentlichen Verantwortlichen in diesen Belangen sind und die glauben, sie müßten etwas über die Bergleute sagen, kommt man da nicht weit. (Abg. Afritsch: „Das sagen Sie ausgerechnet unseren Bergleuten!“) (Abg. Zagler: „Das heißt, daß die Betriebsräte an der Kohlenkrise schuld sind, so was sagt ein Landtagsabgeordneter der ÖVP.“) (Abg. Dr. Kaan: „Wer und wo war das?“) (Abg. Zagler: „Ich trete den Beweis dafür an!“) (Abg. Dr. Kaan: „Also wer und wo?“) (Abg. Zagler: „Herr Doktor Abmann, Sie haben vollkommen recht, man soll über diese Dinge wirklich nur objektiv sprechen, damit wir unserer Heimat und den Bergarbeitern helfen können und daher möchte ich Sie bitten, Ihren Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß der Chef der Sektion 4 uns diesbezüglich mit gutem Beispiel vorangeht!“) (Noch verschiedene Zwischenrufe. Unruhe. Präsident gibt Glockenzeichen.) (ÖVP zollt dem Redner Beifall.)

**Landeshauptmann Krainer:** Die Kohlenkrise oder die Entwicklung auf dem Sektor des Kohlenabsatzes überhaupt ist für unser Land ein sehr ernstes Problem. Und es ist nicht nur für unser Land ein Problem, es ist ein Weltproblem. Es gibt Kohlenhalden auf der ganzen Welt. Aber diese Kohlenkrise trifft uns besonders in unserem Grenzland sehr hart, weil sich dort keine freie Arbeitsmöglichkeit findet und die Leute abwandern müssen, wenn der Bergbau keine Arbeit bietet. Die Folge ist, daß das Grenzland menschenleer wird, weil für hunderte Ansäßige keine Lebensmöglichkeit mehr besteht. Und deshalb trifft uns die Kohlenkrise in der Steiermark sehr hart. Das Problem Kohle und übrige Heizstoffe ist schon im Jahre 1956 in Amerika ein völlig sichtbarer Komplex gewesen. Es hat in Amerika 1956, als ich dort auf Einladung der amerikanischen Regierung zu Besuch gewesen war, bereits große Kohlenhalden gegeben. Die Kohlenwirtschaft hat sehr geklagt, daß die Umstellung von Kohle auf Öl und auf Erdgas echte Sorge und Schwierigkeiten macht und daß sie sich Gedanken machen müssen, die Bergwerke zu schließen und für die Bergarbeiter andere Industrien zu errichten.

Als ich nach Hause kam, habe ich die zuständigen Herren auf diese Situation in Amerika aufmerksam gemacht und gefragt, ob nicht auch in Österreich die Gefahr bestehe, daß wir mit unserer Kohle in ähnliche Schwierigkeiten kommen wie die Amerikaner. Worauf die Fachleute erklärten, keine Spur, wir sind voll ausgelastet, wir können unseren Ver-

pflichtungen gar nicht nachkommen und die von uns verlangten Aufträge nicht erfüllen. Ich habe damals gefragt, bezieht sich das nur auf die Grob-, Mittel- oder Feinkohle oder auf die Kohle insgesamt. Worauf man sagte, es beziehe sich auf alle Sorten. Wir hätten zuwenig Fein-, Mittel- und Grobkohle. Man hat sich darauf bezogen, daß dies der Grund war, warum 1955 der STEWEAG ein Kohlenlieferungsvertrag auf 25 oder 30 Jahre abgelehnt wurde. Man könne für das kalorische Kraftwerk im Raume Leibnitz—Pöfing-Brunn die Kohle nur aufbringen, indem man anderen Industrien Kohle wegnimmt. Es gab also keine Kohle. Die STEWEAG hat auf Grund dieses Briefes, der hier in Photokopie aufliegt, ein kalorisches Kraftwerk auf Ölbasis in Pernegg gebaut. (LR. Sebastian: „Wir wissen, wer den Brief geschrieben hat.“) Als das kalorische Kraftwerk auf Ölbasis fertig war, war die Kohlenkrise auch in der Steiermark völlig sichtbar. Aber damals hat es keine Kohle gegeben!

Nun, wie liegt die Situation zur Zeit? Die Berge, die der Kollege Zagler aufgezeigt hat, sind vorhanden, nicht nur im Köflacher Revier, ebenso, wenn auch bedeutend weniger, in Fohnsdorf. Sie sind auch in Kärnten in St. Andrä anzutreffen, wo übrigens ein Braunkohlenbergbau mit 300 Millionen Schilling Verlust aus dem Boden gestampft und gesagt wurde, das müsse sein, auch in der Sicht, daß wir zuwenig Kohle haben. Es ist zumindest einigen Herren sehr wohl bekannt, welche ungeheure Fehlplanung vor sich gegangen ist. Noch vor 2 Jahren war mit den Herrschaften mit Rücksicht auf einen ausreichenden Absatz und der Kohlenlieferung an die kalorischen Kraftwerke über Kohle nicht zu reden. (Zwischenruf.) Alle sind der Meinung, der Bau von kalorischen Kraftwerken sei ein Ausweg. Ich bin auch lange der Meinung gewesen, dies sei der einzige Ausweg. Weil das Kraftwerk im Leibnitzer Raum nicht erbaut wurde, haben wir uns bemüht, wenigstens das Heizkraftwerk der STEWEAG in Graz in Schwung zu bringen. Ebenso sind wir interessiert an der Aufstellung eines dritten Maschinensatzes im Kraftwerk Voitsberg. Es fehlt nicht an Kraftwerken, auch nicht an kalorischen Kraftwerken. Es fehlt am Einsatz! Heute, nachdem wir uns darüber auseinandergesetzt haben, warum es nicht zum Bau des Kraftwerkes auf Kohlenbasis in Leibnitz gekommen ist, heißt es: Schuld sind die Draukraftwerke, sie haben mit uns feste Verträge abgeschlossen und außerdem einen Verbrauch in der Größenordnung von 500 Millionen Kilowattstunden im Jahr bei uns angemeldet. Es sind aber nicht 500 Millionen Kilowattstunden, sondern bestenfalls 200 Millionen Kilowattstunden. Ein Kraftwerk, wie das in Voitsberg, fährt nicht das ganze Jahr durch. Man kann aber auch ganzjährig durchfahren mit 8400 Stunden. Es fehlt also nicht an kalorischen Werken! Es fehlt am Einsatz! Und der Einsatz wird nicht getätigt, weil der kalorische Strom teurer ist als der hydraulische, der mit Wasser erzeugte, obwohl das nicht immer ganz stimmt. Es fehlt wirklich am Einsatz! Ich klage nicht eine Partei an, sondern ich muß die verantwortlichen Leute anklagen. In dem Augenblick nämlich, wo man in Amerika klar erkannt hat, daß eine völlige Verschiebung der Energieträger einsetzt, hätte man

sich mit diesem Problem beschäftigen müssen. Man hat sich aber nicht damit beschäftigt.

Was brauchen wir in diesem Land? Gerade im Hinblick auf die Kohlenmisere und die gesamte Entwicklung brauchen wir, um Kapitalfehlleistungen zu vermeiden, eine einheitliche Zentrale, die hinsichtlich aller Energiequellen eine gewisse Koordinierung vornimmt. Erdgas, Kohle, elektrische Kraft und Atomkraft müssen wir in einem Plan zusammenfassen und dann werden wir die Kohlenkrise zwar nicht in der Weise, daß mehr Kohle geheizt wird, aber wir werden die heutige Kohlenkrise so ausgleichen können, daß man nicht allgemein von einer Krise sprechen kann. Über die Tatsache, daß das Öl billiger, das Erdgas überhaupt weit billiger ist und für Stahlwerke nach Auffassung der Fachleute da sein muß, um überhaupt konkurrenzfähig zu sein, kommen wir nicht hinweg. Es muß hier zentral das Problem angegangen werden. Wir können doch nicht auf der einen Seite sehr kostspielige Kraftwerke bauen — Kastenreith haben wir vorläufig verhindert —, und auf der anderen Seite nützen wir die bestehenden kalorischen Kraftwerke nicht aus. Man kann nicht verlangen, daß das Wasser ungenützt über die Wehren hinunterrinnt und Kohle eingesetzt wird. Man kann sich ja in der Gegend umschauen, in den Nachbarländern, wo Strom gebraucht wird, wo Absatzmöglichkeiten bestehen. Es gibt nichts anderes, als die kalorischen Kraftwerke einzusetzen und den Strom, wenn es sein muß, auch mit Verlust zu verkaufen. Aber wenn wir so wie jetzt weiterfördern, werden wir trotzdem in 3 oder 5 Jahren wieder ein paar Millionen Tonnen Kohle lagern haben. Und wenn man eine solche Menge Kohle lagert, muß diese Kohle ja qualitätsmäßig schlechter werden, sie wird zum Teil verbrennen, sie wird wertlos, und wenn ich dann den Strom auch noch zu einem verbilligten Preis abgeben muß, was bleibt denn da übrig? Wenn wir die Kohlenkrise abstoppen wollen, dann muß ein Weg gesucht werden, der für die Bergarbeiter erträglich ist, und dieser Weg muß gefunden und gegangen werden. Die Voraussetzung dafür ist — bitte das ist jetzt kein Vorwurf —, daß sich die Verantwortlichen aller Parteien in dieser Frage einig werden. (Abg. Zagler: „Früher hätte man anfangen sollen damit!“) Der Kohlenakt ist „sooo“ dick, lieber Freund Zagler! Wir beschäftigen uns mit dieser Frage seit 5 Jahren sehr eingehend. Und besonders verstärkt beschäftigen wir uns damit seit dem Jahre 1957. Damals habe ich den Bundeskanzler Ing. Raab ersucht, dem Kohlenproblem ein besonderes Augenmerk zuzuwenden und über die IBV Vorsorge zu treffen, damit wir in keine Katastrophen-Situation kommen und die Bergleute abbauen müßten. Die Situation hat sich insoweit gebessert, als es gelungen ist, die Leute anderweitig unterzubringen. (Abg. Zagler: „Die IBV war eine Totgeburt!“) Die Geburt war gut, aber das Kind war nur kurzlebig. (Abg. Zagler: „Das waren aber nicht die Sozialisten!“) Bitte, streiten wir nicht darüber. Damals jedenfalls hat der Bundeskanzler dem zuständigen Generaldirektor den Auftrag gegeben, dieses Problem zu studieren. Aber herausgekommen ist dabei nichts, weil jeder auf seinem Ressort-Standpunkt beharrt und gesagt hat:

„Ich kann da nicht nachgeben.“ (Abg. Scheer: „Da ist die Koalition zu kurz gekommen.“) Wenn man halt etwas vom Aktenschieben versteht, kann man viel reden und nichts tun. Und so war es auch.

Nun ist die Krise langsam sichtbar geworden. Und nun haben wir wieder hier vom Landtag aus — und ich verbitte es mir, zu behaupten, daß dies im Zusammenhang mit bevorstehenden Wahlen geschehen sei, sondern durch unser ernstes und ehrliches Wollen — Vorschläge gemacht, und diese Vorschläge sind keiner Propaganda entsprungen, sondern haben auf der Tatsache gefußt, was auf diesem Gebiet zu machen sei. Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß einer der besten Vorschläge der war, in diesen Gebieten Betriebe anzusiedeln, und zwar durch Steuerermäßigungen Betriebe anzuregen, sich im Grenzland niederzulassen, damit die frei werdenden Arbeitskräfte unterkommen. Da ist uns aber die Handelskammer dazwischen gekommen mit dem Einwand, das störe den Wettbewerb. Auch vom Vizekanzler kam ein Veto: „Das stört den Wettbewerb“, „das geht nicht, machen wir etwas anderes!“ Bitte, ich bin einverstanden, machen wir etwas anderes, aber etwas muß gemacht werden. Aber wenn wir in diese Gebiete Betriebe ansiedeln wollen, damit die Bergarbeiter Arbeit finden, dann bekommen wir sie nur mit versprochenen Steuerermäßigungen hin und sonst nicht. Wir haben uns also trotzdem bemüht, Betriebe im Grenzland anzusiedeln, und es meldeten sich sogar sehr viele. Aber wenn man 100 solcher Meldungen untersucht, dann entdeckt man, daß davon höchstens fünf förderungswürdig sind, die übrigen standen oft knapp vor dem Konkurs und wollten sich auf diese Weise mit öffentlichen Mitteln sanieren. Aber von solchen Betrieben haben wir nichts im Grenzland. Die machen uns nur Schwierigkeiten, nützen uns aber gar nichts bei unseren Bestrebungen, weil sie einfach nicht lebensfähig sind. Das sind Tatsachen. Wenn wir ordentliche Betriebe in die Gebiete von Voitsberg, Pöfingbrunn, in die Gegend von Fohnsdorf usw. bekommen wollen, müssen wir das im Wege über eine Steuerermäßigung machen. Außerdem hat man dadurch ja jeden Betrieb in der Hand, und die Wettbewerbsfähigkeit wird in keiner Weise gestört. Ein Betrieb, der neu anfängt, kann den Wettbewerb gar nicht stören, weil er sowieso erst einmal drei Jahre braucht, bis er ins Verdienen kommt. Wenn ich die Steuerermäßigung mit Bescheid mache und nicht von vornherein von Gesetzes wegen, kann ich den Betrieb jederzeit untersuchen, und wenn der Wettbewerb gestört wird, wie man dies z. B. bei der Schuhfabrik in Voitsberg gefürchtet hat, kann ich das ja jederzeit ändern. Also, ich meine, wenn man will, dann findet sich auch ein Weg.

Der Vizekanzler hat mich ja wegen Voitsberg angegriffen. Es war diese Frage, das kann ich beweisen, mit dem Herrn Finanzminister abgesprochen. Der Finanzminister sagte: „Jawohl, das ist der Weg!“ Er wird auch schon in anderen Ländern Europas gegangen, daher kann man das auch bei uns machen. Und den Wettbewerb störe das gar nicht! Das war die Meinung des Finanzministers im Vergleich und zum Unterschied von anderen Körper-

schaften. Die Gemeinden haben an die Bundesregierung Eingaben geschickt und auch vom Landtag aus haben wir Schritte unternommen, aber es ist zu keinem Ergebnis gekommen. Warum? Weil den Herren in Wien dieses Problem nicht unter den Fingernägeln brennt, uns aber sehr. Glauben Sie, ich weiß nicht, was die Alpine beabsichtigt? Pöfingbrunn wäre ja schon längst zugesperrt, wenn ich nicht erreicht hätte, daß man im Hinblick auf das Fernheizwerk die Leute nicht fortschickt und das Werk hält, denn dies würde ja die Aussiedlung von 2000 Leuten in Zusammenhang mit der Einstellung von Tombach und Bergla bedeuten.

Wir reden sehr viel von der Grenzlandhilfe und mit einem Schlag wären so viele Leute weg. Da die Bundesregierung noch keine Entscheidung getroffen hat, werden wir alle zusammen mit aller Vehemenz die Frage der Steuerermäßigung durchsetzen müssen. Wenn trotzdem niemand hergeht, haben wir Pech gehabt. Dann haben wir wenigstens die Voraussetzungen dafür geschaffen. Ich bin überzeugt, daß wir unter solchen Gegebenheiten Betriebe hinbekommen. Trotz der frachtungünstigen Lage haben wir einige ernste Bewerber da. Es sind Weltkonzerne. Solange sie aber nicht arbeiten, sind sie kein Trost für die Bergarbeiter, die doch lieber in Pöfingbrunn, St. Ulrich oder in Voitsberg arbeiten.

Lieber Freund Zagler, jetzt müssen wir das Hühnchen rupfen, daß wir nichts gemacht haben, Ihr hingegen alles. Ich zweifle keinen Augenblick, daß Ihr Euch angestrengt habt, damit die Krise überwunden wird, aber man kann auch uns den gleichen ehrlichen Willen nicht absprechen. „Krainer hat nichts gemacht, nur der Dr. Pittermann!“ Die Leute sind versetzt worden, viele davon sind zur Alpine auf den Erzberg gekommen. Jetzt sperrt man Ratten zu, weil man in Krieglach und Kindberg Leute braucht. Aber diese Leute wären ohne Krainer oder Pittermann, aber auch ohne SPO oder ÖVP genauso untergebracht worden. In so einfacher Weise kann man Demagogie nicht betreiben! (Abg. Zagler: „Mit Ihren Vertrauensleuten können sie so reden, aber nicht hier im Landtag!“) Ich schätze Deinen ehrlichen Willen, lieber Kollege Zagler. (Zwischenruf bei SPO: „In der Vergangenheit war es nicht so. Da hat man die Arbeiter abgebaut. Deshalb sind wir Betriebsräte in Sorge, daß es nicht wieder so kommt.“) In Wirklichkeit ist es heute so, man kauft die Kohle nicht, aber das Öl wird gekauft, auch andere Energieträger. (Zwischenruf.) Der Porporz wird auch aufhören, weil einfach zu wenig Leute verfügbar sind. Das ist auch eine Lösung!

Nun zum Kohlenproblem. Wir müssen uns anstrengen und ehrlich den Leuten sagen, macht eine Koordinierungsstelle. Versuchen wir es mit Steuerermäßigungen, es kostet nichts, wenn keiner hinget. Selbst wenn sich einer entschließt, so kann dies dem Staat nichts kosten im Vergleich zu dem, was verloren wird, wenn 100.000 Tonnen Kohle lagern. Und wenn wir auch zu einem billigeren Preis Strom exportieren, so ist das noch immer billiger. Das läßt sich immer noch ausgleichen, weil ja die Kraftwerke dem Staat gehören und die Kohlenbergwerke auch. Verdammt und zugenäht! Ist denn

dieser Staat nicht soweit, daß man hier, wo alles dem Staat gehört, nicht einen Ausgleich findet, um die Lage der Bergarbeiter zu lindern?! (Zwischenruf: „Gott sei Dank, daß wir keine Arbeitslosen haben.“) In Pöfingbrunn haben wir schon einige Hundert Arbeitslose.

Abschließend sei folgendes gesagt: Wir müssen uns gemeinsam anstrengen, weil eine Partei allein nichts ändern kann. (LR. Sebastian: „Jawohl! Gemeinsam, Herr Landeshauptmann!“) Das wäre ein fruchtbares Bemühen. Ich bin ein begeisterter Anhänger fruchtbarer Zusammenarbeit. Sind wir einig! Ich möchte nur sagen, daß wir selbst dazu beitragen müssen, daß die Kohle nicht in größere Schwierigkeiten gerät. Es spielt sicher keine Rolle, wenn die Fohnsdorfer Gemeinde ihre Schule mit Öl heizt, und wenn die Schulen rund um die Bergwerke mit Öl geheizt werden. Aber es spielt eine moralische Rolle. Ich werde Ihnen ein Beispiel sagen. Wissen Sie, warum die 170 Bergarbeiter bei Habisch in Bergla und in St. Ulrich heute arbeitslos werden? Weil die Perlmooser Zementwerke sich auf Öl umstellen. Der alte Kommerzialrat Voit hat immer wieder die Ölfeuerung hinausgezogen und Mitte des heurigen Jahres gesagt, jetzt ist es aus. Wir haben ferngeschrieben, telephoniert, mit dem Direktor gesprochen, ob die Umstellung noch einmal hinausgeschoben werden kann. Er sagte, das geht nicht mehr, wir kommen mit unseren Preisen nicht durch. Wir waren auch beim Vizekanzler und beim Generaldirektor, der als ehemaliger Staatssekretär Ihrer Partei angehört und konnten schließlich erreichen, daß die Umstellung noch bis Ende dieses Jahres hinausgeschoben wurde und die Heizölfeuerung auf ein halbes Jahr eingeschränkt wurde. In Peggau wird ein Zementwerk gebaut, aber nicht auf Ölbasis, sondern auf Kohlenbasis. (Abg. Wurm: „Es wird ein Spezialzement erzeugt.“)

Natürlich ist das Öl vorteilhaft und sehr bequem, auch in den Schulen. Leben wir aber nur von der Bequemlichkeit? Ich bin nicht der Meinung. Das muß nicht sein, wir müssen nicht so überheblich sein und auch weil es mit der Steuerabschreibung sehr gut ausgeht, alles sofort tun. Man muß das langsam und sicher machen. Von Fachleuten wird bestätigt und ich selbst habe es errechnet, daß die Kohlenheizung, insbesondere die Staubkohlenheizung sehr billig ist. Die Ölheizung ist nur viel bequemer. Müssen wir nur die Bequemlichkeit suchen? Müssen wir in den Schulen, wo ein einstimmiger Regierungsbeschluß vorliegt, mit Kohle zu heizen, Ölheizungen einbauen? Ist das notwendig? Ist das nicht ein moralischer Schlag? Wir müssen schon auch selbst alles tun, was wir können! Natürlich sind Öl und elektrischer Strom für die Heizung weitaus bequemer, aber wir wissen nicht, ob wir nicht in kurzer Zeit die Kohle unerhört dringend brauchen. Wen wir sie vorher zum Erliegen bringen, was dann, bitte sehr?

Ich möchte deshalb bitten, daß der Hohe Landtag die Resolution, die neuerlich den Abgeordneten vorgelegt wurde und eine gemeinsame Resolution des ganzen Landtages ist, zwar beschließt, daß wir es aber nicht nur bei dieser Resolution bewenden lassen, sondern mit allem Nachdruck sowohl beim Fi-

nanzministerium als auch beim Vizekanzler verlangen, daß unsere Wünsche erfüllt werden. Erstens soll eine Koordinierungsstelle das Einvernehmen mit der Verbundgesellschaft und den einzelnen Landesgesellschaften herstellen.

Ferner soll man nicht unnötigerweise etwas ausbauen, sondern lieber abwarten bis das Geld dafür da ist, damit nicht eine echte Krise entsteht, zweitens muß man Steuerermäßigung für Betriebs-Neugründungen gewähren und alle Anstrengungen machen, die geeignet sind, den Stromexport zu heben. Damit kann man sozusagen einen Übergang von der Veränderung des Gebrauches der Energiequellen finden.

Man muß alles tun, damit die Bergarbeiter nicht zu sehr geschädigt werden und damit die Leute nicht aus dem Grenzgebiet abwandern. Wenn wir uns alle zusammen anstrengen, da einen Weg zu finden statt uns gegenseitig Vorwürfe zu machen, dann bin ich überzeugt, daß wir auch in dieser Frage zu einem Erfolg kommen werden. (Sehr starker Beifall bei ÖVP.)

Landesrat **Brunner**: Hohes Haus! Es ist uns allen bekannt, daß nach Abzug der Besatzungstruppen im Jahre 1945, beginnend mit dem Jahre 1946, der Fremdenverkehr in unserem Land immer mehr zugenommen hat. Wir wissen, daß die Entwicklung so war, daß fast kein größeres Ereignis vorübergegangen ist, sei es nun die Bilanz von großen Unternehmungen, von Banken oder Konzernbetrieben oder sonstige öffentliche Kundgebungen in der Wirtschaft, ohne dabei über den Fremdenverkehr und seine Entwicklung zu sprechen.

Wir wissen, daß wir im Jahre 1959 an harten Devisen umgerechnet 5'3 Milliarden Schilling über den Fremdenverkehr ins Land bzw. nach Österreich gebracht haben. Heuer haben wir nach der vorläufigen Abrechnung bereits 6 Milliarden Schilling aus dem Fremdenverkehr eingenommen. Es wäre daher naheliegend, daß wir diese Einnahmequelle mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln hegen und pflegen und trachten, diese Pflege noch weiter zu entfalten. Wir haben auch alle Voraussetzungen für diesen Fremdenverkehr. Wir haben wunderschöne ruhige Gegenden, in denen man sich, 20 bis 30 km von der nächsten Bahnstation entfernt, erholen kann. Aber das alles auszubauen, dazu gehört Geld. Ich habe schon gestern gesagt, daß ich mir als Berufsschulreferent nicht einbilde, mehr Geld verlangen zu können als vorhanden ist und auch heute beim Kapitel „Fremdenverkehr“ muß ausgesprochen werden, daß dieses und jenes nicht geschehen kann, weil die Mittel nicht reichen.

Für den Sachaufwand — Kanzleimaterial, Telefongespräche und Personalkosten abgezogen — hat der Fremdenverkehr im Lande Steiermark für das kommende Jahr 1961 3,708.100 Schilling zur Verfügung. Von diesem Betrag werden gefördert Werbekosten, Einrichtungen und Maßnahmen für den Fremdenverkehr, Veranstaltungen, Schutzhütten, Bergführer- und Skilehrerkurse, Filmvorträge, Campingplätze, Liftanlagen, Sprungschanzen, Heilbäder, Klubunterstützungen und Förderung von Gemeinden, die im Fremdenverkehr irgend etwas tun. Das

alles muß von diesem Betrag von 3'7 Millionen Schilling bezahlt werden. Daß das nur ganz kleine Beiträge sein können, ist daraus leicht zu ersehen. Ich habe daher jedes Ansuchen über 100.000 Schilling gleich auf die Seite gelegt und es nur eingesetzt in dem Bewußtsein, daß die Sache sowieso nicht gemacht werden kann.

Wir haben mit unseren Nachbarländern Berührungspunkte gesucht, wir haben versucht mit Kärnten, mit dem Burgenland, mit Salzburg, mit Oberösterreich gemeinsame Prospekte zu machen. Auch der Landeshauptmann Wagner vom Burgenland hat mich gebeten, die Interessen des südlichen Burgenlandes mit denen der Steiermark zu koordinieren und gemeinsame Prospekte zu machen. Er hat angeboten, 100.000 S zu geben, wenn die Steiermark 70.000 S gibt. Soviel ich gesehen habe, hat das Burgenland weit mehr für den Fremdenverkehr im Budget vorgesehen als die Steiermark. Ich kann ihm aber auch die 70.000 S nicht geben, weil sie mir gestrichen wurden. Ich habe durch die Streichungen nur um 190.000 S mehr zur Verfügung als im Vorjahr. Wenn man weiß, daß aus dem Fremdenverkehr an Devisen 6 Milliarden Schilling im Jahre 1960 eingingen und daß damit das Handelsdefizit abgedeckt werden kann, dann merkt man, daß dies der beste Exportartikel ist, den wir haben. Er steht bei uns an erster Stelle und mit großem Abstand erst folgt die eisenschaffende Industrie, Holzexport usw. Wir könnten die Werbung noch steigern, denn wir haben viele freiwillige Helfer, die uns nichts kosten; ihnen sei hier noch einmal tausendfach gedankt. Wir haben einen Werbeapparat, der sich wirklich bemüht und jeden Anlaß benützt, um unseren Fremdenverkehr zu heben. Die größte Zahl von allen Ausländern stellen die Deutschen, sie machen über 70 Prozent aus. Weil wir aus Geldmangel nicht annoncieren können, haben wir unsere Werbung umgestellt. Wir laden Vertreter von Reisebüros aus Deutschland, Spanien, Italien, Frankreich, der Schweiz, Belgien, Holland, Schweden usw. ein, zu uns zu kommen und da muß ich schon besorgt sein, daß sie nicht vielleicht acht Tage dableiben, weil wir es uns nicht leisten können, ihnen solange den Aufenthalt zu bezahlen. Das sind natürlich Verhältnisse, die auf die Dauer untragbar sind. Sie müssen meine Einstellung als Fremdenverkehrsreferent verstehen — ich bin zwar nur ein politischer Referent —, wenn ich für das kommende Jahr fordern muß, daß sich die Landesregierung entschließt, auf irgendeinem Weg Mittel aufzutreiben, damit der Fremdenverkehr auch bei uns so wie in den übrigen Bundesländern angekurbelt wird und aufwärts geht.

Herr Kollege Scheer sagte, Fremdenverkehrswerbung ist notwendig und es wurde zu diesem Zweck eine Resolution vor drei Jahren eingebracht. Diese Resolution besagt, es sei ein Gesetz zu beschließen, daß die Mittel durch eine Umlage zu beschaffen seien. Das könnte nur auf die Gewerbesteuer erfolgen oder wenn sie die Leute, die Berufe haben wie die Notare, Advokaten usw., die keine Gewerbesteuer bezahlen, einschließen, auf die Einkommensteuer. Ich habe die Verantwortlichen auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs bei der alljährlich stattfindenden Versammlung befragt und sie

waren damit einverstanden, im Ausseerland und im Murtal teilweise. Wir haben auch einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet und auch den Gemeinden ist dieser Entwurf zugegangen. Nur 17 Prozent der Gemeinden waren für dieses Fremdenverkehrsgesetz. Ich habe es auch verstanden. Wie kommt ein Schuhmacher und kleiner Gewerbetreibender in der West- und Oststeiermark dazu, wiederum eine Last auf sich zu nehmen! Ich verstehe schon, daß vielfach auch die Meinung herrscht, warum soll man nicht noch eine Kammer haben. Wenn diese die Kammerumlagen einbringt, könnte man eine Fremdenverkehrskammer haben. Für diese Sachen bin ich nicht gewesen. Die heutige Resolution, die angekündigt ist, wird natürlich entgegengenommen. Ich werde die Sache wieder in Erinnerung bringen. Aber da nur 17 Prozent der Gemeinden diese Einführung wünschen, hat man den übrigen 83 Prozent zu entsprechen. Das Land verdient, auch der Bund im gleichen Ausmaße. Die Leute wissen genau, daß man es nicht erreichen kann, irgendwie festzustellen, z. B. was die Oper oder das Burgtheater im Jahr an Abgaben kostet. Bei uns wird das Schauspielhaus gebaut. Wir wissen das alles. Das sind keine meßbaren Werte, aber sie sind doch angelegt, weil die Fremden es beanspruchen, die das Geld hier lassen. Das, was hier von den zwei Geldinstituten in Bad Aussee gesagt wurde, stimmt. Aber noch ein Superplus zu dem, was von uns aus Buchungen eingelöst wird. Wir können das Fremdenverkehrsgesetz nicht machen, weil 83 Prozent der Bevölkerung dagegen sind.

Ich kann Ihnen sagen, daß wir für die ganze Steiermark durch Versendung kartonierter Bilder — ein Bild kostet 50 Schilling — Propaganda machen und daß das noch billiger kommt als die Annoncen, die man früher für Fremdenverkehrswerbung verwendet hat. Wir haben zur Förderung des Fremdenverkehrs auch einen Investitionsfonds, aus dem für einzelne Fremdenverkehrsbetriebe Darlehen bis zu 30.000 Schilling angesprochen werden können. Die Laufzeit der Darlehen beträgt bis zu zehn Jahren.

Es wurde auch von den Seen gesprochen. Es ist auch in Gaisorn dieser Wunsch aufgetaucht. Darüber kann man nicht weiter reden, denn hierfür wären Millionenbeträge erforderlich.

Wir erbitten nur für das kommende Jahr, wenn wir auf der gleichen Höhe bleiben wollen, eine verhältnismäßig geringe Krediterhöhung. Wir müssen für den Fremdenverkehr mindestens zwei Millionen Schilling mehr bekommen. Das wird verständlicher, wenn ich Ihnen sage, daß Oberösterreich 7,5 Millionen allein für Liftanlagen ausgibt. Wir haben für die ganze Steiermark 518.0000 Schilling, das ist wahrhaft wenig. Wenn jemand einen Zuschuß von zehn- bis zwanzigtausend Schilling erhält, so ist das schon außergewöhnlich viel. Große Objekte kann man überhaupt nicht in Betracht ziehen.

Das habe ich auch noch zu sagen: Man könnte meinen, was gehen Schutzhütten den Fremdenverkehr an, doch Schutzhütten sind ebenso wie Schwimmbäder Voraussetzungen für den Fremdenverkehr! Es werden Schwimmbäder verlangt und nicht irgendein ganz verwachsener Teich. Wir brau-

chen Schutzhütten für junge Menschen, die als Touristen hieher kommen. Sie gehen hinaus und sehen hier die herrliche Gegend und wenn sie einmal selbständig sind und schon verdienen oder ein Unternehmen haben, werden sie sich immer wieder gern an die Zeit erinnern, die sie im österreichischen Bergland verbracht haben und wiederkommen.

Unterstützen Sie also den Fremdenverkehr! Das sind Kapitalanlagen, die sich nicht nur amortisieren, sondern auch hoch verzinsen.

Ich benutze die Gelegenheit, um den Mitarbeitern der Fremdenverkehrsabteilung und ihren Beamten und in erster Linie den vielen Helfern in den Fremdenverkehrsvereinen zu danken, die damit viele Stunden hohen Idealismus aufgewendet haben, um damit der Heimat und dem ganzen Vaterland zu dienen. (Lebhafter Beifall)

Landesrat **Prirsch**: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Es hat der Abgeordnete Bammer von der sozialistischen Fraktion gestern in einer seiner Reden zum Ausdruck gebracht, der Abgeordnete Neumann habe in einem Brief an einen weststeirischen Bürgermeister klargelegt, die Gemeinde bekomme jetzt die Straße nicht, weil sie einen sozialistischen Bürgermeister gewählt hat. Ich darf namens meiner Fraktion feststellen, daß ein solcher Brief nicht existiert.

Es haben verschiedene Redner den steirischen Feuerwehren schon Dank und Anerkennung ausgesprochen. Ich schließe mich dem aus ganzem Herzen an. Ich möchte dem Hohen Landtag auch in Erinnerung rufen, daß zwei bewährte Feuerwehrkommandanten im Laufe des Jahres 1960 uns verlassen haben, und zwar Altbürgermeister Linhart und Plaf. Die Feuerwehr führt nunmehr Dr. Edelsbrunner als Landes-Feuerwehr-Kommandant. Es dürfte nicht unbekannt sein, daß der Stand der freiwilligen und Berufsfeuerwehren in der Steiermark rund 27.500 Mann beträgt. In Graz haben wir eine Berufsfeuerwehr der Stadt Graz mit einer Mannschaft von 171 Mann.

Der Herr Abg. Edlinger hat mit Recht beklagt, daß der Errichtung von Löschwasserbehältern zu wenig Augenmerk zugewendet wird. Daß wir aber solche Planungen fördern, wo wir nur können, geht schon daraus hervor, daß die Mittel nicht nur an die Feuerwehren, sondern auch an die Gemeinden und sogar an die Interessentengruppen stärker fließen, weil wir wissen, daß eine Feuerwehr ohne Wasser trotz aller modernen Einrichtungen nicht löschen kann.

Es ist richtig, daß unsere steirischen Feuerwehren einen sehr starken Fortschrittswillen haben, besonders auf dem Gebiet der Technik, und daß man in letzter Zeit sehr darauf gedrängt hat, den UKW-Funkgeräten mehr Augenmerk zuzuwenden. Wir konnten uns dieser Neuerung nicht entziehen und haben im Laufe dieses Jahres 12 Funkgeräte bezuschußt. Im übrigen geben wir der Brandverhütung dadurch, daß wir die Verhütungsstellen unterstützen und die Errichtung von Blitzschutzanlagen subventionieren, breiten Raum.



Die steirischen Feuerwehren befinden sich hinsichtlich ihres Fahrparkes in einer großen Umstellung. Die letzten Benzinwagen aus dem Jahr 1945, Restbestände aus dem Dritten Reich, werden ausgemerzt, und nicht nur die Landesregierung, auch die Gemeinden haben neue Fahrzeuge mit modernsten Einrichtungen angeschafft, und auch die Feuerwehren haben Lasten auf sich genommen für diesen Zweck. Wir werden heuer rund 110 Fahrzeuge im Lande neu angeschafft haben, das ist für ein Jahr gewiß eine sehr hohe Zahl. Im Gegensatz dazu haben wir auch noch 10 Wagenspritzen bezuschußt, die sind auch nicht ausgestorben und versehen immer noch ihren Dienst. 24 Rüsthaus-Neu- und Umbauten sind vollzogen worden. Daß das Schlauchmaterial den Feuerwehren und dem Inspektorat Sorgen macht und viel Kosten verursacht, geht daraus hervor, daß durch die Landesregierung rund 10.000 laufende Meter Schläuche angeschafft und bezuschußt wurden.

Vielleicht darf ich ganz kurz noch folgendes sagen: Herr Abg. Edlinger, ich muß pflichtgemäß einen Irrtum aufzeigen. Sie haben gesagt, daß der Landesverband die Mittel verteilt. Die Mittel werden aufgebracht durch die Feuerschutzsteuer. Die Voranschläge erstellt der Landes-Feuerwehr-Kommandant, sie werden überprüft vom Inspektorat, und dann werden die Beträge von der Landesregierung freigegeben und vom Referat auf Grund der Voranschläge verteilt. So ist das. Es ist richtig, daß wir in der Regel einen dreijährigen Turnus haben, so daß wir jede Feuerwehr, wenn sie will, innerhalb eines Turnusses von drei Jahren für eine Beihilfe in Betracht ziehen können.

Meine Damen und Herren! Der Herr Präsident Dr. Stephan hat uns berichtet, daß auf St. Martin Kurse der Kammer für Land- und Forstwirtschaft für ihre Kammerfunktionäre stattfanden. Ich habe mir die Einladung zu dem von Ihnen zitierten Kurs vorlegen lassen, und daraus geht folgendes hervor: Die Kammerfunktionäre sind für diesen Kurs für Montag eingeladen worden, und zwar steht darauf „Anreise ab 17 Uhr“. Der Mann, von dem die Rede war, hat sich geirrt, als er las „15 Uhr“. Und weiters steht darauf: „Begrüßung um 19 Uhr.“ Es ist richtig, daß seitens der Bauernbund-Funktionäre vorher, wie das so üblich ist, eine Fraktionsbesprechung stattgefunden hat. (Abg. DDr. Hueber: „Nicht eine kleine Verwechslung zwischen Bauernbund und Kammern?“) Ich muß sagen, daß diese Kurse einen sehr guten Ruf genießen und einen sehr guten Verlauf nehmen, und es sind die Herren aus allen Parteien am Dienstag und Mittwoch bei diesem Kurs gewesen, und ich glaube auch, daß diese Kurse eine gute Auswirkung zeigen werden. Es ist vor allem interessant, die Debatten und Diskussionen, die auch wieder von allen Seiten bestritten wurden, zu verfolgen. Ich habe nämlich mehrere dieser Kurse selbst mitgemacht, nachdem ich ein Referat dort zu halten hatte. Der von Ihnen genannte Herr ist aus irgendeinem Grund irrtümlich um 15 Uhr angekommen statt um 17 Uhr, obwohl die Einladung ganz klar die Zeit von 17 Uhr für die Anreise vorsieht. Der Begrüßungsabend um 19 Uhr hat auch programmgemäß stattgefunden, und der Herr wäre dazu auch eingeladen gewesen,

aber er ist um 15 Uhr weggegangen und dann um 19 Uhr nicht mehr gekommen, hat aber an der Tagung teilgenommen. (Abg. DDr. Hueber: „War zum Begrüßungsabend nicht eingeladen!“)

Hohes Haus! Es wäre zu zeitraubend, auf all die verschiedenen Meinungen, die hier von einzelnen Abgeordneten in Bezug auf die Landwirtschaft und ihre Probleme kundgetan wurden, einzugehen. Darf ich daher, um nicht Ihr Mißfallen zu erregen, das möglichst kurz tun. In diesen Wochen und Monaten ist ja die Milchfrage ein vielumstrittenes Problem. Wir hören zwar, daß man in Wien auf dem Wege ist, hier eine Regelung zu finden, es haben sogar heute Nacht oder gestern Abend Verhandlungen stattgefunden im Zusammenhang mit der Brotpreiserhöhung. Aber bitte, die Landwirtschaft hat mit der Brotpreiserhöhung nichts zu tun! Daß aber die Milchfrage zuletzt überhaupt nicht eine Frage der Preiserhöhung, sondern eine Frage der Abgabe von normaler Milch ist, ist ganz klar. Ich hoffe, daß diese Verhandlungen doch zu einem Erfolg führen.

Der Weg, der vielleicht in bester Absicht und in volkswirtschaftlicher Überlegung vorgeschlagen wird, einen geteilten Milchpreis einzuführen, dieser Weg scheint uns wirtschaftlich nicht möglich und auf die Dauer gesehen nicht zum Ziele führend. Die Milch ist ja nicht nur in Österreich, sondern auch in den übrigen Ländern ein Problem geworden. Es war schwierig, als zuwenig Milch da war, nicht minder schwierig ist eine Lösung zu finden jetzt, wo, wir wollen sagen Gott sei Dank und nicht leider Gottes, zuviel da ist. Die Schwierigkeit liegt darin, daß sich die Milcheinnahmen seit drei Jahren nicht verändert haben, daß diese Milcheinnahmen, wenn der Milchpreis für den Produzenten gesenkt werden muß, eine echte Senkung des bäuerlichen Lebensstandards bedeuten. Der Weg, der vorgeschlagen wird, hat seine Licht- und Schattenseiten. Es mögen sich weite Kreise an diese abgefettete Milch gewöhnt haben. Natürlich kann man sagen, auch gekaufte Vollmilch läßt sich abfetten. Die Frage liegt nicht bei der Milch allein, sondern vor allem bei der Butterverwertung. In Österreich haben wir einen verhältnismäßig geringen Butterverbrauch, nicht zuletzt deshalb, weil sich vielleicht auch auf Grund der Mangelzeiten der breite Konsum weitgehend anderen Fettstoffen zugewendet hat und weil sicherlich auch die medizinische Wissenschaft gewisse Schwierigkeiten macht. Ich hoffe, daß diese Lehrmeinung wieder zur Natur zurückkehrt und sich wieder der Butter zuwendet.

Meine Damen und Herren! Wenn man in Österreich über agrarpolitische Probleme spricht, verweist man sehr gerne auf die Regelung in Schweden. Es wird dabei sehr oft vergessen von der linken und auch von anderer Seite, daß wir in Österreich, wirtschaftlich gesehen, mit Schweden kaum zu vergleichen sind. Dort sind auf weiten Gebieten — ich konnte dies selbst während meines vierzehntägigen Aufenthaltes dort sehen — echte Kapitalien, echte Reserven, ein gewisses Sattsein auf weiten Strecken festzustellen. In Schweden, wo ja die in den letzten Wochen öfters genannte grünrote oder rot-grüne Koalition besteht, ist nach einem Bericht einer sozialistischen Zeitung die Milcherzeugung

gung wesentlich abgesunken, man schreibt von 21%, weil die Schweden sicherlich auch in der Landwirtschaft andere Möglichkeiten haben als wir. Ich habe nur mit einer gewissen Überraschung und mit einer gewissen Bestürzung in diesem Wirtschaftsbericht gelesen, das Absinken der Milchlieferung war nur deshalb möglich, weil die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe in Schweden in den letzten Jahrzehnten ausgemerzt wurden. Deshalb warne ich vor solchen Vergleichen. Wer Schweden kennt, weiß, daß dort ein landwirtschaftlicher Betrieb bei ungefähr 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche beginnt. Wenn wir den schwedischen Schlüssel in Österreich anwenden würden, müßten nicht die Hälfte, sondern 75% der landwirtschaftlichen Betriebe ausgemerzt werden. Ich glaube deshalb, daß wir diesen Weg, der in Schweden möglich war, nicht gehen dürfen und daß wir zur Lösung der Milchfrage und der damit zusammenhängenden Schwierigkeiten nicht das schwedische Beispiel in Anwendung bringen können.

Herr Präsident Wurm hat in dankenswerter Weise Zahlen und Verhältnisse aufgezeigt, wie sie der Arbeitnehmer netto und in der Praxis sieht. Nun, ich habe in der letzten Woche von einem Baumeister eine Rechnung über Bauarbeiten erhalten, der ein höherer Taglohn wie 160 S zugrunde liegt. (LR. Maria Matzner: „Die Zuschläge für den Baumeister hat nicht die Gewerkschaft abgeschlossen!“) Aber diese Zuschläge sind jene Dinge, die wir als soziale Sicherheit, als sozialen Fortschritt mitzahlen müssen. Es ist bedauerlich, daß hüben und drüben der Einzelne immer nur die praktischen Auswirkungen sieht.

Wenn ich hier sagen darf, wie sich das für den einzelnen Landwirt, für den großen, mittleren und kleinen darstellt, dann folgendes: Vor dem Krieg, im Jahre 1939 konnte der Landwirt tatsächlich mit 30 Liter Milch einen Handwerkertaglohn bezahlen, heute braucht er dazu 110 Liter Milch, das ist das vierfache! Vor dem Krieg konnte man mit 5 Kilo Lebendgewicht bei Schweinen auch eine Handwerkerschicht bezahlen, heute benötigt man dazu bei Schweinen je nach Marktlage 16 bis 18 Kilogramm. Vor dem Kriege konnte man mit 20 Kilogramm Weizen eine Handwerkerschicht bezahlen, heute benötigt man dazu, trotzdem der Weizen in Österreich im Verhältnis zum Importweizen teurer ist, 80 Kilogramm. Bei Weizen also das vierfache! So divergiert diese Parität, der die Landwirtschaft bei allem Fleiß, bei allem Bemühen, bei allem Fortschritt nicht gewachsen ist.

Hohes Haus! Ich kann bestätigen, was der Herr Abg. Brandl auf Grund des grünen Berichtes aufgezeigt hat, daß in der Steiermark der Durchschnittslohn für einen landwirtschaftlichen Arbeiter 779 S pro Monat beträgt. Ich nehme an, daß unser Wirtschaftsforschungsinstitut, das bekanntlich dem Herrn Dr. Nemschak untersteht, das Volkseinkommen richtig schätzt. Ich nehme auch an, daß diese neutrale Stelle das landwirtschaftliche Einkommen oder den Anteil der Landwirtschaft an diesem Volkseinkommen richtig schätzt. Nun, wie sieht das aus? Das Volkseinkommen für 1959 war geschätzt mit 95,2 Milliarden Schilling. Der landwirtschaftliche Anteil

daran beträgt 12,4 Milliarden, das sind 11,4%. Man rechnet, daß in der Land- und Forstwirtschaft 154.000 Beschäftigte in Österreich sind. Wenn ich jetzt auf Grund dieser 12,4 Milliarden die Lohnquote oder Erfolgsquote herausziehe, dann komme ich, Herr Abg. Brandl, für einen Beschäftigten in der Landwirtschaft — selbständige und unselbständige zusammengenommen — auf einen Lohnbetrag bei 12 Monaten von 671 S monatlich und bei 14 Monaten auf einen Betrag von 574 S monatlich. Diese Zahlen sind nicht aus der Luft gegriffen. Wenn Sie sie mir bestreiten, dann beweisen Sie damit, daß diejenigen, die Sie zu den sogenannten Selbständigen und Besitzenden rechnen, diese Einkommenshöhe nicht einmal im Durchschnitt erreichen.

Hohes Haus! Ich glaube, angesichts dieser Zahlen und dieser Gegebenheiten kann man den Weg auch nicht mehr nur im Ausgleich suchen. Was Sie, Herr Präsident Wurm, gesagt haben, daß man ausgleichen müßte, das ist bestimmt richtig, aber bei diesen wirtschaftlichen Gegebenheiten kann man die Lösung dieses Problems nicht allein der Landwirtschaft überlassen. Es ist richtig, daß anlässlich der letzten Verhandlungen allgemeine soziale Dinge, wie z. B. die Familienförderung, auch der Landwirtschaft zugeflossen sind. Es ist aber ebenso richtig, daß durch die Erhöhung des Treibstoffpreises — in Österreich erfordert der Treibstoff immerhin einen Aufwand von rund 700 Millionen Schilling jährlich — ein wesentlicher Teil dieser 200 Millionen Schilling aufgebracht wird, daß aber die Wiedereinführung bzw. Erhöhung des Krisenfonds diese 200 Millionen Schilling in relativ kurzer Zeit der Landwirtschaft wieder aus der Hand nimmt. Ich darf auch in diesem Zusammenhang sagen, nachdem die Einkommensquoten in der Landwirtschaft so gering sind, ist es wesentlich und wichtig, daß wir neben den allgemeinen Förderungsmaßnahmen, wie Grundzusammenlegungen, Strukturverbesserungen usw. — alles Maßnahmen, die auf lange Sicht sicher wichtig sind —, hier auch noch ein echtes Nachziehverfahren, eine echte Lohnaufbesserung im Direktverfahren durchführen. Ich glaube und ich sage das mit vollem Ernst, man soll die Landwirtschaft auch in der Zukunft nicht noch stärker von der öffentlichen Hand abhängig machen. Wir sollen das Schicksal der Landwirtschaft — und das ist ja das Schicksal der Eigenversorgung — nicht allzusehr mit dem Bundesbudget, mit den Stützungsbeträgen verbinden. Wir werden so nichts abbauen können. All das Gerede, daß dieses oder jenes weggehört, ist zwar interessant, aber man muß sich fragen, wer zahlt das, was weggommt? Dann ist es erst interessant. Ich bin deshalb der Meinung, daß man der Landwirtschaft im Wege entsprechender Preise ihren gerechten Lohn zukommen lassen muß. Ich will damit bei Gott nicht dem Konsumenten, der seinen Verbrauch auch nach den Preisen einrichtet, den Brotkorb höher hängen, aber ich halte es für schlecht, wenn man hier hinsichtlich angebrachter Preise grundsätzlich auf einem starren Standpunkt besteht.

Hohes Haus! Es ist bei verschiedenen Reden zum Ausdruck gekommen, daß vor allem die Entwässerungen und Meliorationen notwendig sind. Es sind

auch Zahlen genannt worden. Ich bin der Auffassung, daß die 20, 30 oder 40%, die der Herr Dr. Stephan genannt hat, wirklich sehr niedrig sind. Die sind aber aus der Zwangslage geboren, weil das Land und der Bund eben nicht mehr Mittel zur Verfügung haben. Ich glaube, daß wir hier versuchen müssen, diese verbilligten ERP-Kredite der Steiermark dienstbar zu machen. Wenn irgendwo ein Vorgriff vertretbar ist, dann ist er nach meiner Auffassung auf dem Gebiet dieser gemachten und noch notwendigen Bodenverbesserungen vertretbar. Ich glaube, wir müssen gerade auf dem Gebiet der Entwässerungen, soweit uns die entsprechenden Facharbeiter zur Verfügung stehen, auch wenn wir gewisse Vorgriffe machen, ein schnelleres Tempo einschlagen, denn dazu zwingt uns schon allein der Arbeitskräftemangel. Und dies trotz der verschiedenen Lohnverträge. Wir wissen ja, daß sie zum Teil nicht ganz echt sind, aber daß sie doch höher sind, als im Kollektivvertrag steht. Aber es ist so, daß die Landwirtschaft, selbst wenn die Arbeitskräfte vorhanden wären zu diesen relativ geringen Lohnsätzen, diese Arbeitskräfte, wenn sie die 50-Stunden-Woche einhalten, wie im Gesetz vorgeschrieben, sicherlich nicht bezahlen kann. Davon kommt ja diese Überbelastung, die unsere bäuerliche Familie so schwer bedroht. Sie brauchen sich nur die Musterungsergebnisse anschauen. Es ist erschütternd, daß die Jugend, Gott sei Dank, in den Städten verhältnismäßig gesünder ist als die Jugend vom Land, nicht zuletzt deshalb, weil die agrarischen Produkte von Kindern und greisen Arbeitern erzeugt werden, auch bei uns in Österreich. Auf die Dauer gesehen ist das kein schöner Zustand für unser Land. Immer mehr zwingt der Arbeitermangel zur Mechanisierung.

Ich darf nun auf die Ausführungen des Abg. Edlinger zurückkommen. Ich bin sehr dankbar dafür, daß er gesagt hat, er könne mich im übrigen ganz gut leiden, nur ist er mit meinen Maschinenhöfen nicht ganz einverstanden. Ich muß Sie in aller Freundschaft erinnern, ich habe Ihrer Partei einen großen Dienst erwiesen, vor 6 Jahren, als Sie das erstmal im Landesbudget diese 100.000 S verankert haben; wir wären für die Landmaschinenhöfe zu haben gewesen, aber bei den Gemeinden haben wir Sorgen gehabt. Diese 100.000 S sind im Budget gewesen, das ich zu verwalten gehabt habe. Es wird November, es wird Dezember, es rührt sich nichts. Zum Glück höre ich, daß von Fürstenfeld ein Ansuchen an die Abteilung gekommen ist. Plötzlich kommen die Fürstenfelder daher und ich sage, wir haben 100.000 S, die niemand verlangt. Und dann ist hier im Landtag die Anfrage gestellt worden: Herr Landesrat, wollen Sie die 100.000 S nicht bestimmungsgemäß verwenden? Da mußte ich sagen, ich habe sie schon verwendet. Und seither haben wir diese Mittel immer wieder wie damals schließlich und endlich in der Regierungssitzung aufgeteilt. Und ich lasse es mir immer angelegen sein, sie nicht ferial aufzuteilen, sondern wenn alle Herren da sind. Herr Kollege, ich muß Ihnen eines sagen: wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß man bei 100.000 S im Budget nur Maschinen bezuschussen kann und nicht Häuser. Und daß in Fürstenfeld kein echter Maschinenhof ist, stimmt auch nicht.

Sie haben nicht nur einen Traktor, sie haben schon einen dritten Traktor, den sie für den Wald benutzen, sie haben 2 Mähdrescher und auch alle übrigen landwirtschaftlichen Geräte. Ich glaube, daß es einer der größten Maschinenhöfe der Steiermark ist. Es ist auch ein ständiges Personal vorhanden. Ich sage ganz offen, so arm diese Stadt wirtschaftlich ist — weil sie keine Waldungen hat —, bringt sie den Maschinenhof noch unter. Einer kleinen Gemeinde wäre das nicht ohne weiteres möglich. Ich darf Ihnen sagen, daß wir alle vorliegenden Ansuchen überprüft haben und daß wir vor allem heuer darauf bestanden haben, daß sie uns nicht nur Ansuchen schicken, sondern daß sie uns auch den Nachweis bringen, daß sie wirklich gekauft haben. (Verschiedene Zwischenrufe.) (Präsident: „Das Wort hat Herr Landesrat Pirrsch. Bitte, keine Zwiegespräche zu führen.“)

Hohes Haus! Es ist hier, ich glaube auch von dem Abg. Brandl, erwähnt worden, daß vor allem die Kammern für Land- und Forstwirtschaft und die Landarbeiterkammer nach seiner Auffassung für den Personalaufwand zu viel tun. Wir haben uns mit dieser Frage mehrmals beschäftigt, da wir Prüfungsorgan sind. Ich muß sagen, daß vor allem die Landarbeiterkammer sich wirklich bemüht hat wie vielleicht keine andere Einrichtung in Österreich, ihren Personalstand den neuen Gegebenheiten anzupassen. Es waren das nicht ganz leichte Maßnahmen, die der Präsident Brandl zu treffen hatte. Wenn es irgendwie gerechtfertigt ist, daß das Land verschiedene Personalkostenzuschüsse gibt, dann wirklich bei der Landarbeiterkammer! Wenn Sie grundsätzlich anderer Meinung sind und wenn Sie die Landarbeiterkammer mit der Arbeiterkammer vergleichen, dann glaube ich, ist das nicht richtig. Bei der Arbeiterkammer sind immer mehr Kammerzugehörige, immer bessere Löhne, immer höhere Einnahmen zu verzeichnen, doch — ich habe das zwar nicht zu prüfen — habe ich noch nie gehört, daß dort mehr gespart wird als anderswo.

Hinsichtlich der Landwirtschaftskammer dürfen wir nicht übersehen, daß sie vom Land übertragene Aufgaben durchführt, also Pflichtaufgaben des Landes, sowohl im Pflanzenbau, in der Tierzucht, zum Teil in der Berufsausbildung wie auch auf verschiedenen anderen Gebieten. Es haben der Herr Abg. Edlinger und auch mehrere andere Herren auf unserer Seite mit Recht auf die Notwendigkeit der Grenzlandförderung und der Förderung der Aufbaugebiete hingewiesen. Ja, Herr Abg. Brandl, das kostet alles Personal, denn die Aufgaben und die Förderungsaufgaben der Landwirtschaftskammer können nur so durchgeführt werden, daß geeignete Fachkräfte diese Aufklärungsarbeit und diese ihr vom Land übertragenen Aufgaben leisten. Ich habe den Eindruck, daß das Land mit diesem Personalkostenzuschuß verhältnismäßig billig davon kommt, denn ich weiß nicht, ob es nicht mehr kosten würde, wenn das Land diese Aufgaben selbst durchführen würde. Leider ist heute der Herr Präsident Wallner der Landwirtschaftskammer nicht hier, er hätte sicherlich in einem umfassenden Agrarreferat manche Dinge aufgeklärt. Vor allem hätte er seine Kammer mit Recht gegen jegliche falsche Auffassung und Meinung in Schutz genommen.

Hohes Haus! Wir haben eine Post im Budget, die schon öfter zu gewissem Rätselraten Anlaß gegeben hat, und auch heuer hat der Vertreter der SPO im Finanzausschuß mit vollem Recht Aufklärung verlangt, was mit der Post „verschiedene Förderungsmaßnahmen“ geschieht. Ich konnte ihm dort sagen, daß wirklich verschiedenes Notwendiges damit geschehen ist. Hier unter dieser Post läuft auch eine ganz neue Aktion, ein neues Werk, nämlich die Schaffung von sogenannten Familienhelferinnen. Es haben sich heuer 35 Frauen dieser Aufgabe unterzogen und wir hoffen, dazu möge auch die Erhöhung dienen, daß es uns nächstes Jahr gelingt, diese Zahl auf 50—60 zu erhöhen. Diese Helferinnen sollen nicht nur ausschließlich der ländlichen Familie, besonders der Bäuerin, wenn sie im Wochenbett ist, zur Verfügung stehen. Die Landesregierung, die Landesbauernkammer und die Caritas haben nach meiner Auffassung hier ein wirklich gutes, soziales und menschliches Werk geschaffen, und ich hoffe nur, daß es uns gelingt, für diese Maßnahme immer wieder die notwendigen Mittel aufzubringen.

Zum Landwirtschaftsgesetz noch ganz kurz ein paar Worte. Wir erwarten von diesem doch gewisse Auswirkungen. 500 Millionen Schilling sind gefordert worden, es sind aber nur 200 Millionen Schilling geblieben. Ich darf mit allem Nachdruck feststellen: wenn es auf uns angekommen wäre, hätten wir auf das Landwirtschaftsgesetz nicht 8 Jahre warten müssen. Es ist ja auch in 2 Regierungserklärungen schon lange verankert gewesen. Seit mindestens 5 bis 6 Jahren war der Wille zur Schaffung des Landwirtschaftsgesetzes eindeutig und klar. (Abg. Wurm: „Der Wirtschaftsbund war dagegen.“) Der Widerstand auf Ihrer Seite war bedeutend maßgebender als der des Wirtschaftsbundes. Das wissen Sie. Ich zitiere die sozialistische Korrespondenz. Der Herr Minister Helmer hat dort vor 5 Jahren gesagt: „Das Landwirtschaftsgesetz in Österreich wird nie Wirklichkeit werden.“ (Zwischenruf bei SPO: „Nein!“) Bitte, lesen Sie es selbst. Der Widerstand gegen das Landwirtschaftsgesetz ist bei Ihnen gelegen, lassen Sie das doch gelten. (Abg. Bammer: „Viele Wirtschaftsbündler sind gekommen und haben gesagt, da müßt ihr dagegen sein!“) Herr Abg. Bammer, seit wann hören Sie den so eifrig auf die Wirtschaftsbündler? Wir hätten manches auf verschiedenen Gebieten vielleicht schon erreicht, wenn dieses Landwirtschaftsgesetz schon früher Wirklichkeit geworden wäre. Ich habe schon gesagt, daß wir keine Freude haben, daß die Landwirtschaft vom Staat und vom Staatsbudget immer mehr und mehr in Abhängigkeit gerät und dadurch in das Spiel der politischen Kräfte weitgehend hineingezogen wird. Man hört immer wieder, die Landwirtschaft ist subventionsbedürftig. Das stimmt, aber nicht nur bei uns, nicht nur in Europa, sondern überall dort trifft das zu, auch in der freien Welt, wo man nicht mit Sklaven arbeitet und wo man agrarische Produkte schafft. Ich habe mir eine seriöse Zeitschrift aus Deutschland zurechtgelegt, die die Agrarsubventionen in verschiedenen Ländern berechnet hat.

In den USA beträgt die Subventionierung der Landwirtschaft, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, 100 DM. Ich sage nur die runden Zahlen.

	pro Kopf der Bevölkerung
In Holland . . . . .	78 DM
in Norwegen . . . . .	72 DM
in Großbritannien . . . . .	58 DM
in der Bundesrepublik . . . . .	52 DM
in Frankreich . . . . .	42 DM
in der Schweiz . . . . .	45 DM
und in Österreich . . . . .	32 DM

Und nun die Subventionen pro Kopf der in der Landwirtschaft Beschäftigten. Da ist England an der Spitze, und zwar für die in der Landwirtschaft Beschäftigten . . . . . 2955 DM  
in den Vereinigten Staaten . . . . . 2358 DM  
in Holland . . . . . 1309 DM  
in der Bundesrepublik . . . . . 751 DM  
in der Schweiz und in Norwegen . . . 517 DM  
in Frankreich (und trotzdem gab es eine Bauernrevolution!) . . . . . 403 DM  
und in Österreich . . . . . 258 DM

Ich glaube, es braucht sich niemand sorgen, daß Österreich seine Landwirtschaft allzusehr verwöhnt. Dadurch komme ich auf die Ausführungen des Herrn Präsidenten Wurm zurück. So ist es möglich, daß Amerika an die Grenze unseres Landes den Weizen mit S 1'90 stellt! Ich glaube, daß uns diese und auch manche andere wirtschaftliche Zahlen wirklich zur Erkenntnis bringen müssen: wir müssen unserer Landwirtschaft nicht nur mehr Subventionen gewähren, wir müssen sie nicht nur mehr stützen, wir müssen ihr auch mehr Verständnis entgegenbringen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man auf die Dauer gesehen wohl den 80%, nicht aber schließlich und endlich auch den 20% in der Landwirtschaft Tätigen ein der Zeit und dem Fortschritt, dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt angemessenes Einkommen gewährt. Es ist vieles nachzuholen, vieles zu tun. Ich gebe ruhig zu, daß die Entflechtung manches durch die Zeit bedingten Problems nicht leicht ist. Ich gebe auch ruhig zu, daß vielleicht Kurzsichtigkeit, einseitige Propaganda es den sogenannten Konsumorganisationen und politischen Richtungen nicht allzuleicht machen wird, den Notwendigkeiten der österreichischen Agrarwirtschaft Rechnung zu tragen. Es wird Zeit, Versäumnisse bald nachzuholen, ansonsten werden wir mehr Autos haben, längere Ferien und Urlaubsreisen, aber wir werden niemand mehr haben, der unsere Felder bebaut und unsere Wälder hegt. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Da keine weitere Wortmeldung vorliegt, erteile ich dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Ertl:** Hohes Haus! Zum Abschluß der Gruppe 7 darf ich den Mitgliedern des Hohen Hauses empfehlen, den Ansätzen des Vorschlages und auch den Zusatzanträgen der Steiermärkischen Landesregierung, die im Finanzausschuß einstimmig beschlossen wurden, auch hier ihre Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit der Gruppe 7 und den vom Finanzausschuß beantragten Abänderungen einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 7 ist angenommen.

Wir kommen zur

#### Gruppe 8:

##### „Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen.“

Berichterstatter ist Abg. Oswald Ebner. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter **Oswald Ebner:** Hohes Haus! Die Gruppe 8 beinhaltet die wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen. Es sind Ausgaben von 42,795.600 S, das sind um 3,515.300 S weniger als im Vorjahr. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Ausgaben für die landwirtschaftlichen Betriebe sich um rund eine Million ermäßigten, aber auch die Ausgaben für die Landesbahn um rund 2 Millionen. Dem gegenüber sind die Einnahmen der Landwirtschaftsbetriebe um rund eine halbe Million gestiegen. Ich empfehle dem Hohen Haus, den Antrag anzunehmen.

**Präsident:** Da keine weitere Wortmeldung vorliegt, schreiten wir zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 8 die Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 8 ist angenommen.

Wir kommen zur

#### Gruppe 9:

##### „Finanz- und Vermögensverwaltung.“

Berichterstatter ist Abg. Bammer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Bammer:** Namens des Finanzausschusses ersuche ich das Hohe Haus, den Ansätzen der Gruppe 9 sowie den vom Finanzausschuß beantragten Abänderungen die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Da keine weitere Wortmeldung vorliegt, schreiten wir zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 9 die Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 9 ist angenommen.

Damit ist der ordentliche Voranschlag erledigt. Wir kommen zum

##### Außerordentlichen Voranschlag.

Berichterstatter ist Abg. Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Wurm:** Hohes Haus! Im außerordentlichen Voranschlag für das Jahr 1961 sind insgesamt Einnahmen von 56,705.300 S vorgesehen und Ausgaben von 120,473.000 S. Infolgedessen ein Abgang von 63,767.700 S. In den einzelnen Gruppen verteilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Gruppe 0	Ausgaben	7,690.000	bedeckt	90.000	S
Gruppe 2	"	10.350.000	"	6,850.000	S
Gruppe 3	"	15,170.000	"	10,680.000	S
Gruppe 4	"	11,400.000	"	3,200.000	S
Gruppe 5	"	55,170.000	"	28,770.000	S
Gruppe 6	"	—	"	—	
Gruppe 7	"	7,511.000	"	2,311.000	S
Gruppe 8	"	1,900.000	"	1,900.000	S
Gruppe 9	"	11,282.000	"	2,904.300	S

Der Finanzausschuß hat sich mit dem a.-o. Landesvoranschlag beschäftigt. In seinem Namen bitte ich das Hohe Haus um die Annahme.

**Präsident:** Das Wort hat Landesrat DDr. Blazizek.

LR. **DDr. Schachner-Blazizek:** Hohes Haus! Mit der Beratung des a.-o. Landesvoranschlages geht die Debatte ihrem Ende entgegen. Einer Übung entsprechend habe ich nochmals das Wort erbeten, um als Finanzreferent abschließend Stellung zu nehmen. Die Debatte hat ein äußerst anschauliches, manchmal etwas hart gezeichnetes, manchmal nach oben oder unten übertriebenes, manchmal vielleicht ein viel zu kraß, manchmal wieder ein zu zart gemaltes Bild dessen gegeben, was sich vom Leben unseres Landes hier niedergeschlagen hat. Und ich bin dem Hohen Haus dankbar für dieses Bild.

Ich habe die Debatte, soweit mir das möglich war, gewissenhaft verfolgt, und das Finanzreferat wird, von wem immer es geführt wird, die Darlegungen beachten und, soweit es möglich und vertretbar erscheint, auch berücksichtigen. Aber ich betone, meine Damen und Herren: soweit möglich und vertretbar! Das heißt also, soweit die Mittel reichen und soweit eine gerechte Verteilung der vorhandenen Mittel die Berücksichtigung der einzelnen Wünsche und Anregungen gestattet. Ich bin dem Hohen Haus und dem Finanzausschuß dankbar für die zum größten Teil schon erfolgte und zum Teil noch bevorstehende Annahme des Budgets. Diese Dankbarkeit mag vielleicht einige Damen und Herren wundern. Diejenigen nämlich, die die Funktion des Finanzreferenten darauf beschränken, daß er die Ehre hat, das von der Regierungsmehrheit erstellte Budget vertreten zu dürfen. Ich werde mich aber deswegen nicht dazu verleiten lassen, die Aufgaben und die Stellung des Finanzreferenten hier zu erörtern. Sie sind in Wirklichkeit jedem von Ihnen bekannt und nicht nur Ihnen, sondern auch der Bevölkerung. Dafür sorgen Sie schon selbst. Denn es ist nicht so, wie der Herr Abg. Wegart gemeint hat, daß niemand dem Finanzreferat Forderungen auf den Tisch knallt und daß, wenn diese abgelehnt werden müssen, niemand hinausgeht und das Referat für die Ablehnung verantwortlich macht. Ich könnte Ihnen da ungezählte Beispiele für das Gegenteil anführen.

Aber ich führe nicht Beschwerde darüber. Das ist eben die Rolle und das Los eines Finanzreferenten. Das, und immerhin die Aufgabe, den Haushalt in Ordnung zu halten, die wirtschaftlichen, finanziellen und rechtlichen Angelegenheiten des Landes zu führen und den Voranschlag in Zusammenarbeit mit den dafür eingesetzten Beamten zu erstellen

und zu entwerfen. Und daß ich mich dabei auf hervorragende Beamte stützen konnte, dafür bin ich wirklich sehr dankbar. Daß die Regierung den Entwurf des ordentlichen Budgets, den ich ihr vorgelegt habe, nur in 39 Posten auf der Ausgabenseite und in 6 Posten auf der Einnahmenseite des Budgets geändert hat, daß die Regierung den ordentlichen Voranschlag in der Summe nur um 1,875.000 S gegenüber dem Entwurf geändert hat, widerlegt nicht im geringsten das, was ich sagte. Denn erstens habe ich an diesen Änderungen selbst mitgewirkt wie jedes andere Regierungsmitglied, zweitens gibt es kein Budget auf der ganzen Welt, das ohne jede Änderung angenommen wird, und drittens wird es wahrscheinlich nur wenige Budgetentwürfe geben, die nicht mehr verändert wurden als der, den ich der Regierung vorzulegen die Ehre hatte.

Auch im a.-o. Voranschlag haben wir einen Abgang von 63 Millionen Schilling veranschlagt. Das ist die maßgebendste Ziffer des a.-o. Voranschlages. Und es ist bei dem schon im Entwurf veranschlagten Abgang geblieben. Dafür bin ich der Regierung dankbar und, meine Damen und Herren, ich bin auch dem Hohen Landtag dankbar, daß die Regierungsvorlage über das ordentliche Budget schon angenommen wurde.

Freilich, meine Damen und Herren, wird in der Budgetdebatte im weiten Rahmen nicht nur zum Landes-Budget, sondern vor allem auch zu den Fragen der Bundes- und allgemeinen Politik Stellung genommen. Wenn ich dazu vom Standpunkt meiner Fraktion etwas sagen darf, dann stelle ich fest: Unser Österreich hat nach seiner Wiedergeburt in den seither vergangenen 15 Jahren eine gute und am Anfang gar nicht vorstellbare Entwicklung genommen. Diese gute Entwicklung wäre ohne Zusammenarbeit nicht denkbar gewesen. Wir weisen voll Genugtuung auf diese Ergebnisse dieser Zusammenarbeit im Land und im Staat hin.

Die Form, die sich für diese Zusammenarbeit herauskristallisiert hat, wird heute kritisiert. Das mag, meine Damen und Herren, eines jeden gutes Recht sein und gibt keinen Anlaß zu irgendwelcher Besorgnis, denn die Form ist nur zweitrangig. Niemand könnte bestreiten, daß nicht auch in der formvollendetsten parlamentarischen Demokratie sich aus den politischen Parteien die führenden Persönlichkeiten entwickeln und daß diese sich auf der ganzen Welt zusammensetzen müssen, um das zu beraten, was zu tun ist. Wenn das in Österreich zu einer festen Form geworden ist, so ändert das unserer Auffassung nichts an dem Wesen der von der Volksmeinung kontrollierten Demokratie, deren Recht vom Volke ausgeht. Ich habe kein Bedenken, wenn Nationalratsausschüsse und Fachexperten, wie dies der Plan des Bundesobmannes der ÖVP vorsieht, vorbereitend und vorberatend im Bereich der Aufgaben des Koalitionsausschusses herangezogen werden sollen. Mir ist nur nicht ganz klar, was die gestrige „Tagespost“ veranlaßte, das als etwas ganz Neues hinzustellen. Dieser Vorgang wurde doch auch bisher schon geübt. Ich erinnere Sie nur an die Vorbereitung des Landwirtschaftsgesetzes, an die Vorbereitung der Rentenreform, an das Mutterschutzgesetz und an die familienpoli-

tischen Maßnahmen, und ich verweise dabei auch auf die Ausarbeitung des Schulgesetzes. Wenn das in Hinkunft noch stärker als bisher ausgebaut werden soll, so haben zumindest wir, soweit wir das von der Landesebene her überhaupt richtig beurteilen können, nicht das mindeste dagegen einzuwenden.

Auch die theoretischen Erörterungen darüber, meine Damen und Herren, ob es nicht zweckmäßig wäre, das System der Regierungsbildung, wie es in den meisten Bundesländern üblich ist, auf die Bundesebene zu übertragen, lassen wir ohne weiteres als theoretische Erörterung gelten. (LR. Prirsch: „Theoretisch!“) Oh ja, Herr Kollege, eine theoretische Erörterung muß jede Möglichkeit erwägen. Dadurch würde sich ja bei der heutigen Zusammensetzung des Parlaments überhaupt nichts in der Zusammensetzung der derzeitigen Bundesregierung ändern. (Abg. Dr. Kaan: „Aber in der Beschlußfassung.“) (Abg. DDr. Hueber: „Nur nicht das Parlament entscheiden lassen!“) Es würde sich daran nichts ändern. Wir reden ganz theoretisch. Ich halte das Ganze zunächst für eine der vielen Auseinandersetzungen, die es über mögliche Verfassungsänderungen gibt. (Abg. DDr. Hueber: „Man soll doch die österreichische Verfassung anwenden und nicht über Änderungen reden!“) Es wird aber von dieser Verfassungsänderung geredet, und ich habe das Recht, zu diesen Reden Stellung zu nehmen. Ich habe das Recht festzustellen, daß es in der heutigen Bundesverfassung keine Möglichkeit gibt, die Regierungsbildung der Länder auf den Bund zu übertragen und daß das nach der heutigen Bundesverfassung außerdem mit gewissen Verfassungsgrundsätzen, wie der Ministerverantwortlichkeit und dem Ressortsystem nicht ohne weiteres vereinbar wäre. Wenn aber, meine Damen und Herren, die Erörterung und die Kritik am Bestehenden darauf hinauslaufen, daß nicht bloß die Form, sondern auch der Inhalt einem neuen Konzept folgen sollen, dann müssen Sie uns zugestehen, daß wir dazu Stellung nehmen. Und wenn uns dieses Konzept in seinen Auswirkungen nicht nur bekannt, sondern auch deshalb, weil es uns bekannt ist, gefährlich erscheint, dann haben wir das Recht und nicht nur das Recht, sondern auch die absolute Pflicht, dazu Stellung zu nehmen. Dann soll man nicht versuchen, uns niederzuschreiben, sondern dann hat jeder echte Demokrat die Pflicht, uns ebenso anzuhören, wie wir die anderen anhören, und dann haben wir Ihnen mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß wir einem solchen Konzept nicht folgen würden, und daß wir davon überzeugt sind, daß mit uns auch der weitaus überwiegende Teil der ganzen Bevölkerung nicht folgen würde. Dann müssen wir Ihnen, glaube ich, mit aller Deutlichkeit sagen, daß wir Sozialisten im Bewußtsein unserer Mitverantwortung für den Staat und für das Volk uns zur Zusammenarbeit, zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit . . . (LH. Krainer: „Ausgezeichnet!“) . . . bekennen, die sich bis jetzt als fruchtbar und segensreich erwiesen hat und die unserer Überzeugung nach auch in Zukunft fruchtbar und segensreich für alle Bevölkerungskreise gestaltet werden kann.



Meine Damen und Herren! Das ist zugleich unser Wunsch, den wir mit allen anderen guten Wünschen für unser Land, dem Budget, dem Landesbudget 1961 auf den Weg in das neue Jahr mitgeben. (Starker Beifall bei SPO.)

Landeshauptmann **Krainer**: Ich darf mich den Wünschen, die der Herr Landesfinanzreferent dem Land gegenüber und auch seiner Bevölkerung ausgesprochen hat, nicht nur anschließen, sondern darf als Landeshauptmann aus voller Überzeugung sagen: Es ist bedauerlich, daß im Landtag immer wieder Gegensätze aufscheinen, die leider ihre Ursache in einer nicht bewältigten Vergangenheit haben, Gegensätze, die immer wieder und nicht nur 1960 aufscheinen; es wäre daher der sehnlichste und heißeste Wunsch weitaus der Mehrheit der steirischen Bevölkerung, daß über diese nicht bewältigte Vergangenheit lieber nicht mehr gesprochen wird, vor allem deshalb nicht, weil sie immer eigenwillige politische Akzente aufweist.

Meine Damen und Herren, wenn Sie glauben, sagen zu müssen, Sie hätten allein die Verantwortlichkeit in sich verspürt, das Wort der Zusammenarbeit zu reden, dann glaube ich, wäre das übertrieben. Daß unser Wille zur Zusammenarbeit mit allen Parteien nicht nur in diesem Hause seit 15 Jahren praktiziert wurde, sondern daß dieser Wille vorhanden ist, könnte nur jemand, der die Dinge böswillig betrachtet oder die Kritik gegen eine unfruchtbare Zusammenarbeit sozusagen verwischen will, meinen. Meine Damen und Herren! Welche Form der Demokratie immer es ist oder in welchem Staat auch eine solche Form anders aussehen mag wie in Osterreich, zuerst glaube ich, ist entscheidend, daß die demokratische Gesinnung überhaupt — und diese findet sich auch in jenen Ländern, wo es sogenannte Mehrheitsdemokratien gibt — die Voraussetzung ist, um eine Demokratie vorzuleben oder sie lebendig zu erhalten. (Zustimmung bei OVP.) Es sind ja Wahlen vor der Türe und man hat einen Wahlschlager liefern wollen. Der eine sagt schwarzer Tiger, schwarzes Schaf, rote Katze (Heiterkeit); solche Tiere werden erfunden, um gegen diese Tiere zu Feld zu ziehen. Es ist irgendwie bezeichnend, daß wir über die demokratische Form nicht mehr sprechen dürfen, ohne daß dann sofort gesagt wird, es sei die Zusammenarbeit in Gefahr. Meine Damen und Herren, ich glaube, eines der wesentlichsten Dinge für unsere ganze weitere demokratische Entwicklung liegt darin, daß wir uns nichts einbilden. Wir werden der Jugend niemals die Demokratie schmackhaft machen, wenn sie das Gefühl hat, daß alles, was rundherum um den Kern der Regierungsarbeit liegt, zwar Demokratie heißt, aber niemals in Erscheinung tritt. (Zwischenruf: „Die reinste Kernspaltung!“)

Bitte, ich glaube, das ist wirklich ein sehr ernstes Problem. Weil Sie auf meinen Vortrag anspielen, den ich gehalten habe, muß ich Sie fragen, was würden Sie denn sagen, wenn ich diesen Vortrag nicht gehalten hätte? (Heiterkeit.) Ich glaube, daß gerade in diesem Vortrag alle Möglichkeiten aufgezählt waren über den Spielraum der Demokratie in den verschiedenen Ländern und auch der Mehr-

heitsdemokratie in England. (LR. Prirsch: „Er macht Ihnen jetzt wirklich Kopfzerbrechen!“)

Bei Ihnen, meine Herren Sozialisten und bei Ihrer Taktik ist es eine Todsünde, wenn man über diese Dinge spricht. Bei uns ist es dort und da nur eine läßliche Sünde, das ist reine Ansichtssache, aber ich muß es ganz entschieden zurückweisen, wenn jemand behauptet, daß ich mich gegen eine echte Zusammenarbeit der Parteien ausgesprochen hätte. (Abg. DDr. Hueber: „Sie werden sich schon zusammensetzen!“) Ich müßte ja nicht ein Kind dieses Jahrhunderts sein. Und wenn Sie dauernd das Jahr 1934 oder die Zeit ab 1936 und ihr System mit der heutigen Zeit verbinden und vergleichen, dann muß ich Ihnen sagen, zu jener Zeit habe ich vielen Notleidenden geholfen, Leuten, die verfolgt wurden, weil sie Ihrer Partei angehört haben. Mir als einem extremen Rechten die Verfolgung der Arbeiterklasse vorzuwerfen, ist Ihr gutes Recht, aber das Urteil darüber überlasse ich lieber den Hunderten von Menschen, denen zu helfen ich in jener Zeit — und ich danke Gott dafür — Gelegenheit hatte. Ich habe das System ja nicht erfunden. Ich war auch in der Zeit des Systems immer ein Demokrat, das kann ich beweisen. (Zwischenruf: „Siehe Justizkanzler!“) Wie empfindlich Sie doch sind! Schauen Sie die Verfassungen der Nordstaaten an, da gibt es überall einen Justizkanzler. (Abg. Hofmann: „Aber auch anständige Monarchien!“) Finnland ist keine Monarchie, ist kein Königreich und dort ist auch ein Justizkanzler. Der Name paßt zwar für unsere Verhältnisse nicht, aber die Einrichtung ist rein nach der Verfassung und ist vernünftig. Dieser sogenannte Generalstaatsanwalt in Norwegen z. B. dürfte auch keine andere Aufgabe haben und keine anderen Rechte als die, aufzudecken, wenn irgendwo etwas geschieht, was die Parteien nicht aufdecken wollen. Bitte, ich kenne die Praxis nicht.

Aber warum, meine Herren, immer solche Empfindlichkeiten, wenn man über Demokratie spricht? Die Demokratie ist das Um und Auf. Ich habe Ihnen außerdem nie abgesprochen, daß Sie auch von dieser Mehrheit Gebrauch machen können. Ich gehe jede Wette ein, daß Sie, wenn Sie die Mandatsmehrheit haben, nicht einen Augenblick zögern würden, von dieser Mehrheit Gebrauch zu machen. (Zustimmung bei OVP, Gegenrufe bei SPO.) Ich berufe mich dabei auf Äußerungen führender Sozialisten. (1. Landeshauptmannstellvertreter a. D. Horvatek: „Auch hier in der Steiermark?“) Nein, hier nicht! Soweit geht die Demokratie der Sozialisten wieder nicht. Von Euch hört man in Wien überhaupt nichts.

Ich möchte die Debatte im Landtag damit schließen, daß ich erkläre, für jeden vernünftigen Menschen, der einige Jahrzehnte Tätigkeit im Wirtschaftsleben aufzuweisen hat, der ständige Berührung mit dem politischen Gegner hat und im Getriebe der politischen Auseinandersetzungen steht, gibt es, wenn er nicht ein Narr ist — letzten Endes habe ich auch eine Weltanschauung —, ja gar nichts anderes als den Weg der Zusammenarbeit. Aber wenn die Zusammenarbeit nur mehr ein Schlagwort ist (LR. DDr. Schachner-Blazizek: „Ist es ja nicht!“), dann will ich dieses Schlag-

wort nicht gebrauchen. In den letzten Tagen sind die Dinge ja flüssiger geworden. Das Spannungsfeld verlegte sich auf die Verteilung des Sozialproduktes. Das spielt sich auch auf mehreren Ebenen ab. Zwischen den Sozialpartnern und natürlich auch zwischen den Parteien, um die Möglichkeiten der Staatseinnahmen auch für den sozialen Ausgleich zu verwenden. Das ist das höchste Lob, das ich den Gewerkschaften ausstellen kann. Sie springen dort und da einmal auf die Seite, sogar gegen den Willen ihrer eigenen höheren Gewerkschaftsführer. (Abg. B a m m e r: „Wer nicht?!)“ (Heiterkeit.) Aber auf dem Sektor hat sich eine an und für sich sehr vernünftige Auseinandersetzung über die Verteilung des Sozialproduktes abgespielt. Es kann niemand behaupten, daß der Sozialpartner Arbeitgeber, wenn er kann, wenn er in die Preise ausweichen kann, nicht bereit ist, den Arbeitenden den Teil, der ihnen gebührt, zu geben. Aber wenn die Auseinandersetzungen auf Seite des Staates anlässlich des Staatsbudgets in der Form geführt werden, daß Forderungen erhoben werden, die nicht erfüllbar sind, dann wird auch niemand behaupten, daß die Herren der Regierung auf Ihrer Seite, also die sozialistischen Mitglieder, nicht genau Bescheid wüßten um die Möglichkeiten des Staatsbudgets und daß sie die Forderungen trotzdem erheben, ist ein Zeichen, daß sie das nur tun, um einmal der ÖVP wieder eines auszuwischen, . . . (1. LHSt. Fritz M a t z n e r: „Keine Spur!“) . . . um sagen zu können: „Wir würden euch ja gern alles geben, aber die böse ÖVP will nicht.“ Man versucht so, die ÖVP an die Wand zu spielen, um sie politisch zu überwinden, um an die Macht zu gelangen, und gegen so ein System muß man sich stellen, und zwar nicht nur taktisch, sondern auch grundsätzlich.

Wenn man diese Fragen in Wien nicht in der Zeitung und in Vorträgen, sondern mit klaren Worten am grünen Tisch verhandeln würde, dann würden die Dinge ganz anders aussehen. Ich bin überzeugt, daß dann auch Ihre Kollegen einsehen müßten, daß wir Wähler haben und daß Sie Wähler haben und daß man dann zum Beispiel nicht das Landwirtschaftsgesetz vier Jahre lang blockieren oder andere Pläne blockieren darf oder eine Menge Akten überhaupt nicht weitergibt usw. usw. Daß hier aber tiefgreifende Unzufriedenheit herrscht bei Ihnen, aber noch mehr bei uns, wird verständlich. Man kann in einem solchen Fall auch nicht sagen, wir können nichts machen, die Sozialisten sind schuld, sie sind gegen diese Demokratie. Das wäre unrichtig und unwahr. Man hätte einen anderen Weg, wenn das heutige System nicht das geeignete ist, nämlich Verständnis für echte und fruchtbare Zusammenarbeit. Daß Kompromiß nur übler Kuhhandel ist, haben Sie nie von mir gehört. (LR. S e b a s t i a n: „Aber vom Generaldebattenredner der ÖVP!“) Haben wir nicht schon sehr viele Kompromisse geschlossen? Verheiratete schließen jede Woche einen Kompromiß. Ich will damit keinen Witz machen, denn es ist das menschlichste vom Menschlichen, wenn man sich versteht. Kuhhandel ist etwas anderes als Kompromiß.

Meine Damen und Herren, ich will den Hohen Landtag nicht aufhalten, sondern nur erklären, daß mir echte, fruchtbare Zusammenarbeit eine Her-

zensangelegenheit ist, genauso wie für meine Partei.

Jetzt möchte ich zum Schluß sagen, daß dieser Landtag noch einige Zeit nach den Feiertagen und nach Neujahr tätig sein wird. Wir haben noch einiges zu beschließen. Was wir für notwendig erachten und zur Beschlußfassung bringen müssen, trotzdem der Wahlkampf vor der Tür steht. Was wir in den vergangenen 3 Tagen bemerkt haben, ist, glaube ich, ein echtes Ringen um den Wähler und die Seele des Menschen für eine Anschauung, auch für eine Parteimeinung, das ist eine der verlässlichsten Kriterien echten demokratischen Ringens. Nur sauber soll der Wahlkampf sein. (Zwischenruf: „Sehr richtig!“) Vielleicht nehmen wir uns auch das vor, wenn wir uns gegenseitig alles Gute wünschen.

Ich möchte allen, die im Laufe des Jahres für die Heimat gewirkt haben, danken. Auch die Herren und Damen der Regierung verdienen den Dank, sie verdienen ihn reichlich, weil man sagen kann, daß die Mitglieder der Landesregierung sich ehrlich für die Dinge mühen, ablagen und aufopfern. Wir leben in einer Zeit der Herzinfarkte und der Kreislaufstörungen, wir stehen im Lichtkegel der öffentlichen Meinung, und wir liegen nicht immer ganz gut, wir werden oft sehr dunkel beleuchtet. Jeder strengt sich in seiner Art an, und wenn es auch oft heftige Meinungsverschiedenheiten gibt, ist dies doch auch Ausdruck einer echten Demokratie, wie eben alle Meinungen erlaubt sind. Sonst wäre kein demokratisches Leben möglich.

Ich möchte Ihnen allen danken: Den Beamten, wo immer sie stehen, unseren Krankenwärtern und jenen, die dafür sorgen, daß in den Landesforsten das Holz geschlagen wird, denen, die auf den Straßen tätig sind, unseren Ingenieuren, allen jenen, die sich wirklich ausgezeichnet in ihrer Arbeitsleistung immer wieder bewährt haben, ob es nun die sind, die denken, überlegen und Gesetze machen, ob es die Juristen sind, die Bescheide erlassen, ob Buchhaltungs- oder Verwaltungsbeamte, Frauen oder Herren, allen möchte ich danken. Sie haben redlich und ehrlich mitgetan, unsere Aufgaben in der Regierung und im Landtag zu erfüllen. Dafür gebührt ihnen unser herzlicher und aufrichtiger Dank.

Endlich darf ich Ihnen als Landeshauptmann noch ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr wünschen! (Allgemein anhaltender, sehr freundlicher Beifall.)

**Präsident:** Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort. Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Wir können abstimmen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem außerordentlichen Voranschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschiebt.)

Der außerordentliche Voranschlag ist angenommen.

Wir kommen zu den

#### Sondervorschlägen.

Berichterstatter ist Abg. W u r m. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Wurm**:

Wohnbauförderungsfonds, Einnahmen und Ausgaben von . . . . .	29,370.000 S,
Fremdenverkehrs-Investitionsfonds, Einnahmen und Ausgaben von . . . . .	2,583.700 S,
Fonds für gewerbliche Darlehen, Einnahmen und Ausgaben von . . . . .	4,125.000 S,
Pensionsfonds der Gemeinden, Einnahmen und Ausgaben von . . . . .	5,321.000 S,
Schulbaufonds, Einnahmen und Ausgaben von . . . . .	6,001.000 S,
Tierseuchenkasse, Einnahmen und Ausgaben von . . . . .	1,950.000 S.

Der Finanzausschuß hat sich mit den Sondervoranschlägen beschäftigt, und ich bitte in seinem Namen um deren Annahme.

**Präsident:** Keine weitere Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

- Die Sondervoranschläge sind angenommen.

Wir kommen nun zum

#### „Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge des Landes.“

Berichterstatter ist Abg. **Wurm**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Wurm**: Der Systemisierungsplan des Landes Steiermark weist die Fahrzeuge des Landes und dessen Dienststellen aus. Eine wesentliche Änderung ist nicht eingetreten. Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt, und in seinem Namen ersuche ich um deren Annahme.

**Präsident:** Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich bringe den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge des Landes ist damit angenommen.

Wir behandeln nun den

#### „Dienstpostenplan 1961.“

Berichterstatter ist Abg. **Dr. Freunbichler**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **DDr. Freunbichler**: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Als Anlage 2 zur Gesetzesvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 1961 liegt dem Hohen Haus nunmehr der Dienstpostenplan zur Beschlußfassung vor. Er gliedert sich in den allgemeinen Teil, der die Vorschriften über die generelle Handhabung enthält; in den besonderen Teil, der das Verzeichnis der einzelnen Dienstposten, gegliedert sowohl nach den Gruppen des Jahresvoranschlages, als auch nach der Anzahl und der erreichbaren dienstrechtlichen Stellung beinhaltet; in die Anlage, in der jene Dienstposten erfaßt sind, für deren Bedeckung nicht

das Land, sondern das Bundesministerium für Unterricht bzw. das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und die Gemeindeverbände aufzukommen haben.

Für die aus Landesmitteln besoldeten Bediensteten sind insgesamt 10.805 Dienstposten vorgesehen, die sich wie folgt verteilen:

Allgemeine Verwaltung 2715 DP, d. i. 25'1%, Landesanstalten, Schulen und Einrichtungen 2308 DP, d. i. 21'4%, Fürsorgeheime, Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten 5025 DP, d. i. 46'5%, Wirtschaftsbetriebe des Landes 756 DP, d. i. 0'7%.

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Vermehrung um 73 Dienstposten oder um rund 0'7%, wobei die Vermehrung vor allem durch neu geschaffene Landesdienststellen, wie z. B. das Ambulatorium für Krebsprophylaxe, die Krankenpflegeschule Leoben, das Studentenheim Graz sowie durch die Schaffung zusätzlicher Dienstposten infolge der Übernahme von Gemeindestraßen und Güterwege als Landesstraßen erforderlich wurde.

Nach der Art des Dienstverhältnisses gliedern sich die vorgesehenen 10.805 Dienstposten in 4084 DP für Beamte, 2547 DP für Vertragsbedienstete und 4174 DP für Lohnbedienstete.

Der Gesamtpersonalaufwand beläuft sich für das Jahr 1961 auf 441,305.000 S, d. s. rund 34'9% der ordentlichen Gesamtausgaben des Landes.

In diesem Gesamtpersonalaufwand ist das Erfordernis

für die Ruhe- und Versorgungsgenüsse mit . . . . .	63,697.800 S
für die Erhöhung der Anfangsbezüge der Landesbediensteten mit . . . . .	11,600.000 S
für die Gewährung der 14. Kinderbeihilfe mit . . . . .	700.000 S
für die Zulagenregelung mit . . . . .	500.000 S

bereits inbegriffen.

Der Finanzausschuß hat sich mit dem Dienstpostenplan 1961 eingehend beschäftigt und in seinem Namen darf ich mit dem gleichzeitigen Dank an alle Landesbediensteten für ihre bisher geleistete vorbildliche Arbeit den Antrag stellen, der Hohe Landtag möge den Dienstpostenplan in der aufliegenden Fassung zum Beschluß erheben.

**Präsident:** Da keine weitere Wortmeldung vorliegt, können wir abstimmen. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem Dienstpostenplan einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Dienstpostenplan ist angenommen

Wir kommen nun zu

#### „Beschlüßanträge des Finanzausschusses“,

die in der Beilage Nr. 100 enthalten sind. Berichterstatter ist Abg. **Hofmann**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Hofmann**: Meine Damen und Herren! Es ist noch zu beschließen das hier vorliegende Gesetz über den Landesvoranschlag 1961. Er beinhaltet den üblichen Vorgang, selbstverständlich mit den Änderungen im § 1, wo die Ansätze zu ändern sind. Weiters natürlich die Landesum-

lage, die wie im vergangenen Jahr ebenfalls wieder mit 16% festgelegt ist. Wenn das mit den Änderungen, die Ihnen im Beilagenblatt vorgelegt wurden, beschlossen ist, kommen wir zu den Resolutionsanträgen, die mehr oder weniger alle gemeinsam beantragt sind bis auf einen Minderheitsantrag der Sozialistischen Partei. Ich bitte daher dementsprechend abstimmen zu lassen.

**Präsident:** Unter den Beschlüssen ist zu Abschnitt 73 auf Seite 9 der Beilage Nr. 100 ein Minderheitsantrag abgedruckt. Die übrigen Beschlüsse wurden im Finanzausschuß einstimmig angenommen. Ich schlage vor, zuerst über den Minderheitsantrag und dann gemeinsam über alle übrigen Beschlüsse abzustimmen. Ich nehme die Zustimmung zu diesem Vorschlag an, wenn kein Einwand erhoben wird.

**Abg. Dr. Kaan:** Bitte, zuerst über das Gesetz abzustimmen. Es ist ja auch als erstes vorgetragen worden.

**Präsident:** Wir haben immer zum Schluß über den Gesetzestext abgestimmt. Ich möchte die Abstimmung vornehmen, wenn kein Einwand erhoben wird.

1. LHSt. Horvatek meldet sich zu Wort.

1. LHSt. a. D. **Horvatek:** Über 12 Anträge, die zum Teil Parteienanträge waren, wurde Einstimmigkeit erlangt, nur über einen Antrag nicht. Aber erstens ist der Antrag nun einmal angemeldet, und zweitens bin ich zwar nicht abergläubisch, aber trotzdem nicht berechtigt, aus eigenem einen Antrag zurückzuziehen. Der Unterschied, der auf Seite der OVP festgestellt wurde und zu dem wir einen Minderheitsantrag eingebracht haben, war nicht so groß, daß es notwendig gewesen wäre, daß die OVP auf ihrer Textierung bestanden hätte. (Zwischenruf bei OVP: „Umgekehrt aber auch!“) Das stimmt nicht! Ich darf kurz vortragen. Der Minderheitsantrag Nr. 448 auf Seite 9 der Beilage 100 lautet: „Das Land Steiermark ist mit dem Schicksal seiner Bauern und der Landwirtschaft auf das stärkste verbunden. Die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft, vor allem der Gebirgs- und Kleinbauern, gibt nicht nur zu ernstlicher Besorgnis Anlaß, sondern verlangt sofortige Maßnahmen, um deren Existenz zu erhalten.“ Es heißt also hier weiter: „Es wird daher die Bundesregierung aufgefordert, u. a. dafür zu sorgen, daß

1. die offenkundige Disparität nach bester Möglichkeit behoben und dem Bauernstand keine neuen Belastungen aufgebürdet werden.“

Im OVP-Antrag folgt folgender Satz: „Sollten solche Belastungen infolge allgemeiner Wirtschaftsentwicklung nicht zu vermeiden sein, so sind sie der Landwirtschaft entsprechend abzugelten.“

Wir sind der Meinung, wenn eine allgemeine Wirtschaftsentwicklung eintritt, die zur Folge hat, daß Belastungen eintreten, so werden davon alle betroffen, und es wird nicht möglich sein, dann eine Gruppe davon herauszuhalten. Man kann also nicht von vornherein eine Ausnahmestellung verlangen. Sollte dieser Zustand eintreten, so ist es Aufgabe

der Parteien und des Nationalrates, zu prüfen, was man hier tun kann. Eine solche Forderung für Zeiten der Not aber schon von vornherein zu verlangen, ist nicht richtig, und daher haben wir in unserem Minderheitsantrag diesen Nachsatz weggelassen. Es heißt also dann

2. „der einheitliche Milchpreis gewahrt bleibt und alle Möglichkeiten, die den Absatz von Milch und Molkereiprodukten fördern, ausgeschöpft werden.“

Kann denn eine Behörde den Absatz fördern oder bewirken? Nein! Sie kann zwar die Absatzbestrebungen unterstützen durch Handelsverträge usw., aber sie ist keine Verteilungsstelle, von der man fordern kann, daß sie Milch und Käse verteilt. Daher halte ich unsere Formulierung für die richtige, daß die Absatzmöglichkeiten durch entsprechende Förderung voll ausgeschöpft werden.

3. heißt es: „durch Verstärkung der landwirtschaftlichen Förderungsmittel auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes insbesondere auf die Meliorationen und landwirtschaftlichen Wegebauten Bedacht genommen wird.“

Das ist gleich mit dem OVP-Antrag und in Ordnung.

4. „der Treibstoff für landwirtschaftliche Maschinen von der Mineralölsteuer befreit werde.“

5. „die Befristung der Gesetze über Marktordnung und die des Landwirtschaftsgesetzes aufgehoben wird.“

Dem stimmen wir zu. Dann ist aber ein Nachsatz da, der lautet: „Es entsteht der Eindruck, als ob man in Österreich eine Landwirtschaft auf Zeit und die bäuerliche Sicherheit im sogenannten Wohlfahrtsstaat auf Raten statuieren wollte.“

Das ist nur eine Begründung und kein Beschluß, der besagt, was geschehen soll. Es steht uns nicht zu, gegenüber der Bundesgesetzgebung den Dauer-Nörgler darzustellen. Die beiden großen Parteien haben diesem Gesetz und der Befristung zugestimmt, und es liegt nun nicht an Ihnen oder an uns, das aufzuheben. Wir wollen uns nicht zum Richter über den Nationalrat machen durch einen solchen Nachsatz. Das halten wir für verfehlt und haben deshalb den Nachsatz in unserem Antrag weggelassen. Sonst ist der Inhalt der gleiche. Aber wir wollen im ersten Fall nicht Verteiler sein, und im zweiten Fall halten wir eine derart sonderbare Kritik nicht für richtig. (Beifall bei SPO.)

Landesrat **Prirsch:** Ich darf namens meiner Fraktion erklären, daß der sozialistische Minderheitsantrag unserem Antrag zu Abschnitt 73 nicht gleichzustellen ist.

**Präsident:** Wir stimmen über den erwähnten Minderheitsantrag ab. Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Minderheit, der Antrag ist nicht angenommen.

Wir stimmen nun über den Antrag zu Abschnitt 73 ab. Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir stimmen nunmehr über die übrigen, im Finanzausschuß einstimmig angenommenen Beschlußanträge ab. Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Anträgen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Anträge sind angenommen.

Wir kommen nun zum

#### „Gesetzestext.“

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Gesetzestext zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Gesetzestext ist angenommen.

Damit haben wir das Gesetz über den Landesvoranschlag 1961 verabschiedet. Interessehalber möchte ich mitteilen, daß sich an den Debatten 92 Redner beteiligt haben, zusätzlich der Berichterstatter über die einzelnen Gruppen.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat während der gestrigen Unterbrechung der Landtagsitzung beraten über den dringlichen Antrag, Einl.-Zahl 451, betreffend die Sicherheit des nach dem Kongo entsandten österreichischen Sanitäts-Kontingentes.

Ich nehme den dringlichen Antrag als 14. Punkt auf die heutige Tagesordnung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dieser Erweiterung der Tagesordnung zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Erweiterung der Tagesordnung ist mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit angenommen.

Wir schreiten zur Beratung dieses Punktes.

#### 14. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den dringlichen Antrag der Abgeordneten DDr. Stepantschitz, Wegart, Dr. Kaan, DDr. Freunbichler, Koller, Edda Egger, Stöffler, Ing. Koch, betreffend die Sicherheit des nach dem Kongo entsandten österreichischen Sanitäts-Kontingentes.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Richard Kaan.

Abg. Dr. Kaan: Die Einl.-Zahl 451 beinhaltet den dringlichen Antrag, der in den Beratungen des Gemeinde- und Verfassungsausschusses eine kleine Abänderung erfahren hat, der die Abgeordneten Bammer und Horvatek beigetreten sind. Der abgeänderte Text liegt Ihnen vor. Inzwischen sind Nachrichten eingelangt, daß das Sanitäts-Kontingent wieder freigelassen worden sein soll. Dadurch ändert sich am Antrag nichts, da die Befolgung des Antrages die Freilassung des Kontingents zur Voraussetzung hat; auch soll verhindert werden, daß solche Fälle sich wiederholen.

Ich ersuche namens des Gemeinde- und Verfassungsausschusses, der abgeänderten Resolution die Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir gehen zu den übrigen Tagesordnungspunkten über.

#### 2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 330, zum Antrag der Abgeordneten DDr. Arthur Freunbichler, Edda Egger, Dr. Richard Kaan und Josef Hegenbarth, betreffend die Abänderung der Richtlinien für die Gewährung einer Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 zugunsten kinderreicher Familien.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Kaan. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Dr. Richard Kaan: Im Jänner dieses Jahres wurde die Vorlage, Einl.-Zl. 330, betreffend die Abänderung der Richtlinien für die Gewährung einer Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954, zugunsten kinderreicher Familien der Landesregierung zugewiesen. In Abänderung des im Landtag eingebrachten Antrages hat die Landesregierung beschlossen, „natürlichen Personen“ zur Errichtung von Eigenheimen Darlehen bis zum Höchstbetrag von 50.000 S zu geben. Dieser Satz erhöht sich für das erste und zweite zum Haushalt zugehörige Kind des Förderungswerbers um je 5000 S und für jedes weitere Kind um je 7500 S, bis zum Höchstbetrag von 120.000 S, der bei 10 Kindern erreicht wird. Der genaue Wortlaut des Berichtes liegt Ihnen vor.

Namens des Ausschusses beantrage ich, das Hohe Haus möge diesen Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die beschlossene Abänderung der Richtlinien zur Kenntnis zu nehmen.

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

#### 3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 426, über die Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben bei der Post 92,10 „Ankauf von Liegenschaften“ im Betrage von 64.000 S zwecks Ankaufes von Grundstücken zur Vergrößerung des Areals des Landeskrankenhauses in Hartberg.

Berichterstatter ist Abg. Hans Bammer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Bammer: Hohes Haus! Der Finanzausschuß hat mich ermächtigt, dem Hohen Landtag zu empfehlen, dem Antrag der Steiermärkischen Landesregierung über die Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben bei der Post 92,10 zwecks Ankaufes von Grundstücken zur Vergrößerung des Areals des Landeskrankenhauses Hartberg im Betrage von 64.000 S zuzustimmen.

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 433, über die Bewilligung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen an ehemalige Bedienstete des Landes bzw. deren Hinterbliebene.**

Berichterstatter ist Abg. Gottfried Brandl.

Berichterstatter Abg. **Gottfried Brandl:** Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihren Sitzungen am 22. Februar, 7. März und 23. Mai 1960 beschlossen, beim Steiermärkischen Landtag die Gewährung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen an ehemalige Bedienstete des Landes Steiermark und an Hinterbliebene nach solchen Personen zu beantragen, die sich in wirtschaftlicher Notlage befinden.

Die Anweisung der gegenständlichen außerordentlichen Versorgungsgenüsse, deren Bedeckung im Landesvoranschlag 1960 unter Abschnitt 08, Post 053, gegeben und vorgesehen erscheint, wurde von der Steiermärkischen Landesregierung mit Rücksicht auf die in jedem Falle vorliegenden besonderen Umstände bereits vor Genehmigung durch den Steiermärkischen Landtag veranlaßt.

Die Gewährung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen wird für folgende Personen beantragt: Pintar Johann, Hirtl Cäcilia, Waldert Maria, Slaby Katharina. Die Begründung des Notstandes ist in der Vorlage enthalten, die den Mitgliedern des Hohen Hauses vorliegt. Der Antrag der Steiermärkischen Landesregierung lautet:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Pintar Johann, geboren 19. Juni 1893, wohnhaft in Semriach, Thoneben 17, ehemaliger Vertragsbediensteter, Schmied beim Landeskrankenhaus Graz, mit Wirksamkeit ab 1. Juli 1959 gegen jederzeitigen Widerruf ein außerordentlicher Versorgungsgenuß in der Höhe der Differenz zwischen dem fiktiven Ruhegenuß und der jeweiligen Sozialrente. Der außerordentliche Versorgungsgenuß beträgt daher S 37'45.

2. Hirtl Cäcilia, geboren 29. Oktober 1893, wohnhaft in Graz, Rechbauerstraße 44, Witwe nach dem verstorbenen Amtsgehilfen i. R. Franz Hirtl, deren Ehe nach deutschem Recht aus dem Alleinverschulden des verstorbenen Gatten im Jahre 1940 rechtskräftig geschieden wurde und die daher keinen Anspruch auf einen normalmäßigen Witwenversorgungsgenuß hat, wird in Berücksichtigung ihres Alters, ihrer Mittellosigkeit und ihrer infolge eines Lungenleidens beschränkten Arbeitsfähigkeit mit Wirksamkeit ab 1. November 1959 ein monatlicher außerordentlicher Versorgungsgenuß in Höhe von 300 S gewährt.

3. Waldert Maria wird mit Wirksamkeit ab 1. November 1959 in Berücksichtigung ihrer bedrängten wirtschaftlichen Lage ein außerordentlicher Versorgungsgenuß von monatlich 150 S gewährt.

4. Slaby Katharina wird in Berücksichtigung ihrer 18jährigen zufriedenstellenden Dienstzeit mit Wirksamkeit ab 1. Juli 1960 ein außerordentlicher Versorgungsgenuß in Höhe von S 68'23 gewährt.

Der Finanzausschuß hat sich in der letzten Sitzung mit der Vorlage beschäftigt und empfiehlt dem Hohen Hause die Annahme.

**Präsident:** Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 434, über die Bedeckung einer außerplanmäßigen Ausgabe zur Förderung des „Forum Stadtpark“.**

Berichterstatter ist Abg. Dr. Stepantschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **DDr. Stepantschitz:** Meine Damen und Herren! Im Ausschuß wurde erwähnt, daß das „Forum Stadtpark“ bereits seinen Betrieb aufgenommen hat. Zur Vollendung seiner Innenausstattung ist ein weiterer Betrag erforderlich, und ich stelle im Namen des Finanzausschusses den Antrag, diesen Betrag von 50.000 S im Sinne der Vorlage zu bewilligen.

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung vor und ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 436, über die Genehmigung zur Aufnahme von Darlehen beim Hochwasserschädenfonds für die Bedeckung zusätzlicher Landesbeiträge nach dem Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 34/1948, für Projekte zur Behebung von Hochwasserschäden und vorbeugende Maßnahmen auf dem Gebiet der Wildbachverbauung, des Flußbaues und von Meliorationen nach dem Bauprogramm 1961.**

Berichterstatter ist Abg. Franz Koller. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Koller:** Hoher Landtag! Zur Finanzierung von Maßnahmen der Gebietskörperschaften gegen Hochwasserschäden wurde mit dem Bundesgesetz vom 18. September 1959 ein Hochwasserschädenfonds mit eigener Rechtspersönlichkeit und dem Sitz in Wien geschaffen. Nach diesem Gesetz kann der Fonds bis zum 31. Dezember 1963 Ländern und Gemeinden für die Beseitigung von Hochwasser- und Lawinenschäden der Jahre 1959 bis 1963 in ihrem eigenen Vermögen und zur Vorbeugung gegen künftige derartige Schäden bis zu einem Höchstbetrag von 400 Millionen Schilling verzinsliche Darlehen mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 1969 einräumen.

Nach einer Zusammenstellung des Landesbauamtes bzw. der forsttechnischen Abteilung für Wildbach- und Lawinerverbauung sind nach dem Bauprogramm 1960 zur Schadensbehebung und für vorbeugende Maßnahmen gegen Hochwasserschäden



den im Lande Steiermark zusätzliche Landesbeiträge von insgesamt 9,360.465 S erforderlich. Diese Landesbeiträge können aus den Mitteln des ordentlichen Haushaltes nicht aufgebracht werden. Es ist daher die Aufnahme von Darlehen aus dem Hochwasserschädenfonds, der für die Finanzierung solcher zusätzlicher Leistungen geschaffen worden ist, zu empfehlen. Der Zinsendienst im Jahre 1960 ist im Landesvoranschlag bereits vorgesorgt. Für die folgenden Jahre wäre für die Übernahme des Zinsdienstes und für die Tilgung ebenfalls jeweils im Landesvoranschlag Vorsorge zu treffen.

Der Finanzausschuß hat sich mit diesem Antrag beschäftigt, und ich stelle in seinem Namen den Antrag auf Ihre Zustimmung.

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bitte daher die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 437, über die Bedeckung von Mehrausgaben im a.-o. Haushalt durch Vereinnahmung von Beiträgen des Bundes bzw. der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.**

Berichterstatter ist Abg. R a u c h. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Rauch:** Hoher Landtag! Die vom Herrn Präsidenten näher bezeichnete Vorlage betrifft den Antrag der Landesregierung über die Abdeckung des Mehrerfordernisses von zusammen 375.000 S sowie des zu erwartenden Aufwandes für die Anschaffung weiterer Geräte im Zusammenhang mit dem Ankauf einer Operationsgeräte-Gruppe für Herz-Lunge-Operationen für die chirurgische Klinik im Landeskrankenhaus Graz bei der Post 52,41 des a.-o. Haushaltes durch Vereinnahmung der bisher eingegangenen Beiträge des Bundes und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft von zusammen 555.000 S bei der Post 52,413 des a.-o. Haushaltes zugunsten der angeführten Ausgabepost. Der Finanzausschuß hat sich am 9. Dezember mit dieser Vorlage beschäftigt und sie zustimmend zur Kenntnis genommen. Ich ersuche daher das Hohe Haus, den Beschluß des Finanzausschusses ebenfalls zu genehmigen.

**Präsident:** Keine Wortmeldung. Ich bitte daher die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**8. Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 350, zum Antrag der Abg. Hans Bammer, Friedrich Hofmann, Karl Operschall, Anton Afritsch und Genossen, betreffend die Fortsetzung der Elektrifizierungsarbeiten an den steirischen Strecken der österreichischen Bundesbahnen.**

Berichterstatter ist Abg. R ö b e r. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Röber:** Hohes Haus! Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, Einl.-Zahl 350, beinhaltet den Antrag der Abgeordneten Bammer, Hofmann, Operschall, Afritsch und Genossen, betreffend die Fortsetzung der Elektrifizierungsarbeiten an den steirischen Strecken der österreichischen Bundesbahnen. In der 42. Sitzung des Steiermärkischen Landtages wurde dieser Antrag der Landesregierung zugewiesen. Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 28. November beschlossen, den Inhalt dem Bund zur Kenntnis zu bringen. Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit diesem Antrag beschäftigt, und ich bitte Sie in seinem Namen, den Ihnen vorliegenden Antrag anzunehmen.

**Präsident:** Keine Wortmeldung. Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**9. Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 351, über Schritte bei der Bundesregierung wegen Überprüfung der Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 27. Jänner 1960, BGBl. Nr. 28, betreffend Änderung des Geschäftsplanes in der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung.**

Berichterstatter ist Abg. B a m m e r. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Bammer:** Hoher Landtag! Die sehr beachtliche Erhöhung der Prämien für die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung hat die Abgeordneten Sebastian, Bammer, Wurm, Röber und Genossen veranlaßt, den vorliegenden Antrag einzubringen. Entsprechend dem Antrag hat die Landesregierung ein Schreiben an das Bundesministerium für Finanzen gerichtet, in dem die Überprüfung des Geschäftsplanes in der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung verlangt wird. Ich ersuche, diesen Bericht, den ich im Namen des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses erstatte, die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**10. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 333, zum Antrag der Abg. Karl Lackner, Dr. Alfred Rainer, Gottfried Ertl und Oswald Ebner, betreffend Aufhebung der den Gemeinden Donnersbach und Donnersbachwald mit Landtagsbeschluß vom 27. November 1952, Nr. 295, anlässlich der Übernahme der Gemeindefraße Donnersbach—Donnersbachwald als Landesstraße auferlegten Verpflichtung zur Leistung eines Instandsetzungsbeitrages von 300.000 S bzw. 350.000 S hinsichtlich der noch aushaftenden Restbeträge.**

Berichterstatter ist Abg. K a r l L a c k n e r. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Karl Lackner**: Hoher Landtag! Der Steiermärkische Landtag hat am 27. November 1952 den Beschluß gefaßt, den Gemeinden Donnersbach und Donnersbachwald anlässlich der Übernahme der Gemeindestraße Donnersbach—Donnersbachwald als Landesstraße eine Verpflichtung zur Leistung eines Instandsetzungsbeitrages von 300.000 S bzw. 350.000 S aufzuerlegen. Nachdem beide Gemeinden finanzschwache Gemeinden sind, habe ich mich veranlaßt gesehen, mit meinen Kollegen Dr. Rainer, Ertl und Ebner diesen Antrag einzubringen, damit den beiden Gemeinden der noch aushaftende Betrag erlassen wird. Die Steiermärkische Landesregierung hat diesem Antrag stattgegeben. Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß sowie der Finanzausschuß haben sich damit befaßt und namens dieser Ausschüsse erlaube ich mir, den Antrag zu stellen:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die anlässlich der Übernahme der Gemeindestraße Donnersbach—Donnersbachwald mit Beschluß des Landtages vom 27. November 1952, Beschluß Nr. 295, den Gemeinden Donnersbach und Donnersbachwald auferlegte Verpflichtung zur Leistung eines Instandsetzungsbeitrages von 300.000 S bzw. 350.000 S wird hinsichtlich der noch aushaftenden Restbeträge mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage der Gemeinden und die seither bereits abgestatteten Teilleistungen aufgehoben.“

**Präsident**: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

#### 11. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 447, über die Bedeckung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Förderung der wissenschaftlichen Publikation „Erzherzog-Johann-Biographie“ von Dr. Theiß.

Berichterstatter ist Abg. Dr. **Freunbichler**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **DDr. Freunbichler**: Hoher Landtag! Hofrat Dr. Viktor Theiß hat als Ergebnis jahrelanger Forschungsarbeit die einzige wissenschaftlich einwandfreie Biographie über Erzherzog Johann herausgegeben. Er braucht für die Herausgabe der 2. Lieferung ebenso wie für die Herausgabe der 1. Lieferung eine Förderung des Landes. Der Finanzausschuß hat sich mit diesem Antrag beschäftigt, und in seinem Namen möchte ich die Damen und Herren des Hohen Hauses bitten, den Ihnen schriftlich vorliegenden Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

**Präsident**: Keine Wortmeldung. Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

#### 12. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 450, über die Bedeckung überplanmäßiger Ausgaben im ordentlichen Haushalt für die Gewährung eines Beihilfenbetrages an die durch die Unwetterkatastrophe vom 12. August 1960 in der Oststeiermark Geschädigten.

Berichterstatter ist Abg. **Koller**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Koller**: Hoher Landtag! Am 12. August 1960 wurde die Oststeiermark von einem schweren Unwetter betroffen, welches an zahlreichen Gebäuden große Schäden verursachte, die rascheste Abhilfe bedürften.

Es ist der betroffenen Bevölkerung vielfach nicht möglich, diese Schäden allein mit eigenen Mitteln zu beheben, und es sollen daher wie bei ähnlichen Katastrophen in früheren Jahren rückzahlbare Beihilfen seitens des Landes gewährt werden. Die Rückzahlungsfristen der Beihilfen sollen mit höchstens 5 Jahren festgesetzt werden. Die Beihilfen sollen nach einem Freijahr mit 1% zu verzinsen sein.

Die Gesamthöhe der zu gewährenden Beihilfen wird vorerst mit 2,5 Millionen Schilling begrenzt. Jedoch können bis zum Höchstbetrag von 1,5 Millionen Schilling die rückzahlbaren Beihilfen in nichtrückzahlbare Beihilfen umgewandelt werden, sofern bei Überprüfung jedes einzelnen Falles eine Existenzgefährdung und Bedürftigkeit der Empfänger angenommen werden muß. Der Betrag von 1 Million Schilling ist von den Empfängern ab 1. September 1961 im Laufe von höchstens 5 Jahren zurückzuzahlen und mit 1% zu verzinsen.

Zu diesem Zweck sind im Unterabschnitt 737 die Posten 701 und 851 durch die überplanmäßige Ausgabe von 2,5 Millionen Schilling zu verstärken.

Der Wortlaut des Antrages liegt den Mitgliedern des Hohen Hauses vor. Der Finanzausschuß hat sich in der letzten Sitzung mit dieser Vorlage beschäftigt. Ich bitte namens des Ausschusses das Hohe Haus um die Annahme dieser Vorlage.

**Präsident**: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

#### 13. Mündlicher Bericht des Landes-Kulturausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 101, Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung neuerlich abgeändert wird (Steiermärkische Landarbeitsordnungs-Novelle 1960).

Berichterstatter ist Abg. **Krempl**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Krempl**: Hoher Landtag! Die Vorlage befaßt sich mit dem Gesetz über die Landarbeitsordnung, die neuerlich abgeändert werden soll. Die Abänderung besagt, daß die Abfertigung auch dann gebührt, wenn der Dienstnehmer infolge Erreichens der für die Altersrente nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz erforderlichen Altersgrenze das Dienstverhältnis löst. Namens des

Landes-Kulturausschusses, der sich mit der Vorlage befaßt hat, stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag möge diese Abänderung beschließen.

Abg. **Gottfried Brandl**: Hoher Landtag! Dienstnehmer, welche ununterbrochen durch eine bestimmte Zeitdauer bei ein und demselben Dienstgeber oder in demselben Betrieb in Verwendung stehen, haben Anspruch auf Abfertigung, wenn der Dienstgeber kündigt, wenn der Dienstnehmer unverschuldet entlassen wird oder vorzeitig austritt. Nicht vorgesehen ist eine solche Abfertigung für den Fall, daß der Dienstnehmer bei Erreichung des Rentenalters selbst kündigt. Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz verlangt in seinem § 253, daß Rentenwerber bei Erreichung des Rentenalters im Zeitpunkt der Rentenantragstellung sich in keiner versicherungspflichtigen Beschäftigung befinden dürfen. Der Rentenwerber muß das Dienstverhältnis selbst kündigen, wodurch der Anspruch auf eine Abfertigung in vielen Fällen verloren geht. Die Vorlage soll nun eine Beseitigung dieser Härte bringen. Es handelt sich hier um eine alte Forderung der Arbeitnehmerschaft. Es berührt mich merkwürdig, daß mein Namensvetter Hans Brandl bei Verhandlungen des Kapitels 7 die Vorlage als nicht besonders bedeutungsvoll bezeichnet hat. Es ist richtig, daß die Betriebe der Bundesforste eine Abfertigung zahlen. Aber es gibt viele andere Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft, denen dieses Gesetz zugute kommt.

Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, daß die Landarbeiterkammer die Behandlung des § 30 als vordringlich angesehen hat. Dieser Antrag wurde nicht von der Sozialistischen Fraktion, sondern von der ÖVP-Fraktion gestellt. Man sieht aus diesem Beispiel klar und deutlich, daß die Behandlung arbeits- und sozialrechtlicher Fragen durch die ÖVP auf der sozialistischen Seite, die das Arbeits- und Sozialrecht gepachtet zu haben scheint, nicht ernst genommen wird (Gegenrufe bei SPO), sondern daß die ÖVP es ist, die diese Belange ehrlich und auf richtig vertritt.

**Präsident**: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Krempi**: Ich stelle namens des Kulturausschusses den Antrag, der Hohe Landtag möge das Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung neuerdings abgeändert wird, beschließen.

**Präsident**: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Damit haben wir die heutige Tagesordnung erledigt.

Bevor ich die Sitzung schließe, danke ich dem Herrn Landesfinanzreferenten Landesrat Dr. Schachner-Blazizek und den Beamten des Finanzreferates für die gewissenhafte Erstellung des Landesvoranschlages.

Ich danke aber auch allen Regierungsmitgliedern und den Mitgliedern des Hohen Hauses für das große Interesse, mit dem die Debatte zum Voranschlag für das Jahr 1961 abgeführt wurde. Wir können mit Befriedigung feststellen, daß der Steiermärkische Landtag damit rechtzeitig eine seiner wichtigsten Aufgaben erledigt hat. (Allgemeiner Beifall.) Ganz besonders liegt mir daran, unseren Stenographen zu danken, die durch drei lange Tage unermüdlich ihrer anstrengenden Arbeit nachgekommen sind. (Allgemein anhaltender Beifall.)

In Kürze feiern wir Weihnachten. Ich erlaube mir daher, den Mitgliedern der Landesregierung und des Hohen Hauses sowie allen unseren Mitarbeitern und namens des Landtages der ganzen Bevölkerung unseres Landes ein fröhliches Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr zu wünschen. (Händeklatschen und Bravorufe.)

Die nächste Landtagssitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 17. Dezember 1960, 18.45 Uhr.)